

DER BONNER GIPFEL

dokumentation
der aktivitäten
gegen
den weltwirtschaftsgipfel
mai 1985 in bonn



demonstration

tribunal

kundgebung

texte

reden

referate

erklärungen

auswertungen

einschätzungen

herzschläge

Inhaltsverzeichnis

über allen Gipfeln (Vorwort mit Fußnote)	3
Presseerklärung des Aktionsbündnisses zu Tribunal und Demo	3
<u>TRIBUNAL gegen den WWG (Moderationstexte und Referate)</u>	<u>4 – 33</u>
(I) 40 Jahre Niederschlagung des faschistischen Deutschlands	4 - 8
Moderation (Hans Hermann Teichler)	4
Referat "Kontinuität oder Bruch der wirtschaftlichen Interessen?"(Karl-Heinz Roth)	4 - 8
(II) Auswirkungen der Weltwirtschaftsordnung auf die "3. Welt"	8 - 12
Moderation (Barbara Lukas)	8
Referat "Hungerproblematik in der '3. Welt'" (Susan George)	8 - 8
Referat "Realisierung und Stabilisierung eines revolutionären Prozesses"(Felix Contreras)	10 - 12
(III) Zusammenheng von Imperialismus und Patriarchat	12 - 20
Moderation (Uschi Engel)	12
Referat "Bevölkerungspolitik" (Anja Kur)	13-13
Referat "Geschlechtliche Arbeitsteilung" (Veronika Bennholdt-Thomsen)	15 – 20
Moderation.	19
(IV) Auswirkungen der Weltwirtschaftsordnung in den Metropolen	20 - 27
Moderation (Alois)	20
Referat "Arbeitsplatzvernichtung, Massenarbeitslosigkeit und westeuropäischer Wirtschaftskrieg am Beispiel der britischen Bergarbeiter" (David Hamilton)	20 - 21
Referat "Auswirkung der EG-Politik in Südspeanien"(Rafael Sanchez.)	21 - 23
Referat "Die Vereinheitlichung der Justiz- und Repressionsapparate in Westeuropa" (Michael Schubert)	23 - 26
Diskussionsbeitrag (Gruppe Angehörige politischer Gefangener)	26 - 27
(V) Militärstrategische Absicherung der Weltwirtschaftsordnung	27 - 33
Moderation (Lukas Beckmann)	27
Referat "Militärstrategien in Südost-Asien" (Jean-Marie Tjibao)	27 - 28
Referat "Widerstandsbewegung gegen Atomwaffenversuche im Südpazifik" (Roman Bedor).	28 - 29
Referat "Frauen und Militär" (Cynthia Enloe).	29
Referat "Militärstrategien der NATO" (Kalle Fabig)	29 - 32
Erklärung des Tribunals zu Nicaragua ("no pasaran")	32
(sog.) Trägerkreis-Abschlußerklärung zum Tribunal	32
Pressemitteilung zu Polizeiübergriffen (Tribunal)	33
<u>DEMONSTRATION/KUNDGEBUNG (Reden und Moderationstexte)</u>	<u>33 - 37</u>
Rede am Knast	33
Rede "Der Faschismus ist unter uns - wir stehen für das andere Deutschland" (Sophia Lind)	34 - 35
Redebeitrag der Autonomen/Äntiimperialisten (Moderation)	35 - 36
Redebeitrag der autonomen Frauen (Moderation)	36
Erklärung des Träger/innenkreises zu den Vorfällen auf dem Münsterplatz	36
<u>Auswertungen, Einschätzungen, Stellungnahmen</u>	<u>37 - 56</u>
Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie	
"Der Sprung ins Wasser"	37 - 39
"25.000 auf der Gipfeldemo"	39 - 40
autonome Frauengruppen	40 - 42
Autonome im Träger/innenkreis "Der Winter ist vorbei..."	42 - 45
Wolfram. Treiber (Demokratische Sozialisten). "Denk ich an Deutschland in der Nacht - so bin ich um den -Schlaf gebracht"	45 - 46
Bundeskongreß unabhängiger Friedensgruppen (BUF)	
sog. "Protokoll vom Nachbereitungstreffen des Träger/innenkreis"	47
Gabriele Laske (BUF) zum Träger/innenkreis	47 - 48
zum Aktionsbüro	48
Die Friedensliste "letzter Brief an den Träger/innenkreis"	49
Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)	
Offener Brief zum Klima im Träger/innenkreis	50
Offener Brief zum Ausstieg aus dem Träger/innenkreis-	50 - 51
"Das war der Gipfel!"	51 - 52
Informationsbüro Nicaragua/Nicaragua-Bundestreffen vom 21.-23.7.85 in Darmstadt	52
Bonner Punx "Was haben wir damit zu tun?"-	55
ARBEITERKAMPF "Radikale Minderheit wieder da?"	56
<u>Anhang</u>	<u>57 - 59</u>
Herzschläge	57 - 58
Erklärung der RZ zu den Bombenanschlägen in Düsseldorf 71	
die Deutsche Bank - Köln, Gesamtverband der Metallindustrie - Köln, Höchst	
Der 1. WWG-Prozeß (Flugblatt)	58
Prozeßerklärung von Andi	59

über allen Gipfeln...

Lange genug hat es ja gedauert, bis wir es nun endlich geschafft haben, einige wichtige Dinge der Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel zu dokumentieren. Nicht zuletzt lag es wohl daran, daß wir recht lange auf diverse Einschätzungen gewartet haben und auch selbst erst mal in Ruhe unsere Widersprüche in der Arbeit gegen den WWG, unter anderem im Trägerinnen-Kreis, diskutieren wollten. Daß es sich im vorliegenden Resultat nicht um eine Broschüre mit mehr Beiträgen und Fotos und nem peppigen Lay-out handelt, sondern um eine Sammlung der Tribunalreferate und vorliegender Auswertungs/Einschätzungstexte von den an den Gegenaktionen beteiligten Gruppen handelt, ist die Folge einer Diskussion, die wir im Folgenden kurz zusammenfassen (es liegt aber auch daran, daß sich so gut wie die meisten Trägerinnen-Kreis Organisationen nach Ende der WWG-Aktivitäten aus der konkreten Arbeit zur Dokumentation ausgeklügel hatten...).

Wir, d.h. Leute der am Trägerinnen-Kreis beteiligten Gruppen aus dem autonomen und autonomen Frauen Spektrum und dem Göttinger AK, hatten zuerst die Idee, eine ausführliche Broschüre zu machen, die den Anspruch hatte, einen Beitrag zu regionalen Diskussionen zu leisten, z.B. zu Fragen wie Bündnispolitik. Das hätte geheißen, auch die politische Situation zu „dokumentieren“, in die der WWG reinfiel und die politische Entwicklung an den WWG-Aktivitäten... (und zwar vorwiegend für unser 'eigenes Spektrum'). Für den süddeutschen Raum hätte das auch sicherlich eine Funktion gehabt, da der WWG ein wichtiger Punkt in der neueren Entwicklung gewesen ist (z.B. süddeutsches Plenum) und sich wichtige, weitergehende Auseinandersetzungen aufgetan haben. Im mittel- und norddeutschen Raum sah es dagegen so aus, daß sich die meisten aus unserem Spektrum eh aus den bundesweiten Diskussion zum WWG herausgezogen hatten, da sie es nicht mehr als ihre Sache begriffen haben (Bündnispolitik, zuviel Kompromisse, anderes politisches Selbstverständnis, als der TK es ausgedrückt hat - was natürlich auch für den süddeutschen Raum gilt, allerdings mit z.T. anderen Schlußfolgerungen daraus...)

Insofern hatte dann der oben formulierte Anspruch keinen Sinn mehr, d.h. das Interesse an einer Aufarbeitung in der Form wäre weitgehend unser 'persönliches' Interesse gewesen und, offensichtlich, nicht das Interesse regionaler Gruppen (also mal wieder 'Stellvertreter/innen-Politik' und dazu haben wir, auch seit Erfahrungen im WWG-Trägerkreis, keinen Bock...!) Trotzdem halten wir die vorliegenden Texte für zu wichtig, als daß sie in irgend ner Schublade verschwinden. Die Referate und Auswertungen/Einschätzungen stellen für sich genommen sicher auch einen inhaltlichen Beitrag für die Arbeit diverser Gruppen dar. Unsere (trotz geänderten Konzept immer noch) relativ große Arbeit hätte umso mehr einen Sinn, wenn es sich an der Dokumentation Diskussionen entwickeln würden (wenn möglich auch öffentlich...). Also macht mal...

Jetzt noch ein paar „technische“ Anmerkungen:

- die Referate und Moderationstexte sind erstellt anhand von Tonbandmitschnitten des Tribunals...
- sie sind -weitgehend- vollständig und richtig wiedergegeben...
- die Auswahl richtete sich danach, was noch aufzutreiben war und/oder was wir zusätzlich für richtig und wichtig hielten...
- statt dem auf dem Tribunal gehaltenen Referat von Michael Schubert haben wir seine eigene etwas ausführlichere Textvorlage dazu genommen. Wir halten sie für so gut, daß wir in diesem speziellen Fall ne Ausnahme gemacht haben...¹
- viel Spaß, Anregungen und Diskussionen...

die autonome 'Redaktionsgruppe'

1) Die Grünen haben trotz mehrmaliger Aufforderung nix geschickt

Presserklärung

Das Tribunal und die Demonstration, wie auch die vielfältigen Aktionen und Veranstaltungen in den vergangenen Tagen sind unsere Antwort auf die z.Z. in Bonn inzenierte Veranstaltung mit Namen »Weltwirtschaftsgipfel«. Die Repräsentanten der 7 führenden westlichen Industriestaaten sind zusammengekommen, um über das Wohl und Wehe der übrigen Welt zu befinden.

Für viele Länder dieser übrigen Welt, in Asien, Afrika und Lateinamerika bedeuten der Weltwirtschaftsgipfel und die hier festgeschriebene Politik Ausbeutung, Hunger und Unterdrückung. Unmittelbar nach seiner Ankunft in Bonn hat Ronald Reagan einen totalen Wirtschaftsboykott gegen Nicaragua verhängt. Dieses Beispiel zeigt deutlich, daß der Weltwirtschaftsgipfel nicht nur eine nach außen gerichtete Werbeveranstaltung ist, sondern daß hier eine Interessenangleichung und Interessenabstimmung insbesondere gegenüber Ländern der sogenannten 3. Welt stattfinden soll. Im Fall Nicaraguas eine Angleichung an die harte Linie der US-Administration. In den reichen, entwickelten Ländern führt die hier abgestimmte Wirtschaftspolitik zu Massenarbeitslosigkeit, zunehmender Verarmung, teilweise sogar Verelendung breiter Bevölkerungsschichten. Über die Vereinheitlichung ihrer Polizei- und Justizapparate suchen die selbsternannten Herrscher der Welt zugleich nach Möglichkeiten, um soziale Bewegungen und Unruhen schon im Keim zu ersticken.

2/3 aller Arbeit wird von Frauen geleistet, die dafür lediglich über 10% aller Einnahmen und 1% aller Produktionsmittel verfügen. Frauenarbeit ist eine wesentliche Grundlage zur Aufrechterhaltung der herrschenden Weltwirtschaftsordnung. Diese Ordnung beinhaltet gleichzeitig die Degradierung und Entrechtung von Frauen in nahezu allen Bereichen des privaten und öffentlichen Lebens. Beispiele sind die Ausbeutung ihres Körpers wegen seiner Gebärfähigkeit, die Verdrängung der Frauen aus gesellschaftlich relevanten Bereichen in die sogenannte Privatphäre und auf dem Arbeitsmarkt die Abdrängung in Nebenerwerbstätigkeiten und gering entlohnte Beschäftigungsverhältnisse. Das Patriarchat, die Herrschaft der Männer über die Frauen, ist aber nicht nur ein ökonomisches Problem, sondern durchzieht alle Bereiche der Gesellschaft. Sechs der am Weltwirtschaftsgipfel beteiligten Staaten gehören gleichzeitig dem Militärbündnis NATO an, das die beschriebenen Wirtschaftsinteressen militärisch abzusichern hat. Abzusichern sowohl durch direkte Interventionen in der »Dritten Welt«, als auch durch neue Kriegsführungskonzepte, wie Airland Battle und Rogers Plan gegenüber dem Warschauer Pakt. Diese Militärstrategien sollen Kriege wieder gewinnbar machen.

Mit den Aktionen dieses Wochenendes wollen wir all dem unseren Protest und Widerstand entgegensetzen.

Aktionsbündnis gegen den Weltwirtschaftsgipfel Trägerkreis

TRIBUNAL GEGEN DEN WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL

- Moderationstexte und Referate -

Vorbereitungsgruppe des Tribunals gegen den Weltwirtschaftsgruppe, Martin Singer, Initiative Kirche von unten

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich begrüße euch im Namen des Trägerkreises zu diesem heutigen Tribunal gegen den Weltwirtschaftsgipfel. Insbesondere begrüßen wir unsere ausländischen Gäste. Sie sind hier als Opfer der weltweiten imperialistischen Politik, sie stehen im Kampf auf dem Weg zu ihrer Befreiung, sie sind hier als Ankläger gegen den Weltwirtschaftsgipfel der mächtigsten Industrienationen der Welt.

Wir haben uns mit diesem Tribunal viel vorgenommen, wir wollen eine Spannbreite von Problemen behandeln, die in der Realität eine Einheit sind, nämlich die verschiedenen Erscheinungsformen einer weltweiten imperialistischen Politik. Wir kommen hier zusammen aus den verschiedensten Bewegungen, Organisationen und Basisgruppen, die nach Wegen des Widerstandes gegen die herrschende Politik von Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg suchen.

Der Anlaß zu diesem Tribunal ist die Inszenierung des sog. Weltwirtschaftsgipfel hier in Bonn. Unser Treffen ist ein Tribunal. Unsere Demonstration morgen ist eine Protestdemonstration, d.h.: wir klagen an. Die Weltpolitik der sieben mächtigsten Industrienationen ist verantwortlich für den Tod von Millionen Menschen. Sie ist verantwortlich für Hunger, Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg. In fünf verschiedenen Themenblöcken wollen wir uns mit dieser Politik auseinandersetzen: mit den ungebrochenen Traditionen der Kapitalinteressen, mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftsordnung auf die überausgebeutete Welt, mit dem Zusammenhang von Imperialismus und Patriarchat, mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftsordnung hier in den Metropolen und mit der weltweiten militärstrategischen Absicherung dieser ausbeuterischen Weltwirtschaftsordnung.

I 40 JAHRE NIEDERSCHLAGUNG DES FASCHISTISCHEN DEUTSCHLANDS

MODERATION

Hans Hermann Teichler

Der 8.Mai ist ganz sicher ein Anlaß, Betroffene und Opfer der Nazi-Mordmaschinerie hier selbst zu Wort kommen zu lassen. Daß unseren Bemühungen, hier einen Überlebenden von Auschwitz sprechen zu lassen, kein Erfolg beschieden war, hinterläßt eine Lücke in diesem Tribunal.

Welche Nachkriegsordnung wollten die Nazis für Europa? Was wäre, wenn es den 8.Mai 1945 nicht gegeben hätte? Welche Übereinstimmungen, Berührungspunkte und Parallelen gibt es zu der heutigen Weltwirtschaftsordnung? Darüber soll hier referiert werden. Eins ist sicher: den Vereinbarungen der Siegermächte in Potsdam zufolge dürfte es in Bonn keinen Weltwirtschaftsgipfel geben, säße ein Kohl nicht am Tisch der sieben Weltherrscher, gäbe es keinen Schulterschuß in Bittburg und seit 30 Jahren in der NATO, in einem Militärbündnis, das sich als Feind den Gegner Nazi-Deutschlands auserkoren hat. Zu diesem Thema spricht Karl-Heinz Roth. Karl-Heinz Roth ist praktizierender Arzt und praktizierender Geschichtswissenschaftler. Er ist in einer Dokumentationsstelle für NS-Sozialpolitik in Hamburg tätig. Er kommt aus der politischen Generation der 60er Jahre in der Bundesrepublik, die zu Hause anfang, die Nazi-Vergangenheit zu hinterfragen, eine Generation, die festgestellt hat, daß gerade die Kriegs- bzw. die Nachkriegsgeschichte entscheidend zum Grundverständnis der heutigen Situation sind.

REFERAT

„Kontinuität oder Bruch der wirtschaftlichen Interessen?“

Karl-Heinz Roth

Ich werde über Vernichtungen und Entwicklungen sprechen,

über die nazistischen Neuordnungspläne und über die Reaktion der Alliierten in Bretton Woods und in ihrer eignen Nachkriegsplanung. Ich werde ausgehen vom Jahr 1940, wo der damalige Reichswirtschaftsminister Walter Funk eine programmatische Rede hielt, in der er einen neuen, vom Nationalsozialismus beherrschten wirtschaftlichen Großraum ankündigte. Diese Ankündigung von Funk wurde ergänzt durch eine Reihe von Beiträgen zur sozialpolitischen Nachkriegsplanung und zu einer neuen Arbeitsteilung innerhalb Europas. Das ist ein Ausgangspunkt, der in seinen Details sehr wichtig ist und über den wir einigermaßen Bescheid wissen müssen, wenn wir das, was die Anti-Hitler-Koalition in ihrer Antwort darauf gemacht hat, verstehen wollen.

Nach dem Septemberkrieg 1939 gegen Polen, der Okkupation der skandinavischen Länder im April und der Eroberung Westeuropas im Mai/Juni 1940 schien die NS-Strategie die Kosten der bisherigen Aufrüstung auf Europa abzuwälzen, aufgegangen zu sein. Der Nazismus triumphierte vor allem nach dem Waffenstillstand mit Frankreich, dessen wirtschaftspolitische Klauseln zusammen mit den in Belgien und Holland eroberten Devisen und Goldschätzen eine echte Atempause ermöglichten. Ab Juni 1940 begann eine hektische Auseinandersetzung zwischen den deutschen Großkonzernen, den Kartellwirtschaftsgruppen, der Reichsgruppe „Industrie“, dem Reichswirtschaftsministerium, der deutschen Arbeitsfront und so weiter über die Frage, wie nach der Aufteilung der Beute zu einer langfristigen Wirtschaftsstrategie überzugehen wäre. Ich will versuchen, die wichtigsten Ergebnisse dieser Neuordnungsdebatte zusammenzufassen, weil sie für die weitere Entwicklung sehr wesentlich gewesen sind.

Erstens: Reichswirtschaftsminister Funk: „Deutschland ist jetzt mächtig genug, um sich Europas Ressourcen anzueignen. Die europäischen Länder sollen nicht schlagartig aufgefressen werden, wie etwa durch eine Zoll- oder Währungsunion, sondern schrittweise“. Zweitens: Die Deutsche Reichsmark wird zur europäischen Leitwährung. Eine Deckung durch Gold- oder Devisenreserven ist überflüssig, ihre Stabilitätsgarantie ist die deutsche Arbeit und das aus ihr geschaffene Machtpotential. Nur im außereuropäischen Warenverkehr ist eine Angleichung an die internationalen Preisverhältnisse und eine Golddeckung weiter geplant. Drittens: So wie innerhalb des Großwirtschaftsraums

der Nazis die bisherigen Devisenbehinderungen fallen, so sollen auch alle Handelshemmnisse beseitigt werden. Die bisherigen Warenverrechnungseinrichtungen werden in einem Zentralinstitut zusammengefaßt, um die Handelsströme der Zentralsommer 1940 aufgelaufenen deutschen Negativsalden in Milliardenhöhe wieder in Gang zu bringen, muß den eroberten Ländern eine massive Kreditausweitung aufgezwungen werden. Sie sollten also gezwungen werden, dem Reich Kredite zu geben für Waren, die es nie im Austausch für die exportierten Rohstoffe und Lebensmittel geliefert hat. Viertens: Innerhalb des europäischen Großwirtschaftsraums muß Deutschland zum Produktionszentrum mit der höchsten Technologie, Arbeits- und Kapitalintensität werden. Dem hat sich die Restrukturierung der Produktionsstruktur im ganzen übrigen Europa unterzuordnen. Langfristige Investitionsplanungen sollen einen Zustand herbeiführen, der die übrigen Ländergruppen nach ihrer Produktionsstruktur staffelt, und zwar von kapitalistisch durchdrungenen Nachbarländern, beispielsweise Frankreich, Belgien usw., über Skandinavien, über Südosteuropa mit einer begrenzten sog. gelenkten Entwicklung bis hin zu Ländern, die gezielt desindustrialisiert werden, deren Bevölkerung vernichtet wird, beispielsweise Polen und Sowjetunion. Fünftens: den deutschen Industriekonzernen muß durch eine aktive Kapitalpolitik der Banken unterstützt, der Sprung zur Weltmacht und zur sofortigen Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt garantiert werden. Dazu gehört das Aufkaufen der anderen konkurrierenden europäischen Konzerne, die Sicherung des Patentmonopols, eine Monopolstellung für alle zentralen Rohstoffe, die Sicherung der Monopolstellung in den Kontingent- und Preiskartellen und so weiter und so fort. Sechstens: Es sollte eine aktive Arbeits- und Sozialpolitik entwickelt werden, die die deutsche Arbeiterklasse als „Vorarbeiter Europas“ in die imperialistische Neuordnung bindet. Dazu gehört im einzelnen die Entwicklung eines Leistungslohnsystems, auf dieser Grundlage eine differenzierte Einkommensentwicklung nach oben, die nach der Zuordnung zur arbeitsteiligen Produktionszone gestaffelt wird, der Ausbau des Soziallohns nach vier Kategorien, die Entwicklung eines Gesundheitswerks, die Entwicklung eines Versorgungswerks des deutschen Volkes, das für alle Systeme der sozialen Sicherung einen staatlich garantierten Grundsockel einführen soll. Vor einigen Wochen hat ja der jetzige Bundeswirtschaftsminister Bangemann aus diesen Plänen etwas abkopiert. Versichtlich sollten auch die laufenden Vernichtungsprogramme in der Metropole Deutschland werden, beispielsweise die Anstaltstötungen, die Vernichtungsprogramme in Osteuropa dagegen sollten breit und massiv erweitert werden. Siebtens: Der europäische Großraum ist nach den Plänen der Nazis in seinem Bestand von 1940 noch nicht in der Lage, die Lebensmittel- und Rohstofflücke zu schließen, eine aktive Handels- und Kapitalpolitik auf lange Sicht zu entfalten und die notwendigen Zwangsarbeitermassen für die Restrukturierung auf europäischer Ebene bereitzustellen. Um langfristig gegen die USA konkurrieren zu können, muß deshalb die Sowjetunion zerschlagen, desindustrialisiert und als „kolonialer Ergänzungsraum“ einbezogen werden. Aus dem europäischen Großraum sollte also ein kontinental-europäischer Großraum werden, mit der Sowjetunion und dem besetzten Polen als kolonialistisches Hinterland. Soweit die Schwerpunkte, wie sie sich beim Studium der entsprechenden Dokumente aufdrängen. Vielleicht würden wir noch heute in diesem nazistischen Hegemonialgefängnis leben, wenn nicht die Rote Armee und der osteuropäische Partisanenwiderstand mit der Offensive aufgeräumt hätten. Als sich die Ökonomen von London und New York mit der nazistischen Neuordnung auseinandersetzten, war dieser Ausgang aber noch nicht in Sicht. Das hat auf ihre Debatten — soweit wir das bis heute rekonstruieren können — entsprechend zurückgewirkt. Die Westalliierten standen zunächst ganz massiv unter dem Eindruck der nazistischen Neuordnungspropaganda. Sie haben auf verschiedenen Ebenen versucht, sich damit auseinanderzusetzen und sie sind zu dem Ergebnis gekommen, daß die wirtschaftspolitischen Instrumente, vor allem

die Währungsplanung und die Handelsoffensive, neue Momente enthielten, die sie übernehmen könnten. Parallel dazu wurde auf den sozialpolitischen Plan des Chefs der Deutschen Arbeitsfront, Robert Ley, mit einem Sozialversicherungsplan geantwortet, der Ende 1942 herauskam. Dieser Sozialversicherungsplan sah natürlich nicht wie bei Ley die lautlose Vernichtung von allen Unbrauchbaren und Leistungsunfähigen vor, unter deren Vernichtungsvoraussetzung Ley überhaupt Sozialpolitik plante. Sonst gab es keine sehr großen Unterschiede. Es wurde ein Minimaleinkommen im Fall von Massenverarmung und chronischer Arbeitslosigkeit usw. vorgeschlagen; es wurde eine Einheitsrente vorgeschlagen — alles Dinge, die ja im heutigen Verarmungsprozeß in der Diskussion sind.

Abgesehen davon, daß es nur bei einer Propaganda dazu blieb, daß sich nach dem Krieg wenig änderte, ist festzuhalten, daß im Punkt der sozialpolitischen Nachkriegsplanung die westlichen Alliierten sich von den nazistischen Plänen im Grundkontext, nämlich einer Einheitsrente, nicht unterschieden haben. Noch interessanter ist, was die Kensianisten aus den deutschen Neuordnungsplänen gemacht haben. Die Frage, wie das, was sie entwickelt haben, zum Beispiel der Plan von Kense zu einer Clearing Union oder der Plan des Amerikaners Harry White, einen internationalen Stabilisierungsfond und eine Weltbank einzurichten — beide Pläne stammen schon aus den Jahren 1941/42 — ist noch nicht schlüssig zu beantworten. Es läßt sich also noch nicht sagen, inwieweit überhaupt von den Kensianisten eine Alternative zu den nationalsozialistischen Neuordnungsplänen gesucht wurde. Meiner Meinung nach gibt es Ansätze dazu, die dann seit 1943/44 vor allem auf der Konferenz von [Bretton] Woods völlig ausgeschaltet wurden. Eine andere Auffassung sagt, daß auch in dieser Zeit der Kensianismus schon so stark in die nazistische Neuordnungsstrategie eingebunden war, daß er zu einer tatsächlich wirksamen Alternative, die sich von den nazistischen Plänen unterschieden hätte, nicht in der Lage war. Für dieses zweite Argument, dem ich mich bis jetzt noch nicht anschließen kann, gibt es eine ganze Menge von Hinweisen. Die möchte ich zumindest andeuten: Beispielsweise die Tatsache, daß in der Baseler Bank für internationalen Zahlungsausgleich die Größen der NS-Wirtschaftspolitik mit Vertretern der Bank of England zusammensaßen, daß über die Bank für internationalen Zahlungsausgleich die ganzen erbeuteten Devisen- und Goldschätze der Nazis von Belgien, der Tschechoslowakei usw. verschoben worden sind, daß ein Dauertransfer von Devisen von den Alliierten hier mehr oder weniger stillschweigend gedeckt worden ist, um an ihrer Rüstungspolitik über bestimmte Konzerne und bestimmte Kreditmechanismen teilzuhaben. Es muß zumindest auch erwähnt werden, daß sogar die eingeschmolzenen Zahnplomben der Opfer der Vernichtungslager von Funktionären der Deutschen Reichsbank in die Schweiz verbracht worden sind und dort die Bank für internationalen Zahlungsausgleich und die Schweizer Nationalbank verschoben worden sind. Es gibt eine ganze Menge weiterer Hinweise darauf, die es möglich machen, daran zu denken, daß auch der Kensianismus schon in den Jahren 1942/43 sich stillschweigend mit dem Nationalsozialismus arrangiert hat und daß möglicherweise die ganzen Pläne von Bretton Woods nur eine Propagandaangelegenheit gewesen sind. Dafür spricht auch, daß das, was von den Kensianisten, also von Kense selber und Harry White, dem Amerikaner, vorgelegt wurde, noch einmal zurückgestuft wurde. Das Kreditvolumen, das Kense vorgeschlagen hatte, um zu einem Wiederaufbau in globalem Maßstab zu kommen, wurde erheblich reduziert. Noch drastischer waren die Abstriche im Währungssektor. Die Quoten und Stimmrechte der beteiligten Länder an der internationalen Verrechnungswährung, die zur Diskussion stand, sollten nach unterschiedlichen Maßstäben bestimmt werden. Durchgesetzt haben sich schließlich die Amerikaner, indem sie die Höhe der Quoten und Stimmrechte orientierten an dem Handelsvolumen des beteiligten Landes, an der Masse, an der Summe der Volkseinkommen und der Goldreserven. Die USA hatten aber 1944/45 schon 90 Prozent der gesamten Gold-

reserven in ihrer Hand.

Das alles zeigt, daß im Endeffekt unabhängig von der Frage, ob es eine kritische Auseinandersetzung mit den nazistischen Neuordnungsplänen bis 1942/43 gegeben hat, die Währungs- und Handelspläne der Nazis, die zunächst für den europäischen Kontinentalraum (wie sie das nannten) angelegt waren, von den USA in den internationalen Kontext übersetzt worden sind. Das ist eine sehr bittere Feststellung, die gerade heute in dieser Stadt, wo ein Weltwirtschaftsgipfel tagt, gemacht werden muß. Während sich Kense und White zu ihren internationalen Nachkriegsplanungen zusammaten, wüteten die Wehrmacht, die SS und die deutschen Konzerne in der Sowjetunion. Alles, was sie für Kontinentaleuropa geplant hatten, führten sie unbarmherzig durch. Einsatzgruppen der Wehrmacht und die Wehrmacht vernichteten nicht nur, was sich ihrem Auftrag der Herrschaftssicherung widersetzte, sondern sie mordeten bis zum Frühjahr 1942 in den rückwärtigen Heeresgebieten und in den Gefangenenlagern alle unbrauchbaren und unnützen Esser des künftigen Kolonialvolks. Die Ostgesellschaften, die IG Farben, eine kontinentale Öl-AG usw. begannen, die Rohstoffe, die Bodenschätze der Sowjetunion auszuplündern, die Lebensmittel wurden geplündert, es wurde in Kauf genommen, daß zig Millionen Menschen dabei verhungerten.

Das Reichssicherheitshauptamt der SS rechnete während dieser Massenmorde eine längerfristige zweite Phase des Massenmords hoch, den Generalplan bzw. Gesamtplan Ost. In diesem Gesamtplan

Diesem Gesamtplan zufolge sollten von 45 Millionen Menschen in Osteuropa 31 Millionen deportiert werden, und zwar nach Sibirien. Das hätte ihre Vernichtung bedeutet, weil schon bei den damaligen Planungsdebatten klar war, daß man nie die Transportkapazität haben würde, um sie wirklich abzutransportieren. Die SS wollte in einem menschenleer gemachten Terrain ein Wehrhof- und Siedlungssystem einrichten. Noch nie war in der bisherigen Geschichte ein solch bestialischer Vernichtungsplan mit einer derart kalten Wirtschaftsrationalität verbunden.

Der letzte Aktion zum kontinental-europäischen Reichs- und Warenverrechnungsblock ist glücklicherweise mißlungen. Kontinentaleuropa wurde vom Widerstand und der Roten Armee her aufgerollt. Für alle Zeiten liegt aber die schwerste Hypothek der NS-Wirtschaftsstrategie in Osteuropa begraben. 6 Millionen Juden, die sozusagen als Vorleistung für den Gesamtplan Ost vernichtet worden waren, 5 Millionen Polen, 20 Millionen Bürger der Sowjetunion wurden umgebracht. Der ungeheuerliche in Osteuropa innerhalb von nur drei Jahren verwirklichte Vernichtungsaspekt der nazistischen Neuordnung ist bis heute noch nicht voll in unser Bewußtsein gedrungen. Unmittelbar verantwortlich für die Planung des Völkermords war eine Abteilung Volkstum im Inlandsnachrichtendienst des Reichssicherheitshauptamts. Chef dieser Abteilung war Otto Ohlendorf. Die Nachbarabteilung 4 b, die nach dem Krieg in das Blickfeld der Weltöffentlichkeit geriet, sie wurde nämlich von Adolf Eichmann geleitet, war „nur“ eine ausführende Instanz. Ich komme auf Otto Ohlendorf deshalb zu sprechen, weil dieser Mann, der übrigens auch noch eine Einsatzgruppe leitete und Hunderttausende von Menschen direkt ermorden ließ, im Verlauf des Sommer 1943 eine sehr merkwürdige Wandlung durchmachte. Seit dem Sommer und Herbst 1943 begannen die Manager und Funktionäre des deutschen Großkapitals neuerlich den Nachkrieg zu planen. Sie sahen also ein, daß sie den Krieg nicht mehr gewinnen würden. Sie wurden aber keineswegs dem NS-Regime abtrünnig, indem sie sich zum Beispiel insgeheim auf einen Investitionsstreik einigten oder sonstwie Sand ins Getriebe der Kriegsmaschinerie warfen. Im Gegenteil: Am 2. September 1943 kam ein Erlaß über die Konzentration der Kriegswirtschaft heraus, ein denkwürdiges Datum. Von diesem Tag an wurden die Funktionen des NS-Kapitals in zwei Sektoren aufgeteilt. Im ersten Sektor bauten ein ehrgeiziger Wirtschaftstechnokrat und eine Führerelite der Rüstungswirtschaft die Kriegswirtschaft weiter aus. Sie übernahmen unter

Albert Speer hoheitliche Funktionen. Der bisherige zivile Sektor wurde ihnen untergeordnet. Eine gigantische Rationalisierungs- welle setzte ein. Es kam zu einem neuerlichen Boom der Rüstungsproduktion. Das gesamte gesellschaftliche Leben wurde ausgekämmt und im Vorrang des totalen Kriegs an der Wirtschaftsfront unterworfen. Bis in die letzten Kriegswochen harteten die Unternehmer in ihren Kommandofunktionen und regionalen Stäben aus. Die Vernichtung von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen durch Arbeit erreichte unter ihnen schwindelerregende Dimensionen, und zwar bis in die letzten Kriegswochen.

Der zweite Sektor der Wirtschaft begann arbeitsteilig mit dem Rüstungsboom mit einer neuen Auflage der Nachkriegsplanung. Das Verrückte und Aberwitzige dabei ist, daß er das unter der Regie des von mir zitierten Otto Ohlendorf tat. Ohlendorf, der SD-Chef blieb, wurde zum Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium ernannt. Ihm wurde eine Hauptabteilung über Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik unterstellt, die eine gegen die jetzt deutlich greifenden sozial- und wirtschafts- politischen Nachkriegsstrategien der Alliierten gerichtete Kriegsziel- propaganda entwickeln sollte. Weit ist Ohlendorf dabei nicht gekommen. Er hat versucht, zusammen mit Funk die Bretton Woods-Konferenz zu stören. Es wurde eine Reihe von Denkschriften verfaßt, in denen jetzt die Räuber sich den Schafspelz umlegten, indem sie nicht mehr vom kontinentaleuropäischen Großwirtschaftsraum sprachen, sondern von der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Sie wollten Europa jetzt nicht mehr beherrschen, sondern — wie sie sagten — nur noch führen, und sie gingen an, die amerikanisch-britischen Pläne auf dieses Konzept anzuwenden, europäische Clearingstelle, Euro-pabank, Einführung eines Europagulden usw. Das Informations-material dazu bekamen sie von Otto Ohlendorf. Das war alles sicher nicht sehr weitgehend, und es hat damals sicher nur dazu genützt, um die kollaborierende Bourgeoisie Europas, vor allem Westeuropas, bei der Stange zu halten. Schwerwiegender ist, daß sich eine kleine Gruppe von Industriellen, Ministerialbürokraten und Generalstäblern daran machten, eine klare Vorleistung zu erbringen, um das Abkommen von Casablanca, in dem sich die Alliierten auf die bedingungslose Kapitulation Deutschlands geeinigt hatten, zu spalten. Das Attentat auf Hitler Die Gruppe des 20. Juli, heute aus recht doppelbödigen Gründen in Ehren gehalten, wollte nach dem Modell eines gegen aus-ländische Zwangsarbeiterrevolten gerichteten Aufstandsbe-kämpfungsplans putschen, einen Separatfrieden mit den Westalli-ierten schließen und umso konsequenter an der sogenannten Ostfront weiterkämpfen. Hätten sie Erfolg gehabt, dann hätte das inzwischen gewaltig zurückgeschraubte Europabank- und Europaguldenmodell plötzlich eine ganz andere Bedeutung bekommen. Die Gruppe des 20 Juli stand mit der Grundsatzabteilung des Reichswirtschaftsministeriums in Kontakt. Es verstärken sich seit einiger Zeit die Anhaltspunkte, daß Ohlendorfs SS und Nachrichtendienst von dem Komplott wußten, ihn stillschweigend deckten und es erst nach dem Scheitern von Putschversuch und Attentat aufgerollt hat. Noch am 4. Juli 1944 hatte Ohlendorf in einer Rede vor der Reichsgruppe Industrie geäußert, „die wirtschaftspolitische Führung weiß, welche Anziehungskraft die währungspolitischen Vorstellungen der Alliierten auf die Bevölkerung und nicht zuletzt auf die Industrie ausüben.“

Wie dem auch sei, die Großkapitalisten, die auf der einen Seite arbeitsteilig weiterhin Kapital akkumulierten und rationalisierten, nahmen auf der anderen Seite nach den Irritationen des 20. Juli den Faden wieder auf und intensivierten ihre Nachkriegsplanung. Sie wurden dabei von Ohlendorf, vom sicherheitspolizeilichen Machtzentrum des *[hier fehlt was...]* fenden, verlegten ihre Konzernzentralen in die künftigen Westzonen und schon alle liquide zu machenden Kapitalbestandteile in den Westen ab, vor allem in die Schweiz. Es sind Milliardensummen von flüssigem Kapital aus den westdeutschen Unternehmen und der SS in die Schweiz abgegangen.

Die Hoffnung, die Anti-Hitler-Koalition noch vor der beding-

ungslosen Kapitulation spalten zu können, hatten sie inzwischen aufgegeben. Umso mehr setzten sie auf die Zeit unmittelbar nach dem Waffenstillstand. Es war ihnen klar, daß alle Probleme, kurzfristige wie langfristige, nur in einer möglichst raschen konsolidierten Allianz mit den USA zu lösen wären. Im November/Dezember 1944 blühte der lange Jahre entschlafene deutsch-amerikanische Wirtschaftsausschuß wieder auf. Abs, Albrecht, Blessing, Ilkner, Kaiser, Reemtsma, Westrick und andere entdeckten wie nach einem langen bösen Traum die wohlthuenden Segnungen des freien Welthandels der Multi-lateralität von IMF und Weltbank. Wohlgemerkt: Ende 1944. Sie haben sich spät, doch gerade rechtzeitig für Bretton Woods und für den Marshall-Plan später eingekauft. Sie konnten und können mit Fug darauf verweisen, daß sie die neuen Währungs- und Kreditinstrumente des Nachkriegszyklus als erste entwickelt hatten, freilich in einem etwas begrenzteren und anrühigeren Rahmen. Ich bin der Meinung, daß, wenn Herr Reagan und Herr Kohl auf einen Friedhof gehen, auf dem auch SS-Soldaten liegen, dann sollen sie das tun und dann soll man das nicht verurteilen. Sie sollen es tun, denn sie sollen beide vor SS-Gräber treten. Sie feiern nämlich die insgeheime Entwicklung des nazistisch-amerikanischen Bündnisses gegen die Sowjetunion, das Ende 1944 entstanden ist.

Waren die langfristigen Weichen endgültig gestellt, der Rüstungsmotor lief auch jetzt noch auf Volltouren, so begannen nun auch die eher kurzfristig dimensionierten Planungen. Manchens hatte allerdings auch hier recht früh angefangen. Währungsaus-schüsse hatten zu tagen begonnen und darüber diskutiert, wie die inzwischen auf 35 Milliarden aufgelaufenen Clearing-Schulden, also Handelsverrechnungsschulden Nazi-Deutschlands gegenüber Europa, zu tilgen seien. Schon im März 1944 hatte der von der Reichsgruppe Industrie in einem Mini-Institut ausgehaltene Ökonom Erhard eine erste Studie über Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung vorgelegt und vorgeschlagen, sie aus Gründen der Vorbeugung von sozialen Unruhen auf den Staat zu übertragen, dann erst einmal das private Kapital zu sichern, danach in Ruhe zu demobilisieren und erst dann den großen Schnitt zugunsten der Sachwerte zu wagen. Da es sich dabei immerhin um eine Gesamtschulden-summe von 680 Milliarden Reichsmark, davon direkt faßbar 400 Milliarden als Staatsschulden handelte, schien dies doch ein wenig gewagt. Es setzte einige Retouchen, bei denen auch der Schlächter Ohlendorf Hand an Erhards Papier anlegte. Eine ent-sprechend korrigierte zweite Erhard-Denkschrift vom September 1944 fand hingegen mehr Gnade. Sie hieß „Zur Frage des Ausgleichs des öffentlichen Haushalts nach dem Kriege“.

Die Grundpfeiler der kommenden Währungsreform standen, bevor die US-Truppen die erste westdeutsche Großstadt besetzt hatten. Weiter Schonung der Sachwerte, großzügiger Lastenausgleich für alle durch Kriegsfolgen geschädigter Sachwertebesitzer, aber auch Ausgleich für die zu erwartenden Flüchtlingsströme aus dem Osten. Die Lohnempfänger, die Zwangsarbeiter und vor allem die überlebenden Opfer sollten schon damals, Ende 1944, leer ausgehen. Warum haben sie denn auch überlebt? So war auch das Währungsreformproblem als Problem der Erhaltung der auf Kosten der Masseneinkommen und Vermögen akkumulierten Kapitalien für ihre Besitzer im Vorlauf abgehakt. Man wollte ja so schnell wie möglich mit dem Kapital wieder eine Exportoffensive starten und am atlantischen Aufbau, diesmal unter den Fittichen der USA, teilnehmen. Das war auch die entscheidende Voraussetzung, um einer ernsthaften Demobilisierungskrise mit ihren häßlichen Begleiterscheinungen, wie damals 1981, aus dem Weg zu gehen. Da man ja keine Rohstoffe und Devisen zur Beschaffung von Rohstoffen hatte und da es auch keine Lebensmittel mehr gab, um den hungernden Massen Brot zu geben, blieb, koste es, was es wolle, die Allianz mit den USA der einzige Rettungsanker. Hatte man schon keine Chance mehr, die Anti-Hitler-Koalition noch vor der Einstellung der Feindseligkeiten offensichtlich zu spalten, so setzte man jetzt alles daran, um sich unentbehrlich zu machen und rechtzeitig vor dem drohenden inneren und äußeren

Bolschewismus zu warnen. Um ihre eigene Haut und ihre Kapitalien zu retten und nicht zuletzt ihre gigantischen Verbrechen vor allem vor den Völkern Osteuropas ungeschehen zu machen, setzten die bekehrten Atlantik- und Welthandels-Apostel alles daran, um Europa zu spalten. Dafür gaben die leutseligen und hochkultivierten Magnaten des Kapitals, die auch heute noch unsere Geschicke leiten und unsere politische Klasse aushalten, den widerwärtigsten und blutrünstigsten Schlächtern der Weltgeschichte vom Reichssicherheitshauptamt die Hand.

Zum Schluß stellt sich die dringliche Frage, warum das alles so reibungslos geklappt hat. Natürlich gab es Verwerfungen, Verzögerungen. Die Fassade mußte gewahrt, ein paar Hauptkriegsverbrecher mußten der Erschütterung und Wut der west-europäischen Volksmassen geopfert, ein paar Industriehyänen milde bestraft und dann unauffällig begnadigt werden. Aber es besteht kein Zweifel: die große strategische Rechnung des deutschen Kapitals, die 1940/41 beinahe aufgegangen wäre, wurde in ihrer korrigierten Fassung 1944 vollständig realisiert. Warum haben sich die Westalliierten, vor allem die USA und England, so unheimlich schnell auf die deutschen Spalter der Anti-Hitler-Koalition eingelassen? Die Antwort ist inzwischen klar: Die Nachkriegsstrategie des Nazi-Kapitals paßte mehr und mehr in das eigene Nachkriegskalkül der USA. Amerikanische Historiker haben es inzwischen bewiesen. Die expansionistische Politik der USA hatte sich in der späten Roosevelt-Ära unter dem Eindruck der nazistischen Offensive von Vernichtung und gelenkter Entwicklung nur zeitweilig gemäßigt. Die Generalstabschefs der US-Streitkräfte hatten sich seit 1943/44 mit dem Außenministerium und den Industriemagnaten verständigt, auf dem ganzen Globus Militärbasen einzurichten. Sie waren davon besessen, der Handelsexpansion ein militärisches Äquivalent nachzuschieben. Unmittelbar nach dem Tod Roosevelts wurde die noch gar nicht geworfene Atombombe dazu benutzt, um die Sowjetunion grenzenlos zu demütigen und die Weichenstellungen schlagartig auf Containment, auf Aufrollbewegung gegen die Sowjetunion zu stellen. Die ohnehin schon ausgehöhlten und leeren Deklarationen von Bretton Woods wurden schon im Frühjahr 1945 ein Fetzen Papier. In den USA hatte es immer während der NS-Herrschaft starke Sympathien für ein nazi-fiziertes Kontinentaleuropa gegeben. Ich habe es vorhin angedeutet. Es muß darüber weiter geforscht werden, inwieweit nicht der gesamte Kentsianismus eine Zeitlang - mindestens bis 1942/43 - seinerseits den deutschen „new deal“ (wie er ihn nannte) gedeckt hat.

IBM hatte die Ausrüstung für Speers maschinelles Berichtswesen, die Datenzentrale des Rüstungsministeriums geliefert, und es hatte sogar für die Nazis erbeutete sowjetische Hollaritmaschinen repariert. ITT, der Elektrokonzern, hatte die deutsche Luftwaffe mit aufgebaut. General Motors die Armee mit motorisiert, die IG-Farben-Tochter General Anilin verfügte über mächtigen Einfluß. Ihre Interessen wurden seit 1941 von John Forster Dulles in den USA vertreten. Die internationalen Kartelle hatten durchaus weiter funktioniert. Auch waren die wissenschaftlichen Querbeziehungen zu den wichtigsten deutschen Forschungszentren nie wirklich unterbrochen gewesen. Niemand weiß, wie die und die Rockefeller-Foundation operiert haben, aber es gibt furchtbare Indizien. Die Carnety-Foundation hatte die internationale Anthropologie, die Rockefeller-Foundation die Genetik finanziert. Beide Wissenschaftszweige waren tief in die NS-Massenverbrechen verstrickt. Die deutschen Korrespondenzpartner von Carnety und Rockefeller, deutsche Forschungsgemeinschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, wurden vor den Nürnberger Anklagen geschützt. Nutznießer dieser Protektion war unter anderem Joseph Mengele, der 1943 bis 1945 das Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, Eugenik und Erblehre mit den lebendfrischen Präparaten seiner Vernichtungsexperimente aus Auschwitz belieferte. Nutznießer waren eine ganze Menge von NS-Wissenschaftlern, die vom amerikanischen Geheimdienst zusammen mit den beiden Stiftungen unmittelbar nach Kriegsende in die USA abgeholt wurden. Sie wurden abgeholt mit ihrem ganzen Forschungsmaterial

und der spätere CIA hat darauf teilweise aufgebaut. Alle diese Strömungen haben sich längst bevor der Krieg zu Ende war durchgesetzt. Seit 1944/45 hat der militärisch-industrielle Komplex zusammen mit dem Exportkapital die Macht in den USA übernommen. Er hat Nachkriegsstrategien in die Strategien einer imperialistisch-modernisierten Weltgesellschaft übersetzt. Er hat die ausgeblutete Sowjetunion unter Zugzwang gesetzt und sie veranlaßt, nun auch ihrerseits das östliche Territorium Europas nur noch als politisch-militärisches Glacis zu betrachten. Er hat mit seiner Dollar-, seiner Kredit-, Marshallplan- und seiner Stützpunkt-Politik Europa halbiert. Die verheerenden Auszehrungen des Entwicklungspotentials, zu denen die amputierte Bretton Woods-Konzeption selbst dann noch zusätzlich mißbraucht wurde, hat erst in den 70er Jahren nach dem Scheitern der Entwicklungsdekade von Kennedy eingesetzt. Die Vergangenheit warnt. Schreckt sie uns wirklich noch? Wenn wir an die Apokalypsen denken, beispielsweise der heutigen Schul-

denkrise, an Reagans deutschen „new deal“ von Defizitsspendung, massiver Rüstungskonjunktur, massivem Sozialabbau, sogenannter angebotsorientierter Wirtschaftspolitik, und wenn wir an die SDI-Offensive denken. Ich glaube, es ist notwendig, da wir das, was sich aus den nazistischen Nachkriegsplänen 1940 in die Nachkriegspläne der Westalliierten auf Weltebene übersetzt hat, untersuchen müssen. Ich glaube, daß wir zweitens genauestens rekonstruieren müssen, wie das deutsche Kapital der treibende und wichtigste Machtpfeiler des NS-Regimes, 1943/44 begonnen hat, sich in die kommende Nachkriegsperspektive der USA einzukaufen. Es ist notwendig, das alles zu untersuchen, denn Hybris ist mehr zu löschen als Feuersbrunst, und um diese Hybris zu löschen, müssen wir wissen, woraus sie entstanden ist. Wir müssen es wissen, aber nicht, damit wir es wissen, sondern damit wir lernen zu handeln.

(Anmerkung: „Kense“ = John Maynard Keynes!)

II AUSWIRKUNGEN DER WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG AUF DIE „3. WELT“

MODERATION

Barbara Lukas

Der 2. Teil dieses Tribunals behandelt die Auswirkungen der Weltwirtschaftsordnung auf die Dritte Welt. Besondere Beachtung wollen wir hierbei den internationalen Finanzinstitutionen geben, die seit Beginn der 80er Jahre zunehmend die Rolle übernommen haben, die Interessen der Industriestaaten über das internationale Finanzsystem gegenüber der Dritten Welt durchzusetzen. Aus aktuellem Anlaß wollen wir auch einen gewissen Schwerpunkt auf Nicaragua legen, da eine der ersten Taten Präsident Reagans in der Bundesrepublik gewesen ist, ein vollkommenes Handelsembargo gegen Nicaragua zu verhängen. Der angekündigte Referent George Fernandez aus Indien, Generalsekretär der Partei, ist zwar in der Bundesrepublik, ist aber erkrankt und kann deshalb heute morgen nicht kommen. Der angekündigte Referent aus Brasilien konnte gar nicht erst in die Bundesrepublik kommen aufgrund der Streiks, die im Moment in Brasilien stattfinden, worunter ja auch die gesamte Luftfahrt fällt, so daß es ihm überhaupt nicht möglich war, in Brasilien abzufliegen.

Vorstellung der Referentinnen:

Suzan George, Politologin, arbeitet am Institut für Policy Studies, USA, und hat verschiedene Veröffentlichungen, Bücher und Beiträge in Dritte-Welt-Zeitschriften gemacht, vor allem über die Hungerproblematik in der Dritten Welt.

Felix Contreras von CONAPRO – Hereros y Martires das der fortschrittliche Verband der Freiberufler in Nicaragua. Er selber ist Wirtschaftswissenschaftler und wir daher ein Schwergewicht auf die wirtschaftlichen Konzeptionen legen und auf der anderen Seite auf die wirtschaftlichen Folgen, die das Handelsembargo gegen Nicaragua haben wird.

REFERAT

„Hungerproblematik in der '3- Welt“

Susan George

Wir haben hier keine Tafel oder eine Zeichentafel, aber ich möchte, daß ihr euch mal vorstellt: ein ganz großer Kreis, der die nördlichen industrialisierten Länder darstellt, drüben seht ihr

dann einen weiteren großen Kreis, der die Länder der südlichen Hemisphäre, die armen Länder, die Dritt-Länder darstellt. Dieser Kreis da drüben, der die entwickelte Welt darstellt und dort drüben, der die nicht-entwickelte darstellt — das ist das Bild der Vereinten Nationen der Welt. Das ist der Mythos, daß die Welt aufgeteilt sei in reiche und arme Länder. Und die Mythe der Vereinten Nationen läuft darauf hinaus, daß sämtliche Regierungen ihre Völker vertreten. Das ist natürlich nicht wahr, das stimmt nicht. Stellt euch mal bitte vor, innerhalb des großen nördlichen Kreises einen kleineren Kreis, der die Leute darstellt, die die Beschlußfassung vollziehen, Regierungen, Direktoren und Leiter der transnationalen und multinationalen Unternehmen, Banken und — im großen und ganzen — diejenigen, die Wohlstand, Macht, Wissen in ihren Händen halten. Auf der anderen Seite stellt euch mal denselben Kreis vor, der auch einen kleinen Kreis in sich beinhaltet, der in den armen Ländern diejenigen darstellt, die die Elite sind und die in ihren Ländern wiederum Wohlstand, Reichtum, Macht tragen. Dann ist sehr leicht sichtbar, daß es eine Linie innerhalb dieser kleinen Kreise gibt. Das ist wie ein Pfeil miteinander verbunden. Es gibt eine Übereinstimmung zwischen der Elite der Industriestaaten und der Elite der Drittländer. Hier haben wir nie erlebt, daß jemand an Hunger gestorben ist. In den Ministerien, den Kasernen und den Banken der Dritten Welt. Vergessen wir also ganz einfach diese Nord-Süd-Geschichte, ausklammern und beziehen wir uns lieber auf die Zentren und die Randgebiete im Norden und im Süden.

Nehmen wir einmal diese vier Kreise und stellen wir uns das mal aus der Sicht von außerhalb der Kreise vor. Da gibt es an den Randgebieten die ganz Armen der Dritten Welt, und dann werdet ihr die Zentren der Eliten der Dritten Welt sehen. Im inneren Kreis sehen wir dann die Randgebiete unserer reichen Länder. Das bedeutet die meisten von uns, denn einige haben einige politische Macht. Ich weiß, es gibt einige Parlamentarier, die heute hier anwesend sind, obwohl sie nicht glauben, daß sie recht viel Macht haben. Ganz innen drin haben wir das Zentrum des Zentrums, diesen ganz kleinen Kreis. Die Wirtschaftskrise, diese berühmte-berühmte Krise, das ist mitnichten eine Krise für alle. Diese Krise ist eine hervorragende Möglichkeit und Gelegenheit, einmal Reichtum, Wohlstand von den Armen auf die Reichen zu übertragen, von dem äußeren Kreis auf den inneren Kreis. Es stellt sich heraus, daß die ganz Armen draußen am Rand der Dritten Welt ausgebeutet werden, und zwar von ihrer eigenen Elite. Sie werden in mancher Art ausgebeutet. Einer der Mittel und Wege, die hier angebracht werden, ist, daß man von den armen Bauern erwartet, daß sie einen großen Teil des Wohlstands des Landes erarbeiten, aber dieser Wohlstand geht dann an ihre eigene Elite und an sie, die den Wohlstand erarbeitet haben, geht sehr wenig zurück, also in die ländlichen Gebiete. Und dann ist es natürlich so, daß die Dritte Welt

insgesamt uns ihren Wohlstand, ihren Reichtum bietet, in die sogenannte Erste Welt transferiert. Das läuft auf verschiedene Art und Weise. Eine dieser Möglichkeiten ist, daß die Erzeugnisse der Dritten Welt unterbezahlt werden, und zwar auf nationaler Ebene. Der Haupttransfer ist auf das Zentrum des inneren Kreises ausgerichtet. Dieses Zentrum, wo die transnationalen Unternehmen und die Banken arbeiten und funktionieren. Es gibt etwa 200 transnationale Unternehmen im Zentrum, die Verantwortung tragen dafür, daß über ein Drittel der Welterzeugung, wie beispielsweise BSP....

200 Unternehmen haben jetzt einen Gesamtumsatz von ca. 3 Trillionen Dollar. Die Konzentration des Reichtums und des Wohlstandes hier an dem mittleren Kernpunkt nimmt ständig zu. Ich möchte mich hier insbesondere auf die Banken beziehen, denn das Problem der Verschuldung der Dritten Welt hat man sich noch nicht ganz klargemacht und auch noch nicht in Bezug gesetzt auf die Auswirkungen, die dies auf die Ärmsten in den Randgebieten der Dritten Welt hat.

In den 70er Jahren haben die amerikanischen und britischen Banken vor allem die Petrodollars als Darlehen der Dritten Welt angeboten, ganz so, als ob es überhaupt kein Morgen gäbe. Die wurden ihr Geld los, so schnell, wie das überhaupt möglich war. Wie ein Direktor der City Bank einmal sagte: „Es macht nichts, wieviel die Banken an Darlehen gewähren, denn Länder, die gibt's immer, deren Existenz hört nicht auf. Deshalb ist es ganz sicher, daß wir unser Geld wiederbekommen“. Viele Leute werfen jetzt dem Internationalen Währungsfond vor, daß er die Schuld daran trage, was heute in der Dritten Welt passiert. Das hatte ich eigentlich auch immer geglaubt. Aber die Rolle des Fond ist erst im Laufe der drei oder vier letzten Jahre wichtig geworden. Warum? Weil die Banken ganz einfach nicht wollten, daß der Fond tätig werde, solange sie noch ganz hübsche Gewinne an Land ziehen konnten, nämlich im Zusammenhang mit den Darlehen, die sie der Dritten Welt geboten hatten. Sie haben in der Tat ganz hübsche Profite gemacht. 1970 entstammten 20 Prozent der Profite der zehn führenden amerikanischen Banken aus den Darlehen von Übersee entstammten. Aber 1982 konnten die Banken 60 Prozent ihren Profite ihren überseeischen Darlehen entnehmen. Als aber diese Schuld an einem Punkt angelangt war, wo die Drittländer so langsam sagten: „Wir können nicht zahlen, wir brauchen weitere Darlehen, um unsere Schulden tilgen zu können, unsere Zinsen zu zahlen“, ja dann, dann haben sich die Banken an den Internationalen Währungsfond gewandt. Früher wollten sie das gar nicht, daß der IWF tätig wird. 1979/80 hat der IWF auch nur fünf Prozent der Finanzierung für die Dritte Welt bereitgestellt. Aber ihr wißt ja: im modernen Kapitalismus ist Profite machen prima, aber ein Risiko tragen — nein, das ist nicht gut. Das heißt also, daß die Banken sich dann an den IWF gewandt haben, als sie sahen, daß sie ein Risiko tragen mußten. Sie haben den Fond aufgefordert, sozusagen als internationaler Polizist zu gewährleisten, daß die verschuldeten Länder ihre Darlehen auch tilgen. Was macht dann der IWF? Der IWF, das ist ja nicht nur ein Finanzinstitut, das ist nicht nur so eine Art Weltzentralbank. Nein, in der Satzung dieses Fonds steht, daß dies eine Handelsorganisation ist, eine Organisation, die sich damit befaßt, eine Integration dahingehend zu vollziehen, daß sämtliche Länder der Welt, oder jedenfalls so viele wie möglich, ein weltweit integriertes Handelssystem herbeiführen. Ob das nun gut ist für die betroffenen Länder oder nicht. Der IWF bestimmt, wenn er tätig wird, ein sogenanntes Anpassungsprogramm, aber man sollte das wohl eher ein Verknappungsprogramm nennen. Sämtliche Beihilfen für den Verbrauch werden gestrichen, keine Nahrungsmittelbeihilfen, keine Gesundheitsbeihilfen, keine Ausbildungs- und Erziehungsbeihilfen, der Lohn wird gedrosselt, die Zinssätze schnellen hoch, und vor allem sagt der Fond dem betroffenen Land: „Ihr müßt exportieren. Ihr müßt exportieren, selbst wenn dies bedeuten sollte, daß ihr nicht mehr in der Lage seid, den Grundbedürfnissen eurer eigenen Bürger zu entsprechen“.

Was bedeutet dies für die meisten Länder? Es bedeutet, daß es die Armen sind, die die Schulden zahlen, die ihnen von den Rei-

chen aufgebrummt worden sind. Es ist ja der innere Kreis, der diese Schulden herbeigeführt hat in Zusammenhang mit dem inneren Kreis der Ersten Welt. Häufig war es das Militär in dem inneren Kreis der Dritten Welt, das Gelder beanspruchte, um Jets zu kaufen, Panzer oder andere militärische Ausrüstungen. Es gibt für 12 Milliarden Dollar atomare Anlagen in Brasilien, eine Kernanlage, die überhaupt nicht benutzt wird, zu nichts taugt. Aber man erwartet, daß die Armen für diese Ausgabe eintreten. Diese Ausgaben dienen nur den Reichen. Vieles verwandelte sich dann auch in Kapitalflucht, anders ausgedrückt: wenn man eine mächtige Bank im Norden ist, dann kann man zweierlei Dinge auf einmal tun. Im englischen sagt man, man kann sich den Kuchen anschauen und auch essen. Das heißt, erst kommt das Geld als Einlage und dann kommt es zum zweiten Mal zurück auf dem Wege einer Schuldentilgung und einer Zinsleistung. De facto sind es wieder die Armen, die diese Schulden zahlen. Ich darf euch mal einige Beispiele darstellen dafür, was das für die am meisten betroffenen Armen bedeutet hat. In Brasilien Beseitigung der Beihilfen und Fördermittel, das bedeutete einen enormen Anstieg der Nahrungsmittelpreise vor allen Dingen für die Nahrungsmittel, von denen die Armen am meisten abhängen. 1933 lag der Preis für Bohnen [...]

Der Preis für Reis stieg 1983 um 200 Prozent, der Durchschnittslohn stieg nur um 140 Prozent. Das gilt für diejenigen, die überhaupt das Glück hatten, arbeiten zu können, denn die meisten in den lateinamerikanischen Städten haben keinen bezahlten und entlohnten Erwerb. In den Philippinen wurden hunderttausende auf Kurzarbeit umgestellt, und zwar nach Bestimmungen des IWF. Im Juni des vergangenen Jahres, als der Peso wieder abgewertet wurde, haben sich die Nahrungsmittelpreise über Nacht verdoppelt. Die Arbeitslosigkeit auf den Philippinen liegt jetzt etwa bei 25 Prozent. In der Dominikanischen Republik veranlaßte im letzten Jahr der IWF Preissteigerungen von 50 Prozent für Brot und Mehl und 100 Prozent für Backöl, Tausende von Leuten gingen auf die Straße und protestierten. Hunderte von ihnen wurden getötet. In Mexiko zeigt eine kürzliche Erhebung, daß 70 Prozent der Niedriglohngruppen keine Eier, keinen Fisch, kein Obst, kein Gemüse usw. mehr essen können. In Peru essen die Leute in den Slums von Lima Hühnerfutter, also Fischmehl. Das wird sehr unhygienisch zubereitet, so daß sie nicht nur Hühnerfutter essen müssen, sondern daß sie auch erkranken, an Parasitenkrankheiten beispielsweise. Die Kindersterblichkeit in den Slums von Lima liegt heute bei 50 Prozent. Das sind nur einige der Auswirkungen, die ich hier im Zusammenhang mit der Tätigkeit des IWF aufgezählt habe. Aber es ist wichtig, sich klarzumachen, daß der IWF unser aller Leben berührt. Aber vergessen wir nicht die Privatbanken, denn sie sind die Wurzeln allen Übels, der IWF, das ist der Polizist. Aber die Privatbanken, die jetzt 60 Prozent der Schulden in ihrer Hand haben, die sind das Hauptproblem. Diese Schulden, das berührt uns alle, denn wenn der IWF den Ländern sagt: „Hört auf mit der Einfuhr“, dann bedeutet dies, daß jeder weniger Nahrungsmittel verkaufen kann. Das bedeutet, daß in den USA jede Milliarde Dollar nicht getätigten Absatz 25000 Arbeitsplätze, die man verliert. Die USA haben 2,5 Millionen Herstellungsarbeitsplätze seit 1980 verloren. Viele dieser Arbeitsplätze, die man verloren hat, sind Zeichen dafür, daß man sich in einer Handelsflaute befindet. Der IWF sagt, wir sind bemüht, den Handel anzukurbeln, aber de facto tun sie das nicht, denn sie sagen, den armen Ländern bringt es ja keine Einfuhren mehr, andererseits sagen sie all den Ländern, die von ihrem Programm umfaßt sind: „Ausfuhr so viel wie möglich“. Das bedeutet, daß diese Länder mehr oder weniger dieselben Güter exportieren. Viele exportieren Agrarstoffe, Grundstoffe. Da alle auf demselben Markt im Wettbewerb stehen, sind die Preise ständig niedrig. Auf etwas höherer Ebene: wenn der Fond sagt, also beispielsweise Textilausfuhr oder Bekleidung oder elektronische Güter, dann ist es wieder so, daß viele Länder dasselbe ausführen. Niemand hat da mehr einen Durchblick in dem ganzen anarchischen Prozeß. Das heißt also, die Verschuldung der Dritten Welt und das Verknappungs- und Sparprogramm des

IWF berührt dann auch die Arbeitsklasse im Norden, die verlieren dann Arbeitsplätze in der Industrie. Ich meine, es berührt natürlich auch die Hungernden dieser Welt. Ich habe euch einige Beispiele gegeben. Denn da wird der Wohlstand den Armen genommen und geht an die Reichen über. Das berührt auch die Umwelt.

Wenn man heute alles, was man überhaupt kann, exportieren muß, um harte Währung zu bekommen, dann kann man nicht an Morgen denken. Dann muß man die Wälder, den Boden, die Fischerei usw. — das wird dann alles belastet, dann werden die Wälder abgeholzt und der Boden erodiert, um hier harte Währung zu erhalten, um die Schulden bei den Banken abzahlen zu können. Schließlich berührt diese Schuld auch den Waffenhandel. Wenn die Leute draußen an den Randgebieten beschließen, daß sie nicht ruhig Hungers sterben wollen, wenn's dann Aufstände gibt und Aufruhr, wie zum Beispiel in der Dominikanischen Republik oder in anderen Ländern, dann braucht die Regierung Repressionsmaterial und Waffenausrüstung, um die Bevölkerung in Schach zu halten. Die Zunahme des Absatzes an Gefängnis-ausrüstung, Foltergeräten usw. und Computer, um die Leute im Auge behalten zu können, Polizei, Armeen - das hat zugenommen und das befindet sich jetzt in der Größenordnung von wahrscheinlich 3,4 Milliarden Dollar pro Jahr. Obwohl einige Länder der Dritten Welt, wie beispielsweise Brasilien, sich an dem Waffenhandel beteiligen, um harte Währung zu verdienen. Das ist nicht nur ein Finanzproblem. Das ist etwas, das die Arbeiter belastet, die Landwirte, die können bei diesen restriktiven Handelsbedingungen nicht exportieren, das heißt also, die, die am meisten hungern, die am ärmsten sind, sind betroffen, die Umwelt wird belastet und es berührt auch die Entwicklung des Waffenhandels.

Ein solches System hat eine sehr destabilisierende Wirkung. Vielleicht gibt es eines Tages einen Bankkrach. Das kann man nicht voraussagen. Wenn ein größeres Land wie Mexiko oder Brasilien einmal ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, dann könnte das einen Bankkrach geben. Das würde uns alle betreffen. Diese Schuld und das Defizit der USA, das ist eine wirklich destabilisierende Wirkung des Weltfinanzsystems von heute. Aber Präsident Reagan sieht die Dinge durchaus nicht so. Er sagt, daß die destabilisierende Wirkung in der Welt heute von einer kleinen Nation mit 2,5 Millionen Einwohnern namens Nicaragua ausgehe. Im Zusammenhang mit Nicaragua möchte ich als Amerikanerin sagen, daß ich mich für mein Land schäme. Aber ich möchte euch sagen, daß 70 Prozent der amerikanischen Bevölkerung der Strategie Reagans in Zentralamerika nicht zustimmen. Sie sind dagegen. Das hat natürlich weder den Krieg der Militärs noch den Wirtschaftskrieg irgendwie hemmen können. Reagan hat dieser Tage eine Niederlage erlitten, als die Mittelbereitstellung verweigert wurde. Wir sollten das nicht herunterspielen. Das ist sehr wichtig. Aber jetzt benimmt er sich wie ein verletztes Tier. Er geht hoch wie ein angeschossenes gefährliches Tier. Deshalb hat er die totale Handelssperre angekündigt. Das ist nicht unbedingt rechtswidrig, aber Reagan hat bereits eine ganze Liste von Regelungen und Bestimmungen in den USA verletzt, internationale und nationale Gesetzesbestimmungen sind vom Präsidenten verletzt worden in Verbindung mit Nicaragua.

Das letzte war ein Gesetz der internationalen Notstandsgestaltung. Dieses Gesetz bietet praktisch unbegrenzte Macht für den Präsidenten. Er hat die Möglichkeit, sämtliche Transaktionen zu kontrollieren, Transaktionen mit dem Ausland, für den Fall, daß man einen nationalen Notstand erklärt hat. Deshalb hat Reagan einen nationalen Notstand erklärt, von wegen Nicaragua. Es macht nichts, daß die amerikanische Bevölkerung hundertmal so groß ist und endlos mehr Wirtschaftsmacht hat. Nicaragua, sagt man, ist eine Bedrohung der USA. Und das stimmt, es ist eine Bedrohung für die USA. Denn Nicaragua hat es gewagt, seine Unabhängigkeit zu vertreten, Nicaragua hat die USA nicht darum gebeten, die Entwicklungspläne des Landes zu genehmigen. Diese Unabhängigkeit ist man bemüht, auszumerzen. Die Regierung in Washington hat ganz klare Ziele. Sie weiß ganz ge-

nau, was sie will. Da gibt es eine weichere und eine etwas härtere Linie. Aber alle wollen eins. Sie sagen: Die Sandinisten müssen verschwinden. Ich glaube, wir sollten desgleichen bei unseren Zielen die Dinge klarmachen. Die Europäer könnten jetzt wirklich eine ganz wichtige Rolle spielen. Ihr solltet den europäischen Bevölkerungen klarmachen, daß die USA sich außerhalb der Grenzen des Rechts begeben haben und bereit sind, das Recht aus dem Auge zu lassen, wenn es um ein kleines und schwaches Land geht. Wie kann man dann erwarten, daß die ihren Verpflichtungen Europa gegenüber nachkommen? Das ist ein Argument, das man sogar bei den Konservativen anbringen kann. Es gibt im Kongreß der USA keinen Alternativplan. Der Kongreß hat sich neulich gegen Reagan ausgesprochen. Sie haben überhaupt keinen Plan, und jetzt sind sie sozusagen umgehauen worden, weil der Präsident das Embargo verhängt hat. Wenn es nun keine kohärente europäische Initiative gibt, die besagt, wir werden es nicht zulassen, daß die Dinge so laufen, wir sind nicht bereit, zuzulassen, daß Nicaragua auf diese Art und Weise übernommen wird, wir werden unseren Handel fördern, ihn erhöhen und wir werden unsere Hilfe an Nicaragua erhöhen, wir sind nicht die Sklaven und Leibeigenen der USA - wenn ihr das nicht tut, dann werden die USA wieder die Oberhand gewinnen.

Ganz gleich, wie heroisch sich Nicaragua verhält, es ist möglich, daß sie das nicht schaffen können. Diese Möglichkeit müssen wir uns vergegenwärtigen. Deshalb glaube ich, nur Europa ist im Augenblick in der Lage, diesen Kampf zusammen mit unseren heroischen Genossen in Nicaragua zu kämpfen. Geeint mit den Kräften der Opposition in den USA. Ich wollte euch wirklich einmal klarmachen, wie wichtig ihr seid in diesem Kampf. Ich hoffe, daß wir zusammen, die Europäer, die Lateinamerikaner und die Kräfte der Opposition in den USA, ein für alle mal sagen: Nein!

REFERAT

„Realisierung und Stabilisierung eines revolutionären Prozesses“

Felix Contreras

Der sogenannte Weltwirtschaftsgipfel und die Auslegung und die Interpretation, die die prominentesten Führer des unterdrückerischen Kapitals einer Sitzung, einem Treffen geben, in dem es letztlich um die Festlegung der Strategie geht, die dazu beitragen soll, daß die ungerechte Weltwirtschaftsordnung weiter am Leben erhalten werden kann, während die Vertreter der großen Monopole sich die Einflußsphären weiter aufteilen und während sie ihre Unterdrückungspolitik gegen die Völker der Dritten Welt weiter praktizieren, während Hunger und Unterdrückung und Not bei vielen Millionen Menschen weiter existiert, die durch ihre Arbeit letztlich den Zielen und Interessen der großen monopolistischen Konsortien dienen. Die Wirtschaftskrise und die gewaltige externe Schuldenlast und die aus dem Lot geratenen Handelsbeziehungen, die protektionistische Politik der entwickelten kapitalistischen Länder und das Erschöpfen, das Auslaufen der Finanzquellen, der Finanzmittel gehören zu den bedrückendsten und dringlichsten Problemen für die Völker der Dritten Welt. Die ausweglose Situation, in der wir uns befinden, schafft Situationen, in denen es zu gesellschaftlichen Explosionen kommen kann, die wiederum zu einer Umwandlung der sozio-ökonomischen Strukturen beitragen können, die vielleicht auch eine eigenständige Entwicklung und eine Entfaltung der sozialen Gerechtigkeit innerhalb der Völker und der Länder der Dritten Welt möglich machen wird.

Die Völker Zentralamerikas gehören sicherlich zu den schwächsten Gliedern in dieser Kette der Ausbeutungspolitik der Nordamerikaner. Die Einflußversuche verlagern sich jetzt

von Zentralamerika weg mehr nach Südamerika hin, nach Brasilien, Argentinien, Uruguay, Bolivien und Ecuador. Nicaragua war das erste Land, das erste Gebiet, in dem ein Umwandlungsprozeß eingeleitet wurde mit dem Ziel, es der Bevölkerung zu erlauben, die eigenen natürlichen Ressourcen voll auszunutzen und den Fluß der Reichtümer in die ausländischen Monopole zu beenden und einen Rückgriff auf die eigenen nationalen Möglichkeiten zu ermöglichen.

Der Triumph der sandinistischen Volksrevolution am 19. Juli 1979 stellt einen drastischen Bruch mit der Vergangenheit des nicaraguanischen Volkes dar. Es wurden die Grundlagen dafür geschaffen über den revolutionären Prozeß, ein Wirtschaftsmodell aufzubauen, das geprägt ist von Unabhängigkeit und das zugunsten der großen Massen der nicaraguanischen Bevölkerung sich auswirken kann. Die Machtergreifung und die Konsolidierung der politischen Macht ist die Grundvoraussetzung dafür, daß die Veränderungen der Strukturen, die die nicaraguanische Wirtschaft so dringend benötigt, erst möglich machen. Das Ziel dieser Umwandlung, dieses neuen Modells ist natürlich völlig konträr zu dem alten Modell von Somoza, unter dem eine kleine Minderheit nur profitierte, während die große Mehrheit der Bevölkerung von Hunger, Ausbeutung und Not gepeinigt wurde.

Zu dieser neuen Wirtschaftspolitik gehören zwei Grundpfeiler. Zum ersten bestand eine extreme Abhängigkeit der nicaraguanischen Volkswirtschaft von den internationalen kapitalistischen Märkten. Diese Abhängigkeit war auch gekennzeichnet von Produktionsstrukturen, bei denen 32 Prozent der Gesamtproduktion in den Export gingen und wobei 31 Prozent der erforderlichen Produkte importiert werden mußten. Es gab ein großes Ungleichgewicht in der Produktion unseres fundamentalen Sektors, des wichtigsten Sektors. Das ist der Agrarsektor, Agrarfischerei, der hauptsächlich auch für den Export produzierte, während die Industrie, die schwache Industrie sich zu 70 Prozent auf den Import von Rohstoffen stützen mußte. Wir haben im Fall Nicaraguas eine völlige Trennung zwischen der Produktion für die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Volkswirtschaft unseres Landes und auf der anderen Seite einen Entwicklungsprozeß und einem erforderlichen Industrialisierungsprozeß. Auf der anderen Seite ist es ja so, daß ein Großteil der natürlichen Reichtümer, der Naturschätze, wie beispielsweise das Holz, der Fischereibestand und die Bodenschätze, die Mineralien sich in den Händen der nordamerikanischen Monopole befanden. Diese enge Verzahnung der nicaraguanischen Volkswirtschaft mit den Außenmärkten, diese extreme Abhängigkeit haben dazu geführt, daß letztlich die Preise unserer Erzeugnisse ständig einem gewaltigen Druck auf dem internationalen Markt ausgesetzt waren und ständig nach unten rutschten, während die Produkte, die wir importieren, ständig höhere Preise aufwiesen. Die Gründe für die Verschlechterung der Terms of Trade liegen im Verlust von 163 Mio. Dollar zwischen den Jahren 1970 bis 1978. In der jetzigen internationalen Krise müssen wir feststellen, daß wir jährliche Defizite in Höhe von ungefähr 100 Mio. Dollar hinnehmen müssen für eine Volkswirtschaft, die durchschnittlich im Wert von 800 Mio. exportierte und die nach derzeit gültigen Preisen derzeit nur noch im Wert von 400 Mio. Dollar exportieren kann. Die sozialen Ungleichheiten im Inneren des Landes hatten es zugelassen, daß in wenigen Händen die Reichtümer des Landes sich konzentrieren konnten, während die große Mehrheit der Bevölkerung noch nicht einmal die minimalen Bedürfnisse befriedigen konnte. Im Agrarsektor war es so, daß 3.000 Großgrundbesitzer das Sagen hatten, das waren lediglich drei Prozent der Landbesitzer überhaupt. In ihren Händen 4273000 ha vereinten, das entspricht 47,8 Prozent des bebaubaren Ackerlandes. Auf der anderen Seite stellen wir fest, daß 70.000 Landeigentümer lediglich 185000 ha, also 2,1 Prozent der nutzbaren Fläche bearbeiten konnten. Ein ähnliches Mißverhältnis gilt auch für den Industriesektor. Da hatten wir eine hohe Konzentration des Profits in einigen wenigen Händen. Wir stellen fest, daß fünf Prozent der Bevölkerung über 28 Prozent der Gewinne verfügten, während 70 Prozent der Bevölkerung nur Zugriff auf 5 Prozent der Gewinne hatten, von denen 40

Prozent noch nicht einmal ein Mindesteinkommen hatten, das erforderlich gewesen wäre, um sich mit Nahrungsmitteln versorgen zu können. Beide Faktoren also, die externe Abhängigkeit und die unausgewogene Einkommens- und Wohlstandsverteilung zwischen Teilen der Bevölkerung, waren die Prämissen, von denen die nicaraguanische Regierung ausgehen mußte, als sie versuchte, ein neues Wirtschaftsmodell zu schaffen mit dem Ziel, eine gerechtere Verteilung des Volksvermögens zu ermöglichen und uns auch etwas loszukoppeln von der Abhängigkeit gegenüber den ausländischen Monopolen.

Es gibt, wie gesagt, diese strukturellen Aspekte, aber es sollte vielleicht nicht unerwähnt bleiben, daß in der Zeit vor dem Triumph der Revolution Nicaragua noch unter anderen Problemen zu leiden hatte. Zum Beispiel ist ein Großteil der Produktionsanlagen vor der Revolution zerstört worden, und zwar im Wert von 520 Mio. Dollar. Die Entkapitalisierung und dieser Diebstahl in den Jahren 1977 bis 1979 beliefen sich auf 518,8 Mio. Dollar insgesamt. Was die Verschuldungen dieser Zeit angeht, da haben wir 249,3 Mio. Dollar Schulden auf uns geladen. Die Außenverschuldung ist mittlerweile auf 1,65 Mrd. Dollar angestiegen. Die wirtschaftliche Aktivität während der Zeit der Revolution belief sich auf 1,246 Mrd. Dollar. Das ist auch ein Erbe der Revolution. Insgesamt haben wir einen Nettoverlust von 4,185 Mrd. Dollar zu verbuchen. Das waren die Schulden, die uns die somozistische Regierung zurückgelassen hat, zusätzlich zu den Kosten der Revolution, die wir tragen mußten. Der Lebensstandard sank auf das Niveau, das wir im Jahr 1973 hatten. Hierin liegt die große Herausforderung für die revolutionäre Regierung, die versuchen muß, die wirtschaftlichen Veränderungen durchzudrücken und gleichzeitig bestrebt sein muß, irgendwie diese Verluste, die sie ererbt hat, wieder aufzufangen und gutzumachen. Das ist also die Ausgangsposition. Deswegen gehört zu den ersten Schritten der revolutionären Regierung die Verstaatlichung der Naturschätze, die Verstaatlichung des Außenhandels, die Verstaatlichung des Finanzwesens sowie das Auslösen einer Agrarrevolution. Die Alphabetisierungskampagne konnte dazu beitragen, daß das Analphabetentum von 5,4 Prozent auf 1,2 Prozent gesenkt werden konnte.

Der Eckstein der neuen Wirtschaftspolitik ist eine Lohnpolitik, eine Einkommenspolitik, die versucht, den Löhnen nach oben eine Obergrenze vorzuschreiben und gleichzeitig die sehr niedrigen Einkommen etwas anzuheben. Die Bezuschussung der Grundnahrungsmittel, die Bezuschussung der Transportmittel sowie die Vergrößerung des Bildungshaushaltes und die Unterstützung von Projekten, die dazu beitragen könnten, eine bessere Koordinierung zwischen dem Landwirtschafts- und Fischereisektor und dem Industriesektor andererseits möglich zu machen — sind die tragenden Säulen dieser neuen Wirtschaftspolitik. Dann wird auch im Rahmen der Agrarreform versucht, die ländliche Bevölkerung, die mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmacht, besserzustellen. Man versucht, die noch bestehenden Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse von vor der Revolution allmählich abzubauen. All diese Umwandlung könnten als Beispiel für Zentralamerika dienen, sie könnten eigentlich, als Beispiel für Lateinamerika insgesamt dienen. Diese Umwandlungen sind sicherlich der Hauptgrund dafür, daß die amerikanische Regierung ihre Aggressionen gegen unser Land führt. Schließlich ist es die Reagan-Administration, die den Krieg gegen unser Land anheizt. Die Mehrheit des nordamerikanischen Volkes ist, wie wir wissen, gegen diesen Krieg, gegen diesen verbrecherischen Krieg, gegen diesen schmutzigen Krieg gegen unser Volk. Die Argumente, die die nordamerikanische Regierung vorbringt, um ihren Aggressionskrieg weiter zu führen, sind zunächst einmal, daß das ein Ausfluß des Ost-West-Konfliktes sei. Sicherlich gibt es schon seit 1856 militärische Interventionen seitens der Vereinigten Staaten in unserem Land. Dann gab es eine Wiederauflage im Jahre 1912 und wiederum im Jahre 1927, als es die Sowjetunion noch gar nicht gab, als es das sozialistische Lager noch gar nicht gab. Ohne Zweifel haben diese Argumente es den Amerikanern ermöglicht, einen zerstörerischen Krieg fortzuführen, der materielle Schäden in

Höhe von 600 Mio. Dollar in Form von direkten Verlusten mit sich bringt. Aber nicht nur das, sondern es wurden auch die Produktionsanlagen zerstört, es wurden auch die Gesundheitszentren, die Schulen zerstört, es wurden ebenfalls Brücken, Straßen, Verbindungswege zerstört, es wurden Schiffe zerstört, es wurden unsere Häfen vermint. Die nicaraguanische Regierung ist deswegen gezwungen, 40 Prozent der nationalen Einnahmen auf die Verteidigung zu verwenden. Das nicaraguanische Volk, die Arbeiter unseres Landes, müssen teilweise die Produktionsanlagen verlassen, um die Revolution mit militärischen Mitteln zu verteidigen.

Gleichzeitig mit dem militärischen Kampf ist zu erwähnen daß die amerikanische Regierung auch noch einen Wirtschaftskrieg eingeleitet hat, der es den Amerikanern erlaubt, jetzt in den internationalen Finanzkreisen die Finanzmittel für Nicaragua abzublocken, und zwar begann das im Jahr 1981, als die IWF-Gelder, damals noch 58 Mio betrugten. Dann wurde Druck ausgeübt auf einige europäische Regierungen, darunter auch die Bundesregierung, wodurch dann wiederum eine Anleihe in Höhe von 40 Mio. DM, die bereits genehmigt worden war für unser Land, wieder zurückgenommen wurde.

Auf diplomatischer Ebene ist zu erwähnen, daß der Krieg sich ausgedehnt hat. Man hat versucht, die nicaraguanische Revolution in die Isolation zu treiben, um auf diesem Wege die Vorwände für eine direkte militärische Intervention zu schaffen. Auf politischer Ebene stellen wir fest, daß Teile der Bourgeoisie in unserem Land von außen finanziert werden, um dazu beizutragen, daß eine interne militärische Front möglicherweise entstehen kann. Einige bürgerliche Parteien und einige Teile der höheren Hierarchie der katholischen Kirche wurden jetzt in den Bannkreis neuer Bestrebungen einbezogen. Diese aggressive Attacke, diese aggressive Politik wurde in den letzten Tagen noch dadurch verschärft, daß ein Handelsembargo gegenüber Nicaragua verhängt wurde, wodurch praktisch einige erforderliche Rohstoffe, die wir für die Produktion benötigen, uns vorenthalten werden. Die Verhängung dieses Wirtschaftsboykotts erfolgt auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland ein paar Tage vor den Feiern zur Beseitigung des Faschismus. Das wird auf der einen Seite gefeiert, auf der anderen wird der Wirtschaftskrieg gegen unser Land weiter eskaliert. Ohne Zweifel bedeutet dieser Schritt der Reagan-Administration eine weitere Phase in der Verschärfung dieses Kampfes, um die Niederlage, die Reagan im Kongreß erlitten hat, als ihm diese 14 Mio. Dollar nicht bewilligt wurden, wieder wettzumachen. Es werden jetzt Mechanismen in Gang gesetzt, die dazu dienen können, die 14 Mio. Dollar vielleicht auf dem Umweg über Israel wieder herbei zu schaffen, verkleidet in Form von humanitärer Hilfe für die Kriegsteilnehmer. Möglicherweise sind diese 14 Mio. nicht unbedingt offener Bestandteil dieses Aggressionskrieges, was Reagan wollte, war ganz einfach eine politische Unterordnung des amerikanischen Kongresses, damit praktisch öffentlich diese Aggressionspolitik gegen Nicaragua abgesegnet werden konnte. Diese 14 Mio. Dollar sind nicht ansich von so grundsätzlicher Bedeutung, denn allein im Jahr 1984 sind 73 Mio. Dollar für verschiedene Zwecke bewilligt worden. Und die Wege, auf denen Waffenlieferungen an die Söldnertruppen gelangen, er-

folgen dann eben auf dem Wege über Honduras. Dieser Wirtschaftskrieg eskaliert weiter, und die nordamerikanische Regierung gibt nach wie vor vor, daß auch die zentralamerikanischen Regierungen dahinterstehen. Die Regierung von El Salvador, von Costa Rica und von Honduras. Das würde bedeuten, daß Nicaragua außerstande wäre, die Belieferung von Rohstoffen, die für die nicaraguanische Produktion unverzichtbar sind, vorenthalten werden. Das sind Rohstoffe, die wir unbedingt für unsere landwirtschaftliche Produktion, für die Fischerei benötigen. Das bedeutet, daß viele Fabriken werden schließen müssen. Das bedeutet ebenfalls, daß viele tausend Arbeitnehmer ihre Arbeitsplätze verlieren werden. Und das bedeutet ebenfalls, daß es zu einem Rückgang an Verbrauchsgütern innerhalb unseres Landes kommen wird, so daß auch die Bedürfnisse unseres Landes nicht mehr im gleichen Maße befriedigt werden können. Es bedeutet ebenfalls, daß viele Millionen Dollar Verluste gemacht werden, weil wir Exportverluste werden hinnehmen müssen, weil unsere Produkte eben nicht mehr auf den nordamerikanischen Markt wie bisher werden gelangen können. Dazu gehören beispielsweise Bananen, Tabak und Fleisch. Das sind Produkte, die bislang für unseren Export sehr, sehr wichtig gewesen waren. Das bedeutet ebenfalls, daß es nicht möglich sein wird, uns Ersatzteile für die Maschinenparks zu beschaffen. Es wird auch nicht möglich sein, in großem Umfang die industrielle Produktion aufrechtzuerhalten.

Auf politischer Ebene wird durch dieses Embargo es dazu kommen, daß wahrscheinlich die Friedensbemühungen der Contadoragruppe zum Scheitern verurteilt sein werden. Das wird ebenfalls bedeuten, daß jede Möglichkeit genommen wird, die Initiative von San Jose weiterzuentwickeln, die ja das Ziel hatte, durch Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft dem Frieden in Zentralamerika Vorschub zu leisten und die Entwicklung dort voranzutreiben. Anders gesagt: diese Politik ist ein Anschlag gegen Nicaragua, es ist ein Attentat gegen Zentralamerika und es ist ein Attentat gegen all jene Völker, die für Frieden kämpfen trotz internationaler Spannungen und vor dem Hintergrund eines möglichen Nuklearkrieges. Nicaragua ist sich der Tatsache bewußt, daß es heute nicht nur um das Schicksal unserer eigenen Revolution geht, sondern um das Schicksal aller lateinamerikanischen Revolutionen, um die Revolutionen anderer Völker in der Welt. Wir wissen, daß die Opfer des nicaraguanischen Volkes, die 8.500 Opfer der amerikanischen Aggression, internationale Solidarität geboten erscheinen lassen. In diesem Sinne bitte ich Sie, mich als Sprachrohr des nicaraguanischen Volkes zu betrachten, ein Sprachrohr, das bemüht ist, den Brudervölkern unsere Botschaft zu übermitteln. Diese Botschaft lautet konkret: Seid uns dabei behilflich, uns Mechanismen zu beschaffen, die es Zentralamerika ermöglicht, sich gegen diese Blockade zu wehren, die es uns möglich machen, im Rahmen der Contadora-Initiative den Frieden zu erhalten, damit auch die Demokratie in diesem Prozeß nicht untergeht. Das ist schließlich auch im Interesse des gesamten lateinamerikanischen Kontinents.

Unser Volk möchte als Gegenleistung für diese internationale Solidarität ein freies Vaterland oder den Tod euch gewissermaßen als Pfand geben.

III ZUSAMMENHANG VON IMPERIALISMUS UND PATRIARCHAT

MODERATION

Uschi Engel, Autonome Frauen aus Marburg

Warum gibt es einen Punkt Imperialismus und Sexismus in einem Tribunal gegen den Weltwirtschaftsgipfel? Die Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen ist nicht nur eine Randscheinung, sondern ein zentraler Bestandteil in der Ausein-

andersetzung um die Weltwirtschaftsordnung. Frauenunterdrückung kann nie ein neben anderen Schwerpunkten stehender Aspekt sein. Die Ausbeutung von Frauen und ihrer Arbeitskraft durchzieht alle Lebensbereiche und Zusammenhänge. Imperialismus und dieses Weltwirtschaftssystem sind ohne patriarchalische Strukturen nicht denkbar. Zwei herausragende Probleme innerhalb des Themenbereichs „Imperialismus, Patriarchat“ sind Bevölkerungspolitik und geschlechtliche Arbeitsteilung. Zu diesen beiden Themen werden Anja Kuhr Veronika Benhold-

Thomson anschließend eine Einführung geben. Als erste wird Anja Kuhr zum Thema „Bevölkerungspolitik“ sprechen. Anja Kuhr studiert in Hamburg Internationale Politik, arbeitet mit in der Arbeitsgemeinschaft Internationalismus der Grünen und hat als Delegierte der Grünen an der Weltbevölkerungskonferenz in Mexiko teilgenommen. Sie hat in einer Frauengruppe, die aus chilenischen und deutschen Frauen bestand, insbesondere zum Thema Bevölkerungspolitik gearbeitet.

REFERAT

„Bevölkerungspolitik“

Anja Kuhr

Man hat mich gebeten, mit meinem Beitrag die Verbindung zwischen dem ersten und zweiten Block herzustellen. Ich will versuchen, dies am Beispiel der sog. Hungerproblematik darzustellen. Beginnen will ich mit einem Zitat: „Am 12. April 1985 berichtete Rolf Seemann-Eggebert in der FAZ, daß die hoch angesehene US-amerikanische Forschungsgruppe World Watch bei ihren letzten Afrika-Studien zu dem Ergebnis gekommen sei, daß die Getreideproduktion Afrikas jährlich nur um 2 Prozent wachsen würde, während die Bevölkerung um 3 Prozent, in einigen Ländern Afrikas bereits seit über 30 Jahren wachsen würde. Das heißt, die Schere, die den Mangel markiert, öffnet sich jedes Jahr ein Stück weiter. Als mittelbare Folge der explosionsartigen Bevölkerungsvermehrung scheint man in Afrika eine Klimaverschlechterung feststellen zu können.“

Diese Äußerungen stammen, wie gesagt, von Seemann-Eggebert, demselben Mann, der acht Wochen vor dieser Veröffentlichung als geistiger Vater und Mitorganisator des „Tages für Afrika“ bereits zweifelhaften Ruhm errang. Bevor ich auf diese Äußerungen eingehe, was er hier unter der Überschrift „Nachdenken über den Hunger in Afrika“ gesagt hat, möchte ich zunächst noch einmal auf den „Tag für Afrika“ selbst zu sprechen kommen.

Am 23. Januar, dem einen Tag für Afrika, ging es ihm, Seemann-Eggebert, und den anderen Organisatoren nämlich um etwas ganz anderes. Nicht um das Nachdenken über den Hunger, seine Ursachen, die sich daraus ergebenden Konsequenzen, geschweige denn die spannende gedankliche Reise zu den Menschen in Afrika, von denen wir doch eigentlich gar nichts wissen außer der statistischen Erfassung ihres Elends. Nicht das war das Anliegen dieses Tages, sondern die magische Zahl von 100 Mio. DM. Das fetischisierte Sammlungsziel als Maßstab für unsere Hilfsbereitschaft und Anteilnahme beherrschten diesen Tag. Zur Erreichung dieser magischen Summe waren den Veranstaltern denn auch so ziemlich alle Mittel recht. Vom kostbaren Hut-schenreuther-Teller mit dem Motiv „Ernte in Afrika“, wohl ein vorkolonialistisches Motiv, bis hin zum Sektausschank für die Hungerhilfe. Um hier nicht mißverstanden zu werden: das von Ernst Albrecht anlässlich dieses Tages zelebrierte Hungermahl mit Hirsebrei scheint mir nicht weniger peinlich und geschmacklos zu sein. Daß Albrecht, Kohl & Co. diesen Tag dafür mißbrauchen würden, um demonstrativ und pressewirksam Hirsebrei und Erbsensuppe zu löffeln, hätte man wohl, kaum verhindern können. Viel schlimmer ist jedoch die Tatsache, daß dieser „Tag für Afrika“ zu einer einzigen spektakulären Selbstdarstellung der angeblich beispiellosen Hilfs- und Opferbereitschaft der deutschen Bevölkerung mißbraucht wurde — einer Hilfs- und Opferbereitschaft, die sich nicht aus der Erkenntnis der Mitverantwortung, sondern der neuerlichen Welle des Mitleids ableitete. Das, was am 23. Januar unter dem Motto „größte Hilfskampagne aller Zeiten“ über die Bühne ging, hat nicht nur dazu beigetragen, von den wahren Ursachen des Hungers abzulenken, sondern gleichzeitig auch dazu gedient, auf der Welle des Mitleids bei vielen Spendern die alten Vorurteile und kolonialistischen Mythen über diesen Kontinent und seine Menschen zu bestätigen. Auch in dieser Hinsicht wird also alles

beim Alten bleiben. Für die einen bleiben die Afrikaner die kindlich-hilflosen Geschöpfe, für die sie auch in Zukunft mit der Opferbüchse die christlichen Wohltäter spielen können. Und die anderen haben ihren Beweis, daß der Neger eben doch dumm, faul, eben unterentwickelt ist. Einige der beteiligten Hilfsorganisationen haben sich in der Zwischenzeit aus diesen oder ähnlichen Erwägungen heraus auch kritisch von dem Projekt „Tag für Afrika“ distanziert.

Es wäre sicherlich zynisch, angesichts Hunderttausender von Hungerstod bedrohter Menschen direkte Katastrophenhilfe einfach abzulehnen, ohne dieser Hilfe konkrete Alternativen, die auch zur Beseitigung der Ursachen dieser Katastrophen geeignet wären, entgegenzusetzen zu können. Dieser eine „Tag für Afrika“ war jedoch bewußt so angelegt, daß gerade die Diskussion über die Ursachen des Hungers und die entsprechenden Konsequenzen nicht stattfand. Stattdessen gingen Hilflosigkeit und Irreführung Hand in Hand. Die meisten Leute haben trotzdem gespendet. Viele auch in dem guten Glauben, damit wirklich etwas für die hungernden Menschen in Afrika tun zu können. Die Prominenz hat sich im Wohltätigkeitsdusel geradezu geaalt. Und die meisten von uns — ich meine die, die jetzt auch hier sind, haben sich wahrscheinlich peinlich berührt von diesem Spektakel zurückgezogen. Bei vielen Spendern macht sich in der Zwischenzeit allerdings ein gewisser Ärger breit, waren sie doch aufgefordert worden, sofort zu helfen, mußten sie doch feststellen, daß die Gelder noch Wochen später auf irgendwelchen Bankkonten herumlagen. Die Hilfswerke hatten dafür auch sofort eine Erklärung parat. Es ginge nämlich nicht nur um Soforthilfe in Form von Nahrungsmittellieferungen, die in ihren Konsequenzen für die Hungerländer selbst sowieso eher bedenklich sei, sondern auch um langfristige Hilfsprogramme, die zum Beispiel dazu geeignet seien, Strukturen der Selbstversorgung wieder aufzubauen. Diese wichtigen Informationen, die auf diese Art und Weise nachgereicht wurden, erreichten die meisten Spender allerdings gar nicht mehr. Die hatten sich nämlich in der Zwischenzeit mit dem Gefühl, getäuscht oder irreführt worden zu sein, zurückgezogen. Damit die Enttäuschung vieler Bürger jedoch nicht zur Ablehnung zukünftiger Spendenaktionen ausartet, wird eine weitere Desillusionierung über die Wirksamkeit solcher Kampagnen mit Sicherheit nicht stattfinden. Die Wirksamkeit solcher Kampagnen könnte sowieso nur dann sinnvoll in Frage gestellt werden, wenn die Ursachen der Katastrophe, die man damit bekämpfen will, wirklich klar wären.

Von Klarheit kann meiner Meinung nach in diesem Zusammenhang wohl kaum die Rede sein. Um die Ursachen des Hungers wie der sog. Unterentwicklung insgesamt rankten sich nämlich eine ganze Anzahl von Mythen, die zur Absicherung des Status quo gebraucht werden. Ich möchte hierfür einige Beispiele nennen: Im Zusammenhang mit der Hungerproblematik tauchten fast immer die Begriffe Bevölkerungsexplosion und Überbevölkerung auf. Begriffe, mit denen sehr gezielt auf kolonialistische und rassistische Vorurteile angespielt wird. In diesem Fall die scheinbar hemmungslose Vermehrung der Schwarzen, Braunen und Gelben, die unbewußt und unwissend ständig neue Kinder in die Welt setzen und damit die Vorherrschaft der angeblich überlegenen weißen Rasse in Frage stellen. Dies ist die rassistische Komponente. Die kolonialistische Komponente beschreibt die Angst, die Völker der Dritten Welt könnten eines Tages anfangen, für ihre Rohstoffe einen angemessenen Preis zu verlangen. Beispiele für diese beiden Sachen waren die Beschwörung der gelben Gefahr, das heißt die Hetzkampagne Mitte der 60er Jahre gegen die hohe Fruchtbarkeit der chinesischen Bevölkerung, und die teilweise auch rassistisch gefärbte Hetzkampagne, die seinerzeit die Diskussion um die Ölpreiserhöhung begleitete. All denen, die diese Parolen bei uns bedenkenlos schlucken, fällt dabei nicht mal mehr auf, daß sie selbst in einem der dicht besiedeltesten Länder der Welt leben, dessen Regierung aber in regelmäßigen Abständen den Bevölkerungsrückgang beklagt und das Gespenst vom Aussterben des deutschen Volkes malt. Wer dies als die Propagandaebene der

Massenmedien abtut, muß allerdings feststellen, daß die Ergebnisse der einschlägigen Wissenschaftler, in diesem Fall der Demographen und Ökonomen keineswegs mehr sachliche Informationen liefern, sondern in erster Linie dazu dienen, die wahren Interessen der herrschenden Klasse der hochindustrialisierten Länder wissenschaftlich zu verbrämen und zu verschleiern. Auch hierfür ein Beispiel: Die Demographen (die Bevölkerungswissenschaftler) sind ständig damit beschäftigt, neues statistisches Material über aktuelle Bevölkerungsgrößen, Wachstumsraten und die entsprechenden Prognosen für die Zukunft zu erstellen. Bei dieser rein statistischen Erfassung kommen sie zwar auch zu einigen durchaus ernst zu nehmenden Ergebnissen, wie zum Beispiel der Tatsache, daß heute in vielen Ländern der Dritten Welt, vor allem Afrikas, bereits 50 Prozent der Bevölkerung unter 15 Jahre alt ist. Das heißt, daß heute bereits, die zukünftig potentiell starken Elternjahrgänge in diesen Ländern geboren worden sind und durch den sog. Kindeskindereffekt diese Bevölkerung in diesen Ländern in den nächsten Jahren noch einmal erheblich anwachsen wird. Diese rein statistischen Erfassungen sagen allerdings rein gar nichts über die Gründe für diese Entwicklung aus. Dabei gibt es ganz konkrete Ursachen für das anhaltende Bevölkerungswachstum in den sozio-ökonomischen Verhältnissen der Entwicklungsländer selbst. Solange die Menschen in den Entwicklungsländern nämlich nicht einmal ein Minimum an sozialer Absicherung haben, können sie es sich gar nicht leisten, auf Kinder zu verzichten. Nur ein großer Familienverband kann ihnen unter diesen Umständen etwas soziale Sicherheit garantieren. Kinder haben für die Überlebenschancen vieler Menschen in der Dritten Welt eine wichtige Bedeutung. So arbeiten zum Beispiel laut einer UN-Statistik von 1981 145 Millionen Kinder regelmäßig und leisten damit einen Beitrag zur Existenzsicherung ihrer Familien. Gleichzeitig sind die Kinder die einzige Altersversorgung für die Armen. Viele Kinder zu haben, ist für diese Menschen also durchaus eine vernünftige Entscheidung. Wieviele Kinder es dann jedoch werden, ist von anderen Faktoren abhängig. Solange eine Familie nämlich sechs bis acht Kinder kriegen muß, damit zwei bis drei überleben, d.h. die Säuglingssterblichkeitsrate in den Ländern der Dritten Welt ist sehr hoch, daher wird auch die Geburtenrate sehr hoch bleiben. Wie mit den oben beschriebenen statistischen Daten umgegangen wird, zeigt beispielhaft der Artikel, den ich eingangs zitiert habe. Demnach ist es nämlich erneut einem anerkannten Forschungsinstitut gelungen, den statistischen Beweis dafür zu liefern, daß sich in Afrika der Hunger weiter ausbreiten wird, weil die Bevölkerung jährlich um drei Prozent wächst, während die Getreideproduktion nur um zwei Prozent wächst. Ohne auch nur auf die Ursachen des Bevölkerungswachstums in dem Artikel wurde nur von „explosionsartig“ gesprochen, und die Gründe für die geringe Nahrungsmittelproduktion einzugehen, wird mit diesem Vergleich unterstellt, daß ein Ausbreiten der Hungerkatastrophen nur dadurch verhindert werden kann, daß die Bevölkerung reduziert wird. Diese Propagandalüge von der Überbevölkerung als Ursache für Hunger und Unterentwicklung ist zwar nicht neu, sie diente bereits in den 50er Jahren als ideologische Begründung für bevölkerungspolitische Programme, in der aktuellen Zuspitzung der Verarmung der Dritt-Welt-Länder gewinnt sie jedoch zunehmend an Bedeutung. Das heißt, in dem Maße, in dem der Hunger als eine Erscheinungsform der Verelendung sich weltweit ausbreitet, bedienen sich die Vertreter des internationalen Kapitals zur Sicherung des Status quo unter anderem dieser Propagandalüge, die erstens von den wahren Ursachen des Hungers ablenkt, zweitens denen die Schuld gibt, die hungern und drittens den Hunger selbst zur zentralen Legitimation für selektive Geburtenkontrolle macht. Das, was heute in 90 Entwicklungsländern unter der Bezeichnung „Bevölkerungspolitik“ stattfindet, ist selektive Geburtenkontrolle mit dem Ziel, die durch die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung entstandene Überschußbevölkerung, d.h. die Menschenmassen, die von der Kontrolle über, unter Teilnahme am Produktionsprozeß ausgeschlossen wurden und weiter wer-

den, auf eine Anzahl zu reduzieren, die für das System aushaltbar erscheint, aber zweitens auch die notwendige Reserve an Menschenmaterial garantiert. Ich halte es wichtig, darauf einmal hinzuweisen, weil im Zusammenhang mit Bevölkerungspolitik häufig versucht wird, es auf den Nenner zu reduzieren, es ginge dabei nicht um die Abschaffung der Armut, sondern um die Abschaffung der Armen. Das finde ich verkürzt und so nicht richtig.

Wie gesagt, in 90 Ländern werden heute Programme zur Geburtenenkung durchgeführt. Bevor ich aber auf Programme zu sprechen komme, möchte ich noch in einem kurzen Rückblick darstellen, wie sich die oben beschriebene Ideologie und Strategie der Bevölkerungskontrollbewegung in den letzten Jahrzehnten zu einem Bestandteil internationaler Politik durchsetzen konnte.

Die ideologische Wurzel der US-amerikanischen Bevölkerungskontrollbewegung findet sich in der eugenischen Bewegung der USA, einer angelsächsischen Strömung, die bereits Anfang des 20. Jahrhunderts Rassenhygiene propagierte, um sich vor der Überfremdung durch den starken Zustrom europäischer Emigranten zu schützen. Es war dann auch einer dieser Eugeniker, der bereits Ende der 20er Jahre die erste Theorie vom Bevölkerungspulverfaß für die Regionen entwickelte, in denen die koloniale Herrschaft durch Massenaufstände bedroht sei. Weiter entwickelt wurde diese Theorie durch die privatwirtschaftlichen Stiftungen in den USA, die von wichtigen Vertretern des US-amerikanischen Kapitals eigens dafür gegründet wurden, um Bevölkerungsprogramme für die Dritte Welt zu entwickeln. Namen dafür sind Rockefeller und Ford-Foundation Karl-Heinz Roth hat bereits auf die Rockefeller-Foundation hingewiesen. Gleichzeitig wurde mit diesen Stiftungen auch das Ziel verfolgt, Bevölkerungspolitik möglichst schnell in die offizielle US-amerikanische Politik zu integrieren.

Zum ersten Versuchsfeld für Bevölkerungspolitik als integralen Bestandteil US-amerikanischer Außen- und Wirtschaftspolitik wurde Puerto Rico ausgewählt. Über die auf Puerto Rico durchgeführten Programme der Massensterilisation ist bereits viel berichtet und geschrieben worden. Ich will deshalb an dieser Stelle auf dieses Beispiel nicht näher eingehen.

Auf bilateraler Ebene war die Durchführung von bevölkerungspolitischen Maßnahmen bereits Ende der 60er Jahre zur Voraussetzung US-amerikanischer Entwicklungshilfe geworden. Es folgten Anfang der 70er Jahre weitere bilaterale Projekte in Guatemala und Brasilien. Der Nachteil der bilateralen Projekte bestand jedoch darin, daß sie den USA erhebliche Kosten bereiteten und auch der Widerstand gegen diese Politik in den betreffenden Ländern wuchs. Auch die Aktivitäten der Weltbank, die einen Fond für Unterernährung und Bevölkerungsprojekte gegründet hatte und Anleihen mit langer Laufzeit an die Nationen vergab, die Bevölkerungskontrollprogramme akzeptierten, sahen sich wegen dieser Bedingungen zunehmendem Widerstand der abhängigen Länder ausgesetzt. Um die amerikanische Regierung finanziell und moralisch zu entlasten und auch das Anliegen der Weltbank abzusichern, war die Verbreitung auf internationaler Ebene notwendig geworden. Deshalb gründete der UN-Sekretär U Thant 1967 zunächst den United Nation-Trust-Fond, der dann bereits 1969 in den United Nation-Fond for Population-Activities mit dem Status einer Unterorganisation der UNO umgewandelt wurde. Diese Gründung des UN-Bevölkerungsfonds markiert einen wichtigen Schritt auf dem Weg, Bevölkerungspolitik auf internationaler Ebene zu etablieren.

Der erste internationale Vorstoß der Bevölkerungsstrategen fand dann 1974 auf der Bevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen statt. Die Industrieländer, allen voran die USA, und die Weltbank legten erstmals einen Bevölkerungsaktionsplan vor, in dem sie die dringende Notwendigkeit von Familienplanung in der Dritten Welt propagierten. Diese Forderungen wurden damals allerdings von den meisten Vertretern der Entwicklungsländer energisch zurückgewiesen mit dem Hinweis darauf, daß sich die Industrieländer zunächst einmal um eine Verringerung

des überdurchschnittlichen Konsums und eine vernünftige Nutzung der natürlichen Rohstoffe zu kümmern hätten. In der Abschlußresolution dieser Konferenz war dann auch von Familienplanung kaum noch die Rede. Stattdessen mußte wegen des starken Drucks der Entwicklungsländer die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung in die Resolution aufgenommen werden. Auf die Machtpolitik der Weltbank, die bereits Anfang der 70er Jahre dazu übergegangen war, die Vergabe von Krediten an die Durchführung staatlicher Familienprogramme zu binden, hatte diese Resolution allerdings keinen Einfluß. Zehn Jahre nach der Bukarester Konferenz müssen wir konstatieren, daß sich nicht nur die realen Lebensbedingungen in der Dritten Welt rapide verschlechtert haben — es gibt eben keine neue Weltwirtschaftsordnung, im Gegenteil: die Verschuldungskrise spitzt sich weiter zu. Dies bedeutet aber nicht nur, daß sich die sozialen Bedingungen für die Bevölkerung dieser Länder verschlechtert haben, sondern die derzeitige hohe Verschuldung der meisten Entwicklungsländer, die durch das hohe Zinsniveau und den gleichzeitigen Verfall der Rohstoffpreise weiter steigt, macht diese Länder in der Zwischenzeit beliebig erpreßbar durch alle Institutionen, angefangen von IWF, Weltbank, multinationalen Konzernen bis hin zu den Regierungen aller imperialistischen Länder.

Wie sehr sich der außenpolitische Spielraum der Länder der Dritten Welt in den letzten Jahren verringert hat, kann man auch am rapiden Verfall der Bewegung der Blockfreien ablesen, die bei der Bukarester Konferenz noch eine wichtige Rolle gespielt haben. Insofern darf es nicht überraschen, daß sich zehn Jahre später, also 1984 auf der Konferenz in Mexico City die Verhältnisse scheinbar auf den Kopf gestellt hatten. In Mexiko legten nämlich die Delegierten der

[hier fehlt wieder 'ne Zeile]

teten, dafür gelobt zu werden. Das heißt sie legten die Berichte über die in den letzten zehn Jahren durchgeführten Programme vor. Es ging also nicht mehr um die Frage, ob Familienplanung oder nicht, sondern nur noch um die Bewertung der Effektivität der laufenden Programme. Dies veranlaßte die Vereinten Nationen zu der Feststellung, daß Bevölkerungspolitik heute weltweit akzeptiert würde. Tatsächlich zeigen die aktuellen Statistiken jedoch, daß die in den letzten Jahrzehnten mit erheblichem finanziellen Aufwand durchgeführten Programme die Bevölkerungswachstumsraten der meisten Länder der Dritten Welt nur minimal gesenkt haben oder gar nicht. Eine Ausnahme bildet lediglich die VR China, die mit ihrem besonders rigiden Programm zur Durchsetzung der Ein-Kind-Familie statistisch gesehen höchst erfolgreich war. Daß es dabei zur Anwendung diverser Zwangsmaßnahmen wie zum Beispiel Röntgenkontrolluntersuchungen zur Überprüfung, ob die Frauen auch nicht heimlich ihre Spiralen rausgenommen haben, Zwangsabtreibungen bis hin zum neunten Monat und andere Brutalitäten wie der Tötung tausender weiblicher Kinder gekommen ist, macht diese ganze Politik unakzeptabel. Ich kann jetzt hier nicht auf den kulturellen Hintergrund eingehen der es möglich gemacht hat, daß in China hundertausende des weiblichen Nachwuchses umgelegt worden sind.

Aber die VR China bildet, wie gesagt, in jeder Hinsicht einen Ausnahmefall, weil dort Familienplanung auf der Basis des freien Zugangs zu verschiedenen Verhütungsmitteln lange verbreitet ist und dieses Land im Vergleich mit den meisten anderen Ländern der Dritten Welt seiner Bevölkerung auch die nötige soziale Absicherung bietet, die die tatsächliche Voraussetzung für Familienplanung darstellt. Hinzu kommt, daß das verwaltungsmäßige Niveau der VR China so hoch entwickelt ist, daß die Gesamtmaßnahme wirkungsvoll organisiert und vor allem kontrolliert werden konnte. Da alle anderen Entwicklungsländer über dieses innenpolitische Instrumentarium gar nicht verfügen und die politischen Eliten dieser Länder auch nicht annähernd über dieselbe Autorität und Legitimation verfügen, findet Bevölkerungspolitik in diesen Ländern in aller Regel unter weitaus fragwürdigeren Umständen statt. Bevölkerungspolitik ist in diesen Ländern auch nicht integraler Bestand-

teil von Gesundheitskampagnen bzw. eines existierenden Gesundheitswesens, was es in diesen Ländern sowieso nur für die privilegierten einheimischen Eliten gibt. Für Massensterilisationen bedarf es dieses Systems allerdings auch gar nicht. Die werden nämlich mit mobilen Ambulanzen durchgeführt ebenso wie die Verabreichung der sog. Dreimonats-spritze, einer Injektion, die mit erheblichen Gesundheitsrisiken verbunden ist und deshalb in den meisten Ländern der Metro-pole nur noch bei sozialen Randgruppen bzw. in der Psychiatrie der BRD auch bei Ausländerinnen angewandt wird.

Dieser Verhütungsmittel zweiter Wahl zeichnen sich allerdings durch eine besondere Effizienz als Kontrollmittel über die Fruchtbarkeit aus. Zusätzlich bescheren sie natürlich den transnationalen Pharmakonzernen erhebliche Profite. Es geht, wie gesagt, um selektive Kontrolle über die Fruchtbarkeit. Jede Form von Bevölkerungspolitik, die die Kontrolle über die Gebärfähigkeit zum Ziel hat, richtet sich gegen Frauen, weil diese Politik fast ausschließlich auf dem Körper der Frauen ausgeübt wird.

Begonnen hatte ich mit einem Zitat aus dem Artikel von Seemann-Eggebert. Hierzu noch einmal: Wer ernsthaft erklärt, daß die Maßnahmen der Bevölkerungskontrollen notwendig wären, weil die Nahrungsmittelerzeugung nur um zwei Prozent jährlich zu steigern wäre, entlarvt damit, daß es ihm weder darum geht, das Entwicklungsniveau der Dritt-Welt-Länder zu heben, noch die bestehenden politischen und ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisse zu beseitigen noch zuzulassen, daß diese Länder eine Wirtschaft entwickeln, die vorrangig ihren eigenen Interessen dient, sondern er proklamiert völlig ungeniert die Fortschreibung imperialistischer Politik.

REFERAT

„Geschlechtliche Arbeitsteilung“

Veronika Bennholdt-Thomsen

Ich werde über den Zusammenhang von Imperialismus und Patriarchat sprechen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der geschlechtlichen Arbeitsteilung.

In dem Aufruf zum Tribunal und zur Demo gegen den Weltwirtschaftsgipfel steht Folgendes: Sowohl in der Dritten Welt als auch in den Industriestaaten werden die Probleme der Gesellschaft in erster Linie auf dem Rücken der Frauen ausgetragen. Frauen leisten zwei Drittel der Arbeit auf dieser Welt, sie erhalten dafür zehn Prozent aller Einkommen und besitzen nur ein Prozent der Produktionsmittel. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Unterdrückung von Frauen ist von zentraler Bedeutung für die Aufrechterhaltung dieses Weltwirtschafts-systems. Frauen gelten als Menschen zweiter Klasse. Und im Frauenaufbruch werden die Elemente des Zusammenhangs, der hinter den genannten Sachverhalt steht, genannt. Die Ursachen dafür sind in der geschlechtlichen Arbeitsteilung zu sehen, die den Frauen den meist unbezahlten privaten Subsistenzbereich, den Männern dagegen die öffentliche Warenproduktion zuschreibt. Durch Einführung kapitalistischer Produktionsweisen in die Dritte Welt wird der Prozeß der Hausfrauisierung vorangetrieben, indem die Frau immer mehr aus gesellschaftlich anerkannten Bereichen verdrängt wird.

Ich bin aufgefordert worden, diese Zusammenhänge noch weiter auszuführen. Was bedeutet es, wenn Menschen qua Geburt den größten Teil der Arbeit einer Gesellschaft tun und dafür kaum mehr als die Konsumtionsmittel zum Überleben bekommen, während der andere Teil der Gesellschaftsmitglieder wesentlich weniger Arbeit tut, nämlich entsprechend nur ein Drittel, dafür aber 90 Prozent aller Einkommen erhält und 99 Prozent aller Produktionsmittel besitzt? Diese Kennzeichnung der Verhältnisse erinnert weit eher an eine Sklavenhalter-, Kasten- oder Feudalgesellschaft als an das, was wir unter moderner Gesellschaft

zu verstehen gewohnt sind. Und so ist es auch. Wenn wir die Aussagen in dem Aufruf ernst nehmen und die Sachverhalte endlich in die Analyse der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung mithineinnehmen, dann wird es allerhöchste Zeit, daß wir uns endgültig von dem Bild einer kapitalistischen Weltwirtschaft verabschieden, deren Ordnung vom Widerspruch von Kapital und Lohnarbeit und den entsprechenden ökonomischen Zwängen geprägt ist. Die moderne Gesellschaft ist nicht kapitalistisch, sondern sie ist sexistisch bzw. das ist das gleiche. Die gesellschaftliche Teilung der Arbeit im Kapitalismus ist einschneidend durch das Geschlecht bestimmt. In allen Bereichen der Ökonomie der gegenwärtigen Weltwirtschaft ist die Hierarchie der geschlechtlichen Arbeitsteilung wiederzufinden. Überall nämlich müssen die Frauen die niedrigeren, monotoneren und dreckigeren Arbeiten tun, bekommen weniger dafür und müssen insgesamt mehr arbeiten. Und weil die geschlechtliche Arbeitsteilung nicht auf Kooperation zwischen den Geschlechtern beruht, sondern auf der Unterwerfung der Frauen, nenne ich sie sexistisch.

Frauenarbeit unterscheidet sich auf allen Ebenen grundlegend von Männerarbeit, und zwar in erster Linie dadurch, nicht, wie fälschlicherweise immer wieder behauptet wird, daß Frauen die Hausarbeit, Männer die Erwerbsarbeit tun würden. Frauen verrichten im Gegenteil weltweit genau so Arbeit für Einkommen für ihren und den Unterhalt der Kinder, nur daß sie dafür eben wesentlich weniger dafür bekommen als Männer. So ist weibliche Lohnarbeit schon deshalb etwas anderes als männliche, weil Frauen in der ganzen Welt einen geringeren Lohn erhalten als Männer, weil sie die mieseren Tätigkeiten tun müssen, weil sie schlechtere Vertragsbedingungen erhalten als Männer, und das sie etwas anderes ist, erfährt jede Frau durch die sexistische Anmache und die Hackordnung am Erwerbsarbeitsplatz. Die Arbeit der Frauen, der marginalisierten Massen, ist etwas anderes als die der Männer. Sie ist mehr, aufwendiger, differenzierter, und auch sie geschieht unter männlicher Kontrolle. Auch die Arbeit der Bäuerin ist nicht nur von der Tätigkeit, sondern insbesondere auch vom Arbeitsverhältnis her etwas anderes als die des Bauern, denn wem gehört das Land, wer bestimmt, was gearbeitet wird, wer kontrolliert die Produkte, wer kontrolliert die Frau, ihren Körper, ihre Sexualität?

Alle Frauen in der gegenwärtigen kapitalistischen Weltwirtschaft sind Hausfrauen. Hausfrau ist die niedrige soziale Stellung, die Frauen qua Geburt sexistisch zugeschrieben und nicht durch Werdegang erworben wird, wie in unserer Leistungsgesellschaft mit hoher Mobilität für alle Menschen postuliert. Hausfrau sein, heißt Arbeit tun müssen, die wenig Wert hat, weil sie kaum Geld einbringt, weil sie nicht, oder nur gering bezahlt zu werden braucht. Hausfrau sein, heißt für die Bedürfnisse anderer als ganze Person zur Verfügung stehen, rund um die Uhr mit Händen, Kopf- und Bauch und Brust. Hausfrau sein heißt unfrei sein, Frauen sind nicht frei, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, noch können sie sich frei bewegen wie Männer.

Frauenarbeit wird gewalttätig kontrolliert. Weltweit sind über Frauen die verschiedensten Formen des Ausnahmezustands verhängt von der über die Verschleierung bis zur nächtlichen Ausgangssperre, womit überall garantiert ist, daß sie nicht unabhängig arbeiten und leben können, sondern einem Mann, Männern zu gehören haben. Durch die direkte sexistische Gewaltanwendung oder -drohung sind Frauen gezwungen, sich in die persönliche Abhängigkeit von einem Mann oder Männern zu begeben, nämlich sich einem Beschützer zu unterwerfen, der dafür einen Tribut oder wie der Feudalherr eine Arbeitsrente fordern kann. Deshalb sind Frauen wie Feudalabhängige auch nicht frei, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, da sie ihnen nicht selbst gehört. Sie können allenfalls ausgeliehen werden, das Geld für ihre Arbeit gehört jedoch nicht ihnen, sondern ihrem Herrn.

Diese Verhältnisse finden wir heute ganz direkt dort, wo Frauen ihr Geld Vätern, Brüdern, Ehemännern und Zuhältern abführen müssen, wie es bei uns hier und in vielen Ländern der Dritten Welt allenthalben anzutreffen ist. Und für die Kontraktierenden

ist Leiharbeit billiger als die Arbeit unter persönlichem freien Kontrakt. So sind auch bei uns die zunehmende Teilzeitarbeit und die ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse von Frauen ein Phänomen der Leiharbeit, denn sie beruhen darauf, daß Frauen ihre Arbeit erst einmal woanders abzuleisten haben, vor allem als Mütter, so daß überhaupt nur noch ein Teil davon zur Verfügung steht. Diese Situation mag de facto zutreffen oder nicht, dennoch: auf dem Arbeitsmarkt wird jede Frau erst einmal als Zuverdienerin deklariert, das heißt Frauen wird fast ausschließlich nur solche Arbeit angeboten. Dadurch sehen sich Frauen gezwungen, sich in die Abhängigkeit eines Mannes oder von Männern zu begeben.

Aber auch hinter den scheinbar nur ökonomischen Mechanismen des Arbeitsmarktes in diesem Fall billige Arbeitskräfte zu rekrutieren, steht das tätige Handeln gegen Frauen. Das macht sich zumal in Krisenzeiten als nochmalige Verschlechterung der Situation von Frauen bemerkbar, insofern nämlich Kollegen und Genossen sich im ökonomischen Verteilungskampf gegen Frauen zusammenschließen und dafür sorgen, daß sie die schlechtere Arbeit bekommen. Hier liegt die Allianz zwischen Unternehmern und anderen Männern. Die einen bekommen eine billige und alle zusammen eine abhängige Arbeitskraft.

Hausfrauisierung und Proletarisierung

Es ist diese spezifische Stellung der Frauen als besitzlose, unbezahlte und unterbezahlte Arbeiterinnen, die sich mit der Integration auch der scheinbar verstocktesten Region in die Weltwirtschaft immer ähnlicher wird und die in den eingangs erwähnten UNO-Zahlen zum Ausdruck kommt. Wir haben diesen Prozeß Hausfrauisierung genannt, in sprachlicher Anlehnung an Proletarisierung, um deutlich zu machen, daß die Entwicklung von Kapitalismus und Imperialismus wesentlich mehr beinhaltet als die Herausbildung von besitzlosen und auf bezahlte Arbeit angewiesenen Bevölkerungsmassen. Diese Entwicklung ist für Männer und Frauen unterschiedlich. Sie beinhaltet eine sexistische Hierarchie. Wenn wir diesen Prozeß mit diesen Augen betrachten, dann muß freilich auch der Begriff der Proletarisierung ganz anders erfaßt und der Prozeß ganz anders analysiert werden.

Hausfrauisierung beschreibt jenen Prozeß, in dem die Geld- und Warenwirtschaft in eine hauptsächlich auf die Subsistenzproduktion, d.h. auf den unmittelbaren Konsum ausgerichtete Wirtschaft eindringt und sie nun auftrennt in jenen Bereich, der hauptsächlich auf die Warenproduktion gerichtet ist und der nun die Subsistenzproduktion dominiert und ihr seinen Rhythmus aufdrückt. Es ist der Prozeß der Trennung in öffentliche und private Arbeit, in bezahlte und unbezahlte. Die Subsistenzproduktion, jene Produktion für den unmittelbaren Konsum also, verändert dabei ihren Charakter. Sie wird immer mehr zur unbezahlten, privaten und niedrig geachteten Frauenarbeit.

In Mitteleuropa war dieser Prozeß begleitet von der Ermordung und Verfolgung von Millionen von Frauen als Hexen, wodurch sowohl die männlich, kirchlich, medizinisch, staatliche Kontrolle über den weiblichen Körper hergestellt als auch die Zurichtung der Frauen zur typisch kapitalistischen, nämlich hausfrauisierten Arbeitskraft erzwungen wurde. In diesem Prozeß werden die Frauen nachweislich ärmer, viele Quellen deuten sogar darauf hin, daß besonders die besitzenden Frauen als Hexen verfolgt worden sind, und der Uterus wird zum best kontrollierten menschlichen Organ überhaupt.

Es ist unübersehbar, daß die Kontrolle über den weiblichen Körper, über die weibliche Sexualität und über die Gebärfähigkeit eng mit der Zurichtung von Frauen zur hausfrau-isierten Arbeitskraft zusammenhängt. Frauen werden in diesem Prozeß unfreie, von Männern persönlich abhängige Arbeitskräfte, sie verlieren ihren Besitz und ihr Handwerk. Bis dahin hatte die Masse der Frauen das zweifelhafte Privileg, aber dennoch das Privileg, in gleicher Weise wie die Masse der Männer ausgebeutet zu werden. Dies verändert sich nun. Frauen werden qua Geschlecht Männern untergeordnet. Diese Unterordnung geschieht nicht durch eine anonyme Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen

Entwicklung, sondern ist ein Produkt der Tat. Sie scheint Bestandteil der Verteilungskämpfe durch immer mehr Gruppen von Männern, sie scheint Bestandteil der Verteilungskämpfe, durch die immer mehr Gruppen von Männern sich aus der feudalen Umklammerung zu lösen vermögen, bis schließlich Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit proklamiert werden. Es sind immer mehr Männer, die sich organisieren, und zwar nicht nur gegen andere Männer, sondern gerade auch gegen Frauen, nämlich in der Weise, daß Frauen einerseits ausgeschlossen, andererseits deren eigene Organisationen zerschlagen werden.

Entwicklungspolitik, die moderne Hexenverfolgung

Dieselben Mechanismen und Handlungen setzen sich heutzutage mit der internationalen Entwicklungspolitik weltweit fort. Die Bevölkerungspolitik, erst recht in Verbindung mit der Gentechnologie, macht den Uterus aller Frauen nicht nur zum am besten durch Fremde, nämlich den Staat, die Medizin und die internationalen Organisationen kontrollierten Organ, sondern er wird den Frauen geradezu enteignet. Die Entwicklungsprojekte vollenden und zementieren weltweit, was sich schon längst angebahnt hat. Alle Arbeit und Produktion, die mit Geld funktioniert, geht zu Händen von Männern, selbst dort, wo es sich um Tätigkeitsfelder handelt, die seit Jahrhunderten von Frauen kontrolliert und in deren Besitz waren, wie zum Beispiel die Landwirtschaft in weiten Teilen Afrikas.

Nachdem die Frauenarbeit erfolgreich zu minderwertiger Arbeit gestempelt worden ist, soll den Frauen nun, durch die sogenannte Integration der Frauen in den Entwicklungsprozeß geholfen werden. Entwicklungsprojekte zum Zweck der sog. Einkommenschaffenden Aktivitäten (nicht Arbeiten), versuchen nun, durch Heimarbeit, Verlagsproduktion und ähnliches mehr, Frauenarbeit billigst zu nutzen bzw. die von Frauen noch kontrollierten einkommenschaffenden Produktionszweige unter ihre Kontrolle zu bringen.

Wir sind jetzt in der dritten Entwicklungsdekade und das Ergebnis scheint weltweit genauso durchschlagend wie drei Jahrhunderte Hexenverfolgung. Weltweit sind Frauen der Kontrolle über ihre Gebärfähigkeit beraubt, sind ohne Besitz, haben kaum noch autonomen Zugang zu Land und sind zu einer von Männern persönlich abhängigen Arbeitskraft degradiert, die zunehmend für wenig Geld auch noch ihre letzten Ressourcen mobilisieren muß.

Zum Zusammenhang von Kolonialismus und Frauenunterdrückung

Aber sind nicht die Männer in den Kolonien, ist nicht der Schwarze, der farbige Mann aufgrund der am eigenen Leibe erfahrenen Unterdrückung des Rassismus ein Bollwerk gegen den Sexismus? Leider nein. Trotz der ähnlichen Geschichte, es stimmt, Frauen und Kolonien wurden in fast paralleler Weise gewaltsam unterworfen. Sie wurden mit Schwert und Feuer in der Conquista und der Hexenverfolgung vor dem Teufel gerettet. Sie werden ihrer Selbstbestimmungsrechte, ihrer Ressourcen beraubt und zur frei verfügbaren, ausbeutbaren Natur erklärt. Die Kolonialisierten werden als Naturvölker und die Frauen als von Natur aus zum Dienen bestimmte Wesen entmündigt und aus der Gesellschaft der weißen Männer hinausdefiniert.

Auf dem Rücken der Frauen und Kolonialisierten bildet sich der moderne europäische Staat heraus mit einer zentralisierten Gerichtsbarkeit, wie sie sich herausbildet aufgrund der Hexenprozesse, mit einem zentralisierten Finanzwesen und einem Staatshaushalt, wie er überhaupt erst durch die Kolonien entstehen kann und mit einer Polizei, die am Anfang eine sog. Bevölkerungspolizei ist und schließlich einem Heerwesen, das nicht zuletzt aufgrund der kolonialen Kriege gut organisiert werden muß. In diesem Prozeß erhalten die Männer qua Geschlecht mehr und ähnlichere Rechte. Es ist der Prozeß der Demokrati-

sierung, der auch deshalb notwendig wird, weil sich für diese Unternehmungen immer mehr Männer zusammenschließen müssen, schließlich geht es um die Eroberung und Unterwerfung des Restes der Welt.

Aber nicht nur Territorien werden kolonisiert, sondern Menschen, europäische sog. zivilisierte Verhaltensweisen und Rechte den Kolonisierten aufgezwungen und antrainiert. Männer werden in Zwangsarbeitslagern, Internaten und Kasernen militarisiert. Die soziale Stellung der Frauen wird systematisch unterminiert. Die Befreiung von der Kolonialmacht schließlich bringt den einheimischen Männern ein Stück unabhängiger nationalstaatlicher Rechte und die ungeteilte Kontrolle über die einheimischen Frauen. Die Frauen haben aber auch dort, wo sie aktiv im Befreiungskampf mitgekämpft haben, keine Autonomie für sich, nämlich die Befreiung von männlicher Kontrolle, gewonnen. Die schwarzen und farbigen Männer schließen sich gegen die weißen Männer zusammen, aber nach dem Vorbild der weißen Männer reservieren sie sich die Fortsetzung bzw. Durchsetzung der sexistischen Arbeitsteilung und reservieren sich damit selbst ein Stück Kolonie. Es sind ihre eigenen Frauen. Mit der Entkolonialisierung der Territorien ist die Kolonialisierung also noch nicht zu Ende. Frauen sind die letzte Kolonie.

Teile und herrsche dadurch, daß du die Herrschaft teilst.

Im folgenden will ich der Frage nachgehen, wie die fortgesetzte und verschärfte Durchsetzung der sexistischen Arbeitsteilung, was diese politisch für uns bedeutet. Wie hängt die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung, zu der das aberwitzige Kriegsrüsten und die Kriege genauso gehören wie die sog. Verschuldungskrise und die verstärkte Polarisierung in reiche und zunehmend breitere ärmere Schichten hier und reiche und zunehmend breitere verelendete Schichten in der Dritten Welt, mit der sexistischen Arbeitsteilung zusammen, und welche Schlußfolgerungen können wir daraus ziehen?

Für mich steht anhand unserer Erfahrungen und Analysen fest, daß die sexistische Spaltung zwischen Männern und Frauen nicht nur für die miserable Situation von Männern und Frauen verantwortlich ist, sondern auch für die der Männer, die ebenso unter der Verarmung, dem Hunger und den Kriegen leiden. Was Frauen für die europäische Entwicklung herausgefunden haben, daß nämlich der ökonomische Verdrängungskampf der Männer die Frauen zwingt, sie speziell benachteiligende Arbeitsverhältnisse einzugehen, die dann zumal in Krisenzeiten auch die Männer erreichen, scheint sich weltweit immer wieder neu zu wiederholen. Die sexistische Arbeitsteilung, die Tatsache, daß es Männern relativ besser geht als Frauen, und die Herrschaft über Frauen hindern nicht nur viele Menschen an dem notwendigen radikalen Widerstand gegen die zerstörerische Maschinerie der gegenwärtigen Ordnung, sondern ist sogar das Öl in ihrem Getriebe.

Wie hängt der Hunger in der Dritten Welt mit der sexistischen Arbeitsteilung zusammen? Der Hunger, unter dem viele Menschen besonders in ländlichen Regionen der Dritten Welt leiden, ist kein Überbleibsel aus vorkolonialer Zeit, sondern Ergebnis der Weltmarktanbindung der Produzenten und Produzentinnen in der Dritten Welt. Der massenhafte Hunger entsteht nicht durch mangelnde Kenntnis moderner Anbautechniken, sondern er entsteht umgekehrt durch diese, durch deren Zweck, nämlich für die Vermarktung möglichst auf dem Weltmarkt zu produzieren. Hunger entsteht dadurch, daß den Menschen individuell lokal und regional die Kontrolle über ihr Land, über ihre Produkte und über ihre Arbeitskraft geraubt wird. Der Raub wird mit Geld bewerkstelligt. Was früher die Kopfsteuer, die Produktsteuer waren, durch die die Menschen gezwungen waren, ihre Produkte und ihre Arbeitskraft zu verkaufen, das sind heute die Kredite, das sog. verbesserte Saatgut für die Agrargifte und ähnliches mehr. Und so wie früher der Verkauf von Agrarprodukten, und zwar zunehmend Monokulturprodukten, der not-

wendig war, um an Geld zu kommen, den Menschen nicht zu einem höheren Lebensstandard verhalf, sondern umgekehrt in weiten Teilen der Dritten Welt zu Erosion und Nahrungsmittelknappheit führte, so führen auch heutzutage die Kredite zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion nicht zu mehr und besserer Ernährung, sondern nur zu Schulden, Zwang zu verkaufen anstatt zu konsumieren, falls überhaupt ein Grundnahrungsmittel noch angebaut wird, zur Exportproduktion, zu qualitativ schlechteren Nahrungsmitteln und zur Verseuchung des Bodens. Mehr Geld bedeutet also keineswegs mehr Nahrung. Wieso aber gibt es auf dem Land in der Dritten Welt nicht stärkeren Widerstand gegen die Kreditpolitik, sondern werden im Gegenteil nur die Forderungen nach noch mehr Krediten, mehr Düngemitteln und so weiter laut? Ein Grund dafür liegt in der sexistischen Arbeitsteilung.

Das Geld spaltet die Ökonomie des Überlebens und es spaltet Männer und Frauen. Die Subsistenzproduktion wird zurückgedrängt und von der Warenproduktion beherrscht. Geld bringt und sichert Männern Macht und Kontrolle über Frauen. Es zementiert die persönliche Abhängigkeit von Frauen, garantiert die Kontrolle über den Körper von Frauen und macht den Mann zu einem geachteten Mitglied der Männergesellschaft. Die Subsistenzproduktion, d.h. die Arbeit für den eigenen Konsum, an der früher alle beteiligt waren, wird nun als weibliche Arbeit verachtet. Durch die Aufspaltung der Ökonomie und die Hierarchisierung ihrer Ebenen schwindet die Kooperation zwischen Männern und Frauen in der Überlebenssicherung. Männer tendieren dazu, das Geld als ihr Geld zu betrachten und zu Prestigezwecken zu verausgaben, Radios, Uhren, Fahrräder usw. aber auch für Alkohol. Frauen hingegen müssen auf einer immer prekäreren Basis - wenig Land, schlechtes Land, wenig Geld, keine Kooperation, keine Kontrolle über das Geld - für die Nahrung sorgen.

Wie hängt die Weltwirtschaftsordnung mit der sexistischen Arbeitsteilung zusammen? Die Weltwirtschaftsordnung ist nichts, was nur von oben kommt. Wir müssen uns vielmehr fragen, auf welche Bedingungen die zerstörerischen und unterdrückerischen Mechanismen dieser Ordnung treffen, daß sie sich weltweit durchsetzen können. Allzu oberflächlich sprechen wir zum Beispiel davon, daß die Länder der Dritten Welt der Weltwirtschaftsordnung und ihren Zwängen unterworfen werden, ohne uns zu fragen, wer die Agenten dieser Unterwerfung sind, welche Motive sie haben und vor allem, wo die Möglichkeiten des Widerstandes von unten, von den Betroffenen her liegen. Im Rahmen der gegenwärtigen Verschuldungskrise sind es die Funktionäre des Staatsapparates der nationalen Regimes, die die Sparauflagen des IWF zwecks Umschuldung oder neuer Kredite in eine Politik auf nationaler Ebene umsetzen. Damit wird zum einen die staatlich kontrollierte zusätzliche Knechtung der Armen mittels Lohn-, aber nicht Preisbindung und Streichung sozialpolitischer Maßnahmen durchgesetzt. Zum anderen vermitteln die Bürokraten im Staatsapparat die Kredite zur Exportförderung, u.a. von Agrarprodukten, betreiben den Ausverkauf einheimischer Rohstoffe, Arbeitskräfte und Rechte, indem zum Beispiel günstigste Bedingungen für ausländische Investoren geschaffen werden, alles zum Zweck der Deviseneinnahmen zur vorgeblichen Rettung des Gemeinwesens. In Wirklichkeit ist der Effekt dieser Politik jedoch wohl eindeutig gegenteilig. Da nicht anzunehmen ist, daß die Funktionäre aus Bosheit handeln, noch daß sie in allen Fällen wirklich etwas dafür bekommen, müssen, ihre Motive woanders liegen.

Der Staat als Zuhälter

Ein gutes Beispiel im Rahmen der Devisenpolitik und zur Erläuterung des Zusammenhangs von Weltwirtschaftsordnung und sexistischer Arbeitsteilung sind die freien Produktionszonen. In den freien Produktionszonen herrscht Steuererleichterung für ausländische Investoren, kaum oder gar keine Kontrolle des Gewinntransfers, und die häufig sowieso schon geringen nationalen Rechte des Arbeitsschutzes und die Organisation der

Arbeitenden werden zusätzlich beschnitten. Hier arbeiten zu 80 Prozent Frauen und stellen vom Mikrochip bis zu Jeans alles her, was unter Fließbandbedingungen produziert werden kann. Die 20 Prozent Männer haben vor allem Aufseherfunktionen. Bei der Arbeit in den Weltmarktfabriken handelt es sich um eine typisch haus-frauisierte und nicht um eine freie proletarisierte Arbeit, um Leiharbeit im eingangs erwähnte Sinne also.

In diesem Fall sind es die Funktionäre des Staatsapparates, die die Arbeitskraft mit außerökonomischen und weil sie weiblich ist, mit sexistischen Mitteln disziplinieren und zum Verleih für ihre Deviseneinnahmen offerieren. Die Assoziation des Staates als Zuhälter, die sich hier aufdrängt, wird noch durch die Reklame unterstrichen, die die ausländischen Investoren mit der billigen einheimischen weiblichen Arbeitskraft anlocken und die vielfach von Bordellofferten nicht zu unterscheiden sind. Die Motive dieser Handlungsweise gehorchen den Regeln der sexistischen Arbeitsteilung. Die weibliche Arbeitskraft ist angeblich im Überfluß vorhanden, sie ist einer Naturressource gleich nichts wert und sie wird aufgrund dieser Tatsache verachtet. Sie wird für eine vorgeblich höhere Sache, den nationalen Fortschritt, zur Verfügung gestellt. Aber auch andere Formen der Kanalisierung von Kapital zur Nutzung hausfrau-isierte Arbeitskraft können durch das Zuhältermodell illustriert werden. So für die Kreditprogramme insbesondere zur Exportförderung von Agrarprodukten aus dem bäuerlichen Sektor, deren negative Auswirkung auf die einheimische Nahrungsversorgung ich bereits skizziert habe.

In den Planungen dieser Programme etwa durch die Agrarexperten der Weltbank taucht die Arbeit der Frauen und Kinder als wichtiger Beitrag zur Produktion auf. Sie wird von vornherein als kostenlos unentgeltlich zu leistende vom männlichen Vorstand abhängige Familienarbeitskraft einkalkuliert. Family weich, priced and zero heißt es dann da so schön. Hier wird vermittelt über den Mann Der Zugriff auf die Frauen- und Kinderarbeit organisiert und zur Belohnung für die sexistische Kontrollfunktion geht das Geld auch zu seinen Händen. Mit dem gleichen Modell lassen sich die sog. Einkommensschaffenden Aktivitäten und Hausfrauenkredite erläutern. Zusätzlich zu aller sonstigen Arbeit müssen Frauen hier für geringstes Geld Heimarbeit für den Weltmarkt produzieren. Mit Hilfe dieser Maßnahmen werden auch noch ihre letzten Arbeitskraftreserven billig mobilisiert. Diese Programme funktionieren, weil sie die sexistische Kontrolle der Männer über die Frauen voraussetzen können. Auf diese Weise geschieht, vermittelt über den Ausverkauf der Frauen, der Ausverkauf der Mehrzahl der Menschen in der Dritten Welt. Den Menschen wird das letzte Stück autonomer Subsistenzbasis entzogen.

Die internationale Kreditpolitik und nicht zuletzt damit verknüpfte forcierte Weltmarktanbindung der Produzentinnen und Produzenten bis in den hintersten Winkel der Erde hat zur Folge, daß den Menschen auch noch das letzte Stück autonomer, d.h. nicht über Geld und Waren vermittelter Subsistenzbasis entzogen wird. Es gibt immer weniger Felder, auf denen für den direkten Konsum produziert wird und immer weniger handwerkliche Produktion für den eigenen Bedarf, und es gibt insgesamt immer weniger Menschen, die nicht gezwungen wären, für Geld zu arbeiten. Allerdings geschieht dies nicht in der vermuteten klassischen Form der freien Lohnarbeit, sondern unter den diversesten Formen des billigen Anzapfens dieser Arbeit. Die sexistische Arbeitsteilung ist ein Motor "dieses Prozesses. Es sind ihre Elemente, nämlich die Kontrolle über eine persönliche Arbeitskraft, der Prestige- und Machtwert des Geldes, die Verachtung der Subsistenzproduktion auf der einen Seite und die Maschinen- und Technikgläubigkeit auf der anderen, die wir als die Motive, diesen Prozeß zu erzwingen und ihm nicht stärkeren Widerstand entgegenzusetzen, ausmachen können.

Im Frauenaufwurf steht: Die Hausfrauisierung ist das eigentliche Modell der Weltwirtschaft. Ich teile diese Meinung insofern, als die hausfrauisierten Arbeitsverhältnisse, nämlich insbesondere ungeschützte Arbeitsverhältnisse hier und billigstes Anzapfen der Arbeitskraft durch Kleinstkredite in der Dritten Welt schon

jetzt und erst recht in der nächsten Krisensituation auch die Männer erreichen werden. Dennoch damit wird der Prozeß nicht beendet sein, Frauen werden wie immer dann noch ein Stück weiter abgeschoben werden. Was können wir tun?

Ich will über uns reden, die wir hier sind, über die Politik, die wir machen können, um uns gegen die Gewalt gegen uns und durch das Morden in der Welt durch Krieg und Hunger zur Wehr zu setzen. Unsere Erfahrungen mit dem Ausschluß von Frauen und ihrer Interessen aus der organisierten Politik, unsere Situation als Frauen, nämlich als Menschen zweiter Klasse und die Diskussion um Autonomie in der neuen Frauenbewegung hat uns gelehrt, daß wir Politik nur da machen können, wo wir sind, indem wir von uns aus gehen und unserer Betroffenheit. Der Alltag ist politisch, das Private ist politisch, das haben wir in der Frauenbewegung gelernt und praktiziert. Natürlich können alternative Männer und Frauen mit dem besseren Durchblick und den richtigen Interessen bessere Analysen und Politiken für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung formulieren. Die Frage ist nur, was das nützt. Es ist der Blick von oben, ein Begriff von Politik, bei dem es erst einmal darum geht, die Macht zu erringen.

Wir können Politik machen, indem wir bei uns anknüpfen. Wehren wir uns gegen den Sexismus überall da, wo wir sind, am Arbeitsplatz, im Haus, in den politischen Gruppierungen und in unseren persönlichen Beziehungen. Denn die sexistische Arbeitsteilung und ihre Mechanismen herrschen in allen Bereichen. Schieben wir die Auseinandersetzung nicht ab auf andere Ebenen einer politischen Programmatik, im Sinne etwa irgendwelcher Formulierungen von alternativen Weltwirtschaftsordnungen, die mit den konkreten Problemen erst einmal nichts zu tun haben, und der Sexismus ist konkretes, alltägliches und umfassendes Problem.

Freilich ist genauso direkt anzugehen — dafür brauchen wir Zivilcourage, und dafür müssen wir uns zusammenschließen, da, wo es uns gemeinsam betrifft. Das gilt auch für eine feministische Politik bezüglich der Dritten Welt. Es macht wenig Sinn, uns vorzunehmen, etwas für Frauen in der Dritten Welt zu tun, denn wir können es gemeinsam mit ihnen tun, da, wo es uns gemeinsam betrifft. Schon die Tatsache, daß den armen Menschen in der Dritten Welt pausenlos geholfen wird, sollte uns mißtrauisch machen. Häufig genug ist diese Hilfe tatsächlich tödlich. Das Helfersyndrom beinhaltet eine Entmündigung anderer, wir mischen uns ein, da, wo wir nicht betroffen sind, wo wir nicht gefragt wurden. Wir sind weiße Frauen und nicht schwarze, das dürfen wir nicht vergessen. Relativ gesehen haben wir vom Kolonialismus profitiert. Unser Konsum ist im Durchschnitt entschieden höher als der von Frauen in der Dritten Welt und häufig genug auf deren Kosten. In unseren Konsumgütern, wie etwa Kosmetika, schönen handgearbeiteten Spitzen und anderes mehr, steckt die miserabel bezahlte Arbeit von Frauen in der Dritten Welt, durch die ihnen zudem ihre Subsistenzbasis geraubt wird, nämlich ihre Zeit für Subsistenzarbeit ebenso wie ihre Subsistenzressourcen.

Aber darin liegt auch Gemeinsames. Viele der Konsumgüter hier sind sexistische Statussymbole, Symbole des Männlichkeitswahns und der Frauenunterdrückung. Spitzen und Kosmetika sind häufig genug Attribute der Frau als Sexualobjekt. Darauf können wir gut verzichten. Wenn wir Frauen uns hier erfolgreich gegen den Sexismus zur Wehr setzen, dann ist auch ein Stück Frauenarbeit woanders erreicht. Das sollte durch dieses kleine konkrete Beispiel gezeigt werden. Frauen in der Dritten und in der Ersten Welt rücken immer näher zusammen. Es ist ein Ergebnis der Weltwirtschaftsordnung, die uns immer mehr in ähnlicher Weise betrifft. Weltweit können wir eine Feminisierung der Armut beobachten, die sich zwar konkret unterschiedlich auswirkt, dennoch ihre gemeinsamen sexistischen Strukturen hat. Hier ist es die gerade rollende Welle der Verschlechterung der Erwerbsarbeitsplätze der Erwerbsarbeitsverhältnisse für Frauen und gerade damit haben Frauen in anderen Regionen längst ihre Erfahrungen gemacht, nämlich mit dieser sog. informellen Sektorarbeit. Deshalb ist es notwendig,

daß wir uns informieren und unsere Erfahrungen austauschen, gerade auch über die Möglichkeiten, uns zur Wehr zu setzen, denn gerade in bezug darauf können wir hier von den Frauen dort lernen. Es gibt also genug, was wir miteinander tun können, wo uns mehr verbindet als uns trennt. Lassen wir uns nicht einreden, alle Frauen in der Dritten Welt seien arm und alle Frauen in der Ersten Welt seien reich. Das ist eine Behauptung, die häufig von farbigen Männern aufgestellt und oft genug von uns geglaubt wird, denn wir haben ein schlechtes Gewissen, Mitglieder der kolonialistisch herrschenden Gesellschaft zu sein. Aber ein schlechtes Gewissen war noch nie eine gute Voraussetzung für eine gute Politik und die Geschichte hat uns längst überholt. Frauen sind die letzte Kolonie weltweit.

MODERATION

In der AG zur geschlechtlichen Arbeitsteilung sollen zuerst noch anstehende Fragen zum Vortrag geklärt werden. In der Vorbereitung haben sich folgende Fragen ergeben: die diskutiert werden sollen: Hausfrauisierung ist in dem vorhergehenden Referat als strukturelles Prinzip analysiert worden, mit dem Frauen weltweit den Erfordernissen der Weltwirtschaft unterworfen werden, d.h. mit dem die kontrollierte Verwertung ihrer Arbeit gewährleistet werden soll. Wir sehen uns einem Arsenal von Maßnahmen gegenüber, die die Herausbildung und Stabilisierung der Hausfrau bewußt vorantreibt. Ein Interesse der Arbeitsgruppe ist: wie verhalten sich Frauen dazu? Welche Arten von Widerstand gibt es, sei es das alltägliche Sicherverweigern oder das Widersetzen in organisierter Form? Wie lassen sich daraus Ansätze für eine weitergehende Politik entwickeln? Daraus ergibt sich die Frage nach dem Verhältnis von kurzfristigen und langfristigen Perspektiven. Kurzfristig ist es sicherlich erforderlich, daß Frauen Möglichkeiten schaffen, sich ihre materielle Unabhängigkeit zu sichern, sich gegen offene sexistische Gewalt zu wehren. Das bedeutet innerhalb der bestehenden Verhältnisse, sich auch zum Beispiel in Lohnabhängigkeit zu begeben, sich bürgerliche Rechte zu erkämpfen. Wenn das aber nicht der Stabilisierung des herrschenden Systems dienen soll, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, daß Frauenbefreiung nur durch eine grundsätzliche Veränderung der bestehenden Verhältnisse möglich ist. Das kann nur weltweit gehen.

Dabei stellt sich das Problem, daß es zwar eine internationale Strategie zur Frauenunterdrückung gibt, dies aber noch nicht den Weg weist für einen internationalen Frauenkampf. Wir dürfen nicht übersehen, daß wir als Frauen in den Metropolen von der Ausbeutung der Frauen in der sog. Dritten Welt profitieren. In diesem Zusammenhang wollen wir uns mit den Unterschieden und Gemeinsamkeiten der Frauenkämpfe hier und in der sog. Dritten Welt auseinandersetzen.

Die AG „Sextourismus und Frauenhandel“: Ausgehend davon, daß der Prostitutionstourismus und internationale Frauenhandel eine der brutalsten und perverssten Formen der Frauenausbeutung und Unterdrückung darstellt, soll der Schwerpunkt der Arbeitsgruppe auf folgenden zwei Punkten liegen: 1. eine Analyse der Strukturen und des Frauenbildes, welche die Frauen zu Ware werden lassen. Welche patriarchalischen Mechanismen liegen der Tatsache zugrunde, daß Sex als selbstverständliche Dienstleistung der Frau bzw. ihres Körpers angeboten und hingenommen werden? Wo liegt die Bedeutung des Sextourismus für das herrschende System? Zum Beispiel militär-soziale Kontrolle der Frauen. 2. Eine Diskussion über mögliche Lösungsstrategien. Dabei wird eine Unterteilung zwischen Kurzfristigem und Langfristigem vorgenommen. Kurzfristige Lösungsstrategien legen den Schwerpunkt auf den jetzt möglichen Widerstand und auf Unterstützung und Hilfe von direkt betroffenen Frauen. Vor der Diskussion über die langfristigen Perspektiven werden die Fragen gestellt: Wo muß eine grundsätzliche Veränderung dieses Systems anfangen, stattfinden? Wie sehen wir uns selbst darin? Zunächst wird ein Eingangsreferat zum Thema gehalten, welches eine Situationsbeschreibung abgibt. Das Konzept sieht

aber die Behandlung der folgenden Punkte vor: soziale und ökonomische Stellung der thailändischen Frau, Ursachen des Sextourismus, Lebens- und Arbeitsbedingungen der Prostituierten, Wer bestimmt den Markt? Hei-rats-Institute und Reiseunternehmen. In dieser Gruppe werden auch thailändische Frauen sein, die speziell zu Thailand Fragen beantworten können.

AG „Zur Politik des BMZ, entwicklungspolitische Frauenprojekte“. Thema ist: Auswirkung der Politik des BMZ auf die Frauen am Ende der Frauenentwicklungsdekade. Die Arbeitsgruppe wird sich in folgende Schwerpunkte gliedern: 1. Was heißt Frauenförderung im Rahmen der Entwicklungspolitik, im Rahmen bundesdeutscher Maßnahmen, im Rahmen von Maß-

nahmen der UN und der EG bzw. EWG? 2. Ist die nationale und multinationale Förderung von Frauen, selbst wenn sie erreicht werden kann, sinnvoll? 3. Wollen Frauen die damit intendierte Integration in den Entwicklungsprozeß? 4. Welche andere Entwicklung als die vom Patriarchat beabsichtigte Entwicklungspolitik, verbunden mit welcher neuen Weltordnung, wollen bzw. können Frauen wollen?

Gemeinsam ist allen Arbeitsgruppen, daß ein Schwerpunkt auf dem Aspekt Widerstand und Handlungsperspektiven liegt, wobei die Arbeitsgruppen für Frauen und Männer offen sind, die Diskussion über Perspektiven des Widerstands Frauen vorbehalten ist.

Ankündigung, daß auf der Demo auch ein Frauenblock existiert.

IV AUSWIRKUNGEN DER WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG IN DEN METROPOLEN

MODERATION

Alois vom Frankfurter und Münsteraner Treffen

Vorstellung der Referenten:

David Hamilton aus Schottland. Er spricht für die nationale Leitung der NUM und war selbst aktiv beim Streik der britischen Bergarbeiter.

Rafael Sanchez aus Andalusien, von der anarcho-syndikalistischen Landarbeitergewerkschaft CNT. Er war 14 Jahre hier in der BRD Fremdarbeiter und war während der Franco-Zeit bei der Aufbauzeit der verbotenen Gewerkschaft dabei. Michael Schubert, Rechtsanwalt aus Freiburg, Strafverteidiger in politischen Prozessen.

Hier in den Metropolen laufen seit einigen Jahren Entwicklungen, die einen bestimmten Begriff gefunden haben, die „Wende“. Das heißt natürlich nicht, daß etwas grundsätzlich Neues passiert ist. Die Wende heißt, daß das, was vorher gelaufen ist, jetzt offensichtlicher geworden ist. Für uns heißt Wende auf ökonomischer Ebene: 1. Angriff auf die Löhne, Reallohnzuwächse gibts nicht mehr, härtere Tarifverhandlungen, 2. Abbau von Sozialleistungen, auf der einen Seite Kürzen von Geldern, z.B. Arbeitslosenhilfe, Umstellung von Bafög, Selbstbeteiligung bei Medikamenten usw., auf einer anderen Ebene versuchen sie, auf bestimmte Sachen, die bisher vom Staat bezahlt worden sind, die sog. Eigenverantwortung von uns selber zu übertragen. 3. Im Bereich der Arbeit findet eine Umstrukturierung statt, wie vermehrte Heimarbeit, vermehrte Teilzeitarbeit, in der neueren Entwicklung Sklavenhändler. Ziel ist, von uns allen, die wir arbeiten, mehr Kohle rauszuziehen. Das läuft in allen Industriestaaten. Das Besondere für Westeuropa ist, daß verstärkt versucht wird, das in der EG zu koordinieren. Genau so soll westeuropaweit koordiniert werden, das zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum zu machen. Das hat eine Bedeutung für die beiden Themen, zu denen nachher geredet wird, daß nämlich für sie unrentable Sektoren versucht werden umzustrukturieren, Bergbau, Stahl und Landwirtschaft.

Für uns und die gesamte Bevölkerung heißt das — in Stichworten: Massenarbeitslosigkeit, härtere Arbeitsbedingungen, weniger Kohle und überhaupt schlechtere Lebensbedingungen hier. Parallel dazu läuft eine gigantische Umweltzerstörung, läuft eine bestimmte Fixiertheit von uns, von denen geplant, *[fehlt was]* von uns konsumiert, d.h. mehr Kaufen, mehr Fressen usw., läuft ein Zubetonieren von Bedürfnissen und ein ganz bestimmtes Verhältnis von uns Männern zu Frauen, ein patriarchalisches.

Dagegen hat sich hier in der BRD und überall in Europa Widerstand entwickelt. Ich gehe davon aus, daß die Leute, die hier sind, selbst genau wissen, was zu tun ist. Für uns ist in diesem Zusammenhang eins noch wichtig: daß wir hier zusammengekommen sind zu dem Tribunal und der Demo ist ein Zeichen dafür, daß sich allmählich das Bewußtsein durchsetzt, daß das System der Metropolen keine Fehler hat, sondern der Fehler selbst

ist. Die Herrschenden versuchen natürlich, gegen unseren Widerstand ihre Repressionen zu setzen; das soll auch auf allen Ebenen passieren. Was aktuell läuft, wie in Mutlangen, das ist, daß sie den Leuten Nötigung vorwerfen, sie versuchen, den Leuten an den Geldbeutel dranzukommen, dann auf einer anderen Ebene, was ganz europaweit passieren soll, daß fortschrittliche Gewerkschaften zerschlagen werden sollen, und natürlich bis hin zu Knast.

Ein Beispiel auf einer andern Ebene: hier in Bonn hat die Polizei versucht, Kontrollen durchzuführen, sie hat Autos durchsucht, und hat ziemlich dicke Arme gemacht, provoziert. Das ist ganz klar der Versuch, auf das, was wir hier machen, zusammenkommen und reden, Druck auszuüben, weil es denen nicht paßt, daß wir hier sind. Wir wehren uns alle dagegen.

Zur Repression allgemein wird Michael Schubert reden.

REFERAT

„Arbeitsplatzvernichtung, Massenarbeitslosigkeit und westeuropäischer Wirtschaftskrieg am Beispiel der britischen Bergarbeiter“

David Hamilton

Ich vertrete Bancton Hall. Das tu ich schon seit zehn Jahren. Während des Streiks bin ich Vorsitzender von Area-Streikkomitee gewesen. Ich vertrete 3.000 Bergarbeiter und ihre Familien. Buncton Hall streikte gegen Entlassungen im Oktober 1983. Da gab es einen acht Wochen langen Streik. Dann kamen 19 Wochen, wo von der Gewerkschaft angeordnet wurde, daß keine Überstunden gemacht wurden. Das führte dahin, daß es nur drei bis vier Schichten pro Woche gab. Dann kam der zwölfmonatige nationale Streik.

Die meisten der Bergarbeiter in Buncton Hall haben seit 18 einhalb Monaten kein volles Gehalt gehabt.

Wir möchten unseren Genossen hier in Deutschland klarmachen, welche schwerwiegenden negativen Konsequenzen die Pläne der British National Coal Board (NCB) für Europa und seine künftigen Energiebedürfnisse mit sich bringen werden, nämlich daß insgesamt 10 Prozent der europäischen Kohleproduktion, das sind 25 Millionen Tonnen, gestrichen werden. Dieser Plan, der den nationalen Bergarbeiterstreik 1984/85 hervorgerufen hat, wird schwere Folgen haben für die regionale Politik der europäischen Gemeinschaft. Es wird teilweise so sein, daß regionale Entwicklungsprojekte der Europäischen Gemeinschaft in Zusammenarbeit mit der britischen Regierung gestrichen werden, und zwar im Nordosten von England, in Südwales und in Zentral-Schottland. Zusätzlich wird es Auswirkungen geben in anderen Gegenden von England. Ebenso wird es Auswirkungen geben auf die Arbeit der Umweltkommission der Europäischen Gemeinschaft, auf die Kommission für soziale Fragen

und regionale Hilfe für die Energie insgesamt.

Der NCB-Plan erkennt in keiner Weise an, welche Energiebedürfnisse in Europa bestehen bis zum Jahre 2000 und bis ins nächste Jahrhundert hinein. Er unterminiert Bemühungen von europäischen Behörden und Regierungen und der EG-Kommission, Vorkehrungen zu treffen für eine allgemeine Energiepolitik, die die EG-Kohleproduzenten insgesamt in eine günstigere Lage versetzen würde. Der Plan würde die Konsumenten sehr stark beeinträchtigen, Zulieferindustrien kaputt machen, er würde die Ausdehnung der Bergbauindustrie und verwandter Industrien sehr stark einschränken. Die Politik der Einschränkung der Kohleproduktion in Großbritannien wird dazu führen, daß riesige Reserven von Kohle, die einen sehr niedrigen Schwefelgehalt hat, eingeschränkt wird. Andererseits gibt es gerade für diese Kohlesorte einen steigenden europäischen und skandinavischen Bedarf. Die Kohle mit einem mittleren Schwefelgehalt könnte hervorragende Preise auf dem Kohlemarkt erzielen verglichen mit der Kohle, die einen sehr hohen Schwefelgehalt hat, das ist gerade die Kohle, die in den Gebieten abgebaut werden soll, die noch erhalten werden.

Die beabsichtigten Schließungen haben gar nichts zu tun mit der Finanzkraft der NCB, also mit der Rentabilität der NCB, noch haben sie etwas zu tun mit der Ökonomie der Kohle insgesamt. Ganz im Gegenteil: es ist eine sehr unglückliche Panikreaktion auf einen vorübergehenden Fall in der Nachfrage nach Kohle und Koks aus Großbritannien, ein Rückgang, der inzwischen wieder vorbei ist. Alle Experten, einschließlich der Vorsitzende von NCB, sind sich einig, daß bis zum Jahre 2000 die europäische Nachfrage nach Kohle ansteigen wird. Dennoch zieht sich die NCB von diesem Markt zurück, abgesehen von einer Minimalproduktion.

Diese Politik birgt ein sehr hohes Risiko. Sie wird dazu führen, daß der größte Teil der Kohlereserven in Großbritannien brachliegen wird zugunsten eines Abbaus der stark schwefelhaltigen Kohle. Diese Reserven, also der stark schwefelhaltigen Kohle, werden sowieso nur für die nächsten 50 Jahre reichen. Bedenkt man weiterhin, daß in Kürze die Öl- und Gasvorkommen in Großbritannien und in der EG überhaupt zurückgehen werden, wird das dazu führen, daß man in immer stärkerem Maße Energie aus nicht EG-Ländern einführen muß. Vor allem erhöht es die Gefahr, daß die Kernenergie als Alternative eingesetzt wird. Wir müssen Widerstand leisten gegen den verstärkten Ausbau der Kernenergie, nicht nur aufgrund der Ökonomie, sondern aufgrund der Tatsache, daß sie eine Bedrohung für die Menschheit darstellt.

Zur Zeit führt Europa Kohle ein aus den USA, Australien, Polen und Südafrika. Was den letzten Punkt betrifft, so ist es geradezu blamabel, daß die Europäer Kohle aus Südafrika annehmen, zu einer Zeit, wo so viele unserer Brüder und Schwestern getötet wurden und werden und auch, wo wir sehen, daß an die 17.000 Bergarbeiter in ihre Homelands zurückgeschickt worden sind, weil sie es gewagt haben zu streiken.

Ich habe jetzt nur die Problematik berührt, die in Europa entstehen wird, wenn nicht eingesehen wird, daß eine große Steigerung der Festbrennstoffe stattfinden muß. Ich denke, ich kann später noch auf diese Problematik näher eingehen.

Jetzt möchte ich euch informieren über den aktuellen Stand der Bergarbeiterauseinandersetzungen, die noch andauern. An die 600 Bergarbeiter sind von der NCB entlassen worden, 200 von ihnen wurden in Schottland entlassen. Von diesen 200 sind wiederum 75 Prozent Vertreter der NUM oder Aktivisten. Gerade in Schottland hat die Kohlebehörde die Politik verfolgt, die Gewerkschaft an der Basis zu zerstören. Während der Auseinandersetzungen wurden über 10.000 Bergarbeiter verhaftet. Über 200 Bergarbeiter waren im Gefängnis, ich selbst war 64 Tage im Gefängnis. Ich wurde beschuldigt, einen arbeitenden Bergarbeiter überfallen zu haben.

Tatsächlich war es aber so, daß er mich überfallen hatte. Nachdem ich 64 Tage im Knast war, wurde ich vor Gericht gestellt. Die Verhandlungen dauerten zwei Tage. Aber die Geschworenen brauchten ganze 25 Minuten, um festzustellen, daß ich

unschuldig war.

Während der Auseinandersetzungen wurde die Polizei in der Öffentlichkeit als neutral dargestellt. Ich kann euch versichern, daß die Polizei während des Streiks im Auftrag der Kohlebehörde und der Thatcher-Regierung handelte. Die Regierung stellte klar heraus, daß Polizeibeamte in keinsten Weise belangt würden. Von all den Beschwerden, die gegen die Polizei eingegangen sind, hat keine einzige Folgen gehabt. Das könnte damit zusammenhängen, daß in solchen Fällen die britische Polizei sich selbst untersucht.

Ich gebe euch ein Beispiel davon, wie einseitig die Polizei war: Als ich beschuldigt wurde, einen arbeitenden Bergarbeiter überfallen zu haben, lief in den folgenden 24 Stunden auf Seiten der Polizei Folgendes ab: zu dem arbeitenden Bergarbeiter wurden zwei Inspektoren, zwei Polizisten, eine Polizisten und ein Hauptinspektor geschickt. Soviel Unterstützung erhielt er. Während ich im Gefängnis war, bekamen meine Frau und meine Kinder ständig obszöne Anrufe, ein Fenster wurde eingeschlagen und die Wäsche meiner Frau wurde auf der Leine verbrannt. Immer wenn so etwas passierte, kam ein Beamter zu uns rüber und meinte: Was sollen wir denn dagegen machen?

Die Rolle der Frauen war bei diesen Auseinandersetzungen einmalig. Als der Streik erst zwei Monate alt war, haben die Frauen bereits auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene mitorganisiert. Bei vielen Gelegenheiten haben die Frauen in vorderster Linie gestanden. Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß wenn die Frauen nicht so viel Unterstützung geleistet hätten, der Streik niemals die 12 Monate gedauert hätte. Die Gewerkschaft erkennt die Rolle der Frauen während der Auseinandersetzungen an. Sie ist dabei, die Regeln zu ändern, damit die Frauen assoziierte Mitglieder werden können, damit sie weiterhin den Kampf mit uns tragen können.

Genossen, ich sage, daß der Kampf weitergeht. Aufgrund der Tatsache, daß die Kohlebehörde Abmachungen nicht eingehalten hat, werden im ganzen Land Streiks abgehalten. Ich sage, daß der Kampf weitergeht, insbesondere im Namen der Bergarbeiter und ihrer Familien, die entlassen worden sind. Im Namen meiner Gewerkschaft möchte ich, daß ihr auch weiterhin in Unterstützungsgruppen Arbeit leistet, um Leute zu unterstützen, deren einziges Verbrechen war, für ihre Arbeitsstellen zu kämpfen.

REFERAT

„Auswirkung der EG-Politik in Süds Spanien“

Rafael Sanchez

Ich komme aus Andalusien. Wahrscheinlich ist euch Andalusien ein Begriff. Aber viele wissen wahrscheinlich nicht, was Andalusien ist. Andalusien ist ein Fünftel des gesamten Territoriums Spaniens. Es hat ungefähr acht Millionen Einwohner. Es ist ein sehr reiches Land und ist hauptsächlich ein landwirtschaftliches Land. Obwohl es ein reiches Land ist, ist Andalusien immer ein sehr unterentwickeltes Land gewesen. Diese Situation, die in der Geschichte immer bestand und viele Kämpfe der arbeitenden Klasse verursacht hat, hat sich in letzter Zeit weiter verschlimmert.

In Andalusien gibt es zur Zeit eine Millionen Analphabeten. Einer von sieben kann nicht lesen und schreiben. Das Analphabetentum der Jugendlichen zwischen zehn und neunzehn Jahren beträgt zwischen 2,5 und 4 Prozent. Es gibt Hunderttausende von Kindern, die keine Schulplätze haben. Das ist kein Dritte-Welt-Land — es liegt mitten in Europa.

Von den Kindern, die die Schule besuchen, erreichen nur 35 Prozent den Schulabschluß, In Andalusien fehlen außerdem 250.000 soziale Wohnungen. Jede vierte Wohnung hat kein fließendes Wasser, und 20 Prozent aller Wohnungen haben keinen elektrischen Anschluß. Mehr als 30 Prozent der Bevölkerung Andalusiens ist arbeitslos. Täglich kommen 350 Arbeits-

lose hinzu. In absoluten Zahlen haben wir im Moment fast 600.000 Arbeitslose. Davon sind 25 Prozent Landarbeiter. Stellt euch vor, was Landarbeiter sind: das sind Tagelöhner. Aber nicht genug damit: die 500.000 Landarbeiter, die es noch gibt, haben praktisch nur drei Monate Arbeit im ganzen Jahr. Die kommen noch zu der Arbeitslosigkeit in Andalusien dazu.

Wie kommt es, daß es in einem so reichen Land wie Andalusien solch eine Situation gibt? Hauptsächlich ist es die Struktur des Landbesitzes. Traditionell ist Andalusien ein Land, wo es Großgrundbesitzer gibt. Obwohl es bis vor 50, 40 Jahren noch Großgrundbesitz gab, hatte der Boden eine soziale Funktion. Er wurde dazu benutzt, den Leuten zu essen und Arbeit zu geben. Das ist heute nicht mehr der Fall. Der Großgrundbesitz wurde noch mehr konzentriert. Die kapitalistische Form der Ausbeutung bzw. die kapitalistische Form von Agrarproduktion hat dazu geführt, daß zur Zeit zwei Prozent der Grundbesitzer in Andalusien über 50 Prozent des andalusischen Boden besitzen. Damit ist die soziale Funktion des Landes nicht mehr vorhanden. Es wird nicht mehr produziert, was die Leute in Andalusien brauchen, sondern das, was der Weltmarkt fordert. Das ist ähnlich wie in Brasilien. Obwohl Brasilien immer sehr arm gewesen ist, haben die Leute immer ihre Grundnahrungsmittel gehabt, weiße Bohnen und Reis. Seitdem die Reichen VW fahren wollen und Alkohol trinken, werden keine weißen Bohnen mehr gepflanzt und kein Reis, sondern Zuckerrohr, damit die Reichen fahren können. Damit haben die armen Leute, die früher wenigstens etwas zu essen hatten nichts mehr zum Essen. Das ist auch in Andalusien so infolge der kapitalistischen Form, Landwirtschaft zu betreiben.

Diese Form, Landwirtschaft zu betreiben, nennen wir Petroleum-Landwirtschafts-Produktions-Konzept. Früher wurden Nahrungsmittel mit menschlicher Energie produziert, mit tierischer Energie und mit Sonnenenergie. Die Leute haben gearbeitet, um Nahrung zu bekommen. Die Nahrungsfrage der Menschheit ist eine Energiefrage. Heute wird so nicht mehr produziert, heute wird produziert auf Erdölbasis. Das heißt, früher hat man ein Kilo Kalorie in den Boden investiert und hat neun Kilo Kalorie herausgeholt. Heute wird ein Kilo Kalorie in den Boden investiert und man holt nur 0,6 Kilo Kalorie heraus. Die gesamte Produktion besteht auf Erdöl, auf Petroleum, damit versucht man, eine Überproduktion zu haben, und diese Überproduktion wird dazu genutzt, die Dritte-Welt-Länder mit Nahrungsmitteln zu erpressen. Das ist auch in Andalusien im Moment der Fall, doch nicht nur in Andalusien, auch in den USA, überall. Ihr könnt euch vorstellen, was es bedeutet, daß ein Land, das nur Landwirtschaft betreibt wie Andalusien und das vollkommen unprogressiv mechanisieren will, täglich die Leute, die davon leben, die Tagelöhner, von seinem Boden rausschmeißt und durch eine miserable Arbeitslosenhilfe versucht, sie ruhig zu halten.

Doch dagegen tun wir andalusischen Landarbeiter etwas. Seit einiger Zeit, besonders seit dem Wiederaufbau der sog. Demokratie in Spanien haben die andalusischen Landarbeiter dafür gekämpft, das Land wiederzuerhalten, und eine sog. Landreform in Andalusien auf die Beine zu kriegen. Die Kampfformen, die die andalusischen Landarbeiter benutzen, sind sehr reichlich. Auf der einen Seite versuchen sie, die Arbeitslosen zu den Großgrundbesitzern zu bringen und die Großgrundbesitzer zu zwingen, diese Leute einzustellen. Je nach Größe des Besitzes werden entsprechend viele Arbeitslose hingebacht, und die Großgrundbesitzer werden gezwungen, diese Leute einzustellen, ob Arbeit da ist oder nicht. Andere Kampfformen sind z.B. massiver Hungerstreik. Zum Beispiel hat ein gesamtes Dorf über zwei Wochen hungergestreikt. Eine andere Kampfform ist, Großgrundbesitz zu besetzen und sofort zu bearbeiten. Am 18. April dieses Jahres gab es eine große Aktion: mehr als 40 Großgrundbesitze wurden besetzt. Bei manchen sind die Arbeiter ganz schnell rausgeschmissen worden, bei vielen sind die Arbeiter wochenlang dageblieben, haben da gearbeitet. Und als die rausgeschmissen worden sind durch die Repressionskräfte des Staates, da haben sie gefordert, die Löhne zu bekommen für

die Arbeit, die sie da geleistet haben. Sie haben die Löhne auch bekommen.

Eine andere Kampfform ist, die Produktion der Großgrundbesitzer zu boykottieren. Wenn zum Beispiel es nicht geschafft wurde, Arbeiter einzustellen, weil die Großgrundbesitzer sich geweigert haben, mußten die Großgrundbesitzer zusehen, wie ihre Ernte einfach in die Luft geflogen ist durch die Hitze, die wir in Andalusien haben.

Diese Kämpfe haben ein bestimmtes Ziel in Andalusien. Die Leute, die Landarbeiter kämpfen nicht, nur um einen Arbeitsplatz zu bekommen, sondern sie kämpfen für eine Landreform in Andalusien, die das Land an die, die es bearbeiten, zurückgibt. Dieses Ziel hat eine Niederlage erfahren durch den möglichen Eintritt Spaniens in die EG. Wir haben in Andalusien viele Nachteile durch diesen EG-Beitritt Spaniens. Der wichtigste, der gefährlichste davon ist, daß Spanien endgültig in das politische Konzept der EG gebracht wird. Damit wird unser Kampf für eine bestimmte Umwandlung in Spanien um viele Jahre zurückgeworfen. Trotzdem sind die andalusischen Arbeiter nach wie vor dabei, eine revolutionäre Agrarreform durchzusetzen. Von Agrarreform spricht heute niemand in Spanien, weder die Kommunisten noch die Sozialisten. Wenn die Agrarreform sagen, dann meinen sie nicht, das Land an die Arbeiter zu geben, sondern sie meinen eine Mechanisierung des Landes, eine Erhöhung der Produktion usw., was nicht mehr und nicht weniger ist als eine kapitalistische Ausbeutung des Landes. Das ist nicht, was wir wollen.

Wenn wir von Agrarreform sprechen, dann sagen sie: das ist eine Utopie. Das ist heute nicht mehr möglich. Wie könnt ihr über Agrarreform sprechen, die das Land an die Leute, die es bearbeiten, gibt? Das ist nicht möglich, wir können nicht so billig produzieren wie die Bundesrepublik Deutschland oder wie Holland oder wie die USA. Wir sagen: Das stimmt nicht. Die USA oder die Bundesrepublik Deutschland produzieren nicht billig, sondern sie werden stark subventioniert. Wir wissen gar nicht, wie teuer hier produziert wird, weil wir nicht wissen, wieviele Subventionen hier reingesteckt werden. Wir sagen, daß es notwendig ist, eine ganz andere Politik in Sachen Agrarwirtschaft zu betreiben. Wir sagen, wir müssen eine bestimmte Autarkie haben, und das sollte auch in jedem Land sein, was die Nahrungsmittel angeht. Uns interessiert nicht, ob ein Kapitalist vielleicht von Mexiko nach Spanien Bohnen bringt, weil er dort pro Kilo ein Peseta billiger einkauft. Was uns interessiert ist, daß unsere Arbeiter, unsere Leute den Boden bearbeiten können und seine Produkte selber essen können und seine Produkte auch an die Arbeiter in ganz Spanien weitergeben können.

Es ist eine verrückte Politik, daß man wie zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland die Landbevölkerung auf zwei Prozent senkt. Auf der anderen Seite gibt es Massen von Arbeitslosen. Und auf der anderen Seite wird diese Landwirtschaftsproduktion mit Milliarden DM subventioniert. Und auf der anderen Seite gehen noch Milliarden DM in die Arbeitslosigkeit. Wozu das alles? Nur um die multinationalen Konzerne zu stärken mit ihrer Nahrungsmittelproduktion, die uns mit ihrer Macht uns in Andalusien, die Bundesrepublik Deutschland und die Länder in der Dritten Welt erpressen können. Nur um das zu halten, machen sie so eine Politik.

Wir haben lange mit allen linken Gruppen in Spanien über eine Agrarreform diskutiert. Die haben gesagt, es ist nicht möglich. Wir sagen, eine revolutionäre Agrarreform ist möglich. Es ist sogar möglich, eine revolutionäre Agrarreform zu machen unter dem jetzigen System. Wie? Wir haben der andalusischen Regierung und allen linken Parteien in Spanien vorgeschlagen, daß 5 Billionen ha in Andalusien, Extremadura und Castilla de Nueva konfiziert werden,

5 Millionen ha. Diese 5 Millionen würden ungefähr 1,5 Billionen kosten. Nur mit dem Geld, das die arbeitslosen Landarbeiter geben jährlich, würden in 30 Jahren diese 5 Millionen ha bezahlen. Auf diesen 5 Millionen ha würden 200.000 Familien angesiedelt. Jede würde mindestens 650.000 Peseta jährliches Einkommen haben und damit würde die Arbeitslosigkeit in

Spanien bzw. in Südspanien verschwinden. Doch das reicht nicht. Wir haben auch vorgeschlagen — weil sonst wäre es nicht möglich, gegen die Großgrundbesitzer zu kämpfen — diese 5 Millionen ha auf einmal zu konfiszieren, einen kollektiven Produktionsaufbau zu errichten und auf der anderen Seite eine kollektive Verteilung, einen kollektiven Konsum aufzubauen, damit wir die Produkte, die wir erarbeiten....

[fehlt was]

Aber daran sind die nicht interessiert. Wir sind jedoch fest davon überzeugt, daß die Agrarpolitik, die die betreiben, nicht so weitergehen kann. Es wird zum Beispiel nicht möglich sein, die Landbevölkerung in Andalusien auf zehn Prozent zu senken, wie sie es nach dem EG-Beitritt Spaniens vorhaben. Auf der einen Seite ist der EG-Beitritt eine Niederlage, aber auf der anderen Seite wird er eine Zuspitzung der Situation in Spanien bringen. Durch diese Zuspitzung erhoffen wir uns die Schaffung von Bedingungen, eine Revolution in Spanien weiterzubetreiben.

REFERAT

Die Vereinheitlichung der Justiz- und Repressionsapparate

Michael Schubert

15.000 Mann Polizeitruppe im Großeinsatz heute in Bonn - das ist der Zustand der „Inneren Sicherheit“ in der BRD und den anderen NATO-Staaten. In den Streiks der Metall- und Drucker im letzten Sommer in der BRD wurde in bisher nicht bekanntem Umfang Polizeigewalt eingesetzt zur Durchbrechung der Streikpostenkettens. Eine ganze Anzahl von streikenden Arbeitern wurde von Kapitalisten und ihren leitenden Angestellten und von Polizeibeamten verletzt. Bundesgrenzschutz, Sondereinsatzkommandos der Polizei, Panzerwagen standen zur Niederschlagung der Streiks bereit. Zahlreiche Strafverfahren gegen streikende Arbeiter wegen Nötigung usw. wurden eingeleitet. Die streikenden Bergarbeiter in England wurden in der Springer-Presse schon „Terroristen“ tituliert.

Bei jeder noch so kleinen Demonstration, bei jedem politischen Strafprozeß an einem Amtsgericht haben wir inzwischen ein Aufgebot des polizeilichen Sondereinsatzkommandos, eine überdimensionale Zahl militärisch gerüsteter Truppen, Ausweiskontrollen und Durchsuchungen, oft polizeiliche Kordons, die die ganze Demonstration einkesseln und das Demonstrationsrecht zur Farce machen. Wer alte Filme gesehen hat, z.B. aus der Zeit der Studentenbewegung Ende der 60er Jahre mit den damaligen massiven Polizeieinsätzen, der sieht den drastischen Unterschied, die Militarisierung, die inzwischen erreicht ist. Stammheim ist zwar immer noch etwas besonderes, aber es ist nicht die Ausnahme von der Regel, sondern es ist symptomatisch für die ganze Entwicklung.

Die Zahlen belegen die Entwicklung eindeutig: Allein in der Zeit von 1970 bis 1978 haben sich die Ausgaben im Bereich „Innere Sicherheit“ beim Verfassungsschutz vervierfacht (von 34 Mio. auf 134,2 Mio. DM), beim Bundeskriminalamt verfünffacht (von 38,9 Mio. auf 200 Mio. DM). Die Truppenstärke des Bundesgrenzschutzes wurde von 1951 bis 1981 mehr als verdoppelt (von 10.000 auf 22.300 Mann). 1973, also bevor die Auseinandersetzung des Staates mit der RAF überhaupt virulent war, wurde die GSG 9 gebildet. Auf Bürgerkrieg ausgerichtete Polizeibewaffnung mit Panzern, Hubschraubern bis zu 30 Mann Besatzung, Maschinenpistolen und MGs, Handgranaten, Nachtzielgeräten für Präzisionsschützen etc. wurde seit Anfang der 70er Jahre massiv vorangetrieben. „Finaler Rettungsschuß“, Gummiwuchtgeschosse, Blendschockgranaten, CS-Gas sind heute ganz gangig diskutierte und auch schon angewendete Methoden polizeilicher Taktik.

Was da vor sich geht, scheint auf den ersten Blick gänzlich überdimensioniert, zumal ein beträchtlicher Teil der Bewe-

gungen, auf die solche martialischen Großeinsätze auch angewendet werden, ihrerseits in keiner Weise militant agiert.

Verstehen kann man den Vorgang nur, wenn man das Konzept **Präventive Aufstandsbekämpfung** kennt, das heute in allen NATO-Staaten, vor allem aber in der BRD, bestimmend ist. In einer gemeinsamen Studie im Regierungsauftrag kurz vor dem EG-Gipfel 1983 in Stuttgart kommen Institute aus der BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien und den Niederlanden zu dem Ergebnis, daß „gemessen an der Wahrscheinlichkeit von Konflikten ... die westeuropäische Sicherheit weniger durch äußeren militärischen Druck auf die zentrale Front in Europa bedroht ist, als vielmehr durch die Unfähigkeit, dringende soziale und wirtschaftliche Probleme zu lösen und das sich daraus ergebende Potential an innerer Instabilität.“ Zwei Punkte sind kennzeichnend für diese Äußerung:

1. Sie geht, entgegen nach außen verbreiteter Schönfärberei durch die Regierungschefs, von einer weiteren massiven Verschärfung der ökonomischen und sozialen Probleme aus, d.h. Massenarbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Überarbeit für andere, Armut, Hunger, Ruinierung des ganzen „Netzes der sozialen Sicherheit“ auch in Europa. Den Kapitalvertretern ist also vollkommen bewußt, daß die von ihnen betriebene Expansion rund um den Erdball und die Ausplünderung anderer Länder nicht die Lebenslage der Masse der Bevölkerung ihrer Länder verbessert oder auch nur stabilisiert - im Gegenteil. Sie wissen auch, daß die von ihnen prognostizierten Massenunruhen ganz objektive Ursachen haben und nicht das Werk irgendwelcher finsternen Mächte sind.

2. Bei der Frage der Lösung dieser Probleme denken und planen sie sofort in militärischen Kategorien. Und dabei betrachten sie die innere und äußere Sicherheit ihres kapitalistischen Systems als **eine** Sache. Wie weit das bei führenden Polizeistrategen schon gediehen ist, zeigen folgende Äußerungen: Stümper, Landespolizeipräsident von Baden-Württemberg in seinem Buch „Die Herausforderung von Justiz und Polizei durch eine sich tiefgreifend verändernde Sicherheitsproblematik“: „Der polizeiliche Auftrag hat für den Staat einen regelrecht existenziellen Stellenwert bekommen ... In den Aufgabenbereichen von Bundeswehr, Polizei und Nachrichtendiensten sind zunehmend Lagen denkbar, wo militärische Einwirkungen von außen und subversive Aktionen von Innen zusammenwirken ... Das gemeinschaftliche Planen von Polizei und Militär in diesem Bereich muß als etwas ganz Normales, Vernünftiges und Notwendiges gesehen werden.“ Und Herold, früherer BKA-Präsident: „Es wäre höchst gefährlich anzunehmen, daß der Prozeß der Revolutionierung Europas nicht eingeleitet werden konnte.“ (Herold, Strategische Überlegungen zur Sicherheitslage; In FR, 3.5.79)

Die Antwort der Herrschenden in den Staaten der NATO ist: Wo es nicht mehr gelingt, mit ihrer Kontrolle des Schulwesens, des Medienapparates usw. Bewegungen in der Bevölkerung zu integrieren, muß jede Radikalisierung mit polizeilich-militärischer Gewalt im Keim erstickt und gleichzeitig mit allen Mitteln als kriminell denunziert werden.

Die Planung entsprechender Konzepte findet heute längst nicht mehr in irgendwelchen Polizeipräsidien statt, sondern in den höchsten Gremien der NATO und zusätzlich im Bereich der Europaratsstaaten über diverse Gremien polizeilicher Zusammenarbeit. Integraler Bestandteil des NATO-Kriegskonzepts ist auch längst nicht mehr nur die Aggression gegen die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten und die faktische Kooperation zur Niederschlagung von Unruhen in der sog. Dritten Welt zur Sicherung ihrer Weltwirtschaftsordnung. Die NATO-Planung geht vielmehr von entscheidenden Aufgaben an der „fünften Front“ aus. So bezeichnen die NATO-Strategen den politischen Kampf im Inneren, vor allem die Niederschlagung der „inneren Subversion“ in west-europäischen Staaten, (neben den drei Landfronten in Europa und der Atlantikfront) Sir Edward Peck, bis 1975 ständiger Vertreter Großbritanniens im NATO-Rat, Chef des Joint Intelligence Committee (höchstes britisches Geheimdienstgremium), hat schon 1976 in einem Aufsatz im NATO-Brief herausgestellt, daß die „fünfte Front“

die wichtigste sei. Er formulierte seine Botschaft an die NATO zu diesem Thema so: „Man muß in politisch-militärischen Begriffen denken. Man muß global denken. Man hüte sich auch vor dem Feind im Innern, aber man soll sich nicht zu dem Trugschluß verführen lassen, daß er oder die Sowjetunion mehr als ein Leben hätten.“ Letzteres ist eine unverhohlene Drohung mit blutiger Niederschlagung innerer Unruhen durch die NATO.

Die entscheidende Bedeutung, die heute der „fünften Front“ beigemessen wird, schlägt sich in jeder größeren NATO-Übung nieder. Das NATO-Manöver „Flinker Igel“ im Herbst vorigen Jahres war z.B. eine Integrierte Übung von Militär und Polizei zur Bekämpfung des äußeren und inneren Feindes (polizeilich auch „Störers“). Wovon in solchen Zusammenhängen ausgegangen wird, wird besonders deutlich an der „Lage-Vorgabe“ für eine Übung von 1612 Beamten des Bundesgrenzschutzkommandos Mitte unter dem Titel „Fortbildung der Einheiten im Schießen unter einsatzmäßigen Bedingungen - Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand der Bundesrepublik oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung, Art. 91 GG.“, veröffentlicht in der Zeltung der IG Druck und Papier vom 4.6.1984: „Der anhaltende Streit der Tarifparteien um die 35-Stunden-Woche hat das angespannte Innenpolitische Klima entscheidend verschärft. Ausgehend von zunächst als Schwerpunktstreiks geplanten Aktionen in den Bezirken Nordwürttemberg/Nordbaden und Teilen Hessens haben sich jedoch auch andere Bereiche wie IG Druck, ÖTV, Post und andere DGB-Gewerkschaften spontan zu wilden Streiks entschlossen ... Die DGB-Führung ist von dieser wilden Entschlossenheit an Ihrer Basis völlig überrascht worden und hat die Kontrolle über ihre Mitgliedsgewerkschaften verloren ... Radikale links- und rechts-extreme Gruppierungen nutzen die unsichere innenpolitische Situation aus für eine Vielzahl von Anschlägen auf öffentliche und private Einrichtungen sowie Entführungen hochgestellter Persönlichkeiten, um dadurch ein Klima für Umsturz und Chaos zu schaffen. Am 18. Mai 1984 wurde ein Anschlag auf das Verwaltungsgebäude des Bundesverbandes der Deutschen Industrie verübt... Am 19. Mai wurde BDI-Präsident Esser von einem bisher unbekanntem Komitee des bewaffneten Arbeiterkampfes entführt, um die Arbeitgeber zu zwingen, endlich bundesweit die 35-Stunden-Woche einzuführen. An beiden Tagen wurden vor allem NRW, Niedersachsen, Hessen und Baden-Württemberg von einer Serie von Raubüberfällen und Bombenattentaten erschüttert, in deren Verlauf 17 Menschen starben und 42 zum Teil erheblich verletzt wurden. Überfälle und Anschläge richteten sich vor allem gegen Supermärkte, Geldinstitute, Tankstellen sowie US- und Bundeswehr-Depots ... Erklärtes Ziel ist die Herbeiführung eines bürgerkriegsähnlichen Zustands, um die nach der Verabschiedung des Amnestiegesetzes endgültig diskreditierten Parteien endgültig zu verjagen und eine Ein-Parteien-Herrschaft unter Führung eines neuen starken Mannes aufzurichten.“ Sicherlich ist einiges abstrus an diesem Erguß der BGS-Kommandeure. Wichtig ist aber: Ihre strategische Planung, ihre aktuelle Übung, bezieht sich auf Massenbewegungen, vor allem auf die Arbeiterbewegung, und nicht auf einige wenige, die sie als „Terroristen“ bezeichnen. Bei ihrer Planung gehen sie selbst davon aus, daß sich verschiedene Kampfformen, wie Streiks und guerillamäßige Aktionen, miteinander verbinden.

4. Auf der polizeilichen Ebene ist nicht nur die Koordination mit den einzelnen Armeen der NATO beträchtlich fortgeschritten, sondern auch die Zusammenarbeit der Polizeien der Europaratsstaaten untereinander. Dabei ist wiederum die BRD über das Bundeskriminalamt die treibende Kraft. Im November 1984 hat das BKA gerade eine internationale Tagung unter dem Thema „Internationale Verbrechensbekämpfung - Europäische Perspektiven“ durchgeführt. Der Präsident des BKA, Böge, hat in seinem Referat mitgeteilt, daß die Polizeiführungen der westeuropäischen Staaten nicht mehr nur über INTERPOL in Paris - wovon sie 80% der Gesamtkapazität nutzen -zusammenarbeiten. Neue, informelle Gremien auf Minister- und hoher Polizeioffizierebene sind entstanden. So TREVI - Terrorism, Radicalism,

Violence International, ein Gremium, in dem sich halbjährlich hohe Staatsschutzbeamte und jährlich die Innenminister der EG-Staaten zur Koordinierung innerer Aufstandsbekämpfung treffen. Weiter die Wiener Gruppe und der Berner Club, Gremien, in die mit gleicher Aufgabenstellung auch Österreich und die Schweiz miteinbezogen sind. Gleichzeitig werden die Waffensysteme der Polizeien, insbesondere für den Einsatz bei Massenunruhen, vereinheitlicht. Zahlreiche Methoden polizeilicher Zusammenarbeit haben sich entwickelt. So etwa der Datenaustausch, gegen den es praktisch keinen Rechtsschutz gibt. Allein auf dem Gebiet der Sachfahndung hält das BKA für die französische Polizei jederzeit abrufbar 720.000 Daten bereit. Die sog. „operative Zusammenarbeit“, bei der sich die Polizeien unter Umgehung des vorgeschriebenen Weges über internationale Rechtshilfeersuchen einfach gegenseitig als „Werkzeuge“ einsetzen. In diesem Rahmen werden dann z.B. die als besonders clever geltenden V-Leute aus Baden-Württemberg an die Schweiz und Österreich ausgeliehen. Oder der sog. „persönliche kleine Grenzverkehr“, bei dem sich Polizei und z.T. auch Staatsanwaltschaft auf kaltem Weg die Beweismittel und Beschuldigten rüberschieben.

Das BKA versteht sich darüberhinaus als „Entwicklungshelfer“ für „unterentwickelte“ Polizeitätigkeit in anderen Ländern insbesondere der „Dritten Welt“. Die Anzahl sog. „Verbindungsbeamter“ des BKA in mehreren europäischen Ländern und Staaten der „3. Welt“ soll auf 30 erhöht werden. Für Ausrüstungs- und Ausbildungsbeihilfe für Polizeien in anderen Ländern ist im BKA-Haushalt ein Etat von drei Millionen DM ausgewiesen. Derzeit wird in Wiesbaden eine Ausbildungsstätte für Angehörige ausländischer Polizeiorganisationen gebaut. Als Krönung des Ganzen planen Böge und andere die Bildung eines Europäischen Kriminalamtes mit europaeinheitlichem Datennetz usw., am besten natürlich in Wiesbaden.

5. Was sich in den westeuropäischen Staaten an Vereinheitlichung bezüglich der Justiztätigkeit zum Zweck der inneren Feindbekämpfung abspielt, ist nur auf diesem von den ökonomischen Interessen der Aufrechterhaltung der Profitwirtschaft und ihrer weltweiten Expansion bestimmten militärisch-polizeilichen Hintergrund zu verstehen:

Der britische NATO-Stratege Frank Kitson hat in seinem Buch „Im Vorfeld des Krieges“ deutlich ausgesprochen, welche Rolle die Justiz auf dem Boden einer kriegsmäßigen Bestimmung der Bekämpfung des „inneren Feindes“ zu erfüllen hat:

„...Die Justiz konnte als eine Waffe im Arsenal der Regierung benutzt werden. In diesem Fall wird sie nicht weiter sein als eine propagandistische Verkleidung für die Beseitigung unerwünschter Personen. Damit das wirkungsvoll funktioniert, müssen die Tätigkeiten des Justizdienstes so diskret wie möglich in die Kriegsvorbereitungen einbezogen werden. Dies bedeutet, daß das für die Justiz verantwortliche Mitglied der Regierung entweder in dem obersten Gremium sitzt oder es seine Weisung vom Regierungschef selbst bekommt.“

Es liegt auf der Hand, daß Kitsons Position die Beseitigung der aus den bürgerlichen Revolutionen hervorgegangenen typischen Elemente der rechtsförmigen Bewältigung von Konflikten voraussetzt. Vor allem also der prozessualen Garantien - etwa Erklärungs-, Beweisantrags- und Fragerecht -, mit denen sich der Beschuldigte gegenüber dem Justizapparat als „Rechtssubjekt“ Geltung verschaffen können soll und die konkrete Fassung von Straftatbeständen mit individueller Schuldfeststellung und präzise beschriebener Rechtsgutverletzung.

6. Diese Beseitigung von Verfahrensgarantien wie auch der ständige Ausbau generalklauselartiger Straftatbestände ist in der BRD in vollem Gang. Auf die Spitze getrieben finden wir den Vorgang heute schon in den sog. „Terroristenprozessen“. Und dort findet sich mit der Isolationshaft auch schon eine neue Form der „Beseitigung unerwünschter Personen“. Wir finden den Vorgang in der BRD aber auch in der immer uferloseren Kriminalisierung praktisch jeden politischen Verhaltens gegen die bestehenden Verhältnisse: Kriminalisiert werden, kann heute schon fast jede Form des Widerstandes, auch wenn er in bloßem

Herumstehen oder -sitzen besteht, als Nötigung, § 240 StGB. Kriminalisiert werden kann auch fast jede gegen die bestehenden Verhältnisse gerichtete Meinungsäußerung, z.B. als „Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder“, § 90a StGB - ein Tatbestand, bei dem man selbst mit dem Beweis der Wahrheit der Behauptung über die BRD -z. B. daß es tatsächlich Isolationsfolter gibt - der Bestrafung nicht entgeht, weil selbst wahre Aussagen verboten sind, wenn sie nur dem Ansehen der BRD schaden.

7. ... Man kann sagen, daß trotz Verfolgung des gleichen Konzeptes der „inneren Sicherheit“ in allen NATO-Staaten nirgends eine solche ... Perfektion von Sonderverfahrensrecht, Sonderhaftbedingungen, Sonderstrafrecht gegen politische Gefangene entwickelt ist und nirgend solch massive Strafen wegen Landfriedensbruch, Nötigung usw. an der Tagesordnung sind wie in der BRD. Selbst die USA werden noch übertroffen. Der Grund dafür ist nicht nur, daß die BRD von ihrem Beginn an „Frontstaat“ mit in der Präambel des Grundgesetzes festgeschriebenen Rückeroberungsauftrag ist, und daß sie als besonders expansive aber über keine traditionellen Einflußgebiete verfügende Wirtschaftsmacht potentiell besonders auf Aggression nach außen ausgerichtet ist - und dafür braucht es „Ruhe an der Heimatfront“. Wesentlich ist vielmehr auch das spezifische Staatskonzept, das ausgerechnet unter Berufung auf „Lehren aus dem 3. Reich“ von Beginn an verfolgt wurde. Es gibt wohl keinen anderen bürgerlich-parlamentarischen Staat, in dem die Absolutheit des Bestands des gegenwertigen Staats- und Gesellschaftssystems gegenüber dem Recht der Bürger auf Wahrnehmung fundamentaler Rechte und Veränderung dazu so festgeschrieben ist und so willfährig von einer in ihrem staats-treuen Selbstverständnis fast bruchlos aus dem Faschismus in die BRD übergegangenen Justiz durchgesetzt wird, wie eben die BRD. Schon in Artikel 18 der Urfassung des Grundgesetzes findet sich der Leitgedanke, daß, wer die politischen Rechte zum Angriff auf die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ mißbraucht, diese verwirkt -womit das Freiheitsrecht selbst ad absurdum geführt ist; denn nur dann, wenn es auch zum prinzipiellen Angriff gebraucht werden kann, ist es auch ein Freiheitsrecht. Die Logik der „wehrhaften Demokratie“ ist gerade die Vernichtung des politischen Feindes des Systems, seine völlige Ausschaltung von der politischen Handlungsfähigkeit. Das Konzept der „wehrhaften Demokratie“ hat nachweislich - z.B. gut nachzulesen in den Schriften von Carl Schmitt, einem gleichermaßen für den deutschen Faschismus wie für die heute herrschende Staatstheorie wichtigen Staatsrechtler - den gleichen staats-theoretischen Kern wie der Faschismus: Die Behauptung grundlegender absoluter Werte, die natürlich stets von den jeweils Herrschenden definiert werden. Wer diese Werte nicht teilt, ist ein „Volksschädling“ und muß kaltgestellt werden.

Auf dieser Basis konnten seit Beginn der BRD Kommunisten-hatz und KPD-Verbot, ein gewaltiges Arsenal an politischem Strafrecht, Notstandsgesetze, Berufsverbote und schließlich die sog. „Terrorismusbekämpfung“ in ihrer perfidesten Form durchgesetzt werden.

Es ist übrigens der Generalbundesanwalt Rebmann, der sich ja nach außen so gern äußert, daß es sich bei „Terroristen“ um Kriminelle „im klassischen Sinn“ handele, der in einer Rede vor dem Deutschen Richtertag 1979 schon diesen politischen Zusammenhang von der KPD- bis zur RAF-Bekämpfung als politischen Kampfauftrag des Staates proklamiert hat. Die „Lehren aus dem 3. Reich“, die von den Herrschenden in der BRD exekutiert werden, sind in der Tat, daß 1933 nicht wiederholt werden darf - man geht vielmehr mit einem viel ausgefeilteren, variablen Instrumentarium an die Aufgabe, die Masse der Bevölkerung mit dem Schein parlamentarischer Demokratie an das System so lange wie möglich zu fesseln und gleichzeitig von vornherein prinzipiellen politischen Widerstand im Keim zu ersticken.

10. Im Bereich der Europaratsstaaten ist bezeichnenderweise gerade auf dem Gebiet sog. „Terrorismusbekämpfung“ neben der

schon geschilderten polizeilichen und militärischen Kooperation eine gewisse Rechtsvereinheitlichung erfolgt. Sie liegt auf der Linie von Kitson, der Linie der Beseitigung traditionell grundlegender Schutzrechte des Betroffenen. Seit Mitte der 70er Jahre wurden besondere „Antiterrorismusetze“ durchgesetzt etwa in Italien, Spanien, Großbritannien, Irland, neuerdings Portugal — übrigens mehrfach in engem zeitlichen Zusammenhang mit Milliardenkrediten von Seiten der BRD und unter Übernahme von vorher nur in der BRD entwickelter Rechtsformen, etwa der „terroristischen Vereinigung“, und Einrichtungen. Hochsicherheitstrakte wurden so nach der BRD auch in Spanien, Italien, der Schweiz, Nordirland, Frankreich und der Türkei errichtet. Ein entscheidender Schritt der Vereinheitlichung auf dieser Linie wurde 1977 mit dem „Europäischen Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus“ getan, ein wiederum vor allem von der BRD betriebenes Projekt. Mit seinem Artikel 1 werden für in Westeuropa mittlerweile gängig als „terroristisch“ bezeichnete Tatmodalitäten sämtliche bisher traditionell bestehenden Regelungen mit einem Federstrich beseitigt, die eine Auslieferung bei politischen Taten verbieten. Das geschieht, indem einfach den Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens verboten wird, diese Taten als „politische Straftat, als eine mit einer politischen Straftat zusammenhängende oder als eine auf politischen Beweggründen beruhende Straftat“ anzusehen.

Der Artikel 2 verdeutlicht, was angepeilt wird: Es können danach ebenso andere, im Übereinkommen nicht näher definierte „schwere Gewalttaten“ gegen Personen und sogar gegen Sachen als unpolitische Taten definiert und damit der Auslieferungsschutz beseitigt werden.

Der französische Rechtsprofessor Gerard Soulier hat in einem Artikel für Le Monde Diplomatie vom 12.11.1976 zu diesem Projekt gesagt: „Wenn man sich an den Buchstaben des Textes hält, sieht man sehr wohl, daß praktisch auch nicht der Schimmer eines politischen Deliktes übrigbleibt (mit Ausnahme vielleicht von Pressevergehen); daß definitiv die Kategorie praktisch verschwunden ist. Es wäre ehrenhafter gewesen, unumwunden zu verkünden, daß diese liberale Tradition verlassen ist. Es ist perfekte Heuchelei, so zu tun, als würde man das Recht aufrecht erhalten als Prinzip, aber indem man es jeder Substanz beraubt, die Möglichkeit seiner Anwendung zu verneinen.“

11. Welche Konsequenzen können wir aus der dargestellten Entwicklung ziehen?

Es gibt trotz der beträchtlichen präventiven Repression der NATO- und Europaratsstaaten und ganz besonders in der BRD keinen Grund, von Hoffnungslosigkeit eines politischen Angriffs auf das Konzept auszugehen. Wie man an der Realität der Strafverfolgung in der BRD sehen kann, ist die Durchsetzbarkeit z.B. der Kriminalisierung letztlich eine Frage politischer Kräfteverhältnisse: je stärker eine Bewegung ist, desto problematischer ist für die Herrschenden die massenhafte Kriminalisierung ihrer Teilnehmer. Ihre Taktik ist daher darauf gerichtet, an bestimmten Fronten, wo die Massenbewegung relativ schwach und gespalten ist, unumstößliche Tatsachen zu schaffen.

Einer der wichtigsten Punkte, an dem solche Tatsachen geschaffen sind, ist die Isolationshaft gegen politische Gefangene. Schon heute werden zunehmend - nachdem die Isolation erst einmal bei Gefangenen aus der RAF insbesondere durchgesetzt werden konnte - nicht nur Gefangene, die ein Verfahren wegen »Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung«, § 129a StGB, haben, der Isolationshaft unterworfen, sondern z.B. auch die Gefangenen aus der Krefelder Anti-Bush-Demonstration. Schon heute werden zunehmend auch renitente soziale Gefangene in den Hochsicherheitstrakten untergebracht. Und die Hochsicherheitsplätze in BRD-Knästen sind mittlerweile von solcher Zahl, daß schon daran ersichtlich wird, daß sie auf ganz andere politische Gefangenen-Dimensionen konzipiert sind, als auf die relativ geringe Zahl von Gefangenen aus RAF, RZ usw. Es ist von entscheidender Bedeutung für die Schwächung der NATO- und Europarats-Strategie der „inneren Sicherheit“, daß die Beseitigung der Isolationshaft und der Hochsicherheitstrakte

und das Recht der politischen Gefangenen auf Zusammenlegung in großen Gruppen als eine Sache aller politischen Bewegungen begriffen wird, sei es Friedensbewegung, Gewerkschaftsbewegung oder antiimperialistische und antimilitaristische Bewegung; daß auf dieser Grundlage die in den letzten Monaten gestärkte Bewegung gegen die Isolationshaft sich als politische, nicht bloß als humanitäre Bewegung weiterentwickelt. Ein Schritt in die richtige Richtung ist dabei der von der Bundestagsfraktion der Grünen eingebrachte Gesetzentwurf zum Verbot unmenschlicher Haftbedingungen.

In engem Zusammenhang damit steht das Engagement für die Durchsetzung des - eine Kontrollkommission vorsehenden - Europäischen Anti-Folter-Übereinkommens, dessen Unterzeichnung von der BRD verweigert wird, und überhaupt die Geltendmachung von humanitären Mindestgarantien des Völkerrechts, insbesondere der Genfer Konvention und des UN-Paktes Oberbürgerliche und politische Rechte.

Ein Bruch in der Kette der Repression ist möglich und unabdingbar notwendig für eine grundlegende Veränderung, des gesellschaftlichen Systems in der BRD und den NATO-Staaten.

DISKUSSION

Gruppe Angehörige politischer Gefangener

Wir sind Angehörige und Freunde von Gefangenen aus der RAF, aus dem Widerstand und von Gefangenen, die ihre Situation im Knast politisch begreifen. Wir wollen hier auf dem Tribunal gegen den Weltwirtschaftsgipfel etwas sagen zur Situation der Gefangenen, zum Kampf für ihre Zusammenlegung in große Gruppen und zu unseren eigenen Erfahrungen dabei, die wir mit dem BRD-Staat gemacht haben, denn wir wissen, daß unsere Angehörigen gegen die kapitalistischen Machtstrukturen kämpfen, deren Vertreter diese Woche in Bonn ihre vitalen Ausbeutungsinteressen koordinieren und möglichst demokratisch in Szene setzen. Aus dem Wissen der zentralen Bedeutung der Metropolen haben unsere Angehörigen die Entscheidung getroffen, den Imperialismus hier zu bekämpfen. Wir wissen, daß sie deshalb gefoltert werden. Seit 14 Jahren werden politische Gefangene in der BRD und Westberlin durch Isolation gefoltert. Weiße Folter, ein wissenschaftlich ausgearbeitetes Vernichtungsprogramm, war und ist die Reaktion des Staates auf die Tatsache, daß sie auch in der Gefangenschaft nicht aufgehört haben, gegen das Profitsystem und für eine neue Gesellschaft, in der der Mensch im Mittelpunkt steht, zu kämpfen. Seit 1973 haben die Gefangenen immer wieder mit dem Mittel Hungerstreik für die Aufhebung der Isolation gekämpft. Von Anfang an haben sich die Angehörigen zusammengefunden, wir haben uns über den Kampf unserer Angehörigen auseinandergesetzt und gemeinsam versucht, die Öffentlichkeit gegen den Vernichtungswillen des Staates zu mobilisieren. Wir haben in diesen gemeinsamen Anstrengungen erfahren, daß wir etwas in Bewegung setzen können, gemeinsam. Durch unsere Aktivitäten haben wir unsere eigenen Erfahrungen mit dem Staat gemacht und dabei gelernt, daß seine sog. Demokratie zu durchschauen, wir haben gelernt, daß die unmenschlichen Haftbedingungen Ausdruck dieses unmenschlichen und gewalttätigen Systems sind. Wir fühlen uns auch durch unsere Angehörigen gestärkt. Sie zeigen uns, daß es zutrifft, daß die Macht des Systems dort endet, wo seine Gewalt nicht mehr schreckt. Allen, die den Mut und die Kraft haben, dieses weltweite System der organisierten Unmenschlichkeit anzu-greifen, gehört unsere Solidarität.

Durch unseren Erfahrungsaustausch mit Angehörigen von politischen Gefangenen aus anderen westeuropäischen Ländern wissen wir, daß es ein Ziel des auch auf dem Weltwirtschaftsgipfel propagierten vereinten Europa ist, die Bekämpfung des Widerstands zu vereinheitlichen, d.h. auch, daß nach gemeinsamen Richtlinien und Gesetzen gegen die Gefangenen vorgegangen wird. Aber noch stärker hat sich uns vermittelt, daß viele Gefangene in diesen Ländern gegen die Vernichtungsstrategie

kämpfen. Verbunden fühlen wir uns ebenso mit den Angehörigen der Menschen, die in den faschistischen Ländern der Dritten Welt gefangengehalten und ermordet werden, um ihren Kampf um Befreiung zu brechen, beispielsweise den Müttern der Verschwundenen in Argentinien. Eine der Mütter, Hebe Bonafini, sagte kürzlich: „Die Entführung unserer Kinder war nötig, um den Wirtschaftsplan durchzusetzen, den der Weltwährungsfond IWF forderte. Deshalb wendeten die Militärs den Staatsterrorismus, die Theorie von der nationalen Sicherheit, an.“ Hebe Bonafini spricht hier den Zusammenhang an zwischen der Unterordnung der Menschen unter das Profitsystem und der Brutalität, mit der sie durchgesetzt wird.

Überall, wo sich Widerstand regt, reagieren die Herrschenden mit Unterdrückung und Kriminalisierung. Sie dämonisieren diejenigen, die Widerstand leisten, als Terroristen, und ihre Propaganda ist darauf gerichtet, daß es zu keiner Auseinandersetzung in der Bevölkerung mit den Zielen der Kämpfenden kommt. Sie begrüßen es, wenn diese Spaltungskampagnen bis tief in die Linke Wirkung zeigen. Aber das Märchen vom internationalen Terrorismus und der friedensstiftenden NATO glauben ihnen immer weniger Menschen. Während des letzten Hungerstreiks haben wir erlebt, welche Lügen über die Haftbedingungen verbreitet werden, z.B. von Innenminister Zimmermann, der von hervorragenden Haftbedingungen sprach und die Isolationsfolter leugnete. Generalbundesanwalt Rebmann behauptete im Januar, der Hungerstreik der Gefangenen und die Aktionen draußen seien strategisch zwischen drinnen und draußen abgesprochen. Diese Behauptung ist die Grundlinie der Bundesanwaltschaft seit Jahren. Über das Niveau der Propaganda ist sie bisher noch nie hinausgekommen. Diese Behauptung hat folgende Ziele: zum einen dient sie der Kriminalisierung jeder Unterstützung der Forderungen der Gefangenen nach Veränderung der Haftbedingungen draußen, vor allem aber soll damit die Zusammenlegung verhindert werden. Klar ist, daß die Sicherheitsformel, die von der Bundesanwaltschaft gegen die Zusammenlegung angeführt wird, nur vorgeschoben ist, um das eigentliche politische Problem des Staates zu verdecken, nämlich daß die Zusammenlegung eine indirekte Anerkennung der Gefangenen als politische Gefangene bedeutet.

Ein anderes Beispiel für ihre Lügenpropaganda ist der Anschlag auf das Kaufhaus in Dortmund im Februar, der als Aktion der RAF ausgegeben wurde, und zwar noch zu einem Zeitpunkt, als der Täter namentlich schon bekannt war. Später hieß es dann «politische Jugendliche». Tatsache ist, daß der Täter drei Jahre Mitglied der Kyffhäuser Kameradschaft, einer Neonazi-Vereinigung, war.

Seit es die RAF gibt, hat es immer wieder Versuche gegeben, in der Bevölkerung eine reaktionäre Stimmung gegen die Kämpfenden zu erzeugen, und zwar durch Drohung, wie zum Beispiel 1974, die RAF hätte geplant, das Trinkwasser zu vergiften, oder 1975 der Anschlag im Hamburger Hauptbahnhof, der in die Nähe der RAF gestellt wurde. So trat auch nach dem Dortmunder Anschlag ein abgestimmter Chor von Politikern in Aktion, um die Hetze gegen die RAF zu eröffnen. Interessant war dabei auch die Reaktion der TAZ, die zeigte, wie gut selbst Medien der Linken im Sinne der Staatsschutzpropaganda funktionieren. Das ist psychologische Kriegsführung, und dabei hat der Staat auch keine Skrupel, bis zum Äußersten zu gehen. Wir aber wissen von unseren Angehörigen: Die Aktion der Guerilla und des Widerstands richtet sich nie gegen die Bevölkerung, sondern gegen Einrichtungen und Vertreter des Imperialismus.

Interessant ist auch der Zeitpunkt des Anschlags, kurz vor zwei Landtagswahlen bzw. wie er auch gegen die Grünen benutzt wurde, bei denen gerade eine Diskussion über den Hungerstreik angelaufen war und die im Bundestag u.a. ein Gesetz gegen die Isolationsfolter eingebracht hatten. Jede Auseinandersetzung über die Haftbedingungen und über die Politik der Guerilla soll diffamiert und dadurch verhindert werden. Wir Angehörigen haben ebenfalls durch die Praxis Diffamierung und Kriminalisierung durch den Staat erfahren. Er will unser solidarisches Verhältnis zu den Gefangenen und den minimalen Schutz, den

unsere Öffentlichkeitsarbeit für sie bedeutet, zerstören. So hieß es z.B. in mehreren Zeitungen, Informationsveranstaltungen der Angehörigen würden dazu dienen, Anhänger der RAF zu rekrutieren. Methoden der Einschüchterung sind Ermittlungsverfahren und Drohungen, ja sogar Anwendung körperlicher Gewalt, im Januar ging eine erkennungsdienstliche Behandlung nach einer Angehörigendemonstration äußerst brutal vor sich. Gegen einige Angehörige liefen in den letzten Wochen des Streiks Terrorobservationen der Bullen. Eltern einer Gesuchten wurde von der Polizei angekündigt, man werde ihre Tochter als Fliegengitter abliefern. So etwas soll dazu dienen, die Eltern zur Zusammenarbeit mit den Bullen zu bewegen. Während und nach dem Hungerstreik waren einzelne von uns Telefonterror, Mord- und Bombendrohungen ausgesetzt. Ob das die Bullen waren, wissen wir nicht, sie haben auf jeden Fall das Klima dafür geschaffen. Unsere Aktivitäten werden zum Vorwand genommen, Besuchsverbote gegen uns auszusprechen und die Isolation der Gefangenen weiter zu verschärfen. Wer sehen diese und andere Maßnahmen als Reaktion auf die breite und starke Mobilisierung an, die wir beim Hungerstreik mitgetragen

haben. Aber alle Schikanen werden uns nicht von unseren Angehörigen trennen. Die Gefangenen haben den Hungerstreik beendet, als es galt, dem Staat sein Ziel, tote Gefangene gegen die Mobilisierung aus der Hand zu nehmen. Aber an der Notwendigkeit ihrer Zusammenlegung hat sich nichts geändert. Die Solidarität während des Hungerstreiks hat uns gezeigt, daß viele Menschen die Forderungen der Gefangenen unterstützen und sich auf ihren Kampf beziehen. So ist es jetzt unsere Sache, weiter für die Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF, aus dem Widerstand und allen kämpfenden Gefangenen in große Gruppen zu kämpfen.

Jürgen Pemöller ist tot

Er starb am 2. Juni bei der Explosion einer Bombe am Verwaltungsgebäude der Messe-AG in Hannover. Jürgen hat jahrelang mit uns gegen AKWs, gegen das Wiederaufflammen des Faschismus, für ein besseres Leben in einer neuen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung gekämpft.

Wir kämpfen weiter für diese Idee!

V MILITÄRSTRATEGISCHE ABSICHERUNG DER WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG

MODERATION

Lukas Beckmann, Grüne

Vorstellung der Referenten: Tschibaou. Die Friedens- und Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik hat, im Gegensatz zur Linken in Frankreich, den Kampf der Unabhängigkeit der Kanaken sehr aufmerksam und solidarisch verfolgt. Deshalb ist es ganz besonders wichtig, daß wir den Präsidenten unter uns begrüßen können, um von ihm aus der Sicht des pazifischen Raumes über die militärische und ökonomische Bedrohung die von Seiten der Industrieländer ausgeht, zu hören.

Roman Bedor von der Pazifikinsel Balau, Direktor des Friedenszentrums in Balau, ihr werdet wissen, daß dieses Land weltweit das einzige Land ist, was sich eine Verfassung gegeben hat durch ein Referendum, durch ein Volksentscheid sich entschieden hat, gegen die Testung, Produktion und Stationierung von Atomwaffen. Das erste Land der Welt. Dahinter steckt ein jahrelanger Kampf des Volkes von Balau, die US-Regierung hat in den letzten Jahren immer wieder versucht, durch wiederholte Referenden die grundsätzliche Entscheidung zu kippen, aber bisher ist das Volk von Balau auch beim fünften Anlauf standhaft geblieben. Es ist wichtig, auch solche Erfahrungen hier in die Friedens- und Solidaritätsbewegung hineinzutragen.

Cincia Anlo, Professorin der politischen Wissenschaft. Sie hat in den USA, in Malaysia, in Guyana über die Rolle des Militärs und insbesondere über Rassismus, Sexismus geforscht. Einigen oder auch vielen von euch bekannt durch zahlreiche Publikationen.

Aus der Bundesrepublik Karl-Heinz Fabig aus Hamburg. Kalle Fabig ist niedergelassener Arzt in Hamburg. Er war insgesamt fünfmal in Vietnam, um die Kriegs- und Dioxinfolgen des Vietnamkrieges zu untersuchen, und er war 1983 bei dem internationalen Wissenschaftlerkongreß über die Herbeizidfolgen in Vietnam der einzige bundesdeutsche Vertreter. Er hat zahlreiche Beiträge geschrieben zur Dioxin-Debatte.

REFERAT

„Militärstrategien in Südost-Asien“

Jean-Marie Tschibaou

Die Militärstrategie in meinem Lande zeigt sich heute auf eine verstärkte Weise, nämlich bei dem Anspruch auf Unabhängigkeit von Kanakien. Zum ersten Mal in der Geschichte hören Sie

heute vielleicht von Kanakien reden. Der Pazifik zeigt sich heute als der Ozean des Jahres 2000. Die Geschichte der Zivilisation des Mittelmeeres wird für das nächste Jahrtausend wohl in unserem Ozean, dem Pazifik, stattfinden. Zum Unglück für unseren Anspruch auf Unabhängigkeit beschloß Mitterrand am Sonntag in seinen vom Fernsehen übertragenen Darstellungen den Franzosen gegenüber, daß sein Projekt den Unabhängigkeitsbestrebungen der Kanaken gegenüber die Einrichtung einer großen Militäreinrichtung in Kanakien sein soll, wo auch dann die Atom-U-Boote repariert werden können. Schon heute gibt es für 60.000 Kanaken 7.000 unter Waffen. Auf Tahiti, unseren Nachbarn, gibt es das Atoll von Moroit Sie wissen, daß die Russen in Wladiwostok und in Pnom Pen eingerichtet haben. Sie wissen auch, daß die Vereinigten Staaten eine Militärbasis auf den Fidschi-Inseln dieses Jahr einrichten, und zwar durch die Ablehnung der Regierung von Neuseeland, Atomeinrichtungen in ihren Gewässern zuzulassen.

Wir sind kleine Inseln mit kleinen Bevölkerungszahlen, und wir wollen nichts anderes als den Frieden. Wir gehören der Liga für den Frieden und einer atomwaffenfreien Zone im gesamten pazifischen Raum an. Die Art, wie die Großen, die sich heute in Ihrem Land versammeln, die Militarisierung Europas entscheiden, ist die gleiche, die den Schaden in unserer Region, dem Pazifik, anrichtet, und das, um eine bestimmte Wirtschaftsordnung aufrechtzuerhalten. Dabei wird nicht der Bedarf der Menschen in erster Linie berücksichtigt, sondern die Rentabilität von Investitionen der Banken und der Multis. Diese geo-politische Ordnung dieser Versammlung in Bonn soll den Ausgleich und die Ausgewogenheit sichern und Unglück bringen über die, die nicht bereit sind, sich dieser Logik, der Logik der Großen, zu unterwerfen.

Heute morgen haben wir von der Blockade gegenüber Nicaragua gehört. Diese Blockade und das Instrument zur Beibehaltung dieser Ordnung ist die Militarisierung. Unser Schicksal ist das eines Volkes im Pazifik und nicht der Rentabilität der Multis verbunden, angebunden eher an unsere Art, den Menschen zu empfinden und die Welt zu sehen. Wir sprechen im Pazifik von dem „way of Pazific“. Wir sind keine Okzidentalern, wir sind die Menschen des Pazifik. Für uns ist die Erde unsere Mutter. Sie ist für uns unser Leben. Unsere Projekte eines unabhängigen Landes zielen darauf ab, den Menschen unserer Inseln das Gefühl zu geben, daß die Erde lebt und daß wir leben, solange sie lebt. Das ist eine Verantwortung für uns, unsere Entwicklung so einzurichten, daß Modelle so greifen, die berücksichtigen, daß es um den Menschen geht. In Kanakien ist der Mensch das Zentrum der Beziehungen zwischen den Eltern der mütterlichen Seite, die das Leben, das Blut und das Fleisch geben und den

Vätern, die den Status geben, den Namen und die Funktion und die Erde. Das Ansehen eines Menschen unserer Gesellschaft ist nicht, Milliarden aufzuhäufen, nicht, daß man ein Großer wird, der die anderen erdrückt und sie nicht mag. Man sieht sein Ansehen auf seinem Grab, wenn alle die, die der Sache gedient haben, ihn dann begleiten, um ihn zu ehren und das zu ehren, was er war. Er hatte viel, und er hat alles gegeben. Er ist groß, weil er gegeben hat, durch Rat, durch weise Beschlüsse. Er ist auch groß durch das, was er nahm und was er den anderen wiedergegeben hat und wodurch er Menschen glücklich gemacht hat. Er ist groß und angesehen, weil er in seinem ganzen Leben diese Beziehungen aufrechterhalten hat zwischen dem Blut, das in ihm zirkuliert und was seine mütterlichen Verwandten ist und dem Menschen, der er selbst ist durch seine Väter, die ihm einen Namen gegeben haben, eine soziale Stellung, eine Funktion.

Ich glaube, die Großen betrachten die Welt als ein Eroberungsobjekt, wie zu den Zeiten der Kolonisierung. In den Vereinigten Staaten wurde auch erobert, die Indianer wurden umgebracht. In Australien wurden die aboriginals umgebracht. Das Konzept des Kolonialismus ist aber vor allem, sich etwas anzueignen, die Reichtümer, die Arbeit und den Preis der Arbeit. Unter diesem Aspekt sind die Großen diejenigen, die über unser Schicksal verfügen wollen. Sie organisieren sich, um mehr und mehr die Welt zu erobern, nicht die Kolonialwelt, nicht die Dritte Welt, sondern auch ihre Welt. Sie haben heute ein Europa 13 Millionen Arbeitslose. Wenn Sie nicht reagieren, wird diese Eroberung auch da weitergehen. Wie wir es in dem Vortrag heute morgen gehört haben, werden diese 13 Millionen vielleicht auch abgeschafft werden müssen.

Ich bin gekommen, weil wir von eurer Bewegung gehört haben. Wir haben das als große Hoffnung empfangen, denn wir haben im Fernsehen eure Märsche gesehen gegen die Stationierung der Pershing, gegen die Militarisierung, gegen diesen Wirtschaftsimperialisimus, der es ablehnt, den Menschen überhaupt ins Auge zu fassen. Wir betrachten es als eine große Hoffnung, daß es diese Bewegung gibt, eine Hoffnung für die Menschheit. Wir gehören zu dieser Menschheit. Wir wollen nicht vernichtet werden. Wir möchten teilnehmen können an eurer Bewegung, an eurer Befreiung, für unsere Befreiung. Wir möchten solidarisch sein mit euch in eurem Kampf und in Solidarität mit der Dritten Welt. Aber die Solidarität mit der Dritten Welt geht über die Solidarität unter euch, um die Logik des Systems zu überdenken, das euch einsperrt und das auch aus uns Gefangene macht. Imperialismus, Kapitalismus und Militarisierung aufzuheben und auseinanderzutreiben ist eine Logik, Solidarität auf der Ebene eurer Gemeinschaften an der Basis, damit die Bäume, die sterben, wieder aufleben können, und daß alle die Fische, die im Rhein verenden, wieder ein Leben finden, damit die Erde wieder auch von euch als die Mutter angesehen werden kann, unsere, für uns alle, und daß wir nicht auf einem Planeten sind, über den hinaus noch ein anderer kolonialisiert werden könnte. Wir sind auf dem letzten Planeten, das Programm des kolonialistischen Imperialismus aufzuheben und auseinanderzubringen, die kolonisierten Völker zu befreien, ist für uns die Beteiligung an eurer Solidarität bei euch, um das System, die Wirtschaft, neu zu überdenken, und zwar unter dem Gesichtspunkt des Menschen, damit die 13 Millionen Arbeitslose in Europa nicht zum Tode verurteilt sind, sondern reintegriert werden in ein neues Konzept der Verwendung unseres Planeten, unserer Erde als ein Planet, der uns am Leben hält und nicht als einer, der die Todesmaschinen aufnehmen muß, die diesen Planeten selbst und uns dann mit zerstören. Danke für eure Solidarität!

REFERAT

„Widerstandsbewegung gegen Atomwaffenversuche im Südpazifik“

Roman Bedor

Ich war in der Stadt heute und habe Anzeigen gesehen, die sagen, daß die Pazifik-Inseln das Paradies der Welt sind. Das ist ein Ausdruck. Wenn man die Amerikaner fragt, was der Pazifik ist, dann ist es für sie die Gegend, wo ihre Militärbasen sind, und für die Franzosen ist es das Gebiet, wo sie ihre Militärbomben testen. Was ist denn eigentlich der Pazifik? Der Pazifik ist die Heimat der Kanaken oder unseres Volkes von Belau.

Wir sind hier, weil das, was im Pazifik geschieht dem, was in diesem Land in Sachen Rüstungswettlauf, sehr nahe steht. Die Testabschüsse der Missiles werden im Pazifik gemacht, anschließend werden sie dann hier aufgestellt. Die amerikanische Regierung testet sie, indem sie sie auf die pazifischen Inseln abschießt und damit und mit den ökonomischen und politischen Umwälzungen, die das immer wieder bedeuten, die Existenz dieser Völker selbst gefährdet. Nachdem diese Missiles einmal durchgetestet sind, werden sie in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft stationiert. Eine Sache haben viele Leute gezeigt, die gegen diesen nuklearen Wahnsinn, gegen den Nuklearkrieg und die Aufrüstung dafür sind: Die Völker des Pazifiks und ihre Heimat werden mißbraucht als Meerschweinchen, als Versuchskaninchen für die Nuklearstrategie der Supermächte. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat über 68 Bombentests in der Gegend von Balau durchgeführt. Die französische Regierung hat im Südpazifik über 100 Bombentests durchgeführt. Diese Nukleartests werden im Namen der sog. freien Welt und im Namen des Friedens vorgenommen. Wir haben niemals um die Militarisierung gebeten. Wir haben niemals nach einer militärischen Verteidigung des Pazifik verlangt. Wir haben niemals einen Krieg gegen ein Volk geführt. Aber wir werden zu Opfern gemacht, wir werden nuklearisiert, und das mitten im Frieden. Wenn diese Nukleartests tatsächlich für die freie Welt ist, warum töten sie die Völker im Pazifik?

Jedesmal, wenn wir gegen die Tests protestieren, kommen Wissenschaftler aus Frankreich oder den USA und erklären uns, daß diese Tests völlig risikolos und sozusagen vitaminreich sind. Wir werden erst überzeugt davon sein, daß die Atomwaffentests sicher sind, wenn Frankreich seine Tests in Paris durchführt und die USA ihre Tests in Washington DC. In meinem Land haben wir die erste atomwaffenfreie Verfassung der Welt durchgesetzt. 1979 wurde diese Verfassung mit 92 Prozent der Stimmen ratifiziert und bestätigt. Nachdem wir das mit 92 Prozent ratifiziert hatten, hat die Regierung der Vereinigten Staaten uns erklärt, dieses Referendum sei illegal gewesen, und wir mußten es noch einmal machen, obwohl dieses Referendum von den Vereinten Nationen durchgeführt worden war. Die USA kamen mit Truppen auf unsere Inseln und bereiteten eine Verfassung für uns vor. In ihrer Verfassung wollten die USA ein Drittel unseres Landes für militärische Basen haben. Sie zwangen unser Volk, die von den USA ausgearbeitete Verfassung in einem Referendum zu billigen. Sie boten 100.000 Dollars an. 1979 hatten wir ein zweites Referendum. Es war für unser Volk sehr schwer, denn es war gespalten, weil die USA Geld gegeben hatten. Wir gaben die Losung aus, das Geld der USA zu nehmen und trotzdem gegen die von den USA vorgeschlagene Verfassung zu stimmen. Wir erklärten unserem Volk, daß die Leute in Washington, die das Geld gegeben hatten, nicht wissen würden, wie der einzelne stimmt, und man sollte dagegen stimmen, obwohl wir das Geld genommen hatten. Im Oktober 1979 hatten wir ein zweites Referendum. Unser Volk nahm das Geld und stimmte mit 80 Prozent gegen die Verfassung, die die USA ihm aufoktroieren wollten. Die USA haben sich schrecklich geärgert und haben uns extra einen Botschafter aus Washington DC geschickt. Er kam und sagte, wir müßten jetzt ein drittes Referendum abhalten. Im Juli 1980 hatten wir also das dritte Referendum. Die USA gaben wieder Geld. Wir nahmen es an und lehnten den Verfassungsentwurf ab. Wieder sagten sie, wir sollten ein viertes Referendum machen. Im Februar 1983 gab es dann ein viertes Referendum, das die USA gefördert haben. Dieses Mal versuchten die USA, mit

einer halben Million Dollar die Stimmen unseres Volkes zu kaufen. Von einem Ende unserer Insel bis zum anderen gab es jeden Tag Barbecue-Feste. Wir haben wieder die Position der USA zurückgewiesen. Nachdem die USA sich so über unser Verhalten geärgert hatten, fingen sie an zu sagen, wir seien Kommunisten. Wir sagten den Amerikanern: Ihr habt uns gesagt, wie wir wählen sollen. Das ist also ein „american way“. Die USA sagten, gut, wir machen ein fünftes Referendum, das wird das letzte sein. Beim Referendum kamen die Amerikaner auf die Insel und sagten, ihr braucht eine militärische Verteidigung, das müßt ihr endlich akzeptieren. Wir fragten die Amerikaner, vor was oder wem wollt ihr uns verteidigen, sagten sie, vor der Sowjetunion. Wir sagten, wenn wir den Amerikanern erlauben, uns vor den Russen zu verteidigen, wer verteidigt uns vor den Amerikanern? Wir haben die Position der USA auch beim fünften Referendum zurückgewiesen.

REFERAT

„Frauen und Militär“

Cynthia Enloe

Es gibt eine Tendenz, daß in Diskussionen über Militärstrategien alles, was mit Frauen und Feminismus zu tun hat, versackt. Tatsächlich ist es umgekehrt: Ohne die Kontrolle über Frauen bzw. ohne den Versuch, Kontrolle über Frauen zu gewinnen, ist es für Militärplaner unmöglich, ihre Ziele durchzusetzen. All die Fragestellungen, die wir heute schon diskutiert haben, wie z.B. sexistische Arbeitsteilung, Sex-Tourismus usw. auch sehr relevant sind für die militärischen Planungen und für den Aufbau eines militärischen Systems. Was ist denn eigentlich das Militär? Ich war heute morgen ein bißchen erstaunt, wie es manchmal präsentiert wurde. Man meint manchmal, Militär würde sich auf die Leute in Khaki-Uniform beschränken. Tatsächlich braucht das Militär aber eine Menge mehr Leute, die nie eine Uniform angezogen haben. Zuerst braucht das Militär eine Kontrolle über Frauen und eine Kontrolle über die Definition von Männlichkeit und Weiblichkeit. Ich möchte ein paar Beispiele geben, wie widersprüchlich die Bedürfnisse des Militärs sind:

1. Das Militär braucht Frauen, die sich vor allem so definieren, daß sie Mütter sind und besonders solche, die stolz darauf sind, Söhne zu gebären. In allen Ländern der NATO und der westlichen Welt wird zur Zeit von den Spezialisten ein Rückgang in der Bevölkerungsrate angezeigt. In den USA zum Beispiel hat Senator Asbin die Air-Force gewarnt, daß, wenn sich da nicht ganz dramatisch was ändert, 1990 die Air-Force notwendigerweise, um ihre Sollstärke zu erreichen, 50 Prozent ihres Personals mit Frauen besetzen müßte. Keineswegs alle Frauen werden jedoch vom Militär als gut für die nationale Sicherheit angesehen. Militärplaner sehen andere Beiträge von Frauen dadurch, daß sie sich sterilisieren lassen.

2. Das Militär braucht Frauen, die sich verstehen als loyale Ehefrauen und „Sweethearts“ von Soldaten. Je bedrohlicher der Bevölkerungsrückgang für die Armee wird, desto mehr ist sie daran interessiert, die Männer in der Armee zu halten, die sie bereits dort hat. Das Militär sieht Frauen als mögliche Gefahr an, daß Männer aus der Armee rausgehen und deswegen wird viel Geld und Energie daran gesetzt, Frauen so glücklich zu machen, daß sie diese negative Wirkung auf die Armee nicht haben. Das Pentagon hat verschiedene Programme aufgelegt, vier und dann zehn, die genau auf die Problematik eingehen, daß Frauen geschlagen werden und wie man das verhindern kann. Es besteht die Gefahr, daß das Pentagon auf die Bewegung gegen das Geschlagenwerden von Frauen Einfluß zu nehmen versucht und diese Bewegung militarisiert. Das Militär will aber nicht alle Frauen als loyale Ehefrauen, sondern es braucht auch viele Frauen als Prostituierte, gerade da, wo militärische Basen sind. Wann immer in einem Land eine Militärbasis

eröffnet wird, wird auch die Sex-Politik in dieser Region verändert. Zu den Vorbereitungen der Eröffnung einer Militärbasis gehört daher nicht nur Verhandlung ganz offizieller Art mit der Regierung des Landes, wo diese Basis hinsoll, sondern auch Verhandlungen mit dem örtlichen Gesundheitsdienst, der die örtlichen Frauen und Prostituierten kontrollieren soll.

3. Das Militär braucht auch Frauen, die ihre Weiblichkeit so definieren, als sei sie der Männlichkeit, die auch im Militär ihren Dienst tut, vollkommen entgegengesetzt. Das muß so sein, weil eben, aufgrund des demographischen Engpasses, das Militär seit den 70er/80er Jahren verstärkt darauf angewiesen ist, Frauen für den Militärdienst zu rekrutieren. Manche Frauen werden auch dazu gebraucht, andere Frauen davon zu überzeugen, daß der Eintritt in die Armee ein Schritt zur weiblichen Emanzipation ist.

4. Das Militär braucht vor allem Frauen, die sich definieren als Hausweibchen, die sonst nichts weiter zu tun haben und nur im äußersten Notfall für Lohn arbeiten. Auf der anderen Seite braucht das Militär Frauen, die mit ihren flinken Händen und niedrigen Löhnen dafür sorgen, daß militärische, insbesondere elektronische, Ausstattung billig und schnell hergestellt werden kann. Eins der am stärksten militarisierten Gebiete in den USA ist das sog. Silikon-Valley südlich von San Francisco. 70 Prozent der Leute, die in den elektronischen Betrieben dort arbeiten, sind Frauen. Ein immer größer werdender Anteil der Frauen, die für das Militär dort arbeiten, sind farbige Frauen, hispanische, asiatische und schwarze.

Wenn man sich zusammenfassend anschaut, in wieviel verschiedenen Funktionen Frauen vom Militär gebraucht werden, dann kann man zwei Dinge ganz deutlich sagen: Die Frauen werden gebraucht in ganz verschiedenen Arten, und zweitens werden vor allem weiße Frauen mit einer gewissen ökonomischen Sicherheit. Frauen, die in einer weniger guten ökonomischen Situation sind, das deckt sich auch oft damit, daß sie dunkelhäutig sind, werden in einer anderen Weise vom Militär gebraucht.

Deutlich wird auch dabei, daß das Militär Männer braucht, die ihre Männlichkeit so definieren, daß sie all diese mißbräuchliche Funktionalisierung von Frauen in verschiedenen Facetten für ganz normal halten.

Doch ich bin nicht hierhergekommen, um Hoffnungslosigkeit zu verbreiten. Ich glaube, wenn es uns gelingt, wirklich klar herauszuarbeiten und zu denunzieren, in welcher Art und Weise Militärplaner Frauen benutzen und von ihnen abhängig sind, dann können wir sagen, daß die Militärplaner in große Schwierigkeiten geraten werden, wenn sie langfristig von Frauen abhängen. Wenn wir das deutlich herausarbeiten können, wie abhängig das Militär von den Frauen ist, dann haben wir damit auch ein Instrument in der Hand, um der Militarisation unserer Gesellschaft wirkungsvoll entgegenzutreten.

REFERAT

„Militärstrategien der NATO“

Kalle Fabig

Worüber sich die Westdeutschen klar werden müssen, das ist, daß ihr Kulturkreis völlig zerstört werden wird, wenn sie sich weiter an die NATO-Strategie halten. McNamara muß es wissen, 1962 hatte er für Präsident Kennedy die Counter Force-Strategy des atomaren Entwaffnungsschlages gegen die UdSSR entworfen. Nach auch seiner Niederlage im Vietnam-Krieg wurde McNamara Weltbankpräsident. Das Sprachrohr des big business, das Wallstreet-Journal sagt es klipp und klar: Es geht um die Schaffung einer Weltordnung, die in weitest möglichem Maße auf unsere nationalen Interessen als freie, demokratische und kapitalistische Großmacht ausgerichtet ist. Schon lange vor Alexander Haig, der mit seinem Ausspruch „Es gibt wichtigere Dinge, als im Frieden zu leben“ internationale Proteste ertete, hat schon Präsident Truman 1947 einfach und klar die Dinge auf

seinen Begriff gebracht: „Es gibt eine Sache, die von den Amerikanern noch höher als der Frieden bewertet wird, das ist die Freiheit, Glaubensfreiheit, Redefreiheit, unternehmerische Freiheit“. Die militärstrategischen Absicherungen für die unternehmerischen Freiheiten haben Wandlungen erfahren und sie haben eine Konstante seit 1945. Die USA haben niemals und nimmer auf die Option eines nuklearen Erstschlages gegen die Sowjetunion, aber auch gegen Länder der Dritten Welt verzichtet. Die Bedeutung der Sowjetunion als Hauptsieger gegen den Faschismus war 1945 sehr gestiegen. Die USA, die gehofft hatten, sie könnten die Nachkriegsordnung allein bestimmen, nachdem sich das faschistische Deutschland und die sozialistische UdSSR gegenseitig zu Boden geworfen hätten, mußten in den zweiten Weltkrieg eintreten, um mit Sieger zu werden. Nach 1945 besiegte der Antikommunismus den Antifaschismus in den USA. Die Politik des roll back von Dulles, Truman und die US-Variante des Faschismus, der McCarthyismus, gewannen die kapitalinterne Auseinandersetzung mit den Kräften, die sich 1943 bis 1945 um den durchaus Anti-Hitler-Präsidenten Roosevelt geschart hatten. Was 1931 Hoover als Ziel deklariert hatte, war wieder Triumph und Eintrittsbillet für hohe Ämter, nämlich „Ziel ist die Vernichtung der Sowjetunion“.

Mit dem militärisch völlig unsinnigen Ersteinsatz der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki sollte die Sowjetunion eingeschüchtert werden, sie ließ sich nicht. Daraufhin wurden erstmals im Oktober 1945 in der sog. Direktive 1518 die „strategische Konzeption und der Plan für den Ersteinsatz der US-Streitkräfte“ formuliert. 1948 wurde diese Konzeption in der Direktive 201 und in den Plänen und Fleetwood weiterentwickelt. Bekannter ist der Plan Dropshot von 1949, 300 US-Atombomben und 250.000 Tonnen konventionelle Munition waren vorgesehen, mit denen die UdSSR besiegt werden könnte. 1949 war das Jahr des NATO-Paktes, das Gründungsjahr, die USA schrieben ihre Führungsrolle im kapitalistischen nordatlantischen Raum fest, für andere Weltregionen wurden weitere Pakte zur Sicherung der Herrschaft über die Staaten der Dritten Welt und zur Eindämmung des Kommunismus geschlossen. 1951 der Anschlußpakt mit Australien und Neuseeland, der jetzt ja angeblich gefährdet ist, die SEATO in Südostasien, der CENTO-Pakt und weitere. Zwischen den NATO-Direktiven MC 14 I 1952 und Nr. 2 von 1957 lag vor 30 Jahren der Beitritt der Bundeswehr, die von alten Nazis und der Inneren Führung remilitarisiert war, zur NATO.

Die Vorrüstung der NATO wurde in der Bundesrepublik immer als notwendig für das Gleichgewicht des Schreckens schmackhaft gemacht. Im Jahr der Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968, die die innere Militarisierung legalisierten und die jetzt zur Zeit durch die Zivilschutzgesetze auf den perfekten Stand gebracht werden sollen, wurde die NATO-Direktive MC 14 Nr. 3 verabschiedet. Nach Aussagen des damaligen US-Sicherheitsberaters Henry Kissinger 1960 ging es dabei um die Entwicklung „neuer Kriterien atomarer Strategie“. Und der letzte Verteidigungsminister der USA im Vietnamkrieg, Schlesinger, drückte es 1974 so aus: „Es geht um den politischen Zwang, bis zum nuklearen Angriff“. Präsident Nixon, der an Vietnam und Watergate scheiterte und jetzt in US-Regierungskreisen wieder hoch geschätzt ist, hielt ebenfalls einen „Nuklearkrieg für denkbar und führbar“. Übrigens hatten die USA ihrem NATO-Partner Frankreich 1954 bereits Atombomben zum Einsatz bei Dien Bien Fu in Vietnam angeboten, um die Niederlage der Legionärsarmee in Indochina abzuwenden. Am 20. Januar 1983, zum Abschluß des Dioxin-Kongresses in Ho Chimin-City hatte ich ein kurzes Gespräch mit dem schon zu Lebzeiten legendären Sieger von Dien Bien Fu, General Siap. Er sagte mir, daß sie alle vor dieser entscheidenden Schlacht bei Dien Bien Fu wußten, daß sie nicht nur Vietnam vom Kolonialismus befreien, sondern daß ihr Sieg, den die Fachwelt ja für unmöglich gehalten hatte, den Befreiungskämpfen in Tunesien, in Algerien und anderen französischen Kolonien großen Auftrieb geben würde. Sein Land, so sagte General Siap, der jetzige Minister für Wissenschaft und

Technik, sei ein Beispiel dafür, daß Befreiung nicht nur ein Datum, sondern ein ständig dauernder Prozeß ist.

Vietnam war 1956 bekanntlich um die Früchte des Sieges betrogen worden. Die USA verhinderten freie Wahlen, die überlegen von Ho Chi Min gewonnen worden wären. Gegenwärtig liegt Nicaraguas Situation vergleichend an. Die USA akzeptieren einfach nicht, daß in freien Wahlen Revolutionäre an die Macht kommen und sich durch freie Wahlen an der Macht halten. Unsere Sympathie gilt dem freien Nicaragua, der Handelsboykott ist unserer Meinung nach die Vorstufe zum Krieg und er ist die Rache der angeblich überlegenen Sieger für die Niederlage.

Während des zweiten Indochina-Krieges mußten die USA- und auch die NATO-Strategien gewisse Einschränkungen im Sinne der Kooexistenz und Einschränkungen ihrer nuklearen Erstschlagsoption hinnehmen. Die Strategie der flexiblen Antwort war eine Reaktion darauf, daß Anfang der 60er Jahre die Sowjetunion durch die Entwicklung von Interkontinentalraketen eine Zweitschlagskapazität erlangt hatte, sie waren gleichzeitig eine Reaktion auf die Tatsache, daß die politischen, finanziellen und auch moralischen Belastungen des Vietnamkrieges mehrere US-Regierungen in tiefe Krisen geführt hatten. Das Vietnam-Trauma der US-Führungselite sitzt sehr tief. Es darf nicht unterschätzt werden, wurden doch zum ersten Mal in ihrer Geschichte die USA politisch, moralisch und militärisch besiegt. Daran gibt es nichts zu rütteln. Sie haben sich Vietnam zum Exempel der Herrschaft über die Dritte Welt und über den Sozialismus gleichzeitig gewählt. Aber vor zehn Jahren mußten sie Vietnam ehrlos verlassen. Henry Kissinger, der eine maßgebliche Rolle im Vietnamkrieg spielte, stellte sich angesichts dieser Situation die Frage, „was in Gottes Namen ist denn strategische Überlegenheit, was kann man denn damit anfangen?“. Es war die Zeit der Frustration der Militaristen. In den USA wurde das 1954 begonnene Programm der Entwicklung binärer Nervengase gestoppt. Es war die Zeit der Verträge zwischen den USA und der UdSSR von 1971 mit den „Vereinbarungen über Maßnahmen zur Verringerung des Ausbruchs eines Kernwaffenkrieges“ und 1972, alles Verträge, die den Status quo festzuschreiben versuchten.

Heute stellt sich diese etwa zehnjährige Etappe der US- und der NATO-Strategie als ein vorübergehendes Tauwetter dar, das spätestens seit der Nicht-Ratifizierung von SALT II im Jahre 1979 wieder vom Kalten Krieg, und diesmal noch schärfer als je zuvor abgelöst wurde. Das Konzept der strategischen Überlegenheit der USA über den Rest der Welt wurde remobilisiert. Die „Idee, daß sowohl die Sowjetunion als politisch-militärische Macht wie auch ihre Pläne besiegt werden können und daß die wichtigsten westlichen Werte dabei überleben werden“, so Collin Grey. Präsident Carter legte 1980 dann erstmals wieder die Planung für die Führung eines Atomkrieges in der Präsidenten-Direktive 59 fest. Kurz zuvor, am 12. Dezember 1979 waren ja schon die Fakten beschlossen worden. Das Kernstück eines Angriffskrieges, die 525 Pershing- und Marschflugkörper in fünf NATO-Ländern. Bekanntlich bedrohen diese Erstschlagssysteme für Atomwaffen und, das ist sehr wichtig für die Friedensbewegung, sie sind auch vorgesehen für die Bestückung mit binären Nervengasen, nicht nur die Sowjetunion, sondern besonders auch die Erdöl-Staaten im Nahen Osten. Ronald Reagan in seiner einfachen Rede wörtlich: „Unsere Industriebetriebe hängen von den Energieträgern und Bodenschätzen ab, die uns aus fernen Ländern geliefert werden. Für unsere Prosperität brauchen wir ein zuverlässiges und festes Finanzsystem und Märkte, die für unsere Waren offen sind“.

Über 1.500 US-Militärstützpunkte auf dem Territorium von 32 Staaten in aller Welt reichen wohl dafür nicht aus. Neue Strategien und Waffen waren nötig. Collin Grey sagt: „Was gebraucht wird, ist ein Überschuß an Macht, von dem ungehindert Gebrauch gemacht werden kann“. In den Richtlinien für die Verteidigung in den Finanzjahren 1984 bis 1988 schreibt das Pentagon klar und deutlich: „Es geht darum, Pläne mit dem Ziel zu entwickeln, die Sowjetunion und andere Länder auf jedem Konfliktniveau von Aufständen bis hin zum Atomkrieg zu

besiegen". Vorwiegend für konventionelle Einsätze im Gebiet der Länder im Indischen Ozean, also vor allem zur Sicherung der Ölzufuhr, aber auch in Süd-Korea, in der Karibik und in Mittelamerika operieren Einheiten der sog. Schnellen Eingreiftruppe. Vier Jahre nach der Gründung dieser Truppe, die mittlerweile 200.000 US-Soldaten und 100.000 Reservisten umfaßt, wurde dieser militärische Arm der Außen- und Wirtschaftspolitik der USA einem neuen zentralen Kommandostab, dem sog. Zent-Kom, unterstellt. Das Zent-Kom soll von Florida nach Diego Garcia im Indischen Ozean verlegt werden. US-Verteidigungsminister Weinberger will ein Fünftel des Militäretats von gegenwärtig 313 Mrd. Dollar 1985 dafür verwenden, daß die Truppenstärke des Zent-Kom auf 500.000 Mann erhöht wird.

Auch die Marschflugkörper von Comiso auf Sizilien unterstehen dem Zent-Com. Nicht nur politisch, auch militärisch ist die Bundesrepublik der gefügigste Untertan innerhalb der NATO. Natürlich auch in der Absicht, als Juniorpartner mehr Macht und Möglichkeiten zur Verfügungsgewalt über Massenvernichtungswaffen zu erhalten. Ein US-Strategen nannte das Verhalten der Bundesregierung im Falle des sog. War Time Host Nation Support, des Unterstützungsabkommens, extrem kooperativ. Die Bundesregierung verpflichtete sich, 93.000 zusätzliche Reservisten aufzustellen und einmalig 600 Mio. und jährlich noch einmal 60 Mio. DM für den Unterhalt von Vorausdepots von US-Truppen aufzubringen. Im August 1982 wurde dann, noch unter der Regierung Schmidt/Apel, vom Inspekteur des Heeres, dem Generalleutnant Glanz, eine Unterschrift gegeben, die das in den USA gültige Airland-Battle-Konzept für die Bundeswehr übernimmt. Als Dienstvorschrift Field Manual 105 ist dieses Konzept seit dem 20.8.1982 für jeden US-Soldaten verbindlich. Die Glanz-Leistung der Unterschrift bestand darin, daß seither in allen Manövern auf dem Boden der Bundesrepublik und anderswo dieses Airland-Battle-Konzept geübt wird.

Ich will kurz umreißen, was dieses Konzept beinhaltet: 1. geht es um die Erweiterung des Schlachtfeldes in die Tiefe des mutmaßlichen Gegners. Es geht 2. um die integrierte Anwendung von Atomwaffen, von chemischen und konventionellen Waffen, und es geht um die militärische Offensive, die dazu geführt hat, daß Blitzkrieg-Strategien in den USA wieder „in“ sind. Die tragenden Elemente dieser Strategie sind die Pershing und Marschflugkörper, aber auch die Raketensysteme Lands, die luftgestützten Kernwaffen, Neutronengefechtssköpfe für Lands, aber auch für Artillerie, und die binären Nervengase, die bekanntlich besonders in Rheinland-Pfalz lagern. Die konventionellen Waffensysteme möchte ich hier nicht extra erwähnen. Die konventionellen Systeme, die die Bundesrepublik, aber auch andere NATO-Länder entwickelt haben, passen nahtlos in dieses Konzept. Der Tornado kann mit Atomwaffen bestückt werden, er ist geeignet für Airland-Battle. Bekannt ist kaum, daß die BRD, Großbritannien und Italien die USA aufgefordert haben, für die Feldhaubitze FH 70, die sie gemeinsam entwickelt haben, auch einen Neutronengefechtsskopf zu entwickeln, laut Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.5.1983. Etwa 700 neue Waffensysteme werden zur Zeit vom militärisch-industriellen Komplex der NATO-Länder entwickelt.

Zusammenfassend: Die Elektronik und die Computerisierung der Tötungssysteme zieht sich vertikal durch alle Waffensysteme der NATO-Strategie. Die Militärs und die Militärwissenschaftler der NATO haben ihre Haupterfahrungen aus drei Kriegen gezogen, aus dem zweiten Weltkrieg natürlich, aber auch aus dem zweiten indochinesischen Krieg, der als Vietnamkrieg bezeichnet wird, und aus dem israelisch-arabischen Krieg vom Oktober 1973. Aufgrund verschiedener Fakten glaube ich, daß die US-Erfahrung im Krieg gegen Vietnam, Laos und Kambodscha für ihre jetzigen Kriegsführungspläne von höchster Bedeutung sind. Fast jeder der jetzt tonangebenden Politiker und Befehlshaber, besonders auch die Befehlshaber der US-Truppen in Mittelamerika, hat in Vietnam mitverloren. Sie wollen nicht noch einmal verlieren. Die schrecklichen Dimensionen des Vietnamkrieges sind hierzulande immer noch zu wenig bekannt. Der Vi-

etnamkrieg war der Vorläufer von Airland-Battle ohne die Atomwaffen. Die Dimensionen dieses größten Krieges nach dem zweiten Weltkrieg werden vielleicht deutlich, wenn man sich klarmacht, daß Hitler 5,5 Millionen Soldaten gegen die Sowjetunion, die USA aber immerhin nicht weniger als 2,8 Millionen GIs gegen Vietnam einsetzten. Mit überlegener konventioneller Militärtechnik töteten sie allein über zwei Millionen Vietnamesen, mit Splitterbomben, mit Pfeilbomben, mit Bomben, die das Aussehen von Früchten des Landes haben, mit Dum-dum-Geschossen, mit Brandbomben, insgesamt mit der dreifachen Bombenmenge, die im gesamten zweiten Weltkrieg zur Detonation gebracht wurden, mit einer Bombenmenge, die der tausendfachen Bombendetonation der Hiroshima-Atombombe entspricht, versuchten sie, dieses Land in die Steinzeit zurückzubomben. Der damalige Gouverneur von Kalifornien, Ronald Reagan, schlug vor, was auch oft gemacht wurde, durch Bombenabwürfe auf die Flußdämme 90 Prozent des Landes unter Wasser zu setzen, ein anderes Mal sagte er: „Wir können das ganze Land mit Asphalt bedecken. In jeder Ecke einen Parkplatz ablegen, dann bleibt uns immer noch Zeit, zu Weihnachten heimzukommen“. Aber auch die Planierung von 320.000 ha Land, der Einsatz von 300.000 t Napalm, von 10.000 t CS- (diesem Polizeigas einiger Bundesländer) und der Einsatz von 90.000 dioxinhaltingen Entlaubungsmitteln konnten die Befreiung von den USA nicht aufhalten. Der Ökozid des Vietnamkrieges und der Genozid an den Lebenden und an den Embrios hat auch zehn Jahre nach der Befreiung noch kein Ende. Es ist kein Ende für die Folgen des Vietnamkrieges im ökologischen Bereich abzusehen. Ronald Reagan dazu im ersten Präsidentschaftswahlkampf: „Der Vietnamkrieg war eine edle Sache“.

Auch die Bundesregierung und ihre Militärindustrie profitierten am Vietnamkrieg. Sämtlicher Stacheldraht für die südvietnamesischen KZ wurde aus der BRD geliefert, 3.000 Schäferhunde auf vietnamesischen Schweißgeruch trainiert in Unterstände und Höhlen zum Kampf Mann gegen Kind, Hund gegen Greis geschickt, aber auch 121 Bundeswehrpiloten haben allein 1964 und 1965 in den USA eine Spezialausbildung durchgemacht und als amerikanische Piloten in Vietnam Bombeneinsätze geflogen. 1967, das ergab die Beschlagnahme der Akten im Zuge des Böhlinger Skandals in Hamburg, notierte ein Manager von Böhlinger-Engelheim „Solange der Vietnamkrieg andauert, sind keine Absatzschwierigkeiten zu erwarten“. Eine andere Aktennotiz: „Die derzeitige günstige Verkaufssituation sollte ausgenutzt werden, um die Qualitätsanforderungen für 245 T aufzulockern“. Es ging um dieses dioxonhaltige Herbizid 245 T. Böhlinger lieferte es an die Firma Nufam in Australien und an die Firma Watkins in Neuseeland, die es dann an Daul Chemical weiterverkauften, die es in der Entlaubungsaktion, die den sinnigen Namen Ranch Hand hatte, einsetzen ließen. Einen ähnlichen Dreieckshandel mit 245 T machte die Firma Bayer über die französische Firma Progil. Es ist also festzuhalten, Bayer und Böhlinger-Engelheim haben an der Entlaubung Vietnams verdient. Von 1963 bis 1967 hatte Böhlinger-Engelheim einen persönlich haftenden Gesellschafter, den zweiten Mann des Konzerns, sein Name: Richard von Weizsäcker, sein jetziger Beruf: Bundespräsident.

Ob Kanzler oder Präsidenten, dieser Gipfel der Heuchelei hält sie zusammen. Dieser Gipfel der Konkurrenz macht uns noch keine Hoffnung. Der Gipfel der Ausbeutung ist noch nicht überschritten, und der Gipfel der Aggressionen liegt vor aller Augen. Auf die eigene Kraft kommt es an und auf die Hilfe der Bündnispartner, auf die Einigkeit, auf die Vielfalt, auf die Breite der Friedensbewegung, auf den Stopp der Stationierung kommt es an, auf die Verhinderung der Weltraumrüstung, auf die Schaffung atomwaffen- und chemie-waffenfreier Zonen und auf den Austritt aus der NATO kommt es an. Ich glaube, wir drücken hier die besten Gefühle unseres Volkes aus. Wir grüßen alle, die an der Befreiung des Faschismus mitgewirkt haben und die den 40Jahrestag dieser Befreiung feiern. Uns eint alle: dieser Gipfel ist das letzte, tun wir alles, daß er auch der letzte bleibt.

Erklärung des Tribunals zu Nicaragua

Das Tribunal gegen den Weltwirtschaftsgipfel erklärt sich solidarisch mit der nicaraguanischen Revolution. Wir verurteilen den Krieg, der von den imperialistischen Staaten seit dem Aufstand im Juli 1979 auf militärischer, ökonomischer und politischer Ebene unter Anleiten der USA gegen Nicaragua geführt wird. Der oberste Nato-Kriegstreiber Ronald Reagan hat mit der Verhängung des Handelsembargos einen weiteren Schritt in der Eskalation getan.

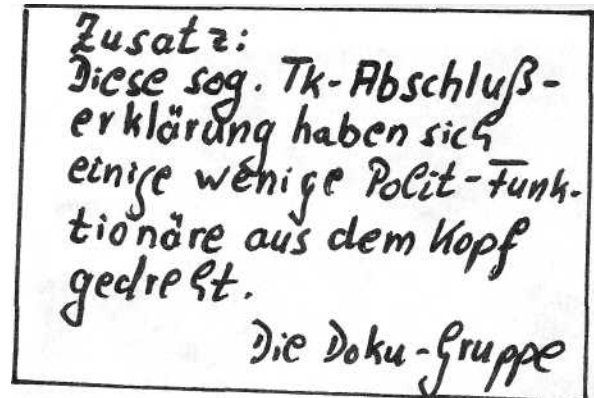
Die Bundesregierung als zweitstärkster Nato-Bündnispartner trägt bereits seit längerer Zeit durch die Streichung ihrer Entwicklungshilfe für Nicaragua zur Destabilisierung des Landes bei. Hinter allen ökonomischen Unterdrückungsstrategien steht die Erweiterung des Contra-Krieges bis hin zur direkten Intervention.

Gegen diese Politik werden wir in der Bundesrepublik den Widerstand organisieren.

Auf dem Weltwirtschaftsgipfel wird über die Fortsetzung der Ausbeutungspolitik gegen Länder der sog. Dritten Welt, wie Nicaragua, verhandelt.

Deshalb werden wir gegen diese Veranstaltung morgen in Bonn auf die Straße gehen.

Solidarität mit Nicaragua - no pasaran.



TRIBUNAL GEGEN DEN WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL

WIR KLAGEN AN

DIE HERRSCHENDE WELTWIRTSCHAFTSORD- NUNG IST UNMENSCHLICH, MENSCHEN- RECHTSWIDRIG UND VERBRECHERISCH

Anlässlich des Tribunals gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Bonn am 3. Mai 1985 verabschieden die ca. 1.500 Teilnehmer/innen folgende Abschlusserklärung als Anklage gegen den Weltwirtschaftsgipfel:

1. Wir verurteilen den Versuch des Weltwirtschaftsgipfels, 40 Jahre nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus die Konfrontation mit dem Ostblock zu verschärfen und die über 20 Mio. Opfer in Osteuropa und der Sowjetunion vergessen machen zu wollen, Feindbilder zu schüren, um eine weitere Aufrüstungspolitik zu rechtfertigen. Eine solche Politik steht im Gegensatz zu Versöhnung und Verständigung mit Menschen und Völkern in Osteuropa die bis heute noch nicht stattgefunden hat.

WIR FORDERN EINE WELT OHNE AUSBEUTUNG, UNTERDRÜCKUNG UND KRIEG!

2. Wir verurteilen die Politik der Gipfelteilnehmer-Staaten und ihrer internationalen Organisationen, wie IWF und Weltbank, die politische, wirtschaftliche und kulturelle Selbstbestimmung der Völker zu verhindern und zu bekämpfen, Erpressungspolitik über Kreditvergabe, Ausbeutung von Rohstoffen zu Billigstpreisen, Lohndrückerei als Voraussetzung für Direktinvestitionen, Zwangsausrichtung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion auf den Weltmarkt, Herrichtung der Entwicklungsländer als Absatzmärkte.

Wir verurteilen die hemmungslose Durchsetzung einer internationalen Arbeitsteilung, die den Entwicklungsländern die Rolle von Rohstoffproduzenten für den Export zuweist. Während für den Weltmarkt produziert wird, steht auf den Binnenmärkten für die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln immer weniger zur Verfügung. Hungersnöte und Hungerstote sind die absehbare Folge. Am Hunger ist nicht die Dürre schuld. Der Hunger wird von Menschen gemacht. Die Verantwortlichen treffen sich in Bonn.

WIR FORDERN EINE WELT OHNE AUSBEUTUNG, UNTERDRÜCKUNG UND KRIEG!

3. Wir verurteilen die Politik der herrschenden Weltwirtschaftsordnung. Sie bedeutet für die Menschen in den westlichen Industrienationen Verschlimmerung der sozialen Lage. Das bedeutet tendenzielle Verelendung, Massenarbeitslosigkeit, Ausländerhetze, Umweltzerstörung, steigende Repressionen gegen oppositionelle Bewegungen (weiße Folter, Verschärfung des Asylrechts, Isolationshaft, verschärftes Vorgehen der Sicherheitsapparate gegen streikende Arbeiter/innen wie zuletzt in Großbritannien)

WIR FORDERN EINE WELT OHNE AUSBEUTUNG, UNTERDRÜCKUNG UND KRIEG!

4. Wir verurteilen die Bedrohungs- und Interventionspolitik der USA gegen das Volk von Nicaragua. Das vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ausgesprochene Wirtschaftsembargo ist nicht eine offene Kriegserklärung gegen Nicaragua sondern auch gegen uns.

WIR FORDERN EINE WELT OHNE AUSBEUTUNG, UNTERDRÜCKUNG UND INTERVENTION!

5. Wir verurteilen die Kriegs- und Interventionspolitik der NATO und der anderen Militärbündnisse, die diese Weltwirtschaftsordnung militärisch absichern sollen. Wir verurteilen die Politik einer ständig wachsenden Rüstung mit konventionellen, atomaren, chemischen und biologischen Offensiv-, Erstschlag- und Massenvernichtungswaffen. Wir verurteilen jegliche Form der Weltraumbewaffnung, der Erforschung, Testung und Produktion von Massenvernichtungswaffen. Die zunehmende Verbreitung der Atomindustrie über die ganze Welt bildet eine große Gefahr für die Menschen und begünstigt die atomare Aufrüstung.

6. Bei dem so beschriebenen Szenario der Weltwirtschaftsordnung ist die Frauenunterdrückung von zentraler Bedeutung. Zwei Drittel der Arbeit wird von Frauen gemacht. Sie erhalten dafür 10% aller Einkommen und 1% aller Produktions-

mittel. Frauen und ihre Arbeit bilden eine der wesentlichsten Grundlagen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems, da sie Degradierung und Entrechtung der Frau im öffentlichen und privaten Leben produziert. Die Unterdrückung der Frauen setzt an bei der Beherrschung und Ausbeutung ihres Körpers und ihrer Gebärfähigkeit. Die Frau als Ware, die von Männern unbegrenzt benutzt und mißbraucht werden kann. Durch die Einführung der kapitalistischen Warenproduktion z.B. in Ländern der sog. Dritten Welt sind die Frauen ihrer traditionellen Produktionsmittel beraubt und werden aus allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen in die "private" Produktionssphäre verdrängt. Während die Männer durch Lohnarbeit in diesen Prozeß integriert werden, bleibt den Frauen die Subsistenzarbeit, Neben-erwerbstätigkeit und niedrig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse.

WIR FORDERN EINE WELT OHNE AUSBEUTUNG, UNTERDRÜCKUNG, SEXISMUS UND PATRIARCHAT!

Wir haben diskutiert und begriffen, daß Wettrüsten und Kriegspolitik, Umweltzerstörung, Ausbeutung der Menschen in Afrika,

Asien und Lateinamerika, "Neue Armut" in den Industriestaaten, Mißbrauch von Wissenschaft und Technik - alles aus derselben Wurzel stammt: aus der herrschenden Weltwirtschaftsordnung! Wir haben bei diesem Tribunal von den Vertreter/innen zahlreicher Protest- und Befreiungsbewegungen anderer Länder gehört, wie sich die Menschen überall in der Welt gegen die imperialistische Lebensvernichtung wehren - wir solidarisieren uns mit ihnen: Hungeraufstände gegen die IWF-Politik, Protestaktionen u.a. im südlichen Afrika, Chile, Palau und gegen die französische Besetzung der kanakischen Republik, bewaffneter Widerstand, wie in El Salvador und den Philippinen und Kampf Nicaraguas um seine Freiheit.

Nicht eine Politik des organisierten Hungers, der Unterdrückung von Frauen, der Waffen, der Vernichtung und Zerstörung, sondern Solidarität und Selbstbestimmung müssen über die Zukunft der Menschen entscheiden.

Wir müssen Widerstand leisten und ihn zu einer weltweiten gegen Imperialismus, Kolonialismus und Unterdrückung gerichteten Solidarität ausbauen - von Bonn bis Palau, von Nicaragua über den Pazifik bis nach Großbritannien, von Frankreich bis zur kanakischen Republik, von Südafrika bis zu uns.

Pressemitteilung zu Polizeiübergriffen (Tribunal)

1. Seit ca. 13.00 Uhr werden Autos die zur Godesberger Stadthalle wollen und deren Insassinnen/Insassen so aussehen, als ob sie sich an der morgigen Demonstration gegen den WWG beteiligen würden, angehalten und durchsucht. Es werden von allen Insassinnen/Insassen Personalien festgestellt. Die Fahrzeuge wurden von Polizeibeamten mit vorgehaltener Maschinenpistole kontrolliert. Nach einer Beschwerde von uns beim zuständigen Polizeipräsidenten, der von diesem Einsatz nichts wußte, wurde das Polizeiaufgebot reduziert. Seit ca. 16.30 Uhr treffen erneut Mannschaftswagen ein und durchsuchen jedes Auto, das den Parkplatz vor der Stadthalle verlassen will. Ein Befahren des Kreises um die Stadthalle ohne Durchsuchung und Personalienfeststellung ist nicht mehr möglich. Es befinden sich jetzt ebenfalls auffallend viele Beamte in Zivil auf dem Gelände.
2. Fotografen, die diese Einsätze fotografieren, werden die Filme beschlagnahmt.
3. Das Fahrzeug einer Baudekorationsfirma für den Bühnenaufbau wurde durchsucht und ein Ersatzkanister Benzin als Indiz zur Herstellung von Molotov-Cocktails verdächtigt. Der Fahrer wurde aufgefordert, mit seinem Wagen auf die Wache zu folgen und bekam als Beifahrer einen Poilzeibeamten, bewaffnet mit Maschinenpistole.
4. Walter Schwenninger, MdB der Grünen, wurde festgenommen, als er sich höflich beim Einsatzleiter erkundigte, weshalb die Polizei gegen Teilnehmer/innen des Kongresses vorgehe. Ohne, daß ihm Auskunft erteilt wurde, wurde er in einen Polizeiwagen gestoßen, zum Polizeigelände in Bad Godesberg gefahren und dort an den Haaren aus dem Wagen gezerrt. Rücklings wurde er auf den Boden geworfen und besonders von Einsatzleiter Kallweit mißhandelt. Dies geschah, obwohl er als Ex-MdB seinen Diplomatenausweis in der Hand hatte. Die Polizei reagierte darauf in keiner Weise, sondern Einsatzleiter Kallweit kniete sich auf ihn, ließ ihm Handschellen anlegen und öffnete dem wehrlos am Boden Liegenden die Hose, zog sie herunter, um so an die Tascheninhalte zu kommen. Diese wurde, wie auch alle anderen Sachen aus seiner Jacke, genau durchsucht. Auf sein ständiges Einwenden, daß er doch MdB der Grünen sei, erwiderte Einsatzleiter Kallweit: „Schlimm genug, daß es solche Leute wie Sie im Bundestag gibt.“ Er wurde dann vernommen und seine Personalien festgehalten. Angegebener Grund für die Behandlung lt. Polizei: routinemäßige Sicherheitskontrolle. Walter wird Anzeige gegen den Einsatzleiter erstatten. Auf einen Anruf Ludger Vollmers beim Polizeipräsidenten wußte dieser von nichts, vermutete aber, daß Walter in den Schutzbereich Godesberg gebracht worden sei. Als Ludger Vollmer und Hendrik Auhagen dort eintrafen, wurde Walter gerade wieder freigelassen.
Auch bei einem Gespräch mit Polizeipräsident Hohmann vor der Godesberger Stadthalle wußte dieser nichts von dem Vorfall und erklärte, die brutale Behandlung der Teilnehmer/innen des Tribunals sei mit einem besonderen Sicherheitsrisiko zu begründen, Indiz dafür seien Helme gewesen, die in einigen Autos gesehen wurden.

Wir sehen diesen Polizeieinsatz als gezielten Einschüchterungsversuch, mit dem insbesondere für die morgige Demonstration ein Klima der Angst und Unsicherheit und ein entsprechend harter Polizeieinsatz vorbereitet werden könnte. Mit diesem Verhalten bestätigt die Polizei die auf unserem Tribunal vorgebrachten Vorwürfe eines Immer härteren Vorgehens gegen jede Protest- und Widerstandsbewegung. Wir fordern die Polizei auf, ihre Übergriffe umgehend einzustellen und eine ungehinderte Zu- und Abfahrt zu unserer Veranstaltung zu ermöglichen.

Demonstration / Kundgebung

- Reden und Moderationstexte -

rede am knast

ein wichtiger punkt auf dem weitwirtschaftsglpfel nimmt die koordination der Strategien zur aufstandsbekämpfung ein. neben der bekämpfung der befreiungsbewegungen der 'dritten Welt' und der Interventionsvorbereitungen gegen bereits befreite länder durch eingreiftruppen oder der politik des iwf verstärken die imperialistischen staaten ihre programme gegen den widerstand in den eigenen ländern. vereinheitlichung der gesetzlichen grundlagen zur „terrorismus“bekämpfung, abschaffung des politischen Status für gefangene in nato-ländern, brd-beteiligung am

bau von hochsicherheitstrakten in der faschistischen türkei sind beispiele dafür.

mit den mittien der counterinsurgency, -der militärischen -der politischen -und justiziellen aufstandsbekämpfung, sind auch zunehmend die bewegungen in der brd konfrontiert. bürgerkriegsähnliche einsätze gegen die entwickelten bewegungen, wie häuserkampf in berlin und freiburg, an der Startbahn west, wo jüngst die bewegung mit der drohung eines versammlungsverbot konfrontiert ist, anti akw widerstand und wendland, der

ermordung der gefangenen in stammhelm 77 und bürgerkriegs-szenarien des bundesgrenzschutzes sind ausdrück der aufstands-bekämpfung. zunehmend werden auch einzelne bewegungen mit knast bedroht, die gefangenen von krefeld, die wegen ihres entschlossenen widerstands gegen die us-propagandashow In den knast kamen, und die zunehmenden 129a verfahren in den unterschiedlichen bewegungen, wendland, munitionstransporte, göttingen, machen es notwendig, uns mit knast und dem kämpf der politischen gefangenen auseinanderzusetzen.

das knastsystem in der brd steht für ein perfektioniertes Vernichtungsprogramm gegen alle im knast kämpfenden gefangenen, gegen sog. soziale und gegen die politischen gefangenen.

gegen die kämpfe der sozialen gefangenen steht ein ausgeklügeltes system der abschottung in verschiedene abteilungen, -der verhinderung jeglicher kommunikation und interaktion-, gegen die kämpfenden politischen gefangenen die jahrelange isolationsfolter, in den letzten jahren hat die baw versucht, die isolation um die gefangenen zu verschärfen, neben der totalisolation, brief-, post- und informationszensur, gel-selstatus während der kontaktsperre, besuchsverbote, baut die bundesanwaltschaft durch die konstruktion eines „illegalen Informationssystems“ die abschottung der gefangenen untereinander und von den menschen im widerstand draußen aus. das konstrukt zielt auf das verbot jeglicher politischen auseinandersetzung. das konstrukt ist begründung für die elnschränkung von bucherbestellungen, für briefbeschlagnahmungen, besuchsabbruch bei themen wie z.b. hungerstreik. so wurde hier im knast bonn gegen die zwei türkischen genossen aus der dev sol und konsultatsbesetzer während des hungerstrelks ein besuchsverbot

verhängt.

die konstruktion illegales infosystem dient auch zur kriminalisierung derjenigen, die sich mit den gefangenen auseinandersetzen, weit über 100 verfahren nach 129a sind ausdrück davon, selbst angehörige der gefangenen, die sich in der gruppe der „angehörigen der politischen gefangenen in der brd“ zusammengeslossen haben und mit ihren aktionen öffentlichkeit zu der situation herstellen, werden über verfahren wegen illegales infosystem mit besuchsverboten bedroht, wie z.b. die mutter von brigitte mohnhaupt.

dagegen setzen die gefangenen mit der forderung nach „zusammenlegung der gefangenen aus raf und widerstand“ gemeinsam mit dem widerstand draußen ihren kämpf, als kollektiver kämpf gegen die isolation, für ihre zusammenlegung in große gruppen und erkämpfung der kollektivität unter den bedingungen des knastes, als abwehr des angriffs auf ihre politische identität.

während des hungerstreiks 84/85 hat es eine breite, aber auch kritische solidarität mit dem kämpf der gefangenen gegeben, anschläge, demos, veranstaltungen waren ausdrück der mobilisierung. knastkämpf kann und muß unter den sich verschärfenden bedingungen teil unseres kampfes sein, denn (zitat): „diese ganze arroganz der imperialistischen machtentfaltung kennt nur eine grenze, wo starker selbstbewußter widerstand aus der legalität und illegalität zusammen eine grenze setzen.“

Solidarität mit den türkischen Konsulatsbesetzern !

Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand und aller Gefangenen, die es fordern, in selbstbestimmte Gruppen!

Gastrede

...von der antifaschistischen Kundgebung in Köln gehalten von **Sophia Lind (VVN-Bund der Antifaschisten/Friedensliste NRW)** auf der Kundgebung des Aktionsbündnisses gegen den "Weltwirtschaftsgipfel" in Bonn (Münsterplatz)

SPERRFRIST: Redebeginn
ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

DER FASCHISMUS IST UNTER UNS - WIR STEHEN FÜR DAS ANDERE DEUTSCHLAND

Wir demonstrieren hier gegen den Weltrüstungsgipfel derer, die die Welt beherrschen wollen. In ihrem verblendeten Wahn im Kampf um die totale Macht werden sie nicht davor zurückschrecken, selber die Welt in Schutt und Asche zu legen. Sie vertreten uns nicht, auch wenn sie sich Demokraten nennen und mit Stimmzetteln an die Macht manipuliert haben. Die Flicks sind überall am Werke und wir sind die geprellten. Hier stehen nicht Hunderttausend, aber wir stehen stellvertretend für Millionen, wenn wir den kapitalen Gipfel anklagen, der ein Kapital-Gipfel ist. Wir stehen hier auch stellvertretend für das um seine Freiheit, seine Selbstbestimmung und seinen Frieden kämpfende Volk von Nicaragua, das nun von Reagan und seinen in Bonn versammelten Vasallen durch den Handelsboykott in die Knie gezwungen werden soll. Es lebe der freie Welt-handel! -Was die Contras in Nicaragua sind, war einst Hitlers Legion Condor für Franco-Spanien. diesmal werden sie nicht durchkommen! Und auch Chile wird nicht faschistisch bleiben! Dies sage ich Euch als deutsche Antifaschistin vor dem Hintergrund der Erfahrung des „tausendjährigen Reiches“.

Ein Reagan-Berater spricht davon, daß wir in einer „Vorkriegs“- und nicht in einer Nachkriegszeit leben. Am 1. September 1939 meldete der Großdeutsche Rundfunk „Seit 5.45h wird zurückgeschossen“ -Hitlers Überfall auf Polen. Ronald Reagan beliebte zu scherzen vor den Mikrofonen „In 5 Minuten beginnt die Bombardierung Rußlands“. Wer so spricht, denkt so und ist auch fähig, so zu handeln! Der Mann weilt in dieser Stadt und wird von Kohl bis Rau „unser Freund“ genannt und willkommen geheißen. Und sie schämen sich nicht, erst in Bitburg die SS und den Ostlandritt der faschis-

tischen Wehrmacht zu ehren und anschließend in diesem Geist das KZ in Bergen-Belsen zu schänden.

Wenn es eines Beweises bedurft hätte, was Faschismus und Antifaschismus und was beides wiederum mit Krieg und Frieden heute zu tun hat, dann hat ihn die Bitburg-Diskussion geliefert.

Über diesen Zusammenhang vor dem Hintergrund des 8. Mai möchte ich hier sprechen - nicht für die FRIEDENSLISTE konkurrierend zu anderen Parteien, sondern vorrangig als Mitglied der VVN-Bunde der Antifaschisten für uns alle.

Ich komme gerade von der großen antifaschistischen Friedenskundgebung in Köln, wo Widerstandskämpfer im 3. Reich und Aktive aus der Friedensbewegung gemeinsame ihre, und ich denke auch unsere Antwort auf den Weltherrschaftsgipfel der Rüstungsgiganten gegeben haben. Ich überbringe die solidarischen Grüße von der Kölner Kundgebung und rufe uns allen zu: Nur gemeinsam können wir dem Aufrüstungslager wirksam entgegenreten. Weil wir dies begriffen haben, ist die Friedensbewegung zu einer eigenständigen und politisch bewegenden Kraft geworden. Wir müssen darum kämpfen, daß der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung wieder gemeinsam handlungsfähig wird, denn er ist eine wichtige Errungenschaft und darf nicht eine Beute von durchsichtigen Partei- und Gruppeninteressen werden, denen diese Friedensbewegung lästig ist. Eigentlich hätte unsere Antwort auf die Provokation des Gipfels machtvoller und geschlossener ausfallen müssen und sollten wir die prägende Kraft bezogen auf den 8. Mai sein, denn die Friedensbewegung verkörpert in ihren Aussagen die Lehre aus dem 2. Weltkrieg und die Anklage an die ewig unbelehrbaren.

Friedensbewegung und Antifaschismus gehören zusammen. Die heutigen Demonstrationen in Köln und hier in Bonn sind Ausdruck der gemeinsamen Sache, ebenso wie die in Frankfurt und Hamburg. Auch wenn die Anlässe verschieden gewichtet werden; Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren und diese Rede aus Köln steht für das kämpferische Miteinander!

Millionen Menschen verbanden mit dem 8. Mai 1945 die Hoffnung und den Auftrag, nach dem Kriege radikal mit der Vergangenheit zu brechen für ein neues, ein demokratisches Deutschland. Aber sie und der antifaschistische Widerstand wurden um den Neubeginn betrogen, denn die alten Kräfte haben nur die Kleider gewechselt. Flick finanzierte schon vor 33 Hitler, profitierte vom Krieg und kauft sich heute -versehen mit dem Bundesverdienstkreuz -den Staat für die [unlesbar] Rüstungsrepublik. Hermann-Josef Abs gehört seit 1940 (!) bis heute ohne Unterbrechung dem Aufsichtsrat von RWE an, bekanntlich ein Wegbereiter für die deutsche Atombombe. Die Altnazis und Militaristen hatten nach 49 bei uns das Sagen und nicht der antifaschistische Widerstand gegen Hitler. Ja, die Widerstandskämpfer, mußten teilweise nach der Befreiung aus den Nazi-Konzentrationslagern - wenn sie Kommunisten waren - später in die bundesdeutschen Gefängnisse und es wafen alte Nazis, die sie hineinschickten. Das ist die Wahrheit über diesen Staat, der auf den Grundfesten des Antikommunismus und nicht des Antifaschismus gebaut wurde. Herr Kohl, Sie verkörpern mit den die Regierung tragenden Kräften nicht den Bruch, sondern die Kontinuität der Vergangeheit unter veränderten Bedingungen!

Wir aber stehen hier für das andere Deutschland, ein demokratisches Deutschland, ein antifaschistisches Deutschland, das sich dem widerstand verpflichtet fühlt und sein Vermächtnis einlösen will! Und wir sollten denen nicht auf den Leim gehen, die auf die eingepfropften Feindbilder bauen und uns spalten wollen mit dem wichtigsten Herrschaftsmittel der politischen Rechten, dem Antikommunismus.

Vor 30 Jahren, 10 Jahre nach Kriegsende, erfolgte der NATO-Beitritt der Bundesrepublik, vorgeblich, um Demokratie, Freiheit und Recht gegen den Kommunismus zu verteidigen. Die Wahrheit ist, daß die Bundeswehr überwiegend von Generalen, Offizieren und Soldaten der faschistischen Wehrmacht aufgebaut wurde und von ihrem Geist bis heute nicht frei ist. Wahrheit ist, daß die NATO vom Feindbild gen Osten lebt und nie ein reines Defensivbündnis war. Air-Land-Battle 2000 ist ein neues Konzept für eine alte Zielsetzung.

Wir jedoch stehen hier für die Friedensbewegung, für ein antimilitaristisches Deutschland und gegen die ewigen Ostlandritter. Wir verkörpern das andere Deutschland und wir werden nicht locker lassen, gegen die Stationierung der Atomraketen in

unserem Land zu kämpfen. Wir nehmen die Aufrüstung nicht länger hin. Wir lassen unser Land nicht ohne weiteres in das offensive Kriegsführungskonzept der USA einspannen. Wir wollen keine Aufrüstung des Weltraums und werden nicht zulassen, daß die Bundesrepublik sich am Weltraumrüstungsprogramm der USA für den Erstschatz beteiligt.

Liebe Freunde,

Faschismus ist kein historisches und abgeschlossenes Ereignis. Faschismus ist mitten unter uns. Im Moment trifft sich in Nesselwang die "Leibstandarte Adolf Hitler« und die SS-HIAG. Die Altnazis ma- [fehlt eine Zeile] Die Neonazis sind aggressiver denn je und versuchen aus der Perspektivlosigkeit der Jugend Kapital zu schlagen. Die Neonazi-Partei Kühnens, die FAP, kandidiert mit offen faschistischen Positionen legal zur Landtagswahl in NRW. Faschistische Schlägerbanden tummeln, sich auch hier in Bonn. Wir fordern das Verbot aller alt- und neofaschistischen Organisationen und Aktivitäten, damit der braune Spuk keine Chance mehr hat!

Wir, die wir hier hier stehen, wissen, daß im Moment in allen Kontinenten Menschen um ihre Befreiung gegen Ausbeutung kämpfen, gegen die Ausbeutung der Länder, die hier den Gipfel zelebrieren. Wir sind solidarisch mit den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern. Unserere Regierungen sind verbündet mit den faschistischen Regierungen weltweit, in Südarfika, der Türkei, in Chile, Salvador, in Bolivien und anderswo. Wir jedoch sind Verbündete der Völker im antifaschistischen und sozialen Befreiungskampf - weltweit.

Bei der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald leisteten die befreiten KZ-Häftlinge einen Schwur, nicht zu ruhen und zu rasten, bis die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen sind und daß sich das Vergangene nie wiederholt. Ihr Vermächtnis ist noch nicht erfüllt. Die Mörder sind noch unter uns und der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dies kroch.

Wir sollten uns, die wir hier versammelt sind, unter diesen Buchenwaldschwur stellen und damit das Vermächtnis des antifaschistischen Ulliderstandes als Auftrag übernehmen.

Der Buchenwald-Schwur; heute heißt auch :

-gegen das Rassisstenregime in Südafrika eintreten.

-den Entrechteten und geknechteten Völkern im Kampf um ihre Befreiung beistehen.

-An der Seite Nicaraguas stehen!

-Die Vernichtung der Menschheit im Atomkrieg verhindern, indem wir die Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles bei uns nicht hinnehmen!

Freunde, dies waren meine solidarischen Grüße von der antifaschistischen Kundgebung aus Köln. Kämpfen wir gemeinsam. Und laßt uns das nächste mal wieder gemeinsam demonstrieren!

redebeitrag

der **autonomen/antiimperialisten** auf der abschlußkundgebung in bonn

wir kommen aus den unterschiedlichsten bewegungen, wie z.b. anti-akw, häuserkampf, frauenbewegung, starbahn-west und anti-nato. was uns vereint, Ist der gemeinsame punkt, daß wir sagen: DAS SYSTEM HAT KEINE FEHLER, ES IST DER FEHLER ! deshalb geht unser kämpf gegen das System, die stärke unseres kampfes hat sich in den letzten jähren sowohl am streik der britischen bergarbeiter als auch in der mobilisierung gegen die Projekte hier, wie z.b. gorleben, startbahn-west und auch zum hungerstreik der genoss/inn/en aus raf und widerstand gezeigt; oder eben hier die demonstrolon heute gegen den wwg und gestern das tribunal.die angst des Staates vor der entwicklung unserer kämpfe zeigt sich auch darin, daß er jeden widerstand, sei es mutlangen oder startbahn-west, nach dem motto „Vorbeugung und Vergeltung“ bekämpft, wie wir gestern abend nach dem tribunal oder heute mittag durch das militärische vorgehen des bullenapparates gegen uns gesehen haben, durch die milltarisierung der gesellschaft wollen sie den existierenden widerstand vernichten und zukünftige entwicklungen aufhalten, um die krise des Systems, die sich in der gesamten westlichen

welt durch massenarbeitslosigkeit und Verelendung ausdrückt, in den griff zu bekommen, wollen sie die arbeit und arbeitsbedingungen vollständig umstrukturieren, was heißt, noch mehr arbeitslose, noch mehr rationalisierung. dafür müssen sie diejenigen ausschalten, die die entstehenden unruhen und kämpfe organisieren könnten, das heißt hier die linke und die fundamentalopposition und all das, was für sie nicht funktional ist. auf europäischer ebene läuft das jetzt auch als angriff gegen die radikaleren gewerkschaften, wie z.b. der national union of miners in großbritannien oder den dänischen gewerkschaften (zur Situation in großbritannien wird nach mir noch der genösse david hamilton mehr sagen).

unser kampf gegen ausbeutung, Unterdrückung, also gegen das System, ist untrennbar mit dem kampf der politischen gefangenen in west-europa verbunden, weil sie wie wir gegen den gleichen feind kämpfen, die gefangenen aus der raf und dem widerstand, aus grapo, eta, ira, inla, ad und in der türkel haben mit hungerstreiks für ihre Zusammenlegung in gruppen, für anerkennung als politische gefangene und gegen die folter ge-

kämpft, dem Staatsschutzprojekt vernichtungshaft durch Isolation hier haben sie die front der kämpfenden gefangenen entgegenesetzt und damit gezeigt, daß auch aus der totalen enge im knast der kampf gegen den imperialismus möglich ist. nur in der einheit des widerstandes, wie er in ansätzen in der mobilisierung und den aktionen während des hungerstreiks zu spüren war, kann die kraft entwickelt werden, die dieses system ein für alle mal auf den müllhaufen der weltgeschichte wirft, einheit heißt für uns nicht auflösung der verschiedenen ebenen, die wird es immer geben, sie sind alle wichtig, kämpfe an verschiedenen punkten uns unterschiedliche praxis. ob gegen akws, Startbahn, wackersdorf, §218 oder was auch immer sonst, einheit im widerstand heißt für uns, alle kämpfe in allen teilbereichen konsequent gegen das system zu entwickeln, denn für uns ist klar, daß wir mit einem system konfrontiert sind, das auf aus-

beutung, entmenschlichung und Vernichtung beruht, auf der vollständigen Zerstörung der natürlichen lebensgrundlagen, auf der Zerstörung von leben und liebe, bevor nun der genosse von der NUM zur situation der britischen bergarbeiter und ihrer kämpfe etwas sagt, will ich noch etwas zum 6.mai sagen, wir sind der meinung, daß der wille zum widerstand, den wir heute hier in bonn ausgedrückt haben, auch am montag in hambach zum ausdruck kommt, denn es geht uns nicht um eine punktu-elle mobilisierung, sondern um kontinuierität im kampf gegen den imperialismus, das meinen wir mit:

DEN WIDERSTAND ORGANISIEREN, GEGEN NATO, STAAT UND KAPITAL !

ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS DER RAF UND WIDERSTAND IN GRUPPEN !

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT !

MODERATION

DER AUTONOMEN FRAUEN ZU CYNTHIA ENLOE'S REDEBEITRAG (KUNDGEBUNG)

Wie Cynthia Enloe in ihrer Rede ausgeführt hat, unterliegt Frauenunterdrückung weltweit denselben strukturellen Prinzipien, wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen und Erscheinungsformen.

Dies wollen wir jetzt konkreter auf die situation der frau in der BRD beziehen und einige auswirkungen der vielfältigen unterdrückungsmechanismen aufzeigen. Ein paar Beispiele:

- Verdrängung der Frau aus den Bereichen der festen, bezahlten Lohnarbeit in die Privatsphäre und in unsichere Beschäftigungsverhältnisse wie Helmarbeit, Teilzeitarbeit usw.

- Für die Zukunft der Frauenarbeit bedeutet das: nicht weniger Arbeit, sondern mehr Arbeit für weniger Lohn und mehr schlecht bezahlte und unbezahlte Arbeit.

- Wie immer in Krisenzeiten wird auch jetzt die überflüssig gewordene industrielle Reservearmee der Frauen durch Mutterideologie und Besinnung auf die sogenannten „natürlichen“ Aufgaben der Frau wieder verstärkt an Heim und Herd gebunden. Während deutsche Frauen wieder verstärkt Kinder kriegen sollen (z.B. durch die Stiftung Mutter/Kind) haben unliebsame Randgruppen wie behinderte Frauen, Ausländerinnen und sozial

schwache Frauen zu ihrem „eigenen Nutzen“ und zum „Nutzen der Nation“ kinderlos zu bleiben. In dieses Konzept mit seiner Doppelmoral paßt nahtlos das Verbot der freien Abtreibung und die Durchführung von Zwangssterilisationen an unterprivilegierten Frauen; diese Politik hat in Deutschland lange Tradition. Sich gegen diese subtilen und offen sexistischen Unterdrückungs- und Gewaltverhältnisse zu wehren bedeutet: einerseits der organisierte Widerstand (z.B. gegen den § 218 hier; gegen Zwangssterilisation in Ländern der sog. 3. Welt wie in Puerto Rico; Streiks gegen die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in den Weltmarktfabriken in Südost-Asien); andererseits im Alltag jederzeit überall gegen die physische und psychische Verletzung unserer Person durch Männer zu kämpfen, von Anmache auf der Straße, über Nachtausgehverbot für Frauen bis hin zu Vergewaltigung.

Wir haben nur eine Chance, wenn wir versuchen, diese Strukturen auf allen Ebenen anzugehen und gegen jegliche Unterdrückung Widerstand zu leisten!

Frauen, kämpft mit allen Euch zur Verfügung stehenden Mitteln gegen Sexismus und Männergewalt!!!

ERKLÄRUNG

DES TRÄGER/INNENKREISES ZU DEN VORFÄLLEN AUF DEM MÜNSTERPLATZ

Während die Demonstrantinnen/Demonstranten sich auf dem Münsterplatz sammelten, umstellte die Polizei den Platz und führte mehrere, für die meisten Kundgebungsteilnehmer/innen nicht einsichtige Einsätze im Innenraum des Platzes durch.

Der erste Einsatz richtete sich gegen eine auf dem Beethoven-Denkmal befestigte Fahne. Die Polizei begründete diesen Einsatz mit der „Wahrung des Denkmalschutzes“. Der zweite Einsatz richtete sich gegen ein Transparent und den Büchertisch der Kommunistischen Partei Perus, der dabei von der Polizei zerstört wurde.

Die nachfolgenden Auseinandersetzungen auf dem Münsterplatz sind direkte Folge dieser zwei Polizeieinsätze. Die Polizei trägt dafür die volle Verantwortung. Die Polizei wurde mehrfach während der Demonstration und der Kundgebung nachdrücklich darauf hingewiesen, daß ihre massive Präsenz und ihr Auftreten einen störungsfreien Ablauf der Veranstaltung gefährden könnten.

Wir stellen fest, daß während und nach dem Polizeieinsatz im Kaufhof auf dem Münsterplatz Scheiben eingeworfen wurden. Dies ist einerseits eine Reaktion einzelner Demonstrationsteilnehmer/innen auf das Vorgehen der Polizei andererseits ein bedauerlicher Zwischenfall, zu dem es unserer Meinung nach

nicht hätte kommen müssen. Dies mußte der Polizei bewußt sein.

Schließlich reihen sich die Provokationen am heutigen Tag nahtlos in die Übergriffe der letzten Tage ein. Darunter fallen insbesondere die Personalienfeststellungen, Massendurchsuchungen und Festnahmen während des gesamten Tribunals am Freitag. Nach der offiziellen Beendigung des Tribunals umstellte die Polizei mit mehreren Hundertschaften den Parkplatz vor der Godesberger Stadthalle und trieb die auf dem Parkplatz bei ihren Autos wartenden Tribunalteilnehmer/innen auf eine nahe gelegene Wiese.

Heute haben 25.000 Menschen gegen den Weltwirtschaftsgipfel demonstriert. Das heißt, daß die in den letzten Tagen stattgefundenen Einschüchterungs- und Desinformationskampagnen ihr Ziel nicht erreicht haben, die Menschen von ihrem Protest gegen den Weltwirtschaftsgipfel abzuhalten. Für die Polizei wurde jedoch damit der Boden und das Klima für ihre gestrigen und heutigen Übergriffe bereitet. Trotz aller Einsätze der Polizei sind sowohl das Tribunal als auch die Demonstration geschlossen durchgeführt worden. Beide Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel waren ein voller Erfolg.

Auswertung

Der Sprung ins Wasser

„atom“ Ende April für den Göttinger Arbeitskreis

„Wir stürmen den Weltwirtschaftsgipfel — Eine Einladung an alle politischen und sozialen Bewegungen in der BRD —“. So beginnt der, auf der Anti-AKW-Bundeskonferenz am 25.11.84 verabschiedete, Aufruf, mit der die Anti-AKW-Bewegung die Initiative ergriff zu „Auseinandersetzungen mit und zu Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel“. Jetzt, wo der Gipfel und die Aktionen dagegen unmittelbar bevorstehen, ist es Zeit ein Fazit zu ziehen — eine Auswertung davon, was sich seit der Anti-AKW-Bundeskonferenz bis heute, Ende April, abgespielt und entwickelt hat. Dieses soll keine Auswertung der politischen Entwicklung in der BRD anhand des Weltwirtschaftsgipfels sein, dies kann sinnvoll erst nach dem Gipfel geleistet werden. Wichtig erscheint es uns aber, zu diesem Zeitpunkt, vor dem Gipfeltreffen (hinterher wird vieles durch die Aktionen selber verwischt) unser Vorgehen und Verhalten auf den Konferenzen und in den Auseinandersetzungen um die bundesweiten Aktionen darzulegen und kritisch zu betrachten und zur Diskussion zu stellen, da dies alles ja nur in geringem Maß öffentlich gemacht worden ist. Was ist für uns übrig geblieben? Kann sich für uns daraus eine neue Perspektive entwickeln oder ist dies alles mit unserem politischen Selbstverständnis nicht mehr in Einklang zu bringen? Wir fordern dazu auf, darüber eine rege Diskussion zu führen.

Warum gegen den Gipfel?

Nach dem gescheiterten Friedensherbst '83 ist die gesamte Linke vom Sog der Perspektivlosigkeit, der die Friedensbewegung in ein tiefes Loch stürzte, mitgerissen worden. Darüber können auch nicht die Aktionen gegen die Herbstmanöver, die Mittelamerika-Aktivitäten oder die Ereignisse und Aktionen im Wendland hinwegtauschen.

Uns war es wichtig, dieser Entwicklung insgesamt etwas entgegenzusetzen. Zumal die politische Perspektivlosigkeit verstärkt wird durch eine immer mehr um sich greifende soziale Perspektivlosigkeit. Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, mußte eine Politik gefunden werden, die sich nicht auf einzelne Punkte beschränkt, die von den einzelnen Rest-Bewegungen isoliert nebeneinander behandelt werden.

Gerade anhand des WWG erschien es uns möglich, diese gesamte unabhängige Linke zusammenzubringen. Nicht nur, weil gerade der WWG das allumfassende Thema ist, sondern auch weil die von uns gemeinte Linke sowieso schon von ihrem politischen Selbstverständnis einzelne Aspekte in einen politischen Gesamtrahmen einzuordnen versuchte. — Anders als z.B. die traditionelle Friedensbewegung mit ihrer Fixierung auf die Pershings.

Was uns zudem bei den Überlegungen Mut machte, war die Tatsache, daß sich diese „Restlinke“ am Anfang eines neuen Selbstbewußtseinsprozesses gegenüber der allmächtigen Friedensbewegung befand, die mittlerweile handlungsunfähig geworden war. — Damit verbunden die Hoffnung, dem ganzen Polit- und Partei-Funktionsapparat entgegen zu können, der sich mittlerweile in Bonn fest installiert hat, der allen bis dahin gelauteten Aktionen jegliche Aussagekraft genommen hatte.

Ein weiterer ganz wesentlicher Aspekt spielt in diesem Zusammenhang die Sozialdemokratie. Wir sehen zwar, nicht erst seit heute, die Gefahr für die Linke, die von der Partei der Grünen ausgeht, und haben es bisher auch immer versucht, uns diesem Problem zu stellen. Doch die Frage „Parlamentarisierung des Widerstands“ schien uns zweitrangig gegenüber dem, was im Jahre 1985 auf uns zukommen würde.

Mit dem Datum „8. Mai“ ist endgültig der Punkt (nach der Wende in Bonn) erreicht, wo die SPD und auch die DKP —

allein durch die Polarisierung in der politischen Auseinandersetzung in dieser Frage — als die „Grals Hüter des Antifaschismus“ auftreten werden. Die politische Lage hat sich tatsächlich schon so weit entwickelt, daß die SPD wieder als Opposition gegen eine Politik auftreten kann, die sie selber jahrelang vertreten und vorbereitet hat. Wenn die „unabhängige Linke“ sich in ihren Auseinandersetzungen als Schwerpunkt auf die Frage „8. Mai“ eingelassen hätte, wäre sie unweigerlich von SPD, DKP und Gewerkschaften aufgesogen worden. Damit wäre das Loch nach dem Herbst '83 endgültig gewesen. Alles, was danach noch selbstbestimmt in unserem Sinn Politik gemacht hätte, wäre ein kleiner isolierter Resthaufen gewesen, von diesem Staat leicht zu denunzieren als „Öko-Terroristen“ (Spiegel) bzw. „RAF-Umfeld“.

Nicht zuletzt wäre eine inhaltliche Konzentration der unabhängigen Linken auf den 8. Mai ein Rückschritt gewesen in Richtung auf eine Ein-Punkt-Fixiertheit, vor allem in eine Fixiertheit auf den nationalen Rahmen — eben das, weshalb wir die traditionelle Friedensbewegung so vehement kritisiert haben. Bei Eintritt einer solchen Situation wäre eine von uns bestimmte politische Arbeit, die sich in jahrelangen Auseinandersetzungen entwickelt hat, über Jahre hinweg unmöglich geworden. Wir finden es wichtig, den 8. Mai 1945 zu würdigen, aber als das was er ist. — Dieses Datum steht für die Befreiung vom Hitlerfaschismus. Dieses soll gefeiert werden. — Es steht aber nicht für die Befreiung vom Faschismus in Deutschland schlechthin. Der hat sich über dieses Datum hinweggerettet. Die Repräsentanten dieser menschenverachtenden Politik sind wieder zu „Eckpfeilern“ dieses Staates geworden. Also absolut kein Grund zum Feiern. Dieser 8. Mai 1945 steht aber auch für den Eintritt in die neue Welt(Wirtschafts)Ordnung, die noch heute Geltung hat und die wir gerade am konkreten Beispiel Weltwirtschaftsgipfel bekämpfen wollen.

Dieses aber auch klar zu machen, wäre u.E. innerhalb der 8. Mai-Kampagnen selber nicht möglich! Auch dieses ist nur möglich innerhalb einer eigenen selbstbestimmten Aktion und Kampagne — ebenfalls ohne SPD-Einfluß. Und als letzte Punkte, warum wir es für richtig halten, eine große starke Demonstration in Bonn im Zusammenhang mit dezentralen Aktionen und Informationsveranstaltungen zu machen: — seit Jahren bejammern und bekämpfen wir dieses System. Wir erklären uns solidarisch mit den Unterdrückten und Verfolgten. Und nun kommen die Exponenten dieser Politik in unser Land und wollen sich feiern lassen. Da ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, etwas dagegen zu tun. Verhindern können wir das alles nicht. Aber wir können der Welt zeigen, daß es auch hier Protest und Widerstand dagegen gibt. Und nicht zuletzt können wir den Menschen hier über Zeitungen, Diskussionen, Veranstaltungen etc. klarmachen, was hinter dieser ganzen Politik steckt, die dazu beigetragen hat, daß die BRD heute wieder eine der führenden Wirtschaftsnationen auf dieser Erde ist.

Aufruf der Anti-AKW-Bundeskonferenz

„Der Weltwirtschaftsgipfel betrifft alle Menschen in allen Ländern der Welt. Den Widerstand dagegen zu organisieren fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich einer bestimmten Bewegung ... Die Anti-AKW-Bewegung wendet sich daher an alle Menschen und politischen wie sozialen Bewegungen in der BRD ... die gegen Unterdrückung, Umweltvernichtung, Ausbeutung und Kriegs treiberei sind, darüber zu beraten, was wir der konzentrierten Macht des internationalen Kapitals und der herrschenden Politik... an Widerstand entgegen setzen können. Die Anti-AKW-Bewegung lädt zu einer bundesweiten Konferenz im Februar ein, um über die folgenden und andere Vorschläge zu diskutieren und — wenn möglich — zu entscheiden.

— In der Woche des Weltwirtschaftsgipfels finden in vielen Städten regionale Veranstaltungen statt, auf denen sich inhaltlich mit der herrschenden (Wirtschafts-)Politik und dem sie be-

treibenden und verantwortenden System auseinandergesetzt werden soll.

— Am Vorabend einer zentralen Widerstandsaktion findet ein großes Tribunal statt, auf dem Betroffene über die Auswirkungen imperialistischer Politik ... zu Wort kommen sollen.

— Den aktionsmäßigen Höhepunkt bildet am 4. Mai eine Großdemonstration am Ort des Weltwirtschaftsgipfels, in Bonn, die einen anderen und kämpferischeren Charakter als die traditionellen Friedensaufläufe haben und mit der unsere Solidarität mit den internationalen Befreiungskämpfen ausgedrückt werden soll.“ (Aus der Erklärung der Anti-AKW-Bundeskonferenz)

Euphorie und Chaos

Diesen Überlegungen und dem Aufruf folgte ein erstes Vorbereitungstreffen im Januar in Münster (etwa 30 Gruppen vertreten), wo sich zeigte, daß die dort anwesenden Personen und Gruppen in etwa das Spektrum darstellten, welches wir uns auch vorgestellt hatten. Dieses Treffen verlief, trotz z.T. großer politischer Unterschiede, sehr solidarisch und konstruktiv. Schon damals zeigten sich die verschiedenen Positionen zu zentralen Aktionen in Bonn bzw. anderswo bzw. nur dezentrale Aktionen und Tribunal bzw. Kongreß.

Wegen des solidarischen Verlaufs auf diesem Treffen waren wir auch optimistisch und voller Zuversicht gingen wir in das Göttinger Treffen — mit dem bekannten chaotischen Ausgang. Gründe für das Scheitern sind in dem anderen Artikel genannt worden. Ein wesentlicher Punkt sollte aber doch ausgeführt werden. Der ist bzw. könnte folgender sein: Die oben genannten Gründe für Aktionen zu dem Zeitpunkt an dem Ort gegen den WWG sind einfach nicht genug diskutiert gewesen, so daß es vielen Gruppen auch nicht möglich war, konsequent und konstruktiv Stellung zu beziehen. Bei vorheriger ausführlicher Diskussion hätte z.B. das Auftreten der BUF-Menschen (Bündnis-Taktiererei) nicht eine so verheerende Wirkung haben können. Den Fehler aber hier nur bei diesen Gruppen zu suchen, ist verfehlt. Wir, die wir uns schon so weitgehende Gedanken gemacht hatten, haben es versäumt, diese Gedanken auch vorher in die Diskussionen einzubringen, anstatt sich darauf zu verlassen, daß ähnliche Gedanken an anderer Stelle diskutiert werden. Vielleicht sind wir da auch selber schon viel zu sehr in den Gefilden der "Polit-Funktionäre" (oder sind wir selber schon welche?). Dieses zusammen mit den großen Berührungsängsten und dem z.T. unsolidarischen Verhalten zueinander führte bei uns in Göttingen zu einem totalen Frust und zu der Einschätzung, daß die unabhängige Linke momentan nicht fähig ist, solche Aktionen und Kampagnen (auch nach außen hin) selbständig und basisdemokratisch durchzuführen. Die ganze Aktfon schien für uns selber gestorben — ohne Perspektive. Auch wenn drei Wochen später in Bonn und in Münster ein recht vielversprechender Neuanfang gemacht wurde, so hatte die Göttinger Konferenz doch ein ganz konkretes Ergebnis — die Eigendynamik, die die ganze Kampagne vorher gehabt hatte, vor allem die Kraft, unabhängig von allen existierenden Gremien, Gestalt anzunehmen, war dahin. Die Initiative lag jetzt beim BUF und anderen Gruppen mit vielen taktischen Hintergründen, die dem ganzen eine Menge Kraft zu nehmen schienen.

Vor allem führte die Bildung des Trägerkreises bei vielen zu neuen unüberwindlichen Schranken, die (noch begründet aus den Erfahrungen vorheriger Bonn-Aktionen) nicht oder nur sehr schwer überwunden wurden. Wir sind in der Anti-AKW-Bewegung eigentlich immer ohne solche Gremien ausgekommen, was auch nur gut war. Allerdings hatten wir auch immer genügend große Zusammenhänge vor Ort, die die rein organisatorische Arbeit übernahmen. Dies scheint in Bonn anders.

Geheimdiplomatie

Von Anfang an war klar, daß dieser Trägerkreis kein reines Organisationsgremium sein würde, sondern daß dort die Politik

gemacht werden würde, und zwar vorwiegend von Polit-Funktionären. Eine Situation, die eigentlich unserem eigenen politischen Verständnis entgegensteht. Wir haben dort trotzdem mitgearbeitet. Aus folgenden Gründen: Die Zusammensetzung des sich allwöchentlich treffenden Kreises erschien uns politisch sinnvoll, da das gesamte Spektrum, welches uns vorher vorschwebte, gleichberechtigt vertreten war. Gleichzeitig hatte uns auch das mittlerweile stark gestiegene Interesse an inhaltlichen Materialien zum WWG Mut gemacht, daß die ganze Kampagne doch noch eine Perspektive besaß. Im Trägerkreis waren zu dem Zeitpunkt keine Gruppen aus dem SPD- bzw. DKP-Spektrum vertreten. Die vermeintliche Übergewichtigkeit der Grünen glaubten wir durch die eigene politische Kraft kompensieren zu können. Zudem erschien uns jeder andere Versuch, zu diesem Thema etwas vernünftiges bundesweites auf die Beine zu stellen, von vornherein als aussichtslos bzw. als Schwächung dieses Bündnisses. Die anfänglichen Befürchtungen, dem Geschangel und Gemauschel der Polit-Funktionäre nicht gewachsen zu sein, stellten sich dann auch als sehr konkret heraus. Da wurden Papiere geschrieben, interfraktionelle Gemauschel jagten einander, in einer Geschwindigkeit und Undurchsichtigkeit, daß es vielen von uns schwer fiel, den Über- und Durchblick zu bewahren. Aus dem Tribunal schien ein reines medienfixiertes Spektakel zu werden. Der Komplex „Imperialismus und Widerstand“ (ein Hauptanliegen der autonomen Kräfte) schien plötzlich ganz rauszufallen. Der Antrag auf Einberufung einer neuen Aktionskonferenz wurde einfach abgelehnt, da diese angeblich nicht nötig sei. Inhaltliche Vereinbarungen des einen Treffens wurden beim nächsten Treffen wieder umgestoßen und mußten unendlich lang neu diskutiert werden. Der Komplex "8. Mai" und "Militarisierung" bekam aus bündnispolitischer Taktiererei ein Übergewicht.

Die Methoden und die Umgangsweisen, wie sie teilweise herrschten, widersprachen jeglichem Politikverständnis, was wir mitbrachten. Dies führte letztendlich dazu, daß wir selber zu Methoden griffen, um dort mit unseren Positionen nicht unterzugehen, die wir eigentlich ablehnen. Z.B. damit zu drohen, als Organisation auszusteigen, wenn unsere Inhalte nicht weiter berücksichtigt würden. Dieses Vorgehen hatte dann auch noch einigermaßen Erfolg. Und danach ging dann doch alles ein wenig einfacher. Letzendlich wurde ein bundesweiter Aufruf des Trägerkreises verabschiedet, der genauso gut oder schlecht ist, wie ein Kompromißpapier sein kann. Alle Gruppen hatten Bauchschmerzen damit, die BUKO ist deswegen sogar ausgestiegen. Wir haben diesen Aufruf trotzdem unterstützt, obwohl er in manchen Punkten wirklich die Schmerzgrenze zumindest erreicht, weil es das Ergebnis der ganzen Diskussionen und Auseinandersetzungen im Trägerkreis beinhaltet, und weil wir die gesamte Aktion und Kampagne in ihrem ganzen Zusammenhang nach wie vor richtig und wichtig finden. Und, weil wir es auch richtig finden, innerhalb dieses Spektrums zu arbeiten, allerdings erst, nachdem einige Sachen abgeklärt waren und letztendlich doch ein einigermaßen solidarisches Arbeiten möglich war. Bei einem stärkerem Auftreten von Gruppen aus unserem Spektrum wäre wohl auch noch einiges mehr möglich gewesen.

Was ist übrig geblieben ?

Von unseren anfänglichen Überlegungen mußten wir in einigen Punkten doch Abschied nehmen.

Die Art des Politikmachens nach basisdemokratischen Grundsätzen, um z.B. gerade dem "autonomen" Politikverständnis wieder mehr Stärke zu geben, mußten wir begraben. Das "Gremium von oben" hat sich auch diesmal wieder durchgesetzt. Teile der Autonomen, die wir als wichtigen Bestandteil des Spektrums angesehen hatten und haben, in dem wir Politik machen wollen, haben sich auch diesmal aus dem Bündnis verabschiedet. Im Aufruf sind wir nicht um eine Formulierung über die Aktionsform herumgekommen. Und die dort gewählte Formulierung bereitet zumindest Bauchschmerzen. Der Punkt "8. Mai"

steht unserer Meinung nach im Aufruf viel zu sehr im Vordergrund.

Die Arbeit dazu hat uns unheimlich viel Kraft gekostet, die vielleicht besser woanders aufgebracht worden wäre. Wesentliche Vorstellungen sind aber konkret geworden, die wir sonst nicht erreicht hätten.

— Das Tribunal ist in der jetzigen Ausgestaltung alles andere als nur medienfixiert. Von den Inhalten her sind unsere Vorstellungen real geworden. Ob sie auch darüberhinaus etwas bewirken können, hängt von uns ab.

— Die Demonstration findet statt am Ort des Geschehens (wenn auch nicht direkt im Regierungsviertel). Die Aktion kann und wird auch nicht mehr verstanden als bloßer Aufguss der traditionellen Bonn-Demos. Die Aktion gewinnt praktisch mit jedem Tag auf den Gipfel zu an Brisanz.

— Demonstration in Bonn, Tribunal und dezentrale Aktionen stehen als ein Ganzes da und werden von den Gruppen so vertreten.

— In fast allen größeren Städten haben sich Bündnisse zusammengeschlossen, von denen während der ganzen Zeit Veranstaltungen zu dem Thema gemacht werden.

— Allein die inhaltliche Auseinandersetzung mit diesem Thema von so vielen Menschen, ist ein wesentlicher Fortschritt gegenüber den Jahren vorher. Die unabhängige Linke hat ihre Unabhängigkeit zumindest bewahren können.

— Die ganze Kampagne ist nicht zu einer, wie von vielen beschworen, Grünen Wahlkampfveranstaltung geworden. Ein endültiges Fazit kann frühestens nach dem Gipfel gezogen werden. Und wird sich letztendlich auch daran zeigen, ob dieses Bündnis und dieses Thema nur ein für den Moment aufgesetztes Thema war oder ob sich daraus tatsächlich eine Perspektive entwickeln kann.

Redaktion Atom Express

25 000 auf der Gipfeldemo

Atom Express & Atommüllzeitung

300000 Menschen waren wir nicht, die wir in Bonn demonstriert haben. Somit haben Teile der Friedensbewegung die Lage richtig eingeschätzt, als sie es unter anderem mit diesem Argument ablehnten, zum Weltwirtschaftsgipfel zu mobilisieren. Wir waren eine Null weniger. Aber nicht nur dadurch hat sich diese Demonstration von all denen der letzten Jahre unterschieden. Wir sind nicht nur „Aufgestanden für den Frieden“, wir haben demonstriert, was wir von dieser Welt und ihrer Ordnung halten, und wir haben gekämpft gekämpft darum, uns nicht auseinanderknüppeln zu lassen. Und so viel, wie an diesem Tag, hat die Polizei in Bonn lange nicht mehr geknuppelt.

In der öffentlichen Presse ist kaum über diese Demonstration berichtet worden, und wenn, dann nur, daß ein paar Scheiben klirrten und 50 Chaoten Randalen machten. Selten zuvor ist eine solche Nachrichtensperre und Verdrehung dagewesen, zumindest in der deutschen Presse. Weil diese Demo so unwichtig war? Wohl kaum! Im Gegenteil! Eine Signalfunktion könnte davon ausgehen. Nicht weil es Randalen gegeben hat, die ist direkt von der Polizei ausgegangen und provoziert worden. Das größte Polizeiaufgebot in der Geschichte der BRD -15000 an der Zahl war in Bonn zusammengetrommelt worden. Schon in den Tagen vorher ließen diese Beamten keinen Zweifel daran, daß sie ungeheuer gereizt und „heiß“ aufs prügeln waren. NRW-Innenminister Schnoor hatte alles auffahren lassen, was sich diese Republik in den letzten 10 Jahren aufgebaut hat: von normaler Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz über Mobile Einsatzkommandos MEK und Sondereinsatzkommandos SEK bis hin zur GSG 9. Dies alles paßte sehr gut zur Hetze vorher gegen das Tribunal und die Demonstration (Chaoten, Terroristenumfeld, Autonome und Kommunisten), die ihren Höhepunkt in den Provokation am Freitag hatten, als das gesamte Tribunal überwacht und fast alle Autos durchsucht wurden und in der Festnahme

von 60 Punks in der Innenstadt.

Trotzdem sind so viele Menschen aus den unterschiedlichsten Ecken der Bewegung zusammengekommen. Die Parolen auf den Transparenten reichten von „Frieden Jetzt“ über „Kohl und Reagan nach Bittburg für immer“ bis zu „Zusammenlegung der Gefangenen“. Die „Revolutionäre Partei Perus“, die Türken, die Tamilen die trotz Abschiebegefahr demonstrierten -, die vielen Lateinamerikaner, die französischen Soldaten, die sich in den Block zur Befreiung der Kanaken um deren Präsidenten Jean-Marie Tjibaou eingereiht hatten, gaben der Demonstration das Gewicht, welches den Inhalten entsprach. Friedensbewegte und Grüne demonstrierten genauso entschlossen, wie der Frauen- und Autonomen-Block.

Trotz des bedrückenden Polizeiaufgebots und der Erwartung einer „Spalier-Demo“ herrschte eine kämpferische und durch nichts einzuschüchternde Stimmung. Die Verkündung der Demonstrationsauflagen erntete dann auch die entsprechende Resonanz - Gelächter und Trillerpfeifen. Die Demoaufgaben bestanden u.a. darin, daß Vermummungsverbot angesagt war, Verbot der „passiven Bewaffnung“, Transparente mit beleidigendem Inhalt waren untersagt. Die Erwartung einer Spalierdemo bewahrheitete sich von Anfang an. Alle 10 Meter ein Beamter. Von Anfang an Dokumentationstrupps und behelmte Einheiten in Rufnähe.

Nach 500 Metern passierten wir das Innenministerium, welches eigentlich schon genug Anreize für Aktionen hat. Daß sich aber zusätzlich noch die Polizeieinsatzleitung, andere Zivilbeamte und vorneweg GSG 9 Chef Wegener breitbeinig vor vorm Portal aufbauten, um die Demo „persönlich an sich vorbeischieben zu lassen“, konnte eigentlich nur als gewollte Provokation aufgefaßt werden. Die Antwort darauf waren einige Farber und Sylvesterknaller. Die Polizei nahm dies und vor allem die Vermummung einiger Leute zum sofortigen „Anlaß“, ihre Knüppel schwingenden SEK's einzusetzen. Obwohl die Demo ruhig und geschlossen weiterging, brachen die SEK'ler mit haßerfüllten und grinsenden Fratzen in die Reihen ein und schlugen gezielt auf die ungeschützten Köpfe der Leute. Dieser erste kurze Einsatz endete mit der Aufforderung der Polizei, sofort die Vermummung abzulegen, anderenfalls würde die Demonstration aufgelöst werden. Von da ab wurde der ganze „autonome Block“ mit Spalier in Vollmontur begleitet. Nach mehreren weiteren Provokationen durch die Polizei (willkürliches Einbrechen in den Demozug und Knüppel frei), die aber alle zu keinem Riß oder Spaltung innerhalb der Demo führten, kam es am Anfang der engen Bonner Innenstadtstraßen zum brutalsten Polizeiübergreif. Trotz des ständigen Spaliers sorgten weiterhin Sprechchöre und Sylvesterknaller für Stimmung, als die Polizei mehrere willkürliche Übergriffe in kurzem Abstand startete und die ersten Leute festnahm.

Angesichts der Brutalität der SEK'ler und der Enge der Straßen kam es zu den ersten Unsicherheiten und in der Demo entstand ein Loch von ca. 20 m. Die Versuche, dieses Loch wieder zu schließen und weiterzugehen, wurden immer wieder von den SEK'lern verhindert, die die Menschen wahllos zusammenprügelten. An dieser Stelle wurden etwa 15 Leute festgenommen und 20 zum Teil herbe verletzt.

Trotz dieses Einsatzes gelang es, das Loch wieder zu schließen. Die Polizei saß letztlich im eigenen Mauseloch, wegen der Enge kam der eigene Nachschub nicht durch und die SEK'ler sahen sich plötzlich entschlossener und verzweifelter Gegenwehr gegenüber. Mit Parolenrufen ging der Zug ge- und entschlossen weiter bis zum Knast, ohne daß es weitere Polizeiübergreif gab. Am Knast gab es noch einen kurzen Stop und Solidaritätsbekundungen für die zwei dort einsitzenden türkischen Konsulatsbesitzer. Dannach ging es unbehindert weiter zum Münsterplatz. Durch das sich Fixieren der Polizei auf den Autonomenblock hatte ein anderer mehr Spielraum: die Frauen sorgten dafür, daß die am Wege liegenden Sex-Shops alle der Reparatur bedürfen.

Zu Beginn der Abschlußkundgebung versuchte die Polizei-führende die bis dahin politisch starke und ausgesprochen solida-

rische Demonstration zum Desaster werden zu lassen. Gleich zu Beginn wurde der Münsterplatz von behelmt Einheiten umstellt. Ein Transparent der Jobber-Initiativen - Die Buckelkatze - am Beethovenendenkmal mitten auf dem Münsterplatz und der angeblich den öffentlichen Frieden störende Stand der peruanische KP wurden zum Anlaß genommen, eine Polizeieinheit in die Menge zu schicken. Beim Versuch, den Denkmalschutz wiederherzustellen und das Transparent wieder abzuhängen, erntete die Einheit wütenden Protest, der sich im Schmeißen von Stöcken und Flaschen etc. äußerte. Die Einsatzleitung hatte endlich den Anlaß, ihre SEK's von neuem einzusetzen. Die ganze Abschlußkundgebung schien zu kippen und in eine Schlacht auszuarbeiten. Die SEK's schlugen dabei wieder mit äußerster Brutalität gezielt auf die ungeschützten Köpfe der Menschen.

In einer total verzweifelten Lage (totale Enge, kein Platz zum Ausweichen, kein Eingehen auf Beschwichtigungsversuche) fingen Leute an, sich zu wehren. Die Polizeieinheiten wurden zurückgedrängt, wobei es allerdings zu üblen Sachen kam. Teilweise wurde so unkontrolliert geworfen, daß viele von uns die Sachen abbekamen, vor allem diejenigen, die sich beschwichtigend zwischen die Reihen stellten. Da sollten sich einige Leute doch mal an die eigene Birne fassen.

Die SEK'ler starteten neue Übergriffe. Ein Trupp hatte sich dabei zu weit vorgewagt und stand plötzlich abgeschnitten von den anderen vor dem „Kaufhof“. Beim Zurückdrängen dieser Einheit gingen dann auch die Scheiben mehrerer Geschäfte zu Bruch, vor denen sie Schutz suchten. Danach gab es keine weiteren Polizeivorstöße mehr.

Bei diesen Auseinandersetzungen wurden etwa 20 Leute festgenommen und dutzende z.Teil schwerer verletzt.

Dann wurde die Abschlußkundgebung fortgesetzt, es kam sogar wieder Stimmung auf. Um 18.00 Uhr endeten die Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel.

Tribunal gegen den Gipfel

Bis auf den letzten Platz besetzt war die Bad Godesberger Stadthalle beim Tribunal gegen den Weltwirtschaftsgipfel am 3. Mai - und einige hundert Leute tummelten sich überdies zwischen den Büchertischen im Foyer oder in den Zelten auf dem Parkplatz. Zwölf Stunden lang wechselten Referate, Arbeitsgruppendifkussion und sogenannte „Panels“ - Dialoge zwischen Referent/in und Publikum - einander ab, auf einem inhaltlich außerordentlich hohen Niveau, rhetorisch aber mit Höhen und Tiefen.

„Über das Unrecht zu informieren, ist eine Sache. Die Menschen zu motivieren, gegen das Unrecht zu kämpfen, eine andere“, hat Berthold Brecht einmal - sinngemäß - gesagt. Manche Beiträge auf dem Tribunal, analytisch, wissenschaftlich, dezidiert, orientierten sich eher an dem erstem Weg; andere, die auch die persönliche Betroffenheit des/der Vortragenden vermittelten, zielten genau auf den Bauch und das Herz der Zuhörenden, und sie trafen. Atmosphärische Höhepunkte waren dabei die Referate des Schotten David Hamilton, der für die National Union of Mineworkers NUM sprach, von Rafael Sanchez (Mitglied der anarcho-syndikalistischen spanischen Gewerkschaft CNT), von Jean-Marie Tjibaou (Kanakische Befreiungsfront) sowie Roman Bedor von der Südpazifik-Insel Palau.

Obwohl das Thema Nicaragua nicht zuletzt wegen des kurz zuvor verhängten Handelsboykotts der USA zum Schwerpunkt des Tribunals wurde, blieb der Beitrag von von Felix Contreras, dem Vize-Präsidenten der sandinistischen Wissenschaftlervereinigung CONAPRO, eher blaß. Sehr interessant verliefen nach übereinstimmender Einschätzung von Teilnehmerinnen auch die Arbeitsgruppen über den Zusammenhang von Imperialismus und Patriarchat, in den es um Bevölkerungspolitik und geschlechtliche Arbeitsteilung ging.

Die Organisation war insgesamt hervorragend; trotz einiger Verzögerungen und Längen beim Übersetzen gab es keine größeren Pannen, und auch der Zeitplan wurde zum Erstaunen vor allem

der Planer/innen fast bis auf die Minute eingehalten. Hinter den Kulissen, konkret hinter der Bühne gab es den ganzen Tag über Hektik und zähe Diskussionen im Trägerkreis beim Ringen um eine gemeinsame Abschlußklärung des Tribunals, um Rederecht bei den Pressekonferenzen und um Formulierungen in den Stellungnahmen zu Nicaragua oder Bittburg. Die in einem Hinterraum eingerichtete kleine Druckerei wurde in ihren Kapazitäten fast gesprengt.

Am Mittag begann die Polizei, alle den Stadhallenparkplatz verlassenden Autos zu durchsuchen und Personalienfeststellungen vorzunehmen. Die Massenkontrollen wurden mit „Gefahr im Verzuge“ begründet. Der grüne Ex-Bundestagsabgeordnete Walter Schwenninger wurde, als er gegen die Durchsuchungen protestierte, festgenommen, zur Wache verbracht und dort geschlagen und mißhandelt. Erst am Abend kam er wieder frei, ebenso wie andere im Verlauf des Tages verhaftete Tribunalteilnehmer/innen. Als mehrere hundert Leute am Ende des Tribunals geschlossen zu ihren Fahrzeugen gingen, wurden sie von der Polizei, teilweise unter Knüppelinsätzen, auf eine Wiese getrieben; jedes Fahrzeug wurde durchsucht, die sichergestellten Gegenstände - Benzinkanister, Werkzeug, ein paar Helme - der Presse später als Angriffswaffen präsentiert.

Von den Polizeiübergriffen, die ein entsprechend hartes Vorgehen für den nächsten Tag bereits andeuteten, abgesehen, war das Tribunal politisch und von der Beteiligung ein voller Erfolg. Eine solche Veranstaltung zu organisieren und ihr gleichzeitig eine klare inhaltliche Aussagekraft und Stoßrichtung zu verleihen, ist keine Kleinigkeit. Das Verdienst dafür gebührt vor allem den Trägerkreisorganisationen, die dies durch entsprechende Vorfelddarbeit möglich gemacht haben.

Der Erfolg ist umso größer, wenn man bedenkt, daß das gesamte BBU-, SPD- und DKP-Spektrum am Tag zuvor in der seit Monaten angemieteten Beethovenhalle nichts als eine mickrige Pressekonferenz zustandebrachten, an der sich leider auch Joschka Fischer von den Grünen beteiligte, aber der ist ja selber schon zu drei vierteln ein Sozialdemokrat.

EINSCHÄTZUNG UND AUSWERTUNG DER BUNDESWEITEN AKTIONEN GEGEN DEN WWG UND DER ARBEIT IM TRÄGER-INNENKREIS DER AUTONOMEN FRAUENGRUPPEN

Um eine Einschätzung abzugeben, ob es richtig war, als autonome Frauengruppe an den bundesweiten Aktionen gegen den WWG teilzunehmen, zu ihnen aufzurufen, und sich an ihrer Vorbereitung und Durchführung durch die Arbeit im Trägerinnenkreis zu beteiligen, ist es zunächst notwendig, noch einmal unsere anfängliche Position darzustellen. Dies heißt, die folgenden Punkte zu erläutern:

1. Warum sind wir zur bundesweiten Konferenz nach Göttingen gefahren?
2. Was war dort unser Konzept?
Welche Ideen, Vorstellungen und Ziele beinhaltete es?
Gab es darin Kompromißmöglichkeiten?
3. In welchen Zusammenhängen sahen wir die Basis unseres Konzeptes?
4. Auf welchen Tatsachen und Bedingungen beruhte unser Entschluß, im Trägerinnenkreis (TK) mitzuarbeiten?

Die Entscheidung, als Frauengruppe nach Göttingen zu fahren, um dort unsere Position zu vertreten, beruhte auf der gleichen inhaltlichen Auseinandersetzung und persönlichen Betroffenheit, die bereits vorher unsere Mitarbeit im regionalen Bündnis bedingt hatte. Der inhaltliche Schwerpunkt lag/liegt in dem Wissen, daß durch den engen Zusammenhang von Imperialismus und Patriarchat Frauen stets einer zweifachen Unterdrückung durch das herrschende Weltwirtschaftssystem ausgesetzt sind. Befindet sie sich im „Normalfall“ schon in der Doppelbelastung Arbeit und Familie, bzw. unter dem Druck der geschlechtlichen Arbeitsteilung, so ist die ökonomische Krise für sie eine Krise der Gesamtlebensprozesse.

- Hausfrauisierung der Arbeit
- Zementierung der Ideologie „Frau an Heim und Herd“ und damit verstärkte Verdrängung aus dem Erwerbsleben, ihrer ökonomischen Unabhängigkeit.
- Gen- und Reproduktionstechnik als ein Mittel der Bevölkerungspolitik, und (die erneute Diskussion um) das Verbot der Abtreibung entziehen Frauen die eigenständige Verfügung über ihren Körper, und degradieren sie zu einem Mittel zum Zweck, d.h. ihre Körper dienen der Aufrechterhaltung dieses Systems.

Alltägliche Gewalt gegen Frauen (Werbung, Diskriminierung am Arbeitsplatz, Pornographie, Vergewaltigung...) wird im Bereich der Prostitution und des Sextourismus von den Herrschenden geplant und gesteuert. Der kontrollierte (und profitorientierte) Sexismus ist zur Aufrechterhaltung des Militärs und zur Durchführung von Kriegen unersetzlich. Nebeneinander werden zur moralischen Stützung der Soldaten das Bild der treuen, wartenden Ehefrau (für die es sich lohnt, das Vaterland zu 'verteidigen') und die Prostitution (zur Verdrängung der Kriegssituation, und zur Aufrechterhaltung des männlichen Dominanzverhaltens) ideologisch und strategisch durchgesetzt. Diese spezifisch gegen Frauen gerichteten Unterdrückungsmechanismen bedeuten in ihrer Konsequenz, daß Frauen nicht 'nur' von der weltweit existierenden ökonomischen Ausbeutung betroffen sind, sondern zusätzlich einer gesellschaftlich-sexistischen ausgesetzt sind. Die patriarchale Unterdrückung stellt eine zentrale Funktion in der Aufrechterhaltung des kapitalistischen/imperialistischen Herrschaftssystems dar.

Auf Grundlage dieser (hier nur grob umrissenen) Inhalte haben wir unsere Vorstellungen von Aktionen gegen den WWG diskutiert. (Tribunal und Demo) Voraussetzung für unsere Teilnahme war eine gleichberechtigte Problemstellung der o.g. Themen innerhalb der allgemein diskutierten Themenblöcke, d.h. jeder Themenschwerpunkt mußte neben der Darstellung der weltweiten Ausbeutung und Unterdrückung spezifische Frauenstandpunkte behandeln. Ein gesondert stehender Themenblock „Imperialismus und Patriarchat“ war zudem unersetzlich, weil eben dieses kapitalistische System nicht existiert ohne den einen Hauptwiderspruch Patriarchat.

Welche Frauenthematischen Schwerpunkte gesetzt werden sollten, sollte die Diskussion aller interessierten Frauen sein. Dies als Voraussetzung unserer Mitarbeit und Teilnahme im WWG-Bündnis hieß konsequenterweise, keinen Kompromiß an diesem Punkt einzugehen. Gleiches galt für die Durchführung von Arbeitsgruppen auf einem Tribunal, und zwar aus den beiden folgenden Gründen:

1. Ein Tribunal ohne Arbeitsgruppen wäre unseres Erachtens eine reine presseorientierte Prominentenshow gewesen, die wenig/keinen Bezug zu unserem Widerstand gegen das System/den WWG besitzt. (Richtiger fanden wir sowieso die Durchführung eines Kongresses)
2. Einen Sinn in dem Tribunal sahen wir nur dann gegeben, wenn es auch einen praktischen Nutzen für alle, die sich im Widerspruch zum herrschenden System befinden, ergab. D.h. es mußte die Möglichkeit (in Form von AGs) geben, die dort nach außen hin vertretenen Inhalte zu diskutieren, Kontakte aufzunehmen, und detaillierte Nachfragen zu beantworten.

Was die weitere Form und die Organisation des Tribunals betraf, so haben wir uns auf die im regionalen Bündnis erarbeitete Konzeptgrundlage bezogen, die von diesem in Göttingen vorgestellt wurde. Trotzdem jede/r aus diesem Bündnis den gemeinsamen Vorschlag erläutern konnte, war es aus unserem Selbstverständnis einer autonomen Frauengruppe klar, daß nur wir selbst die frauenspezifischen Standpunkte einbringen konnten. Eine Diskussion darüber wollten wir auf der Göttinger Konferenz nicht, was wir dort auch offensiv vertreten haben. Eine Diskussion hätte nur - mal wieder - offengelegt (was durch etliche zu beobachtende Reaktionen bestätigt wurde), daß linke, autonome Politik nicht zwangsläufig bedeutet, der Auseinander-

setzung um die ökonomische und gesellschaftliche Ausbeutung der Frauen einen gleichberechtigten Stellenwert einzuräumen. Was wir wollten, läßt sich wie folgt zusammenfassen:

1. Unsere zweifache Unterdrückung, und damit die frauen-spezifische Betroffenheit inhaltlich und praktisch im Widerstand gegen den WWG offenlegen.
2. Auf Frauen treffen, die dieses Interesse teilen, um gemeinsam mit ihnen zu diskutieren, wie wir uns, in der Position einer autonomen Frauengruppe, an der Vorbereitung und Durchführung eines Tribunals u.a. bundesweiter Aktionen beteiligen wollten.
3. Dem Anspruch, Gleichberechtigung von Frauen in der politischen Arbeit, innerhalb des in Göttingen vor allem autonomen Spektrums, ein wenig auf die Sprünge helfen, bzw. ihn (an diesem Punkt) umzusetzen.

Daß unsere Vorstellungen auf das starke Interesse vieler Frauen stießen, zeigte sich in der Diskussion mit in Göttingen anwesenden Frauen und in den Reaktionen die in der darauf folgenden Zeit kamen.

Die für uns ausschlaggebenden Gründe, nach Göttingen zu fahren, und die Durchsetzung der für uns Frauen relevanten Punkte dort, lassen sich grundsätzlich auf den Entschluß, im TK mitzuarbeiten, übertragen. Auch wenn dem TK eine rein organisatorische Funktion zugestanden wurde, hatten wir von vorne herein Bedenken, bezogen auf die Art und Weise, wie hier Arbeit stattfinden und Entschlüsse gefaßt werden würden. Das heißt, inwieweit unser Selbstverständnis von basisdemokratischer Politik nicht von Machtpolitik und büdnistaktischem Vorgehen verinnahmt werden sollte/würde. Da wir jedoch zum TK keine funktionsfähige Alternative sahen, wie innerhalb der relativ kurzen Zeit das Tribunal und die Demo hätten organisiert und vorbereitet werden können, haben wir aus der Position heraus, unsere Inhalte werden nur von und mit Frauen bestimmt, darin mitgearbeitet.

Die o.g. Befürchtungen wurden in der darauffolgenden Zeit oft genug bestätigt. Nur zu häufig kamen Kompromisse aus büdnistaktischen Gründen zustande, statt aus einer ehrlichen Auseinandersetzung heraus. Zudem wurde mehr als einmal das Motto: „Wer das Geld hat, hat mehr Macht und übt mehr Druck aus“ ausgespielt (Gewaltfrage, Aufruf...). Daß auch wir selbst uns nicht gänzlich einer StellvertreterInnenpolitik entziehen konnten, zeigte sich dann an solchen Punkten, wie z.B. der Entscheidung, gegen das Demoverbot der ursprünglich vorgesehenen Route nicht gerichtlich vorzugehen, bzw. dieses zu „akzeptieren“. Dies klare Abweichen von einem vorherigen, in Gruppen diskutierten Beschluß, hat nichts mehr mit Basispolitik zu tun. Auf übelste Weise zeigte sich das Funktionärsgehabe im Umgehen mit der Vertreterin des BUKO. Ihr wurde vorgehalten, daß sie doch eigentlich zu jung, unerfahren etc. sei, als daß sie wirklich ernsthaft mitdiskutieren könnte. Ein derartiges Verhalten bedarf wohl keines weiteren Kommentars...

Nun zur Diskussion um die inhaltliche Zusammensetzung des Tribunals. Am Umgang mit den Referaten, die insbesondere auf die Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen einging, hat sich nur zu deutlich der Widerspruch gezeigt zwischen dem linken Anspruch, die Gleichberechtigung der Frauen zu wollen, und an seiner Umsetzung zu arbeiten. Dies äußerte sich zunächst in einem völligen Desinteresse an den Inhalten der von uns eingebrachten Themen. Wurde an den übrigen Themen mehr oder weniger diskutiert, warum welche Person welches Referat halten sollte, so fand weder eine Nachfrage, geschweige denn eine Diskussion bezüglich der von uns vorgestellten Frauen und ihrer Themen statt. Der Grund dafür lag jedoch nicht im Akzeptieren der inhaltlichen Stoßrichtung, sondern darin, daß fast alle nicht einmal wissen wollten, wie diese aussah - und es letztendlich auch nicht wußten. Das fehlende Selbstverständnis, frauenspezifischen Standpunkten den gleichen Stellenwert beizumessen, also sie als gleich wichtig wie die anderen Problemstellungen zu sehen, wurde natürlich nicht offen zugestanden (bis auf wenige Ausnahmen). Insofern bezeichnen wir unsere Mitarbeit im TK in gewisser Weise auch als Alibifunktion für die poli-

tische Aussage der Gegenaktionen. Inwieweit Berührungsängste dabei eine Rolle spielten, läßt sich schwer einschätzen, da sie nicht im TK selbst geäußert wurden. Wenn sie jedoch da waren, sind sie keine Rechtfertigung, sondern sollte viel eher einmal der Frage nachgegangen werden, warum ??(um nicht der „Gefahr“ ausgesetzt zu sein, doch als „Macho“ zu gelten?).

Wie wenig der Zusammenhang von Frauen- und „Allgemein“-politik begriffen wurde, zeigte sich auch dann, wenn es um die Gesamtgestaltung der einzelnen Themenblöcke ging. Es ist schon peinlich, wenn Leute immer noch nicht begreifen, was Militarismus mit Sexismus zu tun hat, und wie wichtig dieser für die Aufrechterhaltung der Militärapparate ist!! - und deshalb auch in den entsprechenden Themenblock gehört! Oder: Warum gehört die Durchsetzung geschlechtlicher Arbeitsteilung/Hausfrausierung der Arbeit durch (sog) Entwicklungsprojekte des BMZ in den Zusammenhang der Auswirkungen des Imperialismus auf die sog. 3. Welt-Länder?...

Die Alibifunktion bestätigte sich ebenfalls in den Reaktionen auf die am 3.5. gehaltenen Referate. So konnte sich z.B. Jean-Marie Tjibaou am Punkt der „Militärstrategien in Süd-Ost-Asien“ der allgemeinen Zustimmung sicher sein. Wie sexistisch er aber die soziale/gesellschaftliche Stellung der Frauen in Neukaledonien bestimmt hat, wurde nicht in Frage gestellt.

Die Zusammenarbeit mit den im TK anwesenden Autonomen bedarf insofern einer eigenen Erwähnung, als daß wir zu ihnen den konkretesten Bezug hatten. Auseinandersetzungen, sowohl auf inhaltlicher Ebene, als auch über unsere Positionen im TK, und ob es richtig war, an bestimmten Punkten noch weiter darin mitzuarbeiten, beschränkten sich nicht nur auf die Wochenendtreffen. So war es auch möglich, uns an einigen Punkten gegenseitig zu stützen, z.B. in der Frage, ob ein General auf der Abschlußkundgebung reden sollte (was von uns abgelehnt wurde), oder in der Diskussion um den Themenschwerpunkt „Vereinheitlichung von Justiz- und Repressionsapparaten in Westeuropa“. Eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit unseren inhaltlichen Standpunkten, hat aber auch hier nicht stattgefunden.

Trotz der beschriebenen Strukturen des TK, welche unser Selbstverständnis in dieser Arbeit zumindest in den letzten vier Wochen immer mehr in Frage gestellt haben, halten wir es insgesamt für richtig, uns an der Durchführung des Tribunals und der Demo (mit einem eigenen Aufruf) beteiligt zu haben. Ausschlaggebend dafür ist das, was wir unserer Meinung nach von unseren Zielvorstellungen erreicht haben:

1. Frauenspezifische Standpunkte sind inhaltlich auf dem Tribunal, d.h. nach außen hin gleichwertig vertreten gewesen (wohl zum ersten Mal bei einer derartigen Veranstaltung).

2. Unsere Befürchtung, das Tribunal könnte zu einer reinen Prominentenshow verkommen, hat sich durch das starke Interesse und die zahlreiche Teilnahme an den Arbeitsgruppen nicht bestätigt. In ihnen (den AGs) haben sowohl gute Diskussionen, als auch ein breiter Informationsaustausch stattgefunden. Dies fand in den nächsten Wochen seine Fortsetzung durch weitere Nachfragen. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß im TK zu wenig an einem Konzept überlegt worden ist, welches den Arbeitsgruppen von vornherein mehr Raum und Zeit eingeräumt hätte. Diese Kritik ist auch von ganz vielen geäußert worden.

3. Die gute Mobilisierung zur Demo mit dem Frauenaufruf hat sich in dem (unerwartet) starken Frauenblock wiederspiegelt.

4. In den Versuch einer Auswertung gehört schließlich auch hinein, daß für uns die ganze Arbeit eine wichtige Erfahrung gewesen ist. D.h., für uns alle war es das erste Mal, auf bundesweiter Ebene Aktionen mitzuorganisieren. Darüber haben sich im positiven Sinn Möglichkeiten eines weitergehenden überregionalen Informationsaustausches und damit verbundener Diskussionen entwickelt. Jedoch haben wir auch erfahren, wie schnell frau selbst in die Position einer Funktionärin geraten kann/kommt.

Zu der Frage, ob wir uns noch einmal an solchen Aktionen in einem breiten Bündnis beteiligen würden:

Grundsätzlich ja, aber unter genauer formulierten Bedingungen

und kontinuierlich geführten Diskussionen.

- Zeitdruck darf kein Grund sein, Diskussionen u.a. um eigene Strukturen, Berührungsängste, Inhalte etc. auf nachher zu verschieben. Sie müssen Bestandteil der Arbeit sein.

- Unsere Inhalte dürfen keine Alibifunktion haben, sondern müssen in der Auseinandersetzung enthalten sein.

- Bestehende Infrastrukturen müssen allen zugänglich sein/gemacht werden, und nicht den „Erfahrenen“ vorbehalten sein.

- Unter der Berücksichtigung von jetzt laufenden/gelaufenen Auseinandersetzungen um und über die WWG-Aktionen, müssen Möglichkeiten der eigenen Infrastrukturen erweitert und gefestigt werden, um eine autonome Frauenposition in einem derartigen Bündnis, bzw. in der autonomen Linken zu stärken und festigen. Eine Möglichkeit dazu sehen wir u.a. in einer Frauenarbeitsgruppe auf dem jetzt diskutierten Autonomenkongreß.

So(!), auch wenn dies und jenes noch genauer hätte beschrieben werden können, und einiges bestimmt auch noch fehlt, soll das hier Geschriebene erst einmal reichen. Schließlich gibt's noch 'ne Menge anderer Dinge zu tun, bis endlich... Dabei gilt selbstverständlich:

AUF DIE DAUER GEHT NIX OHNE FRAUENPOWER!!

Einschätzung und Auswertung der Autonomen

Der Winter ist vorbei...

Autonome in nem Trägerkreis zu bundesweiten Aktionen - eine Bonndemo wo Scheiben klirren, Bullen Prügel beziehen, die Randalie abgeht - und keine/r distanziert sich, - ein Tribunal in der Godesberger Stadthalle, wo nicht Promis labern, sondern kämpferische Stimmung aufkommt - eine radikale Abschlußkundgebung. Irgendwas ist da passiert, am 3./4. Mai 1985 in Bonn, und vorher... Der Reihe nach:

DIE AUTONOMEN

„Das System hat keine Fehler - es ist der Fehler.“

Von dieser Feststellung sind wir ausgegangen, seit es uns Autonome gibt. Und es war/ist auch nicht sonderlich schwer, das festzustellen. Überall, wo wir gekämpft haben und kämpfen, gegen Projekte, Maßnahmen und Auswirkungen des (kapitalistischen) Systems in der BRD, der imperialistischen Staatenkette überhaupt, und überall, wo wir versucht haben, Freiräume zu erkämpfen, wurden/werden wir damit konfrontiert. Überall!

-in sozialen Auseinandersetzungen (Häuserkämpfe, -Jugendzentren, Maloche Herrschaftsstrukturen...)

-im Kampf gegen Militarismus, Militärapparate und militärische Projekte (Aufrüstung? Rekrutenvereidigungen, Munitionstransporte, Startbahn West, das Kriegsbündnis NATO überhaupt...)

-In den Kämpfen gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen (AKWs, WAAs, Großprojekte, Startbahn...)

-im Kampf gegen (Neo-)Faschismus, Sexismus, Rassismus, Nationalismus -in der Solidarität (= Handeln im Bewußtsein, gegen den gleichen Feind zu kämpfen) mit den Befreiungsbewegungen in der ganzen Welt (El Salvador, Türkei, Palästina...)

-im Kampf gegen den Ausbau des Aufstandsbekämpfungssapparats (Kriminalisierung, Knäste, Isolationsfolter, Vernichtungshaft, Überwachung, Kontrolle, Speicherung...)

Uns ist auch klargeworden:

-daß wir in diesem System von Ausbeutung, Unterdrückung und Zerstörung von Leben und Lebendigem so nicht leben können und wollen, daß der Bruch nur fundamental sein kann...

-daß es für diesen fundamentalen Bruch überall Ansätze und Angriffspunkte

-daß die Kämpfe nur außerparlamentarisch (und überhaupt außerhalb von Institutionen) laufen können, daß wir nichts davon halten, an der Scheiße hier in den Metropolen auch nur irgendwas zu 'reformieren' oder zu 'reparieren'...

-daß wir uns von niemandem (schon gar nicht von den Herrschenden) lassen, wie und mit welchen Mitteln wir kämpfen...
-daß die verschiedenen Kämpfe und die verschiedenen Ebenen, auf denen gekämpft wird, zusammengehören...

-daß es möglich ist, im Kampf für ein anderes, selbstbestimmtes und kollektives Leben, schon jetzt anzufangen, selbstbestimmt und kollektiv zu leben und zu handeln...

-daß dieses (patriarchalische, kapitalistische, imperialistische) System endgültig auf den Misthaufen der Weltgeschichte gehört (Wir werden es dahin befördern!).

Wir haben dabei immer wieder versucht, an den Punkten, wo wir kämpfen, mit anderen zusammenzukommen. Bundesweit stand die Frage, ob und in welcher Form das geschehen kann, zum Weltwirtschaftsgipfel erneut an. Bereits seit Ende letzten Jahres liefen zum WWG, auch bei uns Autonomen, die Vorbereitungen an. Wir hielten es für richtig und wichtig, zum WWG 'was zu machen', weil die Herrschenden auf ihrem Gipfel ein weiteres Mal genau das festschreiben und propagandistisch verkaufen wollten, wogegen wir seit Jahren kämpfen...

Und mit uns - Menschen aus den verschiedenen 'Teilbereichsbewegungen'. Mit ihnen wollten wir zu gemeinsamen Aktivitäten zusammenkommen, verschiedene Ebenen und inhaltliche Schwerpunkte mit einer gemeinsamen Stoßrichtung - gegen das, was die *Herrschenden* „Weltwirtschaftsordnung“ nennen und wir schlicht und treffend „Imperialismus“.

Das hieß zum einen dezentrale Aktivitäten in unseren Städten und Regionen (es liefen dann auch quer durch die Republik Veranstaltungen, Demonstrationen, Aktionen, Auseinandersetzungen), zum andern, in den Tagen des Gipfels, Aktivitäten am 'Ort des Geschehens', also in Bonn. Die zentrale Großveranstaltung sollte ein Widerstandskongreß sein, die Großaktion als Demo und Kundgebung so nah wie möglich ans Regierungsviertel gehen, und dazu dezentrale Aktivitäten an diesen Tagen in Bonn (Beschlüsse der Aktionskonferenz in Münster). Das ließ sich so alles nicht verwirklichen, aus den verschiedensten Gründen...

Im Trägerkreis des Aktionsbündnisses wollten wir „uns mitbringen und so viel wie möglich 'durchsetzen'“ (Münster). Damit waren wir mittendrin in diesem 'offiziellen' Bündnis und machten Politik. Unserer Einschätzung nach für ne Tendenz bei uns Autonomen, unter bestimmten Voraussetzungen mit anderen Strömungen der BRD-Linken ein punktuelles Bündnis einzugehen, aber halt im Grunde 'Stellvertreterpolitik' (also etwas, was wir eigentlich ablehnen...).

DAS BÜNDNIS

In Bonn kamen zur Vorbereitung des Tribunals und der Demo Strömungen zusammen, wie das vorher so noch nicht der Fall war. Im Trägerkreis (TK) waren drin: Wir Autonome (als Vertreter der autonomen Vorbereitungstreffen in Münster, Pforzheim und Frankfurt), Frauen aus der autonomen Frauenbewegung, Mittelamerikakomitees, der Göttinger AK gegen Atomenergie, der BUF für das unabhängige Spektrum der Friedensbewegung, die 'Initiative Kirche von unten' IKvu, die GRÜNEN, ESG, BUKO, das Bonner Friedensplenum, später die DS und die Friedensliste... Das heißt: zum Teil diejenigen Strömungen, die bereits vorher, z.B. bei den Störmanövern in Hildesheim, bei der Bundestagsblockade, im Wendland, an der Startbahn, in Nordenham usw. partiell zusammenarbeiteten und teilweise ähnliche Aktionsformen anstrebten oder unterschiedliche gegenseitig akzeptierten.

Neu in Bonn war:

a) der sozusagen 'offizielle' Charakter der Zusammenarbeit. Erstmals auf 'Vertreterebene', aber sicher als Ausdruck vorhandener Tendenzen und Stimmungen innerhalb der jeweiligen Strömungen (Das drückte sich dann z.B. auch in der Beteiligung an Tribunal und Demo aus).

b) das bundesweite Zusammengehen der verschiedenen vertretenen 'Teilbereichsbewegungen' zu gemeinsamen Aktivitäten.

Das Thema WWG bot sich geradezu an für alle, die über partielle Kritik und Verbesserungsvorschläge am System hinausgehen und die das kapitalistische System selbst als den Gegner (anfangen zu) begreifen.

c) die inhaltliche Stoßrichtung war dann auch klar: ausgehend vom jeweiligen Punkt zu nem Angriff gegen die Ursachen - Patriarchat, NATO, Staat und Kapital. In der Tendenz also radikal...

Diese neue Form der Zusammenarbeit brachte neue Erfahrungen, aber auch einige Probleme mit sich. Es war nämlich nicht von Beginn an klar, daß etwas rauskommen würde, das wir mittragen konnten. Wir hatten auch von vorneherein nicht die Illusion, daß es im TK nicht auch knallen würde und haben uns bis zuletzt offengehalten, da auch wieder auszusteigen. Knackpunkte waren u.a.: die Einheit von Demo, Tribunal und dezentralen Aktivitäten; die von uns miteingebrachte zentrale Tribunalveranstaltung „Imperialismus und Widerstand“; der zentrale Aufruf, den wir dann auch nicht mitgetragen haben; der Punkt 'Aufstandsbekämpfung' als ein Hauptreferat im Tribunalteil „Auswirkungen der Weltwirtschaftsordnung in den Metropolen“; und immer wieder die leidige 'Gewaltfrage'...

Entsprechend war zu Beginn die Situation im TK: Taktiererei (z.B. die Klimmzüge des BUF, den BBU und die VVN miteinzubeziehen...) und ne ätzende Atmosphäre, die alles lahmte und nichts inhaltliches zuließ. Zwischendrin änderte sich das und nachdem es zu den beiden letzten Punkten möglich war, inhaltlich zu diskutieren und keine Kompromisse mehr eingehen zu müssen, sind wir im TK dringeblichen und haben dann auch die 'Moderation' (Einleitungsreferat, inhaltliche und organisatorische Leitung) des Themenblocks IV „Auswirkungen der WWO in den Metropolen“ übernommen...

Zum Verhältnis zu den anderen beteiligten Strömungen: -die Frauen, die Mittelamerikakomitees, der Göttinger AK und wir konnten weitgehend zusammenarbeiten.

-die in Bonn vertretenen Frauen aus der autonomen Frauenbewegung sind an dieses Gremium TK ähnlich rangegangen wie wir - nicht als Funktionär/Inn/e/n, auf 'Konsens' und 'tragfähige Kompromisse' aus, sondern mit klaren eigenen Vorstellungen und Politikverständnis. Unser Autonomiebegriff und der der Frauen hat sich dabei mehr gedeckt, als wir das vorher gedacht hatten und wir gehen davon aus, daß für die Zukunft ne stärkere politisch-inhaltliche Auseinandersetzung und Zusammenarbeit ansteht, als das in Bonn möglich war...

-das Verhältnis zum BUF, diesem Konglomerat aus unabhängigen (= unabhängig von GRÜNEN/DKP/SPD/...) Friedens- und Antikriegsgruppen, wechselte von Mal zu Mal, und von Person zu Person. Als Ganzes machten die natürlich 'Machtpolitik', d.h. ihnen ging und geht es z.B. um die Vorherrschaft in der Friedensbewegung. Auf die haben sie sich auch ausdrücklich bezogen und, zu Beginn stärker, auf ein „ganz breites Bündnis“ orientiert. Ihr Verhalten zu uns war daher ziemlich lange eher taktisch bestimmt. Teile des BUF haben bei dem, was sie tun, sicher immer auch die „Systemfrage“ im Hinterkopf. Bei der Art, wie dann vor allem Bündnispolitik betrieben wird verwischt sich das allerdings oft bis zur Unkenntlichkeit. Das ist ihr Problem. Unser Problem bleibt, Jedesmal neu abzuchecken, wie ehrlich die Politik machen...

-bei den GRÜNEN wurde erneut deutlich, daß Parlamentarismus Menschen versaut, Politik dabei zum Medienspektakel verkommt und sie als Partei ne ganz bestimmte Funktion haben (zum 1001.Mal: Widerstand kanalisieren...). Für die GRÜNEN waren die WWG-Geschichten schlicht und einfach Wahlkampf. Mit dem 40.000DM Beitrag zur Finanzierung der WWG-Aktivitäten im Rücken ist es ihnen dann auch (zu) oft gelungen, einiges durchzudrücken (Redebeiträge, 'Gewalt'passage im Aufruf, Tribunalabschlußklärung...). Nach der anstehenden (hoffentlich baldigen) Spaltung der GRÜNEN zwischen dem parlamentarischen/systemkonformen Reformflügel (incl. Anerkennung des kapitalistischen Ausbeutungssystems und dessen Gewaltmonopol) und den außerparlamentarischen /fundamentalloppositionellen/'ökosozialistischen' Flügeln, läßt sich unter be-

stimmten Voraussetzungen vielleicht wieder etwas mit dem radikaleren Teil anfangen...

-überhaupt nix am Hut haben wir mit den ganzen Funktionärsapparatschiks der DKP und Umfeld (zu denen gehörte in Bonn zum Ende auch die DS). Die kotzen uns nur noch an, mit ihren geheiligten „Prinzipien der Friedensbewegung“, die da heißen: Minimalkonsens bis zum geht-nicht-mehr und friedliche Massen, die durch die Gegend gekarrt werden, berechenbar und unter Anleitung der Gurus zahnlos ihren Protest äußernd... In dieser Konstellation entstanden dann:

DAS TRIBUNAL

Das Tribunal war ein Kompromiß aus verschiedenen Konzepten zu ner inhaltlichen Großveranstaltung und bis zum Schluß war nicht so ganz klar, wie es nun ablaufen würde. Was dann lief, war Ausdruck des Zustands innerhalb der beteiligten Spektren und untereinander: es war ziemlich vollgepackt und dadurch von der inhaltlichpolitischen Stoßrichtung nicht so eindeutig. Die Wirkung war 'nach außen' vorgesehen, für die Öffentlichkeit. 'Nach Innen', d.h. zur Weiterentwicklung von uns und unseres Widerstands war es nicht geeignet.

Die Bedeutung für uns selbst bekam es eher was so die 'Stimmung' betraf: Auf dem Podium eine Mischung aus Menschen, die in ihrem Land/in ihrem Bereich kämpfen und Menschen die zu verschiedenen Punkten klare Analysen rüberbrachten. Im Saal 1200 Menschen, unterschiedlich drauf, aus unterschiedlichen Gründen da und immer wieder 'voll dran am Geschehen'. Konzentriert, aber nicht ruhig und zwischendurch und in den Vorräumen, an den Büchertischen, Auseinandersetzungen lebendig halt.

Die Arbeitsgruppen nach den jeweiligen Blöcken waren dann teilweise entsprechend gut (Beteiligung und Diskussion).

'Eingerahmt' wurde das Tribunal draußen von den Bullen, die ganz richtig eingeschätzt hatten, wer da war und welche Bedeutung das Tribunal für die Demo am nächsten Tag hatte. Ihre Reaktion darauf waren herbe Provokationen gegen uns, Einschüchterungs- und Demütigungsversuche: massive Kontrollen und Durchsuchungen von Leuten und Autos, z.T. mit vorgehaltenen MPs, Beschlagnahmungen, provozierendes Auftreten und Anmache. Gegen Ende: Demonstration der bewaffneten Staatsgewalt beim Versuch, die noch ca. 200-300 Leute auf dem Parkplatz einzukesseln und hin und her zu schubsen. Erreicht wurde das Gegenteil - das Gefühl, am nächsten Tag ne kämpferische und selbstbewußte Demo zu machen, war eher noch gestiegen!

DIE DEMONSTRATION

Die Provokationen am Abend vorher waren lediglich der letzte Ausdruck der wochenlangen Hetze in der staatstragenden Presse gegen die Demo (in dem Zusammenhang: die 'taz' hat sich daran zumindest insofern beteiligt, daß sie die Aktivitäten einfach totschwieg oder, wenn sie was brachte, dann demobilisierend-es!). Ganzseitige Anzeigen der SPD gegen die 'Chaoten', geschürte RAF- und Bombenhysterie (vor allem nachdem sich die revolutionären Zellen mit gelungenen Anschlägen in die Aktivitäten gegen den WWG eingeklinkt hatten), Spaltungsdruck, usw. usf. Im Trägerkreis reagierten DS und Friedensliste hysterisch, für die meisten anderen war klar, den Charakter der Demo bestimmen wir selbst. Jeder/r wußte, und viele wollten das auch, daß die Parolen und Transparente radikal sein würden, daß Scheiben klirren könnten und Sprühaktionen laufen würden, wenns ging... Die Demo war also von vorneherein nicht als 'Friedensdemonstration' beabsichtigt, sondern sollte zumindest eine Kampfansage sein an die Verhältnisse hier, 'im Herzen der Bestie' und an die Politik der Herrschenden weltweit.

Bonn war Anfang Mai eine Polizeifestung. Für die Demo war Vermummungsverbot erlassen, das die Bullen von Beginn an durchsetzen wollten. Es gelang ihnen nicht, trotzdem sie sehr bald massiv in die Demo reinprägeln. Die Ketten, soweit sie gebildet wurden, hielten im großen und ganzen und das trotz der

relativen Unorganisiertheit weiter Teile des Demozuges.

Die Informationsübermittlung und das Zusammenspiel zwischen den Blöcken und dem Lautsprecherwagen klappte nicht schlecht und sorgte zusätzlich für mehr Geschlossenheit. Ziemlich früh war klar, daß die Demo nicht verschüchert durch Bonn schleichen würde...

Im Gegenteil. Sie war laut, kämpferisch, geschlossen und nie berechenbar (Zwischenstops am Knast, Sexshops von den Frauen 'in Einzelteile zerlegt', Farbeier, Transparente, Parolen,...). Das war natürlich auch deshalb möglich, weil die Bullen die Demo einfach auch unterschätzt hatten. Tausende von Autonomen und anderen Menschen, die mehr als nur protestieren wollen, in Blöcken und über die ganze Demo verteilt, sind halt nicht so einfach unter Kontrolle zu halten...

In diesen Teilen der Demo war dann auch in den Transparenten und Parolen die inhaltliche Zuspitzung gegen den gemeinsamen Feind am sichtbarsten:

„Das System hat keine Fehler, es ist der Fehler!“

„Den Widerstand organisieren, gegen Patriarchat, NATO, Staat und Kapital!“

„Für den internationalen Befreiungskampf!“

„Hau weg den Scheiß“

Am Kundgebungsplatz versuchten die Bullen ein letztes Mal, den Charakter der Demo zu brechen: eine brennende US-Fahne am Beethovendenkmal und ein mißliebige Transparent an nem Büchertisch waren der Vorwand, immer wieder in die Menge reinzuknüppeln, nachdem sie schon vorher auf dem Münsterplatz und um den Platz herum provozierend in der Kundgebung herumgestänkert hatten.

Zu diesem Zeitpunkt gelang es nicht, geschlossen darauf zu reagieren (ein Versagen der Demoleitung und der Leute auf der Bühne, uns eingeschlossen!). Die Gegenwehr lief, auf die ganze Kundgebung bezogen unkoordiniert und z.T. gegegenander, ein Teil der Leute ging. Die Bullen wurden schließlich mit ner enormen Wut und Heftigkeit praktisch vom Platz geprügelt. Zum Abschluß gingen, auch als Ausdruck der aufgestauten Wut, alle Scheiben des Kaufhof zu Bruch.

Bei diesen Auseinandersetzungen lief einiges quer (z.B. Flaschen und Steine, die Kundgebungsteilnehmer/innen oder Unbeteiligte abkriegten; der reichlich hirnrissige Versuch, gewaltfreie Ketten zwischen die anstürmenden Bullen und denjenigen zu bilden, die sich dagegen wehrten; und dann das Gefühl, daß sich auf dem Platz einiges an Randalen auch verselbstständigte...)

Hinterher wurde darüber im TK natürlich heftigst diskutiert. Keine offenen Distanzierungen (im Gegenteil, es kam sehr schnell eine offensive Erklärung dazu raus), aber für einige beteiligte TK-Gruppen wurde der von ihnen vorgesehene Charakter der Aktivitäten durch die Randalen auf dem Münsterplatz klar gesprengt. Im Nachhinein wurde auch, von uns 'Wohlmeinenden' versucht, die Autonomen sozusagen als 'Opfer der Polizeitaktik' zu 'entschuldigen'. Aber: Wir hatten nie verheimlicht, daß die Autonomen *nicht* zu den Gewaltfreien zählen und wir haben auch von vorneherein ein anderes Verhältnis zum Staatsapparat. Das heißt z.B.: wir lassen uns, wenns geht, nicht allzu viel bieten. Und an diesem Tag gings halt...

Alles in allem: die Frage war zu dem Zeitpunkt, ob die Kundgebung von Störungen der Bullen freigehalten werden konnte, und das konnte nur heißen: Gegenwehr, bis der Münsterplatz bullenfrei war...

Die Kundgebung verlief auch ab dann störungsfrei! Und es war inhaltlich und stimmungsmäßig unsere Kundgebung.

(Vielleicht noch eins zu der 'Randalen' auf dem Münsterplatz: Möglicherweise wäre es effektiver gewesen, gegen Ende der Kundgebung zu versuchen, geschlossen in Richtung Bannmeile vorzudringen... Und möglicherweise war das Konzept der Bullen, genau das durch die Provokationen auf dem Platz zu verhindern...?)

ERGEBNISSE UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

1) Mythos Bonn ist gebrochen! Die Stimmung vor der Demo

ging in Richtung „keinen Bock auf Latschdemos“. Die Mobilisierung hatte von Anfang an gegen die deprimierenden Erfahrungen der Bonner Friedensdemos 81/82 und für eine neue Erfahrung mit Bonn zu kämpfen. Das ist gelungen, wegen den Inhalten und dem Charakter der Demo. Die Bundeshauptstadt Bonn erlebte an diesem Tag etwas ganz neues: kämpferische Inhalte, klirrende Scheiben, Prügel für die Bullen und das getragen von einem großen Teil der Demo. Und endlich mal eine Abschlußkundgebung mit entsprechend radikalen politischen Inhalten (Der vorher heftig umstrittene Aufruf blieb damit weit hinter dem zurück, was dann tatsächlich in Bonn ablief - auch von der Inhaltlichen Gewichtung her).

2)Gegen diverse Spaltungsversuche ist es gelungen, eine enge Verknüpfung zwischen inhaltlicher Großveranstaltung und Demo herzustellen. Nicht bloß formal, sondern politisch und im Gefühl derjenigen, die an beiden Tagen in Bonn waren. Der von Teilen des Bündnisses beabsichtigte reine Anklagecharakter des Tribunals fand so nicht statt. Die Trennung Podium/Saal ließ sich zudem teilweise aufheben.

3)Die inhaltliche Vielfalt war ein wichtiger Faktor - also keine reine Antifa-, Solidaritäts-, Frauen-, Antikriegs-,...-Demo/Tribunal, sondern alles gleichzeitig in einem gemeinsamen Rahmen. Gegen das ganze System von Ausbeutung, Unterdrückung, Menschenverachtung und Zerstörung. Ein erster (schwacher) Ausdruck der Möglichkeiten, die die Entwicklung der 'Teilbereichsbewegungen' zu einer antipatriarchalischen/antistaatlichen/antikapitalistischen/antiimperialistischen Bewegung an Stärke in sich tragen könnte...

4)Mit dem Gremium „Trägerkreis“ hatten und haben wir unsere Schwierigkeiten. Politik auf dieser 'höchsten Ebene' heißt immer auch: immenser finanzieller Aufwand, aufgeblähter bürokratischer Apparat, Politprofis, Stellvertreterpolitik, Taktiererei, Mausechlei, Schachern, Profillierungssucht, Macker, Arroganz, usw.usf.

Das kann so nicht ne Handlungsebene für uns Autonome sein, auch nicht zur Vorbereitung größerer zentraler Aktivitäten. Das heißt zumindest eigentlich nicht, denn uns ist natürlich klar, daß es zur Zeit, bei den Strukturen und in der (WWG-)Konstellation nicht anders geht. Die Entscheidung für ne Mitarbeit hieß und heißt unter den Bedingungen auch Mitarbeit auf der Ebene „Trägerkreis“. Denkbar und notwendig für die Weiterentwicklung von Widerstand auf zentraler Ebene allerdings waren funktionierende Strukturen in den Städten/Regionen, Diskussions- und handlungsfähige Aktionskonferenzen, auf ein Mindestmaß reduzierter zentraler Koordinierungsaufwand, den dann auch nicht immer dieselben Leute leisten (das wäre dann ja auch nicht so 'attraktiv' für Politmacker...)

Das wichtigste positive Resultat des WWG-Trägerkreisses ist wohl, daß einiges Mißtrauen abgebaut wurde, auf ein realistischeres Maß...

5)Die Jüngere Geschichte in der BRD, von der die WWG Aktivitäten Ausdruck und gleichzeitig Impuls waren, läßt mancherorts die Hoffnung entstehen auf eine neue „radikale Minderheit“, die nichts gegen 'Breite' hat, aber vor allem für Radikalität der Inhalte und Aktionsformen steht.

Dieser 'qualitative Sprung' hat sich sicher noch längst nicht vollzogen, aber der Schritt steht an und ist möglich.

Bonn war erstmal ein Einzelfall für ein Aktionsbündnis unter den beteiligten Strömungen. Die Frage, wer mit wem kann, und wie Einzelkämpfe auf unterschiedlichen Ebenen in einen gemeinsamen politischen Zusammenhang gestellt werden können, muß jedesmal neu entschieden werden.

Die Probleme liegen auf der Hand: geringe gemeinsame (gewollte) Erfahrungen und Strukturen, nach wie vor Mißtrauen innerhalb der Linken, fehlende Auseinandersetzungen innerhalb der verschiedenen Zusammenhänge... (Immerhin, Anfänge sind gemacht)

8)An uns Autonomen führt kein Weg vorbei.

(Geschichte wird gemacht (von Menschen!) - es geht voran.

Autonome aus dem Träger/innenKreis

'Freiheit wird nicht erbettelt, sondern erkämpft!'

DENK ICH AN DEUTSCHLAND IN DER NACHT – SO BIN ICH UM DEN SCHLAF GEBRACHT

Einige Gedanken zur Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel

Wolfgang Treiber (Demokratische Sozialisten)

WIE ALLES ANFING

Als vor 2 Jahren Reagan nach Bonn kam, demonstrierten 300.000 Menschen gegen diesen Besuch. Als 2 Jahre später beim Weltwirtschaftsgipfel in Bonn sich 2000 der wichtigsten Repräsentanten der "freien westlichen Welt" trafen, wurden sie von 1 Million Menschen aus der Arbeiterbewegung der Friedens-, Ökologie-, Frauen-, und Solidaritätsbewegung mit der „3.Welt“ „gebührend“ empfangen. -! So etwas hätte man eigentlich erwarten können, sollen, müssen.... Stattdessen hat sich die Linke in der BRD mal wieder redlich und recht erfolgreich bemüht, solch eine Massenaktion gegen den Gipfel zu erschweren, wobei man sich dweie üblich die Bälle zuschob.

Auf der bundesweiten Aktionskonferenz gegen den WWG IN Göttingen wurde nach heftigen Diskussionen die Verbindung zwischen dem 40.Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus (8.Mai), 30 Jahre Mitgliedschaft der BRD in der NATO (5.Mai) und der Weltwirtschaftsordnung (WWG 2.-4. Mai), sowie der Punkt Imperialismus und Patriachat als Grundlage der Aktionen gegen den Gipfel beschlossen.

Diese Punkte bilden einerseits inhaltlich eine Einheit (Ausplünderung und Wirtschaftskrieg gegen die "3.Welt", und die Instrumente, wie Militärstrategien und -bündnisse sowie Herrschaftsformen des Kapitals um diese Wirtschaftsinteressen durchzusetzen).

Andererseits wäre es auf dieser inhaltlichen Grundlage auch möglich gewesen, die Demonstration zum 8. Mai von Köln nach Bonn zu verlegen, um eine gemeinsame machtvolle Aktion zu erreichen, und zu verhindern, daß sich diese 2 wichtigen Aktionen Konkurrenz machen. Dafür haben sich auch die Demokratischen Sozialisten (DS) von Anfang an eingesetzt.

Doch die SPD und die von ihr beeinflussten Teile der Friedensbewegung und des BBU mauerten, da sie es kurz vor der Landtagswahl in NRW nicht für günstig hielten, gegen „unsere wichtigsten Freunde und Verbündete“ zu demonstrieren und dabei noch gezwungen zu sein, die Dinge beim Namen zu nennen, nämlich die Profitgier des Kapitals als Ursache von Hunger, Elend Unterdrückung und Krieg in der Welt. Traurig dabei ist, daß selbst die Falken und die Jusos dieses Spiel mitmachten und der Jusounterbezirksvorsitzende von Bonn sich nicht entblödete sich am 4. Mai im Bonner Generalanzeiger von der Demonstration gegen der WWG zu distanzieren. (Rau ist ja inzwischen für dieses Kapitaltreue Verhalten belohnt worden.) Der Versuch der Sozialdemokratie eine eigene Konkurrenzveranstaltung in Bonn am 2.Mai aufzuziehen scheiterte kläglich.

Die VVN und das KOFAZ-Spektrum (Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit), die zu den Initiatoren der Demonstrationen zum 40. Jahrestag gehörten, waren nach etlichen zähen Verhandlungen schließlich bereit, die Kölner Demonstration nach Bonn zu verlegen, falls... die SPD mitziehen würde... So blieb es bei zwei Paralleldemonstrationen da sie befürchteten, daß Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die mit im Trägerkreis dieser Aktion waren sonst aussteigen würden... Damit haben sie aber der Sache einen Bärendienst erwiesen. Der politische Druck auf die SPD, Jusos und Falken wäre bei einer Verlegung der Kölner Demonstration nach Bonn so groß geworden, daß sich in der SPD schnell die Spreu vom Weizen getrennt hätte. So wurde wieder einmal eine Chance vertan, eine politische Differenzierung in der SPD voranzutreiben, und der SPD nicht kampflös Positionen zu überlassen, wie es leider viel zu häufig passiert ist seit sich die SPD wieder in der Opposition befindet. Es gibt Leute, die nennen so etwas Opportunismus. Darüberhinaus gibt es wohl auch gewaltige Berüh-

rungsängste mit einem Teil des im Trägerkreis vertretenen politischen Spektrums.

Auf der anderen Seite waren die Grünen und Teile der Autonomen (aus unterschiedlichen Gründen) auch gar nicht so scharf darauf, den Trägerkreis für die WWG-Demonstration zu erweitern.

Zum Teil kamen dabei wieder die altbekannten Vorbehalte der Grünen gegen das KOFAZ-Spektrum zum Tragen, andererseits genossen die Grünen es sichtlich zunächst die einzige politische Organisation im Trägerkreis für den WWG zu sein - neben bundesweiten Zusammenschlüssen wie BUKO, Mittelamerikakomitees, Bundeskonferenz unabhängiger Friedensinitiativen (BUF) Initiative Kirche von unten, Esg usw. Denn für sie standen ja auch die Landtagswahlen vor der Tür... So gaben sie sich auch alle Mühe zu verhindern, daß der Trägerkreis für die Demonstration gegen den WWG auf politisch breitere Füße gestellt wurde und powerten zB gegen die Aufnahme der DS in den Trägerkreis und später dann der Friedensliste, die sich nach harten internen Diskussionen schließlich erfreulicherweise doch noch entschlossen hatte auch, nach Bonn aufzurufen, ohne es jedoch verhindern zu können.

Ein Teil der Autonomen trug schließlich im Vorfeld durch doppeldeutige Äußerungen über die „Art“ der Aktionen zur Verunsicherung einiger über den Charakter der Demonstration bei, obwohl es klare Absprachen im Trägerkreis dazu gab und außerdem angesichts von 15000 Polizisten in Bonn eh klar war, daß „nichts laufen würde“.

WIE GEHT ES WEITER

Angesichts der politischen Auseinandersetzungen im Vorfeld und der massiven Hetze in den NRW-Medien gegen die Aktionen waren Tribunal und Demonstration mit einer Beteiligung von ca 30 000 Menschen ein großer politischer Erfolg. Vom Trägerkreis war mit einer wesentlich geringeren Beteiligung gerechnet worden. Dazu müssen Hunderte von kleineren vorbereitenden Veranstaltungen und Aktionen an den Orten u.a. am "Tag der Banken" gerechnet werden, wo erstmals in dieser Breite der tägliche Wirtschaftskrieg gegen die "3!Welt" mit Hilfe der Banken und IWF und Weltbank an den Pranger gestellt wurden. Diese Thematik war auch der Schwerpunkt bei der Mobilisierung der DS gegen den Gipfel.

Vor allem die Demonstration am Samstag war wesentlich lebendiger und inhaltlich radikaler, in der Benennung der Ursachen von Hunger Elend und Krieg in der Welt als vergleichbare frühere Aktionen, was wohl übereinstimmende Meinung aller Teilnehmer sein dürfte. Dies läßt für die Zukunft zu hoffen, und färbt hoffentlich auch auf die Friedensbewegung ab.

Nachdem Bonn zum Heerlager von 15000 Hütern der Ordnung hergerichtet worden war, wurden sowohl Tribunal als auch die Demonstration von massiven Polizeiprovokationen begleitet. Die Einzelheiten dürften inzwischen hinreichend bekannt sein. Stellvertretend soll nur erwähnt werden, daß am Freitag den 3.5. einfach alle in Bonn gesichteten Punks von der Polizei vorübergehend eingesperrt wurden. Deutlicher kann man das Gipfelklima nicht beschreiben.

Es war wichtig vom Trägerkreis sich nicht auf die andere Rheinseite weit weg vom Schuß, abschieben zu lassen, nach dem Motto "Sandkasten muß sein", sondern das Demonstrationsrecht in der Bonner Innenstadt durchzusetzen. Die Bonner Demonstration hat gezeigt, daß es trotz Jo Leinen und Loccumer Gesprächen nicht gelungen ist, uns für die Herrschenden berechenbar zu machen, daß wir nicht bereit sind alles hinzunehmen. Der überwältigende Teil der Demonstranten war sicher nicht auf „militante Aktionen“ aus. Sie waren aber auch nicht bereit, die eine Backe hinzuhalten, wenn man ihnen auf die andere knüppelt. Das hat sich auch bei der SEK-Knüppelaktion auf dem Kundgebungsplatz gezeigt, als die Spezialtruppe die Freiheit des Beethovendenkmals, die durch eine Fahne bedroht wurde, verteidigen wollte (Randbemerkung für militärische Strategen: Wenn sich das SEK schließlich zurückzog lag es si-

cher nicht daran, daß sie Angst vor uns hatten, sondern, daß wir deutlich gemacht haben, daß der politische Preis für die „Befreiung des Denkmals“ kurz vor der Länjtagswahl sehr hoch sein würde)

Daß dann, als längst alles vorbei war, noch ein paar Kaufhaus-schaufensterscheiben in einer isolierten Einzelaktion einiger weniger dran glauben war wohl gefundenes Fressen für die Presse um das Aufgebot von 15000 Polizisten rechtfertigen zu können und ist insofern bedauerlich, geht aber letztendlich auf Kosten des SEK, das ja gerade die Aufgabe hatte, so etwas zu provozieren.

In den Vorbereitungen der Gegengipfelaktionen wurden verschiedene Grundkonzepte der politischen Arbeit deutlich.

SFD und KOFAZISpektrum waren in ständiger Angst davor, daß eine Aktion von den Massen möglicherweise nicht verstanden werden könnte oder eine Episode am Rande von der Presse ausgeschlachtet wird (was aber sowieso nie zu verhindern ist). So wird halt auch auf eine notwendige Aktion verzichtet oder sie lieber räumlich und zeitlich möglichst getrennt vom "Stein des Anstoßes" durchgeführt. So werden halt auch mal wesentliche Inhalte über Bord geworfen um den letzten Zweifler auch noch auf die Beine zu bringen (der dann aber trotzdem nicht kommt)

Auf der anderen Seite stellte sich für einen Großteil der Autonomen offensichtlich gar nicht das Problem, möglichst viele Leute in eine Aktion mit einzubeziehen, damit zu gemeinsamen Erfahrungen zu verhelfen, und dadurch bewußtseinsbildend zu wirken. Die andauernde isolierte Diskussion über Widerstandsformen ("wie es abgeht") einiger weniger wird uns nicht weiterbringen, wenngleich ich den Frust und das Ohnmachtsgefühl bei diversen Demonstrationen gut nachvollziehen kann. Heute geht es nicht vorrangig um die Frage der Militanz einer Aktion - so ist eine eingeworfene Scheibe noch lange kein Beweis für die politische Qualität einer Aktion. Ich halte nichts von der Distanzierungswut von Teilen der Linken, aber erfahrungsgemäß haben Aktionen, die nicht für sich sprechen und von der Bevölkerung verstanden werden, noch nie zur Bewußtseinsveränderung beigetragen. Wir werden nur eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung in der BRD erreichen, wenn es gelingt, daß sich breitere Schichten der Bevölkerung und vor allem die arbeitenden Menschen radikalisieren und organisieren. Dazu braucht man aber einen langen Atem. Da hilft ungeduldige Stellvertreterpolitik in Wort oder Tat nicht weiter. Bewußtseinsveränderung ergibt sich erst durch eigene Erfahrung in Verbindung mit Information. Daran müssen wir arbeiten. Zu dieser kollektiven Erfahrung müssen wir verhelfen. Deswegen organisieren wir Busse und nicht Mitfahrgelegenheiten für befreundete WGs.

In diesem Sinne müssen wir Sozialisten für eine politische Militanz/Radikalisierung der verschiedenen sozialen Massenbewegungen kämpfen, die angemessenen Aktionsformen ergeben sich dann von selbst (siehe Bergarbeitsstreik in GB).

In diesem Sinne war die Bonner Demonstration ein Erfolg.

Für die Zukunft schlagen wir vor, daß gerade Themen wie Wirtschaftskrieg gegen die "3.Welt", IWF und Weltbank, Hungerpolitik, Ursachen von Kriegen verstärkt in die Diskussionen und Aktionen der Friedensbewegung eingebracht werden. (wobei zu begrüßen wäre, wenn die Autonomen das was sie richtig inhaltlich erkannt haben in eine politische Breitenarbeit umsetzen würden).

Ein konkreter Vorschlag ist ein Kongreß zu diesen Themen ähnlich wie seinerzeit der Antiinterventionskongreß, da Themen wie internationale Verschuldungskrise und Ursachen usw doch etwas kurz geraten sind. Da hat der BUKO durchaus recht mit seiner inhaltlichen Kritik. Aus so einem breit angelegten Kongreß könnte/sollte sich dann eine Kampagne/Massenaktion zur Rolle der Banken -international und bei uns - entwickeln in Zusammenarbeit der verschiedenen sozialen Bewegung in der BRD.

WOLFRAM TREIBER (Demokratische Sozialisten)

**/Nachstehend ein vom BUF verfaßtes
(und gefärbtes Protokoll vom Nach-
bereitungstreffen des TK - eine
andere Auswertung liegt nicht vor./**

Bonn, den 17. Mai 1985

Die Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel am 3. und 4. Mai in Bonn liegen bereits 2 Wochen zurück. In dieser Zeit ist viel und ausführlich auf unterschiedlichsten Ebenen - von den Basisgruppen bis hin zum KA der Friedensbewegung - über diese Aktionen diskutiert worden. Vieles an diesen Aktionen war für die Friedens- und Solidaritätsbewegungen in der BRD neu und zum Teil recht überraschend. Zu nennen wäre u.a. eine inhaltliche Erweiterung (Tribunal), die überraschend große Mobilisierung eines Spektrums links von der SPD und ein provozierender Polizeieinsatz, wie er bei Demonstrationen in Bonn, noch nicht dagewesen ist.

An 16. Mai traf sich der Trägerkreis des Aktionsbündnisses gegen den Weltwirtschaftsgipfel ein letztes mal zu einer Auswertung der Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel. Einstimmige Einschätzung war, daß diese Aktionen ein politischer Erfolg gewesen sind. Dies macht sich unter anderem fest an folgenden Tatsachen:

Die Mobilisierung für das Tribunal und die Demonstration war weit größer, als während der Vorbereitungszeit erwartet worden war. Sicher sind als mobilisierender Faktor zu dem Anlaß „Weltwirtschaftsgipfel“ und Reagens Anwesenheit in Bonn noch die Verhängung des US-Wirtschaftsboykotts über Nicaragua hinzugekommen. Auch die vielen Veranstaltungen in den Städten und Regionen haben ihren Teil zur Mobilisierung beigetragen. Trotz massiver Gegenmobilisierung der SPD sind an die 25 000 Menschen nach Bonn gekommen. Vom Trägerkreis wurde dies als ein erstes größeres Auftreten von einem Spektrum links der SPD gewertet, welches mit diesen Aktionen erstmals den Versuch machte, gemeinsam und geschlossen aufzutreten. Das Tribunal fand ein starkes und positives Echo. Mit ihm wurde eine inhaltliche Spannweite aufgezeigt, die die AKW-, Friedens- und Solidaritätsbewegungen zur Zeit nicht aufweisen. Der im Tribunal angelegte Internationalismus scheint einem Bedürfnis der Teilnehmer entsprochen zu haben auch über die eigenen Staats- und Gesellschaftsgrenzen hinauszusehen. Dieser noch in den ersten Anfängen befindliche Internationalismus sollte nach Einschätzung des Trägerkreises auch weiter gefördert und entwickelt werden.

Zu den Kravallen auf dem Münsterplatz bei der Abschlußkundgebung ist es nach Einschätzung des Trägerkreises ausschließlich durch die massiven Provokationen der Polizei gekommen. Bereits am Abend vorher, während und nach dem Tribunal hat die Polizei mit Fahrzeug- und Personenkontrollen sowie durch völlig unsinnige Machtdemonstrationen gegen die Tribunalteilnehmer, eine Stimmung der Empörung provoziert.

Während des Demonstrationzuges wurden Teile der Demonstration immer wieder von der Polizei attackiert (Schlagstockeinsätze, herausgreifen Einzelner). Dennoch haben sich die Demonstranten nicht in der von der Polizei offensichtlich gewünschten Weise provozieren lassen. Auf dem Münsterplatz, bei der Abschlußkundgebung, als keiner mehr mit einem Einschreiten der Polizei rechnete, trieb diese mit Schlagstockeinsätzen völlig grundlos Keile in die Menge, chaotisierte und versetzte viele Teilnehmer in Panik. Erst daraufhin reagierten einige Teilnehmer ebenfalls aggressiv und es kam zu bedauerlichen Ausfällen von Seiten einiger Kundgebungsteilnehmer, die mit den zerstörten Kaufhofscheiben ihren Abschluß fanden.

Das oben beschriebene Auftreten der Polizei ist ein Novum. Bisher wurde noch keine friedliche Demonstration von einem solchen Polizeiaufgebot angegriffen. Es wäre der Polizei ein leichtes gewesen, die gesamte Kundgebung in ein Chaos zu verwandeln. Daß sie dies nicht tat, sondern sich zurückzog, als die Kaufhofscheiben in Scherben gingen, läßt vermuten, daß eine solche Eskalation in dieser Größenordnung von ihr ange-

strebt worden war. Der Verdacht liegt nahe, daß die Polizei dieses ihr bisher nicht so vertraute Demonstrationsspektrum ausreizen wollte.

In der Presse war jedenfalls nicht mehr viel über die Inhalte und Forderungen von Tribunal und Demonstration zu lesen. Das Hauptthema waren die Kaufhofscheiben, wengleich auch zum Teil der Polizeieinsatz als unverhältnismäßig kritisiert wurde.

Trotz dieser herben Erfahrung war die Einschätzung der Auswertungsrunde dahingehend einhellig, daß dieses Bündnis aus Frauen-, Friedens- und 3. Welt-Gruppen, Autonomen, Grünen, Friedensliste, kirchlichen Gruppen u.a. einen intensiven Lernprozess in Gang gebracht hat. Viel gegenseitiges Mißtrauen und Vorurteile haben sich als hinderlich und unnötig herausgestellt. Die Lernprozesse, die im Rahmen des Trägerkreises stattgefunden haben können sich in den verschiedenen Gruppen und Bewegungen fortsetzen. Die Auswertungsgruppe glaubt, daß die Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel ein erfolgreicher Versuch in diese Richtung gewesen sind, auf dem sich aufbauen läßt, auf dem aufgebaut werden sollte.

Fortsetzen lassen sich diese Ansätze hin zu einem Internationalismus und erweiterten Inhalten der Bewegung in der BRD vielleicht durch eine langfristig angelegte Kampagne gegen die NATO (siehe beiliegendes Strategiepapier).

**/Es folgt eine Auswertung von
Gabriele, die im Trägerinnenkreis
und im Büro für den BUF mitgearbei-
tet hat./**

Das war der Trägerkreis gegen den Gipfel

Gabriele Laske (BUF)

Der Trägerkreis des Aktionsbündnisses gegen den Weltwirtschaftsgipfel, bestehend u.a. aus 3. Welt-Gruppen, BUF, Friedensliste-Grünen, Autonomen, autonomen Frauen, Demokratische Sozialisten, Initiative Kirche von unten... war in verschiedener Hinsicht ein sehr schwieriges Bündnis. Zum einen hatten die Vertreter der im Trägerkreis zusammengeschlossenen Organisationen extrem unterschiedliche Erfahrungen mit Bündnisarbeit. So trafen langjährige KA-Vertreter auf Leute, die bisher nur die Arbeit in Basisgruppen kannten. Zum andern war von Anfang an (also von der ersten Aktionskonferenz an) ein starkes Mißtrauen zwischen den einzelnen Spektren. Jede Gruppe oder Organisation hatte den Verdacht, von den andern benützt, verraten oder herausgedrängt zu werden. Diese Ängste waren, wie sich zum Schluß zeigte, völlig irrational und unbegründet, haben jedoch das Zusammenkommen und -arbeiten erheblich belastet. Bis 3 Wochen vor dem Tribunal und der Demonstration (bei der Friedensliste bis wenige Tage davor) schien immer wieder der Punkt erreicht, an dem die eine oder andere Organisation aus dem Trägerkreis aussteigen wollte.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Aktionsbündnissen und Koordinationsausschüssen stand bei diesen Trägerkreis die inhaltliche Diskussion im Vordergrund. Eine eigentlich erfreuliche Tatsache. Es zeigte sich, daß die inhaltlichen Gegensätze durchaus überbrückbar waren. Wahrscheinlich resultierte letztendlich das Mißtrauen aus der Ungewißheit, zu welchen Aktionsformen die einzelnen Spektren greifen, sich bekennen bzw. distanzieren würden.

Das Hauptthema der TK-Sitzungen war über Wochen der Inhalt, die Ausformung (Panel, Arbeitsgruppen...) und die Referenten für das Tribunal. Erst in der letzten Woche wurde noch intensiv über die Aktionsform/en der Demonstration gesprochen. Völlig unter den Tisch fiel dabei die Abschlußkundgebung auf dem Münsterplatz. Die Rednerliste für die Kundgebung war ein reduzierter Aufguß des Tribunals mit den sich der TK kaum noch befaßt hat. Von der organisatorischen Seite her wurde die Kundgebung unter ferner liefen gehandhabt. Diese unterschiedliche Aufmerksamkeit und Gewichtung der Aktionselenente haben si-

cher ihren Teil dazu beigetragen, daß es ein gelungenes Tribunal wie auch 20 Minuten Randal auf dem Münsterplatz gab.

Doch nochmal zum Tribunal: Für die 5 Themenkomplexe hat sich im Lauf der TK-Diskussionen eine inhaltliche wie auch Organisationsstruktur herausgebildet, die sehr sinnvoll war. Für jeden Themenkomplex war die GRuppe, bzw. Organisation verantwortlich (Referenten, AGs..) deren Hauptanliegen dieses Thema war. Themenblock I: Niederschlagung des faschistischen Deutschlands wurde von BUF-Wertretern inhaltlich vorbereitet und moderiert. Thema II: Auswirkungen der Weltwirtschaftsordnung auf die Länder der 3. Welt; war in Regie der 3, Weltgruppen, III Imperialismus und Patriarchat; war der Komplex der autonomen Frauen, IV Auswirkung der Weltwirtschaftsordnung auf die Metropolen; gehörte den Autonomen und V Militärstrategische Absicherung der Weltwirtschaftsordnung sollte das Thema der Grünen sein. Trotz gemeinsamer Diskussion über die Inhalte, Referenten und die Moderation der einzelnen Themenblocks, war über diese Kompetenzverteilung eine eigene Prägung des jeweiligen Themenblocks möglich. (Diese Chance wurde allerdings unterschiedlich genutzt.)

In den letzten 3 Wochen vor dem Tribunal entstand im Trägerkreis schließlich doch noch die notwendige Vertrauensbasis um den Aktionskomplex gemeinsam über die Bühne zu bringen. Das überdimensional geratene Tribunal war organisatorisch allerdings nur noch mit Einsatz aller in BUF vorhandener Organisationskapazitäten zu meistern. Der Trägerkreis hatte das Tribunal für die in ihm vorhandenen Erfahrungs- und Organisationskompetenzen ein paar Nummern zu groß angesetzt. Das zeigt neben dem lang andauernden Mißtrauen ein weiteres Minus dieses TKs - fehlende Organisationserfahrung - somit Fehleinschätzung von dem, was noch leistbar ist und was nicht.

Hier noch eine kurze Einschätzung einzelner Organisationen aus dem Trägerkreis und ihrer Stellung im Bündnis.

Die autonomen Frauen waren durch eine Marburger Gruppe und durch eine Gruppe aus Münster vertreten. Beide Gruppen brachten sich im TK unterschiedlich ein. Die Münsteraner Frauen hatten zwar auf der Göttinger Aktionskonferenz den Frauenpunkt für das Tribunal gefordert, zogen sich aber sehr schnell aus dem TK zurück. Ihre Stellung nahmen dann zum größten Teil die Frauen aus Marburg ein. Diese haben sehr co-operativ im TK mitgearbeitet. Allerdings blieb das Frauenthemat dennoch bis zum Schluß eine exotische Beigabe am Rande. Inhaltlich hat sich der TK mit diesem Punkt nie ernsthaft auseinandergesetzt. Mann überließ den Frauen ihr Thema, die fehlende Auseinandersetzung damit hatte dann die Randexistenz dieses Themenkomplexes zur Folge. Die Marburger Frauen haben bei alledem einen großen Arbeitseinsatz gegeben. Daß ihr Thema sowohl in der Außenwirkung (Presse, Tribunal, Demo) als auch im Trägerkreis nicht so zum Tragen kam, wie es meines Erachtens wünschenswert gewesen wäre, liegt wohl zum einen daran, daß sowohl die Frauen als auch die Linken-Männer noch nicht souverain mit dem Thema umgehen können, zum anderen daran, daß die Marburger Frauen zu unerfahren in Gremien- und Bündnisarbeit waren. Ich würde mir wünschen, daß die Frauen sich Wegen dieses Ergebnisses nicht zurückziehen, sondern gerade in diesen Zusammenhängen weiterarbeiten. Die GRünen galten in der Außenwirkung als Hauptträger und Initiatoren sowohl des Tribunals als auch der Demonstration. Sie waren im Bündnis auf Grund ihrer Finanz- und Iagemöglichkeiten in einer starken Position, die sie jedoch im großen Ganzen nicht ausnützten. Die an sie gestellten organisatorischen Erwartungen und Anforderungen sind - abgesehen vom Einsatz einiger weniger - miserabel eingelöst worden. Vielen Grünen waren die Aktionen - bis auf den Teil bei dem sie grüne Imagepflege betreiben konnten - ziemlich egal. Die organisatorischen Einbrüche beim Tribunal sind fast durchgehend auf ungenaue Absprachen und Desinteresse bei den Grünen entstanden. Die Friedensliste hat nur punktiell im Bündnis mitgearbeitet (Aktionsform der Demonstration) und keine eigenen Gestaltungselemente eingebracht. ihr Mitarbeiter im Aktionsbüro hat allerdings den technischen Ablauf der Kundgebung ge-

währleistet. BUKO, dessen Thema dieses Tribunal eigentlich hätte sein können (Schwerpunkt lag auf der 3. Welt-Problematik) hat eine in Gremienarbeit völlig Unerfahrene in den Trägerkreis geschickt und ihr anscheinend weder unterstützend noch beratend dabei geholfen. Das kann eigentlich nur so gewertet werden, daß BUKO wenig Interesse am Zustandekommen der Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel hatte. Drei Wochen vor den Aktionen ist BUKO dann auch aus dem TK ausgetreten. Die Autonomen haben ihre Inhalte offensiv eingebracht und diskutiert. Diese Inhalte in die Öffentlichkeit zu bringen schien anfangs das einzige zu sein, was sie beschäftigte. Die im TK anwesenden Autonomen waren mehr oder weniger als Einzelperionen anwesend und konnten kaum Verbindlichkeiten für ihr Spektrum festmachen. Dies war z.T. auch bei anderen Spektren so, wird jedoch bei den unberechenbaren Aktionsansätzen der Autonomen zu einem großen Risiko. BUF hatte diesen Trägerkreis initiiert und zur Demo nach Bonn am 4.5. aufgerufen. Im Trägerkreis kam ihr mal wieder die Aufgabe zu, vermittelnd zwischen den einzelnen Spektren zu stehen. Diese Integrierende Funktion und die totale Inanspruchnahme ihrer organisatorischen Kapazität ließen kaum noch Kraft und Initiative für ein eigenes inhaltliches Profil übrig. Allerdings trat BUF in der Außenwahrnehmung neben den Grünen am stärksten hervor.

Das Aktionsbündnis gegen den Weltwirtschaftsgipfel war ein Experiment, das bei allen Beteiligten als ein zum einen sehr positiver Lernprozess gesehen wird, zum andern, bei allen Schwierigkeiten, zu guten Ergebnissen geführt hat. Sowohl die Teilnahme am Tribunal als auch an der Demonstration war höher als von den Veranstaltern erwartet, und der große inhaltliche Rundumschlag des Tribunals wurde von vielen als sehr positiv gewertet. Auf diesen Erfahrungen und dieser Konstellation wird sich weiteres aufbauen.

Gabriele Laske (BUF)

Vom Aktionsbüro gegen den Weltwirtschaftsgipfel

G. Laske (BUF)

So ein Aktionsbüro sollte eigentlich die ausführende Hand eines politischen Trägerkreises während einer Aktionsvorbereitung sein. Meistens ergibt sich jedoch ein mehr oder weniger starkes Eigenleben des Büros, da oft schnell Entscheidungen getroffen werden müssen, die nicht bis zur nächsten Trägerkreissitzung abgewartet werden können, sinnvoll ist es deshalb die Bürobesetzung mit kompetenten Vertretern aller an der Aktion beteiligten Spektren zu besetzen. So können die verschiedenen Aspekte, die in einer TK-Sitzung zu einer bestimmten Entscheidung führen würden, in etwa auch bei rascher Büroentscheidungen berücksichtigt werden.

Das Büro des Trägerkreises Aktionsbündnis gegen den Weltwirtschaftsgipfel wurde nach solchen politischen Gesichtspunkten besetzt. Zu Beginn gehörten zur Bürobesetzung eine Vertreterin der Autonomen Bonn, eine Vertreterin des AK gegen Atomenergie Göttingen, ein Vertreter der Grünen und zwei Vertreter von BUF. Mit Eintritt der Friedensliste kam auch von diesen ein Vertreter ins Büro. In etwa war so das Trägerkreis-Spektrum in der Bürobesetzung abgedeckt. Völlig in den Hintergrund war bei dieser Entscheidung die Überlegung getreten, in wieweit diese Leute auch Organisations- und Büro-Erfahrungen hatten. So wußten schließlich in dem Team maximal 2 Leute, was es heißt, einen so großen Aktionskomplex als da sind: Tribunal, Demo und Abschlußkundgebung zu organisieren. Die Arbeit im Büro war so von Anfang an als extrem schwierig vorprogrammiert.

Die praktische Arbeit litt stark unter dem genannten Erfahrungsdefizit. Viele organisatorische Absprachen und Anfrager wurden herausgezögert, z.T. viel zu lang diskutiert, dann zu spät und unter Zeitdruck festgemacht (engagieren von Dolmetschern, Referenten, Flugtickets, Räume, Zelte...). Weiter bedeutete das

Erfahrungsgefälle ein internes Konfliktfeld für das Büro-Team. Konzentriertes Erfahrungspotential heißt auch konzentriertes Machtpotential. Wenn in einem Team von ca. 5 Leuten in der Hauptsache nur einer weiß was, wie, wann, wo gemacht werden soll, die andern auf seine Anweisungen angewiesen sind, so kann die sich daraus automatisch ergebende Hierarchie eine solidarische Zusammenarbeit sehr erschweren. Da sich die Leute im Büro wie auch in TK zudem mit starkem politischen Mißtrauen begegneten, tat dies ein übriges um die Büroarbeit zu lähmen. Mit der Zeit erst, also in den letzten 2-3 Wochen entstand eine Vertrauensbasis. Ab da konnte eigentlich erst mit der Arbeit begonnen werden.

Die Grünen hatten für das Aktionsbüro eine Arbeitskraft zugesagt. Anfangs hieß es, diese solle ausschließlich für die Finanzen zuständig sein. Ein solcher Mensch erschien jedoch nicht. Hans-Peter von BUF, in Finanzgeschäften auch nicht erfahren, mußte in diese Lücke einspringen und verschwand auch gänzlich darin. Später kam als Vertreter der Grünen Stefan, der als Total Verweigerer bei den Grünen in der Bundesgeschäftsstelle Asyl erhalten hatte und jederzeit mit seiner Verhaftung rechnen mußte. Stefan übernahm die Organisation des Tribunals und wurde 13 Tage vor Aktionsbeginn verhaftet. Von den Grünen wurden darauf noch 2 Bürokräfte geschickt, doch waren sie nicht mehr richtig in das Büro zu integrieren und leisteten hauptsächlich Zuarbeit für die Hauptorganisatoren die zum Schluß fast ausschließlich von BUF gestellt wurden. Weiter hatte die Arbeit im Büro noch unter einer miserablen Büroausstattung zu leiden. Mit weniger als dem Nötigsten mußte ein international besetztes Tribunal, eine Demo und Abschlußkundgebung organisiert werden.

Das Büro und seine Mitarbeiter waren in dieser Gesamtsituation völlig überlastet. Das schlug sich unter anderem in einer eher zufällig geleisteten Pressearbeit nieder. Es blieb ausschließlich den Büro-Leuten überlassen, die Presseerklärung für das Tribunal zu entwerfen sowie die Abschlußerklärung für das Tribunal anzudiskutieren. Beide Erklärungen entstanden in allerletzter Sekunde (während des Tribunals). Das zeigt weiter wie viele Anforderungen - bis hin zu diesen Papieren von dem Büro verlangt wurden. Arbeitsgruppen für beide Erklärungen hätten mindestens 3 Tage vorher für diese Arbeit eingesetzt werden müssen. Daß bei einem mit Organisatorischem völlig eingedeckten Büro-Team inhaltlich nur noch heiße Luft kommen konnte, wäre voraussehbar gewesen.

Im Trägerkreis, wie auch im Büro wurde die Hauptarbeit in das Tribunal investiert. Die beiden weiteren Aufgabenbereiche wie Demonstration und Kundgebung sind dabei zu kurz gekommen. Das hat sich bei der Abschlußkundgebung als gravierend herausgestellt. Beim organisatorischen Ablauf war dieses Defizit noch nicht einmal so schlimm. Die praktischen Auswirkungen auf dem Münsterplatz waren um so katastrophaler (es fehlten gut vorbereitete Ordner, konkrete Vorstellungen, was auf dem Münsterplatz alles auf uns zukommen könnte, wie dem zu begegnen wäre....)

Als abschließende Einschätzung der Büroarbeit möchte ich als Mitarbeiterin in demselben (wenn auch erst in den letzten 14 Tagen) das Ganze so zusammenfassen: Trotz großer Überlastung (mitbedingt durch die personelle Konstellation) und trotz des großen gegenseitigen Mißtrauens, haben alle am Büro Beteiligten miteinander einen intensiven Lernprozess durchgemacht und zum Schluß sehr solidarisch zusammengearbeitet. Was vom Büro in dieser Zeit, unter diesen Bedingungen geleistet wurde ist, das Maximum von dem gewesen, was möglich war.

G. Laske (BUF)

/Dieser letzte Brief der Friedensliste an den TK bringt zusammen mit der Rede von Sofia Lind auf der Abschlußkundgebung die Position der

Friedensliste ganz gut zum Ausdruck - wie sie uns schriftliche mitteilte/

Die Friedensliste NRW - Ostr. 56 - 4000 Düsseldorf 1

An den
Trägerkreis
des "Aktionsbündnisses gegen den
Weltwirtschaftsgipfel"

Liebe Freunde,
wie Ihr wißt, hat die FRIEDENSLISTE in den letzten Tagen über ihren weiteren Verbleib im Trägerkreis des Bonner Aktionsbündnisses diskutiert. Wir haben uns jetzt entschieden, weiterhin Mitglied des Trägerkreises zu bleiben, möchten Euch aber die Beweggründe für unsere Überlegungen der letzten Tage darlegen.

Die FRIEDENSLISTE war dem Bonner Trägerkreis beigetreten (siehe vor allem ihre Erklärung vom 5.4.85)

-in der Erwartung, daß es eine Verständigung über „gemeinsame politische Grundlagen“ und eine „organisatorische Abstimmung“ mit der ebenfalls am 4.5. stattfindenden Demonstration der antifaschistischen Initiative in Köln geben würde,

-in der Erwartung von Aktionen „gewaltfreien Charakters“ am 4.5.85 „gerade angesichts der jüngsten Diffamierungsversuche“

-in der Erwartung, daß die „aktuellen Forderungen der Friedensbewegung“ besonderes Gewicht erhalten.

Die FRIEDENSLISTE hat immer klargestellt, daß die Erfüllung dieser Erwartungen Bedingung für ihre Unterstützung der Bonner Demonstration ist. Diese Erwartungen und Bedingungen konnten bis heute nur zum Teil erfüllt werden.

Es gelang nicht, eine gemeinsame Plattform mit der anti-faschistischen Initiative zustande zu bringen. Der Bonner Trägerkreis war mehrheitlich nicht bereit, der Diffamierungskampagne der Bonner Demonstration als „gewalttätig“ mit einer der neuen Lage angemessenen offensiveren Klarstellung zur Gewaltfreiheit der geplanten Aktionen entgegenzutreten.

Angesichts des Ausmaßes der Pressekampagne gegen die Bonner Demonstration hielten wir eine Formulierung für nötig, die auch von gutwilligen Zweiflern weniger mißverstanden und von Gegnern der Bonner Aktionen weniger entstellt werden kann als die Formulierung des Aufrufes für die Bonner Aktionen.

Die FRIEDENSLISTE weiß, daß keiner der Veranstalter der Bonner Demonstration gewaltsame Aktionen plant oder durchführen wird. Sie verurteilt scharf die Diffamierungskampagne der Massenmedien, mit denen das Gegenteil geradezu herbeigeredet werden soll.

Der Trägerkreis der Bonner Demonstration muß allerdings sich und erst recht die Teilnehmer der Demonstration gegen diese Diffamierung und eventuelle Provokationen schützen.

Die Orientierung der FRIEDENSLISTE gegenüber ihren Anhängern und Sympathisanten zur Teilnahme an der Bonner Demonstration ging immer von der Erwartung aus, daß die Veranstalter dieser Aktion sich gegen Diffamierungen und eventuelle Provokationen zu wehren wissen. Dieses „sich wehren“ hätte eben unseres Erachtens vor allem ein offensiveres Auftreten gegen die Diffamierungen der Bon- *[fehlt was]*

Wir gehen allerdings nach wie vor davon aus, daß die Bonner Demonstration gewaltfrei verläuft. Wir halten es nach wie vor prinzipiell richtig, anläßlich des sogenannten „Weltwirtschaftsgipfels“ und des Reagan-Besuchs; auch in Bonn zu demonstrieren. Dies um so mehr, als mit den Plänen zur Militarisierung des Weltraums und der anhaltenden Stationierung der US-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik das Szenarium eines atomaren Erstschlages immer deutlichere und erschreckendere Konturen bekommt.

Zudem hat die bisherige Zusammenarbeit im Bonner Trägerkreis gezeigt, daß gemeinsame inhaltliche Positionen und politisch rationaler Umgang miteinander auch für die unterschiedlichsten

Spektren der Friedensbewegung möglich sind. Deswegen möchten wir die Klarstellung unserer weiteren Mitarbeit im Bonner Trägerkreis mit dieser nochmaligen Erläuterung unserer Positionen verbinden.

Mit solidarischen Grüßen

Die Bundesprecher der FRIEDENSLISTE

BUKO KOORDINIERUNGS-AUSSCHUSS

Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

Nernstweg 32 - 34
2000 Hamburg 50
Tel.: 040/ 39 31 56
Postscheckamt Hamburg
Konto 79112-201
BLZ 20010020

An die

Organisationen und Einzelpersonen im Trägerkreis des Aktionsbündnisses gegen den Weltwirtschaftsgipfel

Hamburg, 23.4.85

Liebe Freundinnen und Freunde!

Die Ereignisse um die Vorbereitungen von Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel und auch unsere eigene Position im Trägerkreis des Aktionsbündnisses (vgl. unser offener Brief vom 17.4.85.), lassen uns einige grundsätzliche Überlegungen hinsichtlich der politischen Zusammenarbeit und des Umgangs miteinander anstellen. Diese Überlegungen wollen wir Euch hiermit zukommen lassen und Euch bitten, sie in Euren Köpfen und Bäuchen (oder Herzen?!) zu bewegen und für zukünftige Kooperationen vielleicht zu berücksichtigen.

Vorab sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Gedanken keine nachgereichte Begründung zu unserem Ausscheiden aus dem Trägerkreis des Aktionsbündnisses sein sollen.

Wir möchten dafür plädieren, daß unsere Art, politische Arbeit zu machen, sich so weitgehend wie nur möglich von der Brutalität, Kälte und taktierenden Berechnung abhebt, die andere Spektren und Richtungen in ihrem Vorgehen für unverzichtbar halten. Offenes und direktes Austragen von Konflikten, die deutliche Klärung über inhaltliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede, die Abstimmung über Aktionen, all das kann durchaus in einem Klima von gegenseitiger Akzeptanz und Toleranz von Geduld und eben ein Stück Menschlichkeit stattfinden.

Davon scheint uns einiges verloren gegangen sein. Verbissenheit und Taktik stehen deutlich im Vordergrund, die Frage "Wer nützt mir womit am besten für die eigenen Absichten?" bestimmt Planung und Durchführung von gemeinsamen Aktionen.

BUKO KOORDINIERUNGS-AUSSCHUSS

17.04.1985

Offener Brief!

Liebe Freundinnen und Freunde,

seit Beginn der Diskussionen um Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel am 2.-4. Mai 1985 in Bonn hat der BUKO als Zusammenschluß der Dritte-Welt-Gruppen und Solidaritätskomitees diese Diskussion mitgeführt und sich als Mitglied im Trägerkreis des Aktionsbündnisses gegen den WWG an den inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen beteiligt. Der WWG als Treffen der Regierungschefs der wichtigsten westlichen Industrienationen ist für uns der geeignete Anlaß, gegen die Auswirkungen ihrer Politik, die in erster Linie die Menschen und Völker der Dritten Welt trifft, zu protestieren:

-Die Länder der Dritten Welt werden in eine internationale Arbeitsteilung hineingezwungen, die sie zu Rohstoffproduzenten und Herstellern von Produkten niedriger Verarbeitungsstufe degradiert.

Gerade, wenn unter Zeitdruck gearbeitet werden muß schlägt das besonders durch.

Ohnehin sind nur wenige dazu in der Lage oder trauen sich das zu, in übergeordneten Gremien mitzuarbeiten und als Vertreter für eine Organisation (und da denken wir besonders an basisorientierte Zusammenschlüsse) „in den Ring zu gehen.“ Daraus hat sich ergeben, daß immer mehr „Macher“, „Funktionäre“ oder „Politprofis“ sich herausgebildet haben, die dann massiv Diskussionen und Entscheidungen bestimmen (das sehen wir selbstkritisch auch in unseren eigenen Reihen). Gerade um sich auf diesen Ebenen nicht selbst das Wasser abzugraben und letztlich zu völlig abgehobenen Vorgehensweisen zu kommen, ist die Einbeziehung von „Neuen“ und die Berücksichtigung ihrer Fragen und Bedenken besonders ernst zu nehmen.

Einen „Neuen“ dann vor versammeltem Kreis „vorzunehmen“ und runterzumachen, - so wie in Eurem Kreis gegenüber unserer Vertreterin geschehen - ist sowohl politisch wie auch menschlich ein unmöglicher Stil und entschieden zu verurteilen. Welchen Dienst leistet man damit der gemeinsamen Sache? Das notwendige gegenseitige Vertrauen und die Motivation können durch so etwas stark in Mitleidenschaft gezogen werden.

Daß zusätzlich- in mehr oder weniger machistischer Art und Weise die guten Vorsätze, sich grundsätzlich mit dem Themenkreis „Imperialismus und Patriarchat“ zu beschäftigen, über den Haufen geworfen werden und gegen eine Frau „gepowert“ wird, ist noch zusätzlich höchst verwerflich.

Zusammenfassend seien noch einmal die wichtigsten Punkte genannt:

Vertrauen und offener Umgang sind wesentliche Voraussetzungen für eine konstruktive Zusammenarbeit

Verhalten von Männern gegenüber Frauen (Machismo) sollte in besonderer Weise stets und immer berücksichtigt werden

„Neue“ sind in politischen Gremien verstärkt zu integrieren, ernst zu nehmen und aus ihren Kontext heraus zu verstehen, auf keinen Fall aber zu „instrumentalisieren“ und/oder gar „unterzubuttern“

„Politprofies“ und „Funktionäre“, die schon besonders lang „im Geschäft“ sind, sollten sich selbstkritisch damit auseinandersetzen, wo sie in ihrem Verhalten zu dominant, unverständlich oder gar nur noch taktierend wirken oder sind. Sie blocken ggf. Politisierungsprozesse her ab, als daß sie sie fördern.

Toleranz und Menschlichkeit sollten wir untereinander nicht nur als Worthülsen handeln, sondern echt praktizieren. Unsicherheiten von Leuten sollten nicht schamlos ausgenutzt werden.

Wir sollten aufpassen, wo wir uns von unserer Basis ablösen und nur noch „hohe“ Politik „machen“.

Laßt uns Wege gegen Brutalität, Kälte und Taktierertum in unsere politische Arbeit finden!

Der Koordinierungsausschuß

-Die Verschlechterung des Austauschverhältnisses von Rohstoffen und Industrieprodukten zwingt die Dritte Welt immer mehr zu produzieren für ständig abnehmende Gegenwerte an Industrieprodukten.

-Verarmt und zu Billiglohnländern gemacht, ermöglicht dies multinationalen Konzernen enorme Profite zu erwirtschaften und in die Industrieländer zu transferieren.

-Der Versuch über externe Kredite eigenständige Industrien aufzubauen wurde und wird unter den Zinsforderungen der internationalen Banken erdrückt.

-Die gegenwärtige Verschuldung und die Auflagen des „Internationalen Währungsfonds“ zwingen die Dritte-Welt-Länder zur Aufgabe jeglicher sozialstaatlicher Politik und in letzter Konsequenz sogar zum Export ihrer Grundnahrungsmittel, allein zur Tilgung der Zinskosten.

Die Folgen der skizzierten ausbeuterischen Welthandelsstrukturen werden sichtbar in einer zunehmenden Verarmung und Marginalisierung der Menschen in der Dritten Welt, immer wieder aufbrechenden Hungerkatastrophen und in den Versuchen der Völker der Dritten Welt durch Widerstand bis hin

zum bewaffneten Befreiungskampf ihre Lage zu ändern. Abgesichert wird das Weltwirtschaftssystem durch immer größere Anstrengungen der Industrienationen im Rüstungs- und militärstrategischen Bereich.

Dies nur um schlaglichtartig unsere inhaltliche Schwerpunktsetzung für Aktionen gegen den WWG zu verdeutlichen. Dieser Position entspricht die Schwerpunktsetzung des nun kursierenden Aufrufs in keiner Weise. Vielmehr wird in dem Aufrufumgekehrt die Politik seitens der Industrieländer vorrangig einem militär- und machtpolitischen Kalkül untergeordnet dargestellt. Die ökonomischen Interessen als Motor für die Aufrechterhaltung und Vertiefung der weltweiten Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse gegenüber den Völkern der Dritten Welt werden nicht thematisiert, ökonomische Mechanismen lediglich als Einzelphänomen erwähnt.

Die Grundzüge seiner beschriebenen Position hat der BUKO anhand der Aufrufentwürfe deutlich gemacht, ohne daß dies bei

der endgültigen Formulierung des Aufrufs in für uns akzeptabler Weise berücksichtigt worden wäre. Künstlicher Zeitdruck von Seiten des Büros verhinderte eine rechtzeitige Klärung. Der Koordinierungsausschuß des BUKO sieht sich aus den genannten Gründen nicht in der Lage den nunmehr endgültigen Aufrufumgekehrt zu unterstützen. Einer weiteren Mitgliedschaft im Trägerkreis des Aktionsbündnisses gegen den WWG ist damit die Grundlage entzogen.

Wir werden jedoch weiterhin nach Kräften zur Teilnahme an den geplanten Aktionen gegen den WWG, dem Tribunal am 3.5. und der Demonstration am 4.5., neben der vom BUKO verfolgten dezentralen Aktionen „12 vor 5“ an den Filialen der Deutschen Bank, mobilisieren.

Mit solidarischen Grüßen

Der Koordinierungsausschuß des BUKO

WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL – DAS WAR DER GIPFEL

BUKO

- Die "Dritte Welt" und der Weltwirtschaftsgipfel in Bonn - Hoch oben auf einem Wagen halten die sieben Großen der westlichen Welt - Präsident Reagan, Premierministerin Thatcher, Bundeskanzler Kohl, die Präsidenten und Staatschefs Mitterand, Craxi, Nakasone und Mulroney - „ihren“ Gipfel ab, debattieren die Weltprobleme und stoßen an auf in ihren Augen gelungene Lösungen. Per Strohhalm stärken sie sich aus einem Cocktailglas, dessen Wandung als die südliche Erdhalbkugel zu erkennen ist. Oben bei ihnen springt auch der Internationale Währungsfonds (als Person dargestellt) herum, um die Anweisungen der Gipfelteilnehmer unverzüglich in die Tat umzusetzen. Während die da oben ihre Macht- und Interessenpolitik medienwirksam darbieten und untereinander abstimmen, sind eine Menge anderer Menschen, in Jutesäcke gekleidet, mühsam dabei, den großen Wagen in Bewegung zu halten, - sie schieben und ziehen mit all ihnen zur Verfügung stehender Kraft. Auf den Jutesäcken steht „Dritte Welt“, „Ausbeutung“, „Ungerechte Weltwirtschaftsordnung“ und „Verschuldung“.

Mit diesem Bild hat der Bundeskongreßentwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) während der Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Bonn am 4. Mai 1985 in Form eines Aktionstheaters versucht, das Verhältnis von Weltwirtschaftsgipfel und der tatsächlichen Situation in der sog. „Dritten Welt“ darzustellen. Sicherlich ein vereinfachendes Bild, doch wenn man das Ergebnis von Bonn betrachtet, war die Tendenz wohl richtig getroffen.

Für die Länder der „Dritten Welt“ hat sich durch diesen Gipfel, genauso wie durch die 10 vorhergegangenen, nichts grundlegend verbessert. Die drängenden Probleme, der drohende Hungertod und die Unterernährung von Millionen Menschen tauchen zwar verbal in der Schlußerklärung auf, doch konkrete Schritte, sich mit den Ursachen der Wirtschaftskrisen und Abhängigkeiten auseinanderzusetzen, wurden nicht unternommen. Es gab anscheinend Wichtigeres zu tun. Der für das Schicksal der "Dritten Welt", die nicht mit am Tisch sitzen darf, so lebensentscheidende Weltwirtschaftsgipfel, wo die Mächtigen neue Impulse setzen könnten, wurde zum „Bitburg-Gipfel“ und mit anderen Ereignissen in einer Weise verknüpft, daß das zentrale Anliegen der „Entwicklungsländer“ fast notwendig auf der Strecke bleiben mußte.

In einem großen Schauspiel und Medienspektakel wurden in erschreckender Selbstgerechtig- und Überheblichkeit alte Rezepte für eine Gesundung der Weltwirtschaft ausgegeben: durch immer mehr „dauerhaftes Wachstum und höhere Beschäftigung“ (so die Schlußerklärung). Es drängt sich die Vermutung auf, daß es hier weniger um ernsthafte Politik in wirklicher Weltverantwortung gehen sollte, sondern um eine Inszenierung, die sehr

viel innenpolitische Rücksichten nahm und die insbesondere unter dem Vormachtanspruch der Vereinigten Staaten stand. Ein Konsens über eine neue GATT-Runde zum Abbau von Zöllen und Handelshindernissen kam nicht zustande. Die Tür zu protektionistischen Maßnahmen will sich letztlich Jeder offenhalten. Eine neue GATT-Runde ist aber für die „Entwicklungsländer“ sicher auch nicht das Allheilmittel, für viele hat sich die starke Integration in den Weltmarkt eher als problematisch erwiesen.

Wie sehr es in Bonn um die Vormachtstellung der USA ging und welches deren Verständnis von „Dritte-Welt“-Politik „im Geiste wirklicher Partnerschaft“ (so die Schlußerklärung) ist, wurde noch vor Beginn des eigentlichen Gipfels deutlich. Gerade auf deutschem Boden angekommen, verkündete Präsident Reagan das Handels-Embargo gegen Nicaragua. Ein Zeichen für die Verbündeten? Auf jeden Fall aber eine klare Drohung gegen alle „Entwicklungsländer“, die einen eigenständigen Entwicklungsweg zu gehen gedenken. Und eine noch aggressivere Kampfansage im schon stattfindenden Krieg gegen das kleine Nicaragua, daß der große Bruder im Norden nun bald wirtschaftlich die Sandinisten in die Knie zwingen würde.

Dieser Vorgang, dem von deutscher Regierungsseite nichts entgegengesetzt worden ist, ist wohl das krasseste Signal des 11. Weltwirtschaftsgipfels und sagt mehr über das Verhältnis Industriestaaten - „Dritte Welt“ aus als alle noch so wohlklingenden Kommuniqués.

Verantwortung für die Weltpolitik wird weiter unter dem Primat des wohlverstandenen Eigeninteresses und der eigenen Machtabsicherung gesehen.

Die offenen und für die „Entwicklungsländer“ lebensbedrohenden Probleme aber bleiben :

- die Verschuldungskrise (mehr als 850 Mrd. US-Dollar) der „3. Welt“ wird weiterhin für jedes Land einzeln über nur kurzfristig wirksame Umschuldungsabkommen gemanagt.
- die gefährliche Auflagenpolitik des IWF und die unzureichende Arbeit der Weltbank sind nicht thematisiert worden, doch dem IWF wurde erneut eine entscheidende ordnungspolitische Rolle zugewiesen.
- die Hochzins- und Verschuldungspolitik der USA (nicht unwesentlich verursacht durch die US-Hochrüstungspolitik), die einerseits die Zinslast für die „Entwicklungsländer“ so unerträglich hat ansteigen lassen, andererseits aber eine Bedrohung des gesamten Weltfinanzsystems darstellen, ist nicht in den Mittelpunkt der Verhandlungen gestellt worden.
- Militarisierung und Aufrüstung (z.B. auch durch Waffenexporte) sind nicht als Mitverursacher der sozialen und wirtschaftlichen Krisen angeprangert, sondern beispielsweise hinsichtlich des SDI-Programms mehrheitlich begrüßt worden.
- gegen Hunger und Dürre wurden wie gehabt die alten Instrumente angepriesen. Fragen der strukturellen Verursachung und Bekämpfung und der Zusammenhang mit der Überflusssituation in den reichen Ländern wurden nicht einbezogen.

- die Gefahr der Arbeitslosigkeit wurde als Problem vor allem der Industriestaaten angesehen und dort werden auch entsprechende Maßnahmen ins Auge gefaßt. Im weltweiten Zusammenhang - vor allem auch für die „Dritte Welt“-stellt sich das Problem noch gravierender. Die „Entwicklungsländer“ sind dem Konkurrenzdruck noch hilfloser ausgeliefert. Rationalisierung und Automatisierung werden dort noch weniger sozial abgefedert durchgesetzt.

Der Weltwirtschaftsgipfel auf deutschem Boden hinterläßt in jeder Beziehung einen faden Beigeschmack. Die deutsche Bundesregierung hat dem Ereignis kein den wirklichen Weltproblemen entsprechendes Gepräge gegeben. Sie verkleisterte den Gipfel mit anderen Daten zur Bewältigung der deutschen Vergangenheit. Auch genoß sie das Spektakel ausgiebig und suchte es innenpolitisch auszuschlachten. Sie hatte wohl eher ein Interesse an einer „Aufklärungsverhinderungsstrategie“.

Was kann die „Dritte Welt“ also nach Bonn von den Industriestaaten noch erhoffen? Vielleicht öffnet erst die ganz große Krise auch in den reichen Ländern, den Politikern und Mächtigen hier die Augen. Die schon jetzt existierende Katastrophe und das schreiende Elend in der „Dritten Welt“ vermögen heute noch kein Anlaß für eine grundlegende Veränderung; der ungeordneten Welt-Wirtschaftsstrukturen zu sein.

WAS MUSS DENN NOCH PASSIEREN?

Gedanken zu den Gegenaktivitäten während des Weltwirtschaftsgipfels

Die Tatsache, daß der 11. Weltwirtschaftsgipfel in Bonn stattfinden sollte, mußte eigentlich alle politisch Engagierten und Interessierten unmittelbar aktivieren, sich an Aktionen für eine massive Aufklärung und Gegenöffentlichkeit zu beteiligen. Kann man doch in einem solchen Gipfel die Versinnbildlichung und Personifizierung der bestehenden ungerechten und ausbeuterischen Weltwirtschaftsordnung sehen und daran die Stoßrichtung der eigenen politischen Arbeit verdeutlichen. So haben auch Solidaritäts-, Anti-AKW- und Friedensgruppen schon ab November 84 über gemeinsame Vorgehensweisen beraten.

Einige Gedanken zu den Aktivitäten rund um den "WWG"

ZU DEN ÜBERLEGUNGEN UND VORSTELLUNGEN INNERHALB DER MITTELAMERIKABEWEGUNG UND DES INFOBÜROS:

Informationsbüro Nicaragua e.V.

Formuliertes Hauptziel der Mittelamerikabewegung (zumindest beim gegen den "WWG" stark engagierten Teil war es, am Beispiel Mittelamerika Wirtschaftsinteressen und ökonomische Grundlagen als Motor imperialistischer Politik zu thematisieren. Eine Debatte sollte sich entzünden, die nicht allein den eigentlichen Gipfel vor Augen hatte, sondern, die das ökonomische Machtinstrumentarium langfristig zum Diskussions- und Auseinandersetzungspunkt werden läßt. Die Möglichkeit einer verstärkten Debatte innerhalb der Linken und der sozialen Bewegung der BRD (besonders auch in der Solidaritätsbewegung) stand offen.

Die Überlegungen der Mittelamerikagruppen und des Infobüros umschlossen verstärkte bewegungsspezifische Diskussion; im Zusammenhang Weltwirtschaftsordnung und Mittelamerika kompetent werden, Inhalte voran treiben und zu eigenen Aktionen kommen. Was waren diese Überlegungen und was ist daraus geworden?

1) Gemeinsame Diskussion und Annäherung mit und an andere Gruppen, Bewegungen und Spektren, Vertiefung internationalistischer Positionen.

Trotz anfänglichen Berührungängsten und unbeweglichen Positionen (siehe Göttinger Treffen), trotz mangelnder Bereitschaft,

Letztlich kam es dann aber doch nur zu vereinzelten dezentralen und zu zwei größeren zentralen Gegenveranstaltungen.

Dezentral: Neben meist abendlichen Informationsveranstaltungen (z.T. schon in den Wochen vorher) kann die „12 vor 5 - Aktion“ vor den Geschäftsstellen der Deutschen Bank am 2. Mai (z.B. in Hamburg, Münster, Osnabrück) als Erfolg zumindest hinsichtlich der Idee angesehen werden. Die Presse war sehr an dieser Aktion interessiert und sie ließ sich auch erstaunlich schnell bei den Gruppen publik machen. Doch die Zahl der tatsächlich durchgeführten Maßnahmen war viel zu gering.

Zentral: Das TRIBUNAL am 3.5. war insgesamt ein Erfolg. Fast 2.000 Teilnehmer setzten sich einen Tag lang mit den Brennpunkten von Abhängigkeit, Ausbeutung und Intervention auseinander. Die DEMONSTRATION am 4. Mai in Bonn wurde immerhin von 25.000 Menschen zu einer klaren Gegenmanifestation genutzt. In den bundesdeutschen Medien wurden leider oder bezeichnenderweise die Bilder von Auseinandersetzungen mit der Polizei auf dem Münsterplatz in den Mittelpunkt gerückt. Die Begründung für die doch verhältnismäßig geringe Beteiligung: ist in folgendem zu sehen: Das Thema Weltwirtschaft ist für viele zu komplex und schwierig (z.B. auch für BUKO-Gruppen). Zusätzlich führten die not-wendigen Klärungsprozesse und die Konflikte innerhalb der Friedensbewegung und die hinsichtlich NRW wahltaktischen Überlegungen der SPD, lieber keine Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel zu unterstützen, dazu, daß eine starke einheitliche Bewegung nicht zustande kam. Der 8. Mai und damit zusammenhängenden Veranstaltungen taten ein Übriges zur Zersplitterung.

Fazit: Die inhaltliche Aufarbeitung der Zusammenhänge: „ökonomische Interessen - Weltwirtschaftsordnung - Militarisierung - ökologische Zerstörung - Menschenrechte“ muß unverzüglich intensiver betrieben werden. Bundesdeutsche Verantwortliche (Regierung - Transnationale Konzerne - Banken etc.) sind deutlich auszumachen und in die Pflicht zu nehmen. Auf jeden Fall wird der BÜKO zum Komplex „Weltwirtschaft - Verschuldung - BRD und Deutsche Bank(en)“ weiterarbeiten und Ende 1985 dazu ein Seminar durchführen.

KLAUS MILKE

aufeinander zuzugehen, ist es gelungen, zumindest auf Tribunal und Demo bezogen, einen positiven Schritt nach vorne zu gehen. Das bunte Lager der "Unabhängigen" hat bewiesen, daß sie fähig sind, in der BRD zu polarisieren und politische Prozesse eigenständig zu beeinflussen, auch wenn dies unter einem gewissen Einigungszwang entstanden ist. Positionen zu Mittelamerika und ein klarer Bezug auf die Befreiungsbewegungen MAS waren klar verankert und nicht nur weil halt das Infobüro im Trägerkreis mitgearbeitet hat. Dies ist auch für die Mittelamerika-Komitees eine positive Bilanz.

2) Ökonomie und funktionieren der Weltwirtschaftsordnung müssen zum ständigen Bewegungsthema werden.

Die Durchsetzbarkeit des Anspruchs, die Fragen der derzeitigen Weltwirtschaftsordnung zu einem langfristigen, entscheidenden Auseinandersetzungspunkt innerhalb der Bewegung zu verankern, muß mit einem vorläufigen Nein beantwortet werden. Gründe dafür sind: Nachwievor schwer auflösbare Probleme zwischen „Einpunktorientierung, wie bei der Mittelamerikabewegung und gesamtpolitischer Perspektive“; der mangelnde Druck in Richtung Vereinheitlichung von Diskussions- und Widerstandsperspektiven: die relative starke Orientierung auf die Aktionen zum „WWG“ und die noch lange nicht abgeschlossene grundlegende Diskussion zu dem ganzen Ökonomiekomplex innerhalb der Gruppen. Die „WWG“-Trägerkreisgruppen, die am Thema arbeiteten. Komitees und das Infobüro haben hier die Aufgabe und die politische Verantwortung, den eingeleiteten Prozeß zu forcieren und ihn politisch voranzutreiben. Für die Mittelamerikabewegung liegt hier die Chance internationalistische Inhalte breiter zu thematisieren und weltweite Solidarität nicht nur auf ein Land oder eine Befreiungsbewegung bezogen zu stabilisieren, sondern den Internationalismus wieder zu einer

grundlegenden, unabdingbaren Position zu machen (zumindest gibt es die Chance). Gerade die Kaffeekampagne kann in dieser Richtung ein weiterer, vertiefender Beitrag sein.

3) Einbeziehen der Komitees in die Aktivitäten zum - „WWG“.

Innerhalb der Komiteebewegung hat es einen sehr aktiven Teil von Gruppen gegeben, die den „WWG“ als Kristallisationspunkt angesehen haben und besonders für Nicaragua die Frage der wirtschaftlichen Intervention, die Einbindung in den Weltmarkt und die ökonomischen Überlebensstrategien der nicaraguanischen Revolution als Grundlage der politischen Arbeit im ersten Halbjahr 85 gemacht haben. In gut 50 Komitees hat es ausführliche Diskussionen, Seminare und Veranstaltungen gegeben, ein weiteres Drittel hat sich an der Mobilisierung zum Tribunal und zur Demo beteiligt. Die aktiven Gruppen haben sich an den örtlichen Aktionsbündnissen beteiligt, sie zum Teil federführend getragen, und doch war es nicht möglich die gesamte Mittelamerikabewegung zu aktivieren, die langen und schwierigen Vordiskussionen sind auch voll durch unsere Bewegung gegangen (und zwar kontrovers) und es ist auch nicht gelungen eine intensive und breite Diskussion zum „WWG“ in Gang zu setzen. Ein Teil der Bewegung hat sich halt kaum um dem „WWG“ gekümmert.

4) Anleihen von Diskussionen, Seminaren, Aufarbeitung von Fakten im Bezug auf Mittelamerika durch das Infobüro.

Ziel der Arbeit des Infobüros war es, inhaltliche Positionen zum Komplex Weltwirtschaftsordnung und Mittelamerika zu erarbeiten und diese breit zu streuen; ein weiteres Ziel war es, sich in Fragen internationale Finanzorganisationen, Weltmarktstrukturen und Wirtschaftsintervention am Beispiel MA kompetent zu machen. Dem Büro ist es in der Zeit nicht gelungen (wirklich wegweisend diesen Anspruch einzulösen). Die erstellten Grundlagenmaterialien sind zwar in den zum Thema arbeitenden Gruppen nützlich gewesen und auch eingeflossen, aber zum Beispiel ein inhaltliches Arbeitsseminar oder die Erstellung eines Thesen- und Faktenpapiers zum Zusammenhang MA und „WWG“ konnte nicht umgesetzt werden. Ebensowenig ist es deutlich gelungen, in der Öffentlichkeit zu benennen, warum die Komitees gegen den „WWG“ mobilisieren, was deren spezifischen Inhalte und Interessen sind. Im Trägerkreis und in den örtlichen Aktionsbündnissen ist allerdings die Mittelamerikafrage integrierter Bestandteil und ein Kristallisationspunkt gewesen (siehe Veröffentlichungen und die vielen Komiteeveranstaltungen vor Ort), dies ist auch auf die intensive inhaltliche Mitarbeit im Trägerkreis zurückzuführen.

5) Nahua-Script zu Finanzorganisationen/Verschuldung in der Karibik und Mittelamerika.

Eigentlich sollte ein Script zur wirtschaftlichen Situation, Finanzorganisationen und Verschuldung in engem Zusammenhang mit der mittelamerikanischen Problematik zur Diskussionsgrundlage und als Begleitmaterial zu den „WWG“-Aktivitäten erscheinen. Dies hat nicht geklappt. Gründe dafür liegen in der Selbstüberschätzung relativ schnell gute und geeignete Materialien zusammenzustellen, an den etwas dürftigen Materialien zum Zusammenhang Mittelamerika auf der einen Seite und dem Wust von allgemeinen Beiträgen auf der anderen Seite. Schwierig war es bestimmte Artikel zu bekommen und in einen richtigen Zusammenhang zu setzen. Auch bei uns mußte eine Diskussion erst einmal beginnen und Kompetenz für diesen Bereich erarbeitet werden. Das Script ist allerdings so gehalten, daß es nicht auf den „WWG“ zugeschnitten ist, sondern versucht einen allgemeinen Überblick zu geben. Es ist also nach wie vor aktuell und wird natürlich erscheinen.

6) Eigenständige Aktivitäten und Siemensaktionstag.

Im Zuge der Planung und des Organisationsprozesses sind die Mittelamerikaaktivitäten in der Mobilisierungsphase, so wie sie zum Teil geplant waren (namentlich Siemensaktion) nicht zustande gekommen. Dies lag einmal an dem unerschöpflichen Interesse, sich überhaupt in den Gruppen erstmal sachkundig zu machen (was ist eigentlich IWF, was hat er in den siebziger Jahren gemacht oder was sind eigentlich Konzerninteressen in

MA), zum anderen an Schwierigkeiten, Vorhaben wie einen Siemensaktionstag von der guten politischen Idee her praktisch umzusetzen. Probleme hat es und gibt es bei den Recherchen zu Siemens in Mittelamerika und beim geeigneten Ansatzpunkt. Es gibt derzeit ein Bild von Versatzstücken, die aber nicht für einen Aktionstag ausreichen. Der faktische Boykott Nicaraguas hängt deutlich mit der Politik der Bundesregierung zusammen (Keine Hermesbürgschaften für Nicaragua), und dies macht eine alleinige Stoßrichtung auf den Siemenskonzern schwierig. Allerdings heißt das nicht, daß Siemens vom Tisch ist, zum Teil wird weiterhin an Recherchen gearbeitet und Aktivitäten dazu sind nach wie vor offen. Für die „WWG“-Aktivitäten heißt das, es ist falsch an noch unklaren Punkten Mobilisierungsaktivitäten fest zu machen.

Der Trägerkreis unterlag anfangs äußerst widrigen Bedingungen. Jede Gruppe oder Organisation hatte den Verdacht, von den anderen benützt herausgedrängt oder verraten zu werden. Diese Ängste waren allerdings irrational und unbegründet.

Im Gegensatz zu anderen Aktionsbündnissen und Koordinationen stand bei diesem Trägerkreis die inhaltliche Diskussion im Vordergrund. Das Mißtrauen resultierte wahrscheinlich aus der Ungewißheit, zu welchen Aktionsformen die einzelnen Spektren greifen, sich bekennen oder von welchen sie sich distanzieren, denn es zeigte sich, daß inhaltliche Widersprüche durchaus überbrückbar waren.

Kurz zum Trägerkreis Austritt des BUKO: Drei Wochen vor dem „WWG“ ist der BUKO mit der Begründung mangelnder Verankerung der „Dritte-Welt-Problematik“ aus dem Trägerkreis ausgeschieden, hat allerdings die Aktivitäten weiterhin unterstützt.

Wir finden es jedoch ein Unding, von dieser Entscheidung des BUKO aus der TAZ zu erfahren. Richtig hätten wir gefunden, diese Kritik am Dritte Welt Teil der Aktivitäten mit den anderen Dritte Welt Gruppen vorher zu diskutieren und zu sehen, ob wir dort zu einem gemeinsamen Vorgehen kommen können.

TRIBUNAL - BEGINN EINER DEBATTE ODER "NUR" EINE GROßVERANSTALTUNG:

Das Hauptthema der Trägerkreis-Sitzungen war über Wochen der Inhalt, die Ausformung und die Referenten für das Tribunal. Für die 5 Themen-Komplexe hat sich im Verlauf der Diskussion eine inhaltliche wie auch organisatorische Struktur herausgebildet. Für jeden Themenblock war die Gruppe verantwortlich, deren Hauptanliegen dieses Thema war. Das Infobüro war z.B. zuständig für den Bereich „Auswirkungen der Weltwirtschaftsordnung auf die Dritte Welt“. Das überdimensional geratene Tribunal war allerdings nur noch mit extremen organisatorischen Aufwand zu bewältigen.

Zur Überfrachtung muß eigentlich nicht mehr viel gesagt werden. Zwölf Stunden wechselten Referate, Arbeitsgruppen und sogenannte „Panels“-Dialog zwischen Referent/in und Publikum - einander ab. Wir hätten dem Tribunal trotz allem nichts schlechtes angetan, wäre es gelungen zu straffen und noch mehr auf den Punkt zu kommen. Die Schwerpunktaufteilung hat sich als gut und richtig erwiesen, auch wenn die Gewichtung im „Dritte-Welt-Punkt“ durch Personalausfall etwas verschoben wurde. Gut war die Mischung der Beiträge auf dem Tribunal zwischen analytisch-wissenschaftlich und persönlicher Betroffenheit. Die in der Vordiskussion umstrittensten Rednerbeiträge erwiesen sich auf dem Tribunal selbst als die interessantesten, klarsten und eindrucksvollsten Beiträge (Rafael Sanchez/Spanien-CNT, Michael Schubart/Anwalt und Jean-Marie Tjibaou/FLNKS-Kanaky.)

Fazit:

Die Bewegung und natürlich auch die Mittelamerikakomitees sind derzeit nicht in der Lage auf einmal inhaltliche Prozesse zu forcieren, vielfältige und gute dezentrale Aktionen vorzubereiten und bundesweite Aktivitäten umzusetzen und dafür zu mobilisieren, besonders in diesem kurzen Zeitraum nicht. Resümee ist

unter anderem (gezielter und langfristiger über Möglichkeiten zu diskutieren und noch mehr Gewicht auch auf eigene Aktivitäten zu legen. Zielvorstellung müssen vorher klarer diskutiert und auf ihre Umsetzungsmöglichkeiten hin überprüft werden, überfrachtete Vorstellungen führen leicht zu Frustration und Ungenauigkeiten. Zum Teil ist es aus Sicht der Mittelamerika-Bewegung gelungen, inhaltlich auf Aktivitäten zum „WWG“ einzuwirken und Positionen zu verankern und doch wäre eine breitere Festlegung in Richtung „Imperialismus und Dritte Welt“ (Verschuldungs/Transnationalisierung/Zerschlagung von Befreiungsbewegungen etc.) wünschenswert gewesen.

DEZENTRALE AKTIONEN, WAS WAR DAMIT:

Klares und ehrliches Fazit kann für alle Beteiligten nur sein: es hat massenweise in Bündnissen und durch eigene Aufarbeitung getragene inhaltliche Veranstaltungen gegeben aber die praktische, politische Umsetzung vor Ort in Form von dezentralen Aktionen ist zu kurz gekommen. Vielen von uns fällt es schwer, bundesweite Aktivitäten und dezentrale Aktionen gleichrangig zu behandeln. Es hat absichtlich oder unbewußt nie eine ehrliche Auseinandersetzung gegeben, nämlich daß ein verbaler Wunsch nicht nur ein Frommer bleibt. Dezentrale Aktivitäten sind nie ehrlich und wirklich in das Konzept für den „WWG“ eingeflossen. Diese Kritik gilt in Ansätzen natürlich auch für die Komitees, wobei hier mehr die praktischen Schwierigkeiten mit der Siemensaktion neutralisiert haben.

Dezentrale Aktionen sind wichtig: das wird jeder unterstreichen! Warum aber traut sich so oft niemand an die Umsetzung (einmal abgesehen von allen guten und schlechten Erklärungen, die gefunden werden)?

MOBILISIERUNG UND TRÄGERKREIS

Die Mobilisierung für das Tribunal und die Demo war weit größer, als während der Vorbereitungszeit erwartet worden war. Sicherlich sind als mobilisierender Faktor neben dem Anlaß Reagan in Bonn, dem Gipfel noch die Verhängung des Handelsembargo über Nicaragua hinzugekommen. Trotz massiver Gegenmobilisierung der Sozialdemokratie, dem indifferenten Verhalten des DKP-Spektrums und den drei Demos zum „8. Mai“ sind nach Bonn 25000 Menschen gekommen. Dies ist klar als ein erstes größeres Auftreten von einem Spektrum links der Sozialdemokratie zu bewerten, welches mit diesen Aktionen zum erstenmal den Versuch machte, gemeinsam und geschlossen aufzutreten.

Der „Dritte-Welt Block“, durch Ausfall dezimiert und durch statische Herangehensweise der Referenten/innen an ihr Thema, konnte seiner zgedachten Rolle nicht gerecht werden. Obwohl das Thema Nicaragua nicht zuletzt wegen des kurz vorher verhängten Handelsboykotts der USA zum Schwerpunkt des Tribunals wurde, blieb der Beitrag von Felix Contreras (CONAPRO) eher blaß. Es scheint wichtigen solch einem Tribunal das Gelingen und die Übermittlung nicht nur den Referenten zu überlassen, besonders wenn von vieren nur zwei zur Verfügung stehen. Ein positives Beispiel für die Mitgestaltung oder das Eingreifen in einen Block, war die Nicaragua-Resolution.

Um die angerissene Thematisierung und die Schwerpunkte des Tribunals in einer Debatte zu vertiefen sind allerdings Arbeitsgruppen u.a. eindeutig zu kurz gekommen. Eine Chance dafür bieten zumindest die Tribunalnachbereitungsmaterialien, die ein wichtiger Bestandteil für „nachhaltige“ Resonanz sind. Die Nachbereitungsmaterialien sind auch über das Büro zu beziehen (wahrscheinlich 6.00 DM + Porto). Während des Tribunals ließ sich das Vorgehen und Interesse der Polizei für die Demo schon erahnen. Am Mittag begann sie auf dem Stadt-hallenparkplatz

mit der Durchsuchung, verlassener Autos und Personalienfeststellung. Als mehrere Hundert am Ende des Tribunals geschlossen zu ihren Fahrzeugen gingen, wurden sie von der Polizei, teilweise unter Knüppeleinsatz, auf eine Wiese getrieben; jedes Fahrzeug wurde durchsucht, die sichergestellten Gegenstände (Benzinkanister, Werkzeug, Flaschen und ein paar Helme) der Presse als Angriffswaffen präsentiert. Von den Polizeiübergriffen abgesehen, war das Tribunal politisch und von der Beteiligung ein voller Erfolg.

ZUR DEMO:

In der Größe, dem politischen Ausdruck und dem Bündnis der Demo spiegelt sich eigentlich der volle Erfolg der Aktion wieder. Gemeinsam ist es wirklich gelungen während der Demo Zusammenhang zu schaffen und, Geschlossenheit sicherzustellen. Für die Demo wurden die anstehenden Aufgaben (Zusammenhalt etc.) gut gelöst und die Demoleitung hat vernünftig funktioniert.

Auf dem Platz das genaue Gegenteil. Die Polizei provozierte sowohl während der Demonstration, wie auch vor allem auf dem Münsterplatz mit Schlagstockeinsätzen und Herausgreifen Einzelner. Sie ließ die Demonstranten nicht ungehindert auf den Münsterplatz vor und hatte offensichtlich das Ziel Auseinandersetzungen zu provozieren, um hinterher wegen dieser Auseinandersetzungen die gesamte politische Stoßrichtung der Demonstration kriminalisieren und isolieren zu können. So kam es zu tumultartigen Szenen auf dem Münsterplatz, wobei aus den Reihen der Demonstranten z.T. Stöcke und Steine geworfen wurden und die Polizei wiederholt wahllose Schlagstockeinsätze gegen die versammelte Menge durchführte. Schließlich gingen bei dieser Auseinandersetzung die Scheiben des Kaufhofes zu Bruch.

Das Interesse der Polizei und von Innenminister; Schnor war klar: Einschüchterung und Provokation, um das gemeinsame Anliegen der Demonstranten politisch zu isolieren. Ein Teil der Demonstranten muß sich die Frage gefallen lassen, ob die Angriffe auf die Polizei und den Kaufhof in einer solchen Situation die richtigen Gegenmaßnahmen sind und uns unserem politischen Ziel nähergebracht haben.

Das Verhalten der Demoleitung auf dem Münsterplatz war eher hilflos und chaotisch. Zunächst konnte aufgrund eines Stromausfalls die Anlage nicht benutzt werden, danach war die Stoßrichtung der Aufrufe lange unklar.

In der Presse jedenfalls war von Tribunal- und Demoinhalten nicht mehr viel zu lesen. Hauptthema war der gebeutelte Kaufhof.

Trotz der herben Erfahrung mit dem Polizeieinsatz läßt sich abschließend sagen, daß dieses Bündnis aus Frauen-, Friedens-, 3. Welt- und Mittelamerikagruppen, Autonomen, Grünen, Friedensliste, kirchlichen Gruppen u.a. einen intensiven Lern-prozeß in Gang gebracht hat. Viele gegenseitige Vorurteile und Mißtrauen haben sich als hinderlich herausgestellt. Die Lern-prozeße, die im Trägerkreis stattgefunden haben können sich in den verschiedenen Gruppen und Bewegungen fortsetzen. Der "WWG" mit seinen Aktionen ist ein Versuch gewesen auf dem sich aufbauen läßt, auf den aufgebaut werden sollte.

Für das Büro sind die Aufgaben im Trägerkreis sehr schnell zum Hauptpunkt geworden, einem Hauptpunkt der unter dem Strich als positiv und richtig zu bewerten ist-trotz aller Mängel und Versäumnisse. Es ist halt nicht alles zu bewerkstelligen und es bedarf einer stärkeren Diskussion und Aufgabenverteilung in der Bewegung.

gemeinsam diskutiert und verabschiedet am 12.6.1985 Informationsbüro Nicaragua e.V. und auf dem Nicaragua-Bundestreffen 21.-23. Juli 85 in Darmstadt

Was haben wir damit zu tun?

Bonner Punx

Tja, meine Damen und Herren, das werden sich wohl einige unter euch gefragt haben, als sie irgendwie unser Flugblatt in die Hände bekommen haben. Da rufen also Punx in einem eigenen Flugblatt erstmals bundesweit zu einer angemeldeten Demo auf. Was, die versoffenen und bekifften Gestalten haben plötzlich eine eigene politische Meinung, die über mehr hinausgeht als „Anarchie + Bier“? Schwer zu verstehen, nicht? Aber keine Angst, der liebe Onkel erklärt euch. Wie sah es denn bisher meistens aus? Wenn irgend ne Demo war, wurde sie von Autonomen u.a. organisiert und geplant. Punx wurden nicht mal angesprochen, ob sie sich auch dafür interessieren, mitmachen wollen. Auf der Demo selbst wurden sie dann jedoch meistens gern gesehen. Daß dann aber wieder meistens die Punx zuerst abgegriffen wurden, hat dann wieder meistens kaum einen gestört. Denn EA-mäßig erstmal „um die eigenen Leute kümmern“, lautete die Devise. Im Klartext: Punx haben sich bislang Immer auf Autonomen-Demos usw. mitgebeult, wurden aber bei eigenen Aktionen von der restlichen linken Scene, von wenigen Ausnahmen abgesehen, schmächtig im Stich gelassen. Das sollte nicht so weitergehen, denn wir sind nicht eure Puppen! O.K., wir wissen selbst, daß es unter uns ne Menge Ärsche gibt, die wirklich nichts anderes im Kopp haben als Kiffen und Saufen. Aber wo gibts keine Ärsche? Wir sind nun mal kein organisierter Verein e.V., wo man sagt: „Du gefällt uns nicht, hau ab!“ Jedem das seine, klar? Der weitaus größere Teil der Punx hat aber was mehr im Sinn. Deshalb haben wir uns halt gedacht, wenn Reagan kommt und der WWG steigt, sollten wir auch von unserer Seite mal ne Aktion starten. Es war geplant, als eigener großer Block in der Demo mizugehen und dadurch den einen (der Öffentlichkeit) und den anderen (dem Rest der „Scene“) Stärke und Willen zur aktiven Zusammenarbeit (das jedoch nur bei „den anderen“) zu demonstrieren. Dies alles zu organisieren, war natürlich n gutes Stück 'Arbeit, denn 1. haben wir nicht genug Kohle und 2. nicht die entsprechenden Connections, um z.B. Sachen drucken zu lassen. Daß uns von der Bonner Scene auch nix zugetraut wird, sah man z.B. auch an dem Versuch, für den Abend nach der Demo n Konzert zu organisieren. Wo man auch hinkam: „Was, n Punk-Konzert, ach nee, lieber nicht.“ Selbst dem angeblich linken AStA wars zu heiß. Mann, seid ihr so blöd, oder wollt ihrs nicht raffan? Wir haben nicht mehr 79, es ist 85. Die Zeiten sind vorbei, wo nach nem Punk-Konzert das Gebäude abbruchreif war. Oder traut ihr uns wirklich zu, daß wir uns unsere letzten Auftrittsmöglichkeiten selbst zerstören? Und für die, denens darauf ankommt: Mit so nem Gig kann man manchmal mehr Kohle machen, als mit nem

„herkömmlichen“ Konzert

Denn unsere Gruppen spielen meistens für Spritgeld und n bißchen Bier! Um aber aufs Thema zurückzukommen, n Konzert haben wir nicht machen können, die Sache lief aber doch recht gut an. Die Bullen haben bis kurz vorher nix geblickt. Erst als am Donnerstag die ersten Punx aus Bremerhaven, Hamburg, Kassel, Duisburg, Freiburg anrollten, wurden sie etwas stutzig. Denn so viele „neue Gesichter“ sind unsere Kontakt-Zivis am Kaiserplatz nun doch nicht gewöhnt. Nun gut, Freitag nachmittag kamen noch mehr Leute, doch die Cops wurden dadurch nur nervöser. Und dann kam das, was alles übern Haufen geworfen hat. Auswärtige Bullen haben ne sinnlose Prügelaktion in der U-Bahn gestartet. Während der folgenden Rangelei hat ein Grüner ne Flasche aufn Kopp gekriegt und war derbe verletzt. Dies hatte zur Folge, daß die Bullen einen Rundumschlag gegen Punx vollzogen. Zwei Stunden wurde in der Innenstadt alles, was im entferntesten nach Punx aussah, eingefahren. Da wurden Kids angebracht, die sich nur die Haare n bißchen modemäßig nach oben gestylt hatten und gerade ins Kino wollten. Die hatten mehr Angst, zu uns in die Zelle zu kommen, als vor den Bullen. Im LBH (Landesbehördenhaus) waren wir alleine zu 45 Mann in einer Zelle. Insgesamt sind 90 bis 100

Leute eingefahren. Wir kamen dann zuerst zum BGS nach Hangelar und sind dann auf verschiedene Städte in NRW (Köln, Düsseldorf, Wuppertal, Hamm, Münster, Oberhausen) verteilt worden. Dort wurden wir dem Haftrichter vorgeführt, der die „vorsorgliche Ingewahrungsnahme“ anordnete. So wurden wir erst in der Nacht zum Sonntag in kleinen Gruppen am Bonner Stadtrand wieder freigelassen.

Zur Demo: Wie wir hörten, sind die Flugblätter in den letzten Winkel Deutschlands gedrunge, so daß trotz der 100 „abwesenden“ Leute sehr, sehr viele Punx in Bonn, auf der Demo in der Stadt waren. Diese gingen doch nicht als ein Block mit, sondern liefen in kleinen Grüppchen, teilweise weil sie von den Bullen dazu gezwungen wurden. Warum das so war, ist logisch: 3/4 der Bonner Punx saßen Knast, darunter gerade die, die den Durchblick über die Aktionen, Wege usw. hatte. So war dann hier keiner in der Stadt, der das Ganze etwas hätte koordinieren können. Pennplätze gabs deshalb auch so gut wie keine. Was hat die ganze Sache jetzt gebracht? Uns persönlich hat sie lächerliche Anzeigen wegen Landfriedensbruch eingebracht. Doch es hat uns auch gezeigt, daß es noch viel, viel mehr Punx gibt, die dasselbe meinen wie wir, nämlich, daß es an der Zeit ist, daß Punx gemeinsam, aktiv und organisiert etwas tun.

Wir hoffen ferner, daß es bei vielen von euch jetzt auch im Kopf geklickt hat, und daß ihr die bunten Vögel mit der Flasche Bier in der Hand, die sich überall auf Plätzen und an Brunnen treffen, jetzt etwas anders seht als „Ach guck mal, unsere Punker, wie hübsch ...“ Denn: Schließt nicht von einigen auf alle!

25.000 in Bonn:

Radikale Minderheit wieder da?

Aus Arbeiterkampf
Nr. 258 vom 6.5.85

Es wurde nicht der Gipfel der Harmonie von 1945 bis 85 (und schon gar nicht von 1941 bis 85), wie es sich Helmut Kohl und Ronald Reagan vorgestellt hatten. Abgesehen davon, daß die Regierungschefs der sieben führenden Industrienationen des Westens zwar im Luxus schwelgen ohne daß für ihre eigenen Probleme gemeinsame Lösungen auch nur in Sicht wären — wohl noch nie war eines dieser Treffen von derart heftigen Protesten begleitet — Sie richteten sich gegen die gigantische Kriegsrüstung und Interventionen in der „3. Welt“, gegen Geschichtsverdröhnung und Rehabilitierung der Nazivergangenheit.

Gegen den Bitburg-Gipfel gab es zahllose Proteste vor allem jüdischer Organisationen, die sich zu mehreren Tausenden sowohl in der Eifelstadt als auch in Bergen-Belsen versammelten, in Köln, Frankfurt und Hamburg demonstrierte die VVN. Ungezählt sind kleinere Manifestationen aller Art. Wie wichtig es war, daß in Bonn grüne, rote und schwarze Demonstranten zusammenkamen, um gegen die herrschende Ordnung der westlichen Welt, gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg, gegen Patriarchat und Sexismus zu protestieren, zeigte Reagans erste Amtshandlung nach seiner Ankunft, sein Bannstrahl gegen Nicaragua. Die Bonner Demonstration war beherrscht von Solidaritätsparolen mit Nicaragua, das durch einen Sprecher vertreten war. Allen Unkenrufen zum Trotz waren mehr Menschen gekommen als erwartet, die sich weder durch Demobilisierungsversuche sozialdemokratischer Wahlkämpfer, noch durch Einschüchterung und schließlich polizeiliche Brutalität beirren ließen. Während das bisherige Friedensbündnis, der Koordinationsausschuß, gerade in dieser brisanten Situation in Agonie liegt, kam erst-mals eine neue Aktionseinheit von den Grünen bis zu den Linksradikalen zum Tragen. Daß eine Aktion, die einmal ohne sozialdemokratischen Segen und Kontrolle ablief, die Polizei zum Ausflippen brachte, charakterisiert das tatsächliche Raue demokratische Klima in diesem Lande. Dennoch hat sich das frischgebackene Bündnis trotz aller Differenzen und Ängstlichkeiten beachtlich geschlagen. Wir sind die letzten, die zwischen „Breite“ und „Radikalität“ von Aktionen einen Widerspruch konstruieren würden. Aber: Lieber eine radikale Minderheit als eine schweigende Mehrheit. Das soll auch für die Zukunft gelten.

Mit rund 15.000 Polizisten, Grenzschildern, GSG 9 bis hin zu amerikanischen Sicherheitsexperten gab Bonn in den ersten Mai-Tagen auch einen Gipfel bisheriger Polizeieinsätze in BRD ab. Wer während des Gipfels auf der Bundesstraße 9 am Kanzleramt vorbei wollte, mußte sich ca. alle 100 Meter gründlichst

durchsuchen lassen und rund eine Stunde Verzögerung in Kauf nehmen. Als in einem Blumentopf ein heraus-hängender Draht gesichtet wurde, war in Windeseile die gesamte Umgebung abgesperrt und der Draht alsbald von Bombenexperten „entschärft“. Allein während der eigentlichen Demonstration wurden 40 Personen festgenommen, eine unbekannte Anzahl von Punks und anderer Verdächtiger nicht eingerechnet. Der Öffentlichkeit präsentierten die Staatsschutzbehörden zu Beginn des Gipfels die Story von einer 6-kg-Bombe auf dem Balkon des Gebäudes der „Deutschen Luft- und Raumfahrtgesellschaft“, nur 300 Meter von der US-Botschaft entfernt, die gerade noch rechtzeitig durch den Hinweis eines „aufmerksamen Passanten“ habe entschärft werden können. Damit waren die Prophezeiungen der Behörden, in Bonn würden während der Demonstration und des Gipfels „Gewalttätigkeiten“ und „Anschläge“ geplant, noch rechtzeitig in „Erfüllung“ gegangen — eine Art selffulfilling prophecy? Natürlich spricht es jeder Logik Hohn, daß bei dem grandiosen Aufwand für Sicherheit ausgerechnet dieses Gebäude (nach den Anschlägen auf Zimmermann und andere Gebäude dieser Gesellschaft) nicht bewacht gewesen sein soll. Aber wer fragt schon danach? Die Rechtfertigung für die Verwundlung Bonns in eine bislang nicht gesehene Polizeifestung war gegeben. Die Polizisten waren dadurch (und durch zusätzliche Gerüchte wie bei jedem Polizeieinsatz) entsprechend „heiß“ gemacht.

Was macht man, wenn die Polizei randaliert?

Der Polizeieinsatz von Bonn begann mit einer langen Kette von provokatorischen Demütigungsversuchen. Die demonstrativen Durchsuchungen der Autos und die Festnahmen einzelner Teilnehmer verfolgten überhaupt keinen anderen Zweck: Kofferräume beispielsweise wurden nur oberflächlich durchgewühlt, Tascheninhalte waren uninteressant.

Zum zweiten Male nach der Nicaragua-Demonstration im vergangenen September wurde in Bonn ein Vermummungsverbot dazu benutzt, um ohne konkreten Anlaß in eine Demonstration hineinzuprügeln. Bis dahin hatten alle Teilnehmer die Schikanen entweder diszipliniert über sich ergehen lassen oder mit defensiver Abwehr reagiert. Ungeniert demonstrierte die Polizei, daß sie alle gesichteten Autokennzeichen und die Demonstranten mittels zahlreicher Dokumentationstrupps in ihren „Erinnerungs-Alben“ festhalten wollte. Hinzu kam noch die dreiste Lüge des Einsatzleiters der Polizei, dies gar nicht vorgesehen. Demnächst muß es einfach mal eine komplett vermummte Demo in Bonn geben.

Auf der Abschlußkundgebung bildete die Polizei nicht nur eine Kette um den halben Platz herum, sondern sie sperrte teilweise sogar den Zugang für weiter einströmende Demonstranten. Sie nahm nichtige Anlässe („Denkmalschutz“) zum Vorwand, um mit ihren Sonderkommandos eine Riesenrandale abzu-ziehen. Sie prügelte sich wild durch die Menge und stürmte bündnisse über aufgestellte Stände. Ein ursprünglich in Bonn angekündigter Trupp von Skinheads hätte sich das nicht getraut.

Verschiedene Kräfte versuchten, Ketten gegenüber der Polizei zu bilden. Das klappte nicht. Der Großteil der Demonstrationsteilnehmer ist im Gegensatz etwa zu früheren Demonstrationen (z.B. bei den großen Anti-AKW-Demonstrationen) viel zu schlecht organisiert dafür, und den Autonomen, die sich aktiv beteiligten, sind solche Formen bislang eher ungewohnt bis verdächtig gewesen. Der Hauptgrund war aber, daß die Polizei solche Bemühungen im wahrsten Sinne des Wortes über-rante.

Auf der Kundgebungstribüne gaben die Demoverantwortlichen während dieser Zeit über Lautsprecher eine blamable Vorstellung ab. Neben den vernünftigen Aufrufen, Ketten zu bilden, überwogen bald insbesondere von den Grünen betriebene Distanzierungen von den Werfen von Flaschen, Steinen oder Knüppeln auf die Polizei. Eine Verurteilung des polizeilichen Vorgehens fiel zeitweise ganz unter den Tisch. Zum Teil trugen grüne Mitverantwortliche dumme Falschmeldungen auf die Bühne, etwa daß der Bulleneinsatz erst nach einem Besprühen des Denkmals erfolgt sei oder, nachdem die ganze Randalerei vorbei war, daß Autonome schon Steinhaufen für die nächste Schlacht aufgetürmt hätten. Nachprüfbar war es dagegen so, daß sich die Werfer (mit Ausnahme der Zerstörung einer Kaufhausfassade) ganz eindeutig auf die Abwehr der Polizei vom Platz beschränkt hatten. Die Steine waren anschließend sogar wieder in die Löcher zurückgelegt worden. Die Mehrheit der Grünen sind — um es klar zu sagen — eher bereit, gegen werfende Demonstranten Ketten zu bilden, als sich gegen die Polizei zu stellen. Taktisch gesehen konnten Distanzierungen höchstens den Rückzug vom Bündnis, aber alles andere bewirken als eine tatsächliche Beruhigung der Teilnehmer. Als ein Autonome sich gegenüber seinen Mitstreitern äußerte, was immerhin die Atmosphäre aufbesserte, ganz gleich, was man davon inhaltlich hielt, konnte eine grüner Sprecher nur mit sanfter Gewalt auf der Bühne daran gehindert werden, nochmal eine Distanzierung abzugeben.

Diese Vorgänge haben sich allerdings mehr intern abgespielt, die Grünen haben dann ihr Verlangen, man solle sich sowohl vom Einschmeißen der Kaufhausfassade als

auch von allen Werfern distanzieren, nach anfänglicher Aufregung erheblich abgeschwächt. Wie sie hat dann auch die „absolut gewaltfreie“ Friedensliste (nach „Vorbild“ der DKP) die gemeinsame Erklärung des Trägerkreises mitgetragen und nur durch eine Zusatzklärung begleitet, die nur noch halbe Distanzierungen enthält. Der Polizeieinsatz war derart provokatorisch, daß es für alle un-überschaubar gewesen ist.

Will man die Dinge ernsthaft erörtern, so ist es eben falsch, wenn die Grünen in ihrer Erklärung behaupten, das Werfen von Gegenständen hätte dem gemeinsam beabsichtigten friedlichen Rahmen gesprengt. Denn alle übrigen Mittel (Appelle an oder Verhandlungen mit Polizei oder der Versuch, Ketten zu bilden) konten ganz offensichtlich die randalierende Polizei nicht aufhalten. Erst durch die beherzte Gegenwehr ist sie dann tatsächlich vertrieben worden ist. Diese Vorgehen erfolgte ganz sicher überwiegend spontan und ohne lang zu überlegen, ob dabei die Gefahr drohte, daß die Polizei die ganze Kundgebung abräumen läßt. Von ihrem Auftreten her wäre es dieser wohl zu-zutrauen gewesen, auch wenn es umgekehrt einsehbar ist, warum die Polizei einen solchen Skandal erste Ordnung meiden wollte.

Es ist offensichtlich, daß die gesamte Demonstration ihre Randalerei nur zu defensiver Abwehr gegen eine to-bende Polizei und keinesfalls darüber hinaus eingesetzt hat. Eine kleine Gruppe hat sich dann in blinder Wut nach Abzug der Polizei an der nahegelegenen Schaufensterreihe einer Kaufhausfassadenfront ausgetobt. Erst nach einiger Zeit trauten sich andere Demonstranten dazwischen. Für die einen war das eine Punkgruppe, andere wollten Provokateure gesichtet haben, einige Grüne nun wiederum-Freunde der Autonomen im Trägerkreis. Der Einsatz der Polizei war darauf angelegt, die Demonstrations-teilnehmer vor die Alternative absoluter Demütigung oder Gegenwehr zu stellen. Die Heftigkeit, die dann nach langer Zurückhaltung erfolgte, dürfte auch die Polizei überrascht haben. Man wird sich aber zukünftig bei ähnlichen Anlässen darauf einstellen müssen, daß die Polizei ähnlich agieren wird. Ihr Vorgehen liefert den Medien die Möglichkeit, hauptsächlich gegen die „Chaoten“ zu heizen, wie es musterhaft „Bild am Sonntag“ vorführte, die überhaupt nur dieses Thema kannte. Auf der anderen Seite dient diese Propaganda dazu, auf die Grünen Druck auszuüben, sich vor solchen politischen Bündnissen zu hüten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß einige innerhalb der Grünen gehorchen könnten, auch wenn die an der Aktionsplanung Beteiligten sich nach zwischenzeitlicher Hysterie in ihrem Rahmen solidarisch verhalten haben.

HH

Anhang

Herzschläge

RZ-Anschläge in Düsseldorf und Köln

Köln (taz) - Bei drei Bombenanschlägen in Düsseldorf und Köln, zu denen sich in einem Schreiben per Eilboten an die taz die „Revolutionären Zellen“ bekannten, entstand nach Angaben der Polizei erheblicher Sachschaden von mehreren hunderttausend Mark. Die Anschläge wurden mit dem bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel begründet. In Düsseldorf war die Hauptfiliale der Deutschen Bank, in Köln der Gesamtverband der Metallindustrie und eine Niederlassung des Chemie-Konzerns Hoechst das Ziel von Sprengkörpern. Alle drei Bomben explodierten im Abstand von wenigen Minuten. Um 2.42 Uhr flog ein Sprengsatz vor dem Gebäude der Kölner Hoechst-Niederlassung in die Luft, der gesamte Eingangsbereich wurde zerstört, die Fenster bis in den fünften Stock zersplitterten. Hier entstand nach Polizeiangaben ein Sachschaden von mindestens 100.000 Mark. Nach Angaben der Polizei ist niemand verletzt worden, jedoch habe das Hausmeisterehepaar im Hoechst-Gebäude einen Schock erlitten. Nur eine Minute später detonierte der Sprengsatz vor dem Gebäude, in dem der Arbeitgeberverband Gesamtmetall seine Zentrale hat. Weitere acht Minuten danach explodierte dann eine Bombe in Düsseldorf vor einem Nebeneingang der Deutschen Bank-Hauptfiliale. Nur ein Steinwurf von Düsseldorfs Prachtstraße Königsallee gelegen, wurde an dem Gebäude des größten bundesrepublikanischen Bankunternehmens der Eingangsbereich schwer beschädigt. Durch die Wucht der Explosion wurden in der Umgebung und im Gebäude selbst zahlreiche Scheiben zerstört. Indem Bekennerbrief der „Revolutionären Zellen“ wird auf dem am Donnerstag beginnenden Weltwirtschaftsgipfel der sieben größten Industrienationen verwiesen.

Brandanschlag in Köln durch „Panzerknacker AG“

3.5.85 taz

Köln (taz) — Eine „Panzerknacker AG, Sektion Rheinland“ hat in einem Schreiben an die taz die Verantwortung für einen Brandanschlag auf das Computermobil der Kölner Stadtparkasse übernommen. Mit dem Fahrzeug, das völlig abbrannte, will das Bankunternehmen Schülern die Computerwelt nahe bringen. Der Anschlag stehe im Zusammenhang mit dem Weltwirtschaftsgipfel in Bonn, heißt es in der dreiseitigen Erklärung. „Die von den Vertretern der sieben mächtigsten kapitalistischen Staaten zu präsentierenden Konzepte sind mitnichten Produkt ihrer begrenzten Phantasie, sondern Ausgeburt von Managerhirnen“, erklären die Panzerknacker, die dem Wagen mit „400 Gramm U-Ex, 135 Gramm Puderzucker, ein bißchen Motorenöl

Gerade in jüngster Zeit, so die RZ, könne sich die „geballte imperialistische Macht“ bescheinigen, an „verschiedenen Klassenfronten sehr erfolgreich gewesen zu sein“. Weiter heißt es: „Was ein hundertjähriger proletarischer Klassenkampf hartnäckig und zäh an Resultaten erzwungen hat, wird mit unglaublicher Rasanz und Dreistigkeit ausgehöhlt, seiner Substanz beraubt und eingestampft.“ Während das Kapital sich in der Offensive befindet, herrsche „bei denen da unten“ „Ratlosigkeit und Verwirrung“. Über den „Abschied vom Proletariat“, darüber lachen die „Revolutionären Zellen“: „Wir stecken immer noch in der gleichen unerledigten Klassenauseinandersetzung.“ Die Deutsche Bank sei als Ziel eines Anschlages ausgewählt worden, weil diese „über Beteiligungen und Kreditvergaben die Neustrukturierung der Produktionsverhältnisse“ steuere. Durch die „Schuldendienst-Waffe“ werde die Dritte Welt ökonomisch ausgeblutet und politisch vergewaltigt, schreiben die „Revolutionären Zellen“. Der Gesamtverband der Metallindustrie sei die „potenteste Kapitalfraktion“. Im Rahmen der Tarifpolitik sei hier die Weiche „für den Wechsel in eine qualitativ neue extrem verschärfte Ausbeutungsära“ gestellt worden: „Nachdem die flexiblere und effektivere Vernutzung der Arbeitskraft durchgesetzt ist, soll als nächste Etappe der arbeitsfreie Samstag fallen.“ Stellvertretend für die Chemische Industrie, die „wie kein anderer Industriezweig in die Lebensbedingungen der Menschen auf der ganzen Welt“ eingreife, stehe die Firma Hoechst. Durch deren „vollständige Kontrolle des weltweiten Ernährungsmarktes“ werde nicht nur darüber entschieden wie und was produziert werde, sondern auch wer. Damit würden „ganz direkt Herrschaftsverhältnisse“ strukturiert. „Diesem Moloch hat alle Kritik bisher nichts anhaben können. Seine Gewinne explodieren weiterhin wie seine Gastanks“ heißt es zum Abschluß des Bekennerbriefens.

und einigen Flaschen Benzin“ an die Karosserie rückten. In dem umgebauten Bus befanden sich acht Mikrocomputer, die bei dem Brand zerstört wurden. Nach Angaben eines Firmensprechers beläuft sich der Schaden auf einige Zehntausende Mark. Bis zum Eingang des Bekennerbriefens ging die Polizei von einem technischen Defekt aus. Die Strategie des Kapitals werde nicht nur durch die Großbanken, sondern auch durch kommunale Finanzinstitute umgesetzt, schreiben die „Panzerknacker“. Die Sanierungspolitik der Stadt Köln gegen die Menschen in den Stadtviertel werde von der Stadtparkasse bezahlt, heißt es weiter. Aber nicht nur im kommunalen Bereich sei die Stadtparkasse aktiv, sondern auch bei Südafrikas Rassistenpolitik. In der Erklärung kündigten die nächtlichen Brandstifter weitere Aktionen an, denn „dies war nur der erste Streich“, heißt es zum Abschluß.

hu d

Dokumentation

ERKLÄRUNG DER RZ ZU DEN BOMBENAN- SCHLÄGEN IN DÜSSELDORF, die DEUTSCHE BANK KÖLN GESAMTVERBAND DER METALL-INDUSTRIE KÖLN HOECHST

Es ist nicht ohne Ironie, aber sehr bezeichnend: Am 1. Mai trommeln die Gewerkschaften ihre verunsicherte Klientel zusammen, um den Tag der Arbeit feierlich und selbstverständlich kämpferisch zu begehen, während am Tage danach, kaum daß die Fenerreden verklungen sind, das vereinigte Weltkapital auf seinem Wirtschaftsgipfel in Siegerlaune sich selbst zelebriert. Voll Genugtuung kann sich die dort geballte imperialistische Macht

bescheinigen, gerade in jüngster Zeit an verschiedenen Klassenfronten sehr erfolgreich gewesen zu sein. Was ein hundertjähriger proletarischer Klassenkampf hartnäckig und zäh an Resultaten erzwungen hat, wird mit unglaublicher Rasanz und Dreistigkeit ausgehöhlt, seiner Substanz beraubt und eingestampft. Das Kapital in der Offensive, und das in aller Schärfe! Dnd unten? Ratlosigkeit und Verwirrung, die schon bei den Begriffen anfangen. So steckt hinter dem „wachsenden Heer der Sozialschwachen, der neuen Armen“ niemand anderer als die klassischen Figuren der Proletin und des Proleten, denen nur flüchtig ein neudeutsches Sprachmäntelchen umgehängt wurde. Denn bekanntlich haben diese auch heute nichts anderes zu verkaufen als ihre Arbeitskraft. Abschied vom Proletariat? Daß wir nicht lachen! Trotz vieler

neuer Namen hat sich nichts geändert. Wir stecken immer noch in der gleichen unerledigten Klassenauseinandersetzung. Allererste Protagonisten in diesem Antagonismus sind die Banken, insbesondere die DEUTSCHE BANK, die in Vorständen und Aufsichtsräten, über Beteiligungen und Kreditvergaben die Neustrukturierung der Produktionsverhältnisse steuern, und die 3. Welt mit der Schuldendienst-Waffe ökonomisch ausbluten und politisch vergewaltigen. der GESAMTVERBAND DER METALLINDUSTRIE als potenteste Kapitalfraktion, die im Rahmen der Tarifpolitik die Weichen stellt für den Wechsel in eine qualitativ neue und extrem verschärfte Ausbeutungssära. Nachdem die flexiblere und effektivere Vernetzung von Arbeitskraft durchgesetzt ist, soll als

nächste Etappe der arbeitsfreie Samstag fallen. die chemische Industrie (HOECHST), die durch ihre vollständige Kontrolle des weltweiten Ernährungsmarktes nicht nur darüber entscheidet wie und was produziert wird, sondern auch wer, und ; damit ganz direkt Herrschaftsverhältnisse strukturiert. Wobei sie wie kein anderer Industriezweig in die Lebensbedingungen der Menschen auf der ganzen Welt eingreift, ihre Körper besetzt krankmacht, tötet. Diesem Moloch hat alle Kritik bisher nichts anhaben können. Seine Gewinne explodieren weiterhin wie seine Gastanks.

**58.4.85
REVOLUTIONÄRE
ZELLEN**

Prozess!

/Weltwirtschaftsgipfel und seine Folgen - der Staat schlägt zurück/

Am 4.5. fand in Bonn eine Demo gegen den WWG statt, der vom 2.-4.5. in Bonn tagte. Aufgrund eines breiten Bündnisses von vielen Gruppen und Organisationen nahmen ca. 30 000 Menschen daran teil.

Was bedeutet WWG konkret?

-Auf diesem Treffen aller Staatsoberhäupter der führenden Industrienationen des westlichen Imperialismus werden die Richtlinien für die Verteilung des IWF (Internationaler Währungsfond) festgelegt und weitere Absprachen zur Wirtschaft verabschiedet. Somit wird hier auch über die zukünftige Wirtschaftspolitik in der 3. Welt entschieden. Eine Politik, die die Verschuldung und Abhängigkeit der betroffenen Länder von den kapitalistischen Großmächten vorantreibt. Die Konsequenzen sind weitgehend bekannt:

- Kriege in Mittelamerika, gegen Nicaragua und El Salvador,
- Giftgaskatastrophen in Indien und den Philippinen, die Tausende von Toten forderten
- Hunger in Asien und Afrika, bei gleichzeitiger Vernichtung von Lebensmitteln in Westeuropa
- Internationale Atomgeschäfte mit Entwicklungsländern und Militärdiktaturen
- Zerschlagung von politischen und sozialen Kämpfen mit allen Mitteln. z.B. bei dem Bergarbeiterstreik in England dieses Frühjahr.

Hier in der BRD heißt das:

- Ausbau der Computertechnologie und des Überwachungsapparates
- Rationalisierung ganzer Industriezweige
- wachsende Arbeitslosigkeit
- Kürzung der Sozialausgaben, Massenverelendung und ständig wachsende Militärausgaben

Ein weiterer Grund für uns an dieser Demo teilzunehmen, war das Handelsembargo gegen Nicaragua, was US-Präsident Reagan auf diesem Treffen erstmalig aussprach. Diese Entscheidung ist im Zusammenhang mit den ganzen Kriegsvorbereitungen der USA in Mittelamerika zu sehen.

Zum Verlauf der Demo ist zu sagen, daß sie friedlich verlief. Jedoch fanden von Anfang an massive Provokationen durch die Polizei statt. Schon im Vorfeld sollte in Bonn der Ausnahmezustand geprobt werden. (10 000 Bullen waren aufgeboten, es gab schon einen Tag vorher Präventivverhaftungen, ständig wurde versucht, die Demo aufzuspalten 'und Leute wurden willkürlich abgegriffen...) Die Situation die sich uns dann am Münsterplatz bot war so, daß die geplante Kundgebung faktisch im Rahmen

von Schildern und Knüppeln stattfinden sollte, da der gesamte Platz dicht mit einem Polizeikordon umstellt war. Aus geringfügigem Anlass - Beethoven wurde mit einer schwarz/roten Fahne geschmückt - eskalierte die Situation sehr schnell so daß SEK-Einheiten eingesetzt wurden, die blindwütig in die Menge prügeln und Festnahmen tätigten. Bei einem dieser Ausfälle wurde auch Andreas aus Wiesbaden verhaftet. Seine Festnahme verlief unter Abwendung brutalster Methoden, z.B. Würgegriff mit einem Schlagstock am Hals, Schläge in den Unterleib, zuschnüren der Handgelenke mit Fesseln bis zum Bluten... Noch am selben Tag wurde von der Staatsanwaltschaft Haftbefehl beantragt und zugelassen, der jedoch am nächsten Tag vom Haftrichter außer Vollzug gesetzt wurde. (Haftverschonung) Die Anklage lautet auf Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Versuchs schwerer Körperverletzung und schweren Landfriedensbruchs.

Auch dieser Prozess steht in der Tradition einer seit längerer Zeit anhaltenden Kriminalisierungswelle des Staates gegen Autonome und Anarchisten: Krefeld-Startbahn-Gorleben, überall dort wo Widerstand in einer Form geleistet wird, die über Appelle und Unterschriften hinausgeht versucht der Staat einzuschüchtern und zu unterdrücken. Mit hohen Haftstrafen sollen militante Gegner des Systems aus dem Verkehr gezogen werden. Zu dieser Strategie gehört auch eine propagandistische Unterstützung durch die Presse: die Demo gegen den WWG wurde schon lange vorher durch die Zeitungen verurteilt. So wurde bei einer Hausdurchsuchung in einer Wiesbadener WG so ein Flugblatt beschlagnahmt, das als Indiz für geplante Gewalttätigkeiten gegen den WWG galt. -Ein Grund für die Presse, schon im Vorfeld die Demo zu einem Treffpunkt von "Extremisten" und "Radikalen" aufzubauen.

Da Andreas in der Anklageschrift systematisch als langjähriger Gewalttäter aufgebaut wurde, müssen wir mit der Forderung nach einer Haftstrafe, eventuell ohne Bewährung, rechnen.

Stellvertretend für Alle soll wieder mal Einer rausgegriffen und exemplarisch verurteilt werden. Es ist deshalb total wichtig, daß massenhaft Leute zu den Prozessterminen kommen, um unsere Solidarität zu zeigen und eine Gegenöffentlichkeit herzustellen.

Kommt Alle !

AMTSGERICHT BONN WILHELMSTR. 23 RAUM 236 2.-STOCK

Donnerstag 15-8. 8.30 Uhr A.G. Bonn

WEITERGEBEN, VERTEILEN, KOPIEREN

Prozeßerklärung

Gleich zu Anfang: ich werde keine Aussage zum Tathergang der gegen mich erhobenen Anschuldigungen machen, sondern -vielmehr mit meiner Erklärung zum Hintergrund des WWG und der Demo am 4. Mai was sagen. Ich habe mich entschlossen, die traditionellen Rollen von Ankläger und Angeklagtem einmal zu vertauschen und, da dies zweifelsohne ein politischer Prozeß ist, die Rolle des politischen Anklägers zu übernehmen (mit oder ohne Einverständnis des Staatsanwalts).

Ich klage an:

die herrschende Weltwirtschaftsordnung als unmenschlich, menschenrechtswidrig und verbrecherisch.

Ich verurteile die Politik der Gipfelteilnehmerestaaten und ihrer internationalen Organisationen wie IWF und Weltbank, die politische, wirtschaftliche und kulturelle Selbstbestimmung der Völker zu verhindern und zu bekämpfen; Erpressungspolitik über Kreditvergabe, Ausbeutung von Rohstoffen zu Billigstpreisen, Lohnrückerei als Voraussetzung für Direktinvestitionen, Zwangsausrichtung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion auf den Weltmarkt, Herrichtung der Entwicklungsländer als Absatzmärkte.

Ich verurteile die hemmungslose Durchsetzung der internationalen Arbeitsteilung, die den Entwicklungsländern die Rolle von Rohstoffproduzenten für den Export zuweist. Während für den Weltmarkt produziert wird, steht auf dem Binnenmarkt für die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln immer weniger zur Verfügung. Hungersnöte und Hungertote sind die absehbare Folge.

Wer kennt sie nicht, die Bilder aus Äthiopien, dem Sudan, aus Somalia und den anderen Hungergebieten? Kleine Kinder mit aufgetriebenen Bäuchen, apathische Menschen, die nur noch auf den Tod warten können, Wer kennt sie noch nicht, die Verbrechen der Firma Nestle, die durch den Export, von minderwertigem Milchpulver in die Hungergebiete für den Tod von zahllosen Säuglingen verantwortlich ist?

Am Hunger ist nicht die Dürre schuld; der Hunger wird von Menschen gemacht. Die Verantwortlichen haben sich in Bonn getroffen. Hungernde sind die Nahrung ihrer Macht. Ich klage an:

die Politik der herrschenden Weltwirtschaftsordnung, denn sie bedeutet für die Menschen der westlichen Industrienationen Verschlechterung ihrer sozialen Lage. Das heißt: tendenzielle Verelendung, Massenarbeitslosigkeit, Ausländerhetze, Umweltzerstörung, steigende Repression gegen oppositionelle Bewegungen (weiße Folter, Verschärfung des Asylrechts, Isolationshaft, verschärftes Vorgehen der Sicherheitsapparate

gegen streikende Arbeiter/innen wie zuletzt in Großbritannien). Ich verurteile die Bedrohungs- und Interventionspolitik der USA gegen das Volk von Nicaragua. Das vom Präsidenten der USA ausgesprochene Wirtschaftsembargo, das er unverschrämterweise noch von deutschem Boden aus verkündet hat, ist nicht nur eine offene Kriegserklärung gegen Nicaragua, sondern auch gegen uns.

Ich verurteile die Kriegs- und Interventionspolitik der NATO und anderer Militärbündnisse, die diese Weltwirtschaftsordnung militärisch absichern sollen.

Ich verurteile die Politik einer ständig wachsenden Rüstung mit konventionellen, atomaren, chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen. Die zunehmende Verbreitung der Atomindustrie über die ganze Welt bildet eine große Gefahr für die Menschen und begünstigt die atomare Aufrüstung. Ich klage an:

die Verantwortlichen der Polizeieinsätze vom 4. Mai, unter ihnen Innenminister Herbert Schnoor, mit ihrem notstandsähnlichen Polizeikonzept haben schon im Vorfeld ein Klima der Angst und Gewalt geschürt, und damit die Auseinandersetzungen während der Kundgebung auf dem Münsterplatz durch eindeutig provokatives Verhalten angefangen.

Schon während der friedlichen Demonstration gab es willkürliche Festnahmen und Schlagstockeinsätze gegen Demonstrationsteilnehmer, die allesamt von Beamten eines Sondereinsatzkommandos (SEK) durchgeführt worden sind (Nordstr./Ecke Graurheindorferstr.)

Diese SEK-Einheit war auch für die Auseinandersetzungen am Münsterplatz verantwortlich. Aus nichtigem Anlaß (es ging um ein Denkmal, das mit einer schwarz-roten Fahnen geschmückt war) prügeln sie in brutaler und menschen verachtender Weise auf die Demonstranten ein, um, man glaubt es kaum, ein Denkmal von der Fahne zu befreien. Ich bin bei einem dieser willkürlichen Ausfälle festgenommen worden, und wurde in brutalster Art und Weise behandelt, indem man mir den Schlagstock an den Hals drückte, Schläge in den Unterleib führte und die Handgelenke so fest anzog, daß das Handgelenk blutete. Ich verurteile die Brutalität der SEK-Kommandos, deren gesamte Ausbildung nur darauf hinausläuft, Demonstranten zu verhaften und zusammenzuschlagen. Ich habe begriffen: wir alle müssen Widerstand leisten und ihn zu einer weltweiten, gegen Imperialismus, Kolonialismus und Unterdrückung gerichteten Solidarität ausbauen - von Bonn bis Pilau, von Nicaragua über den Pazifik bis nach Großbritannien, von Frankreich bis zur kanarischen Republik, von Südafrika bis zu uns.

Die Zeit der Mächtigen ist bald zu Ende

Impressum

Auflage: viele

V.i.S.d.P.: Grupo Sportivo

gegen Staat, Kapital und Patriarchat

Druck: Eigendruck

Preis: 6 Märker, ab 10 Bestellungen 4 Mark

Vertrieb: massenhaft, konspirativ, militant

Versucht bitte, die Doku in größeren Mengen zu bestellen und sie eurer Stadt/Dorf selbst unter die Leute zu bringen. Wir haben nämlich keinen großen Bock, alles selbst zu machen.

Bestelladresse:

WWG- Gruppe
c/o Umweltladen
Scharnhorststr. 57
44 Münster
Tel. 0251/521112
Postlagerkarte
Nr. O5Q266C
7500 Karlsruhe 1

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. - 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

PROZESSKONTO
Barbara Jung
Postscheckamt Köln - 342214 -502
Stichwort: WWG